



# Landtag von Baden-Württemberg

29. Sitzung

13. Wahlperiode

Bebenhausen, Mittwoch, 17. Juli 2002 • Kloster

Beginn: 10:35 Uhr

Schluss: 18:48 Uhr

## INHALT

### Ansprache des Präsidenten

- Gedenken an die Opfer der Flugzeugkatastrophe am 1. Juli 2002 über dem Bodensee
- Begrüßung der Gäste und historischer Rückblick. . . . . 1733
- Präsident Straub . . . . . 1733

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . . 1734

Umstellung von Tagesordnungspunkten . . . . . 1796

Vertagung von Tagesordnungspunkten . . . . . 1804, 1808

Abg. Hauk CDU . . . . . 1804

### 1. Aktuelle Debatte – **Ergebnisse der PISA-Studie – Folgerungen für die Bildungspolitik** – beantragt von der Fraktion der CDU . . . . . 1735

- Abg. Oettinger CDU . . . . . 1735
- Abg. Drexler SPD . . . . . 1739
- Abg. Pfister FDP/DVP . . . . . 1742
- Abg. Kretschmann GRÜNE . . . . . 1746, 1758
- Ministerin Dr. Annette Schavan . . . . . 1748
- Abg. Zeller SPD . . . . . 1755

### 2. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – **Ausbau von Ganztagschulen** – Drucksache 13/831 . . . . . 1759

- Abg. Zeller SPD . . . . . 1759
- Abg. Seimetz CDU . . . . . 1762

- Abg. Kleinmann FDP/DVP . . . . . 1764
- Abg. Renate Rastätter GRÜNE . . . . . 1766
- Staatssekretär Rau . . . . . 1768
- Abg. Christine Rudolf SPD . . . . . 1771
- Beschluss . . . . . 1772

- 3. a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – **Gesetz zum Ausbau und zur qualitativen Weiterentwicklung des Betreuungsangebotes für Kinder in Baden-Württemberg** – Drucksache 13/1106
- b) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Sozialministeriums – **Vorschulische Kinderbetreuung** – Drucksache 13/131
- c) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Sozialministeriums – **Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren sowie flexibler Ganztagsangebote für Kindergarten- und Grundschulkinder** – Drucksache 13/345
- d) Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – **Zukunft der Kinderbetreuung in Baden-Württemberg** – Drucksache 13/435
- e) Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und Antwort der Landesregierung – **Kinderbetreuung in Baden-Württemberg** – Drucksache 13/680 . 1772
- Abg. Sakellariou SPD . . . . . 1772
- Abg. Alfred Haas CDU . . . . . 1775

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE .....	1778	<b>zur Änderung des Abgeordnetengesetzes –</b>	
Abg. Dr. Noll FDP/DVP .....	1781	Drucksache 13/1069	
Minister Dr. Repnik .....	1785		
Abg. Marianne Wonnay SPD .....	1787	Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen	
Abg. Dr. Inge Gräßle CDU .....	1791	Ausschusses – Drucksache 13/1151 .....	abgesetzt
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP .....	1793		(s. S. 1808)
Beschluss .....	1794		
<b>4. Wahl</b>		<b>8. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landes-</b>	
<b>a) von Mitgliedern des Rundfunkrats des Süd-</b>		<b>regierung – Gesetz zur Änderung des Landes-</b>	
<b>westrundfunks</b> .....	1794	<b>verwaltunگزustellungsgesetzes – Drucksache</b>	
Abg. Kretschmann GRÜNE .....	1794	13/968	
Abg. Drexler SPD .....	1794	Beschlussempfehlung und Bericht des Innenaus-	
Abg. Oettinger CDU .....	1795	schusses – Drucksache 13/1129 .....	abgesetzt
<b>b) von Mitgliedern und stellvertretenden Mit-</b>			(s. S. 1808)
<b>gliedern des Verwaltungsrats des Südwest-</b>		<b>9. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme</b>	
<b>rundfunks</b> .....	1795	<b>des Ministeriums für Umwelt und Verkehr –</b>	
Bekanntgabe der Wahlergebnisse .....	1804, 1807	<b>Luftsicherheit im Flugbetrieb und durch Si-</b>	
		<b>cherungsmaßnahmen auf den Flughäfen in Ba-</b>	
		<b>den-Württemberg – Drucksache 13/326 .....</b>	1796
<b>5. Zustimmung zur Bestellung des Landesbeauf-</b>		Abg. Dr. Puchta SPD .....	1796
<b>tragten für den Datenschutz</b> .....	1796	Abg. Scheuermann CDU .....	1798
		Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP .....	1800
		Abg. Kretschmann GRÜNE .....	1800
		Minister Müller .....	1801
<b>6. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion</b>		Beschluss .....	1804
<b>der SPD – Gesetz über den Abbau der Fehlsub-</b>			
<b>ventionierung im Wohnungswesen – Drucksache</b>		<b>Nächste Sitzung</b> .....	1808
<b>13/1126</b> .....	1804, 1807		
Abg. Gaßmann SPD .....	1804	<b>Anlage 1</b>	
Abg. Mack CDU .....	1805	Wahlvorschlag der Fraktion der CDU und der Frakti-	
Abg. Hofer FDP/DVP .....	1805	on der SPD – Wahl von Mitgliedern des Rundfunkrats	
Abg. Dr. Witzel GRÜNE .....	1806	des Südwestrundfunks .....	1809
Minister Dr. Döring .....	1807		
Beschluss .....	1808	<b>Anlage 2</b>	
		Wahlvorschlag der Fraktion der CDU und der Frakti-	
<b>7. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion</b>		on der SPD – Wahl von Mitgliedern und stellvertre-	
<b>der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der</b>		tenden Mitgliedern des Verwaltungsrats des Südwest-	
<b>FDP/DVP und der Fraktion GRÜNE – Gesetz</b>		rundfunks .....	1809

## Protokoll

über die 29. Sitzung vom 17. Juli 2002

Beginn: 10:35 Uhr

**Präsident Straub:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, verehrte Gäste! Ich heiße Sie alle sehr herzlich in Bebenhausen willkommen.

Unsere Plenarsitzungen heute und morgen sind natürlich noch immer überschattet von der tragischen, grauenvollen Flugzeugkatastrophe, die sich am 1. Juli kurz vor Mitternacht über dem Bodensee ereignete und 71 Menschen, darunter 52 Kinder, das Leben gekostet hat. Wir haben auf erschütternde Weise erlebt, wie Mensch, Technik und deren Zusammenwirken versagen können und mit welchen Risiken wir moderne, mobile Menschen deshalb in Wahrheit leben.

Wir trauern um die Opfer. Unser tiefes Mitgefühl gilt den Angehörigen, insbesondere den Eltern, die ihre Kinder zum Unfallzeitpunkt bereits glücklich im Urlaub wähten.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Dankbare Demut erfüllt uns angesichts der Fügung, dass am Boden in der Stadt Überlingen und deren Hinterland keine weiteren Menschen zu Schaden gekommen sind. Wir empfinden Hochachtung vor den Einsatzkräften, der Polizei, der Feuerwehr, dem THW, der DLRG und dem Deutschen Roten Kreuz sowie den anderen Hilfsdiensten; sie haben physisch und vor allem psychisch Außerordentliches geleistet, und sie haben echte Humanität bewiesen.

Unsere Erschütterung steigert, dass die Katastrophe ex tunc so vermeidbar, so wenig schicksalhaft wirkt. Sie hätte nicht passieren dürfen.

Die politische Aufgabe ist daher nicht erledigt, wenn die Fachleute den Unfallhergang in den Einzelheiten endgültig geklärt haben. Sicherheitslücken müssen unverzüglich geschlossen werden, und zwar auch dann, wenn sie in den kleinstaatlichen Strukturen der Flugüberwachung liegen. Das sind wir den Opfern und ihren Angehörigen schuldig.

Sie haben sich zum stillen Gedenken an die Opfer und als Zeichen des Mitgefühls mit den Angehörigen von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Meine Damen und Herren, bevor ich auf die historischen Bezüge des Landtags zu Bebenhausen eingehe, begrüße ich unter den heute anwesenden Gästen Herrn Regierungspräsident Hubert Wicker und Herrn Regierungsvizepräsident Rolf-Christian Schiller. Ich begrüße neben Frau Oberbürgermeisterin Brigitte Russ-Scherer den Ersten Bürgermeister der Stadt Tübingen, unseren früheren Landtagskollegen

Gerd Weimer, und den Ortsvorsteher von Bebenhausen, Herrn Rainer Pohl.

Ein besonderer Gruß gilt den ehemaligen Landtagsabgeordneten Dr. Kurt Geiger, Erwin Geist und Frau Monika Schnaitmann.

Ich freue mich, dass Sie, liebe Frau Elisabeth Kirmmeier-Renner, die Tochter des ehemaligen Innenministers Viktor Renner, hier anwesend sind. Wir haben ja gestern schon einen Kranz am Grabe Ihres Vaters niedergelegt.

Ferner begrüße ich sehr herzlich die anwesenden Vertreter der Kirchen, insbesondere Herrn Prälat Paul Kopf und Herrn Dr. Felix Hammer, und von der Evangelischen Kirche Herrn Prälat Paul Dieterich, die Direktorin beim Evangelischen Oberkirchenrat, Frau Margit Rupp, sowie Frau Dekanin Dr. Marie-Luise Kling-de Lazzar.

Nicht zuletzt begrüße ich den Präsidenten der Forstdirektion Tübingen, Herrn Fritz-Eberhard Griesinger, der uns bei der Vorbereitung dieser Tage sehr unterstützt hat. Ich begrüße Herrn Polizeipräsidenten Dieter Moser von Fils-eck sowie Herrn Ministerialrat Jürgen Schad von der Staatlichen Liegenschafts- und Hochbauverwaltung, die mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ebenfalls dazu beigetragen haben, dass wir unsere Sitzung hier in Bebenhausen durchführen können.

Meine Damen und Herren, unsere Plenarsitzungen heute und morgen finden an einem Ort statt, der in besonderer Weise geeignet ist, einen Aspekt zu würdigen, der in den historischen Reminiszenzen anlässlich unseres Landesjubiläums mehr sein sollte als eine Randbemerkung. Ich meine den Aspekt, dass die Gründung des Landes Baden-Württemberg im Jahre 1952 aufbauen konnte auf sieben Jahren des demokratischen Wiederbeginns, der Installierung eines freiheitlich-demokratischen Verfassungslebens und des Ingangbringens der staatlichen Funktionen in Exekutive und Judikative.

Das Land Württemberg-Hohenzollern, das 1945 neben Württemberg-Baden und Südbaden im Wege des Interessenausgleichs zwischen den Besatzungsmächten entstanden war, wusste von Anfang an, dass es als staatliches Gebilde nicht mehr sein würde als ein Transitorium.

Alle politischen Kräfte verwarfen jedoch einmütig und nachhaltig den Gedanken, Württemberg-Hohenzollern nur als Provisorium zu verwalten. Was hier in diesen Mauern in Bebenhausen zunächst von der Beratenden Landesversammlung und anschließend vom Landtag und was in Tübingen als Regierungssitz geleistet worden ist, gehört

(Präsident Straub)

staatsrechtlich und staatspolitisch zu den erstaunlichsten Vorgängen der Nachkriegszeit.

Die von der Besatzungsmacht zugestandenen, anfangs bescheidenen Möglichkeiten, ein demokratisches Gemeinwesen aufzubauen und dessen grundsätzliche Akzeptanz in der Bevölkerung zu fördern, wurden gewissenhaft genutzt.

Alle 60 Mitglieder des Landtags von Württemberg-Hohenzollern sahen ihr Tun, ihren Kampf gegen die materielle Not auch als Dienst an der Idee des freiheitlichen und sozialen Rechtsstaats. Sie wollten der Demokratie das verschaffen, was ihr nach dem Ersten Weltkrieg gefehlt hat, nämlich das Vertrauen der Menschen. Parlament und Regierung handelten deshalb – heute würde man sagen – outputorientiert. Sie ließen sich von der richtigen Überzeugung leiten, dass der Kompromiss eine Voraussetzung des Fortschritts ist.

Dazu kam, dass sich die materielle Anspruchslosigkeit und die spartanische Arbeitsausstattung von Parlament und Regierung nicht von der kärglichen Versorgungslage im Land abhoben. Sparsamkeit war Staatsmaxime. Das wackelige, wurmstichige Sofa im Vorzimmer des Staatspräsidenten als probates Mittel gegen allzu forderungsfreudige Besucher und die Butterbrezeln als kulinarische Höhepunkte offizieller Empfänge sind ebenso legendär geworden wie die Unterbringung der Abgeordneten in primitiv möblierten, ungeheizten Mönchszellen und wie die 22 Pfennig, die der Landtag damals pro Einwohner und Jahr ohne Verzicht auf parlamentarische Würde kostete.

Vor allem aber traten Parlament und Regierung der französischen Besatzungsmacht couragiert entgegen. Sie ertrugen größere politische Rechte, und sie führten unerschrocken und im Ergebnis erfolgreich den überlebensnotwendigen Kampf gegen die Demontage- und Reparationspolitik. Nicht zuletzt dadurch vermittelten sie den Bürgerinnen und Bürgern, dass sie als Deutsche trotz der Nazidiktatur und deren Verbrechen die Würde nicht verloren hatten.

Neben alledem waren das Parlament und die Regierung von Württemberg-Hohenzollern wichtige Impulsgeber für die Neugliederung des deutschen Südwestens und konsequente, jedoch konsenswillige Wegbereiter Baden-Württembergs. Es gelang also beides: Es gelang, jenem zufälligen Staatsgebilde, das Theodor Heuss später einmal als „liebvollen Schnörkel der Weltgeschichte“ bezeichnet hatte, Leben einzuhauchen und ein Gesicht zu geben, und es gelang, für die eigene gedeihliche Zukunft einen größeren Rahmen zu suchen, diesen mit zu gestalten und schließlich darin mit optimistischer Aufbruchstimmung seinen Platz einzunehmen.

Die Erinnerung an Württemberg-Hohenzollern vermittelt überdies in exemplarischer Klarheit: Politik ist kein unabwendbares Schicksal; es braucht dazu aber prägende Persönlichkeiten. Württemberg-Hohenzollern hatte das Glück, dass es hier prägende Persönlichkeiten in besonderer Dichte gab, von denen ich leider nur wenige erwähnen kann:

Lorenz Bock, der erste Staatspräsident, der sich in den Konflikten mit der französischen Besatzungsmacht aufrieb und 1948 im Amt verstarb.

Dann natürlich Gebhard Müller, einer der Architekten und Protagonisten des Südweststaats sowie eine gerade heute

eindrucksvolle Verkörperung des Ziels, persönliche Tugenden zu politischen Tugenden zu machen und einem demokratischen Staatswesen nicht nur Gesetze, sondern auch eine politische Kultur zu geben.

Weiter Justizminister Carlo Schmid, unter Überwindung des Parteienproporz als Vertreter Württemberg-Hohenzollerns in den Parlamentarischen Rat entsandt, wo er zu einem der Väter unseres Grundgesetzes wurde, auf dessen Initiativen insbesondere die Präambel, das konstruktive Misstrauensvotum und die Erwähnung der Grundrechte am Anfang des Verfassungstextes zurückgehen.

Ebenso herausragend Theodor Eschenburg, dem wir zu einem großen Teil den Artikel 118 des Grundgesetzes als maßgeschneiderte Plattform für die Bildung des Südweststaats verdanken.

Schließlich Männer wie den Vorsitzenden der SPD-Fraktion Oskar Kalbfell, wie Innenminister Victor Renner oder wie den DVP-Fraktionsvorsitzenden Eduard Leuze.

Der Landtag von Württemberg-Hohenzollern tagte insgesamt 118-mal hier in Bebenhausen und schuf – neben den Staatshaushaltsplänen – 235 Gesetze.

Daneben gab es aber noch etwas, das der erwähnte Fraktionsvorsitzende Eduard Leuze in der letzten Sitzung des Landtags von Württemberg-Hohenzollern am 30. Mai 1952 unter allgemeinem Beifall als „ungeschriebenes inneres Gesetz Bebenhausens“ bezeichnete, nämlich die Bereitschaft – ich zitiere –, „die Festigkeit des politischen Standpunktes zu verbinden mit der Weite der persönlichen Haltung, die es verhindert, dass politische Leidenschaft in politisches und persönliches Ressentiment umschlägt“.

Diese 50 Jahre alten Worte, liebe Kolleginnen und Kollegen, die eigentlich in das Stammbuch jedes Parlaments gehören, erlauben es, mit dem schlichten Wunsch zu schließen: Möge der Genius Loci im Sinne dieses „ungeschriebenen inneren Gesetzes Bebenhausens“ unsere Beratungen heute und morgen begleiten.

Meine Damen und Herren, ich eröffne damit die 29. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Dr. Salomon erteilt.

Krank ist niemand gemeldet.

Dienstlich verhindert ist Herr Minister Stratthaus ab 13:30 Uhr und Frau Ministerin Dr. Schavan ab 15 Uhr.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt vielfältigt auf Ihren Tischen. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

\*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung der Landesregierung vom 2. Juli 2002 – Bericht über die Europapolitik der Landesregierung im Jahre 2001/2002 – Drucksache 13/1141

Überweisung an den Ständigen Ausschuss mit der Ermächtigung, hierzu bei Bedarf Stellungnahmen anderer Fachausschüsse einzuholen



(Präsident Straub)

2. Mitteilung des Rechnungshofs vom 12. Juli 2002 – Denkschrift 2002 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg mit Bemerkungen zur Landeshaushaltsrechnung 2000 – Drucksache 13/1174

Überweisung an den Finanzausschuss

\*

Ferner sind die Wahlvorschläge und Stimmzettel für die Wahl in die Gremien des SWR zu Punkt 4 der Tagesordnung aufgelegt. Ich möchte Sie bitten, auf diese Wahlunterlagen zu achten, da bei Verlust aus nachvollziehbaren Gründen keine weiteren Stimmzettel ausgehändigt werden können.

Wir treten damit in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Ergebnisse der PISA-Studie – Folgerungen für die Bildungspolitik – beantragt von der Fraktion der CDU**

Eine Redezeit wurde nicht festgelegt. Das Präsidium hat beschlossen, dass bis zu zwei Redner je Fraktion benannt werden können.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

**Abg. Oettinger** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Vor wenigen Monaten wurde die PISA-Studie und vor wenigen Wochen die PISA-E-Studie, das heißt die nationale Auswertung, der Öffentlichkeit vorgestellt. Seitdem steht die Bildungsthematik zu Recht noch mehr im Mittelpunkt der Landespolitik. Alle Fraktionen und Parteien in Baden-Württemberg sowie die Landesregierung und die Ministerin für Kultus, Jugend und Sport haben eine erste Bewertung vorgenommen. Es liegen Reformvorschläge aller Art auf dem Tisch. In der heutigen von unserer Fraktion beantragten Aktuellen Debatte nehmen wir die parlamentarische Beratung auf und sagen diesem hohen Haus unser Interesse an einer ideologiefreien, nüchternen, objektiven und fairen Beratung von sinnvollen Veränderungsvorschlägen unter Berücksichtigung der guten Ausgangslage Baden-Württembergs zu.

Zuallererst: Die Ausgangslage Baden-Württembergs ist gut. Baden-Württemberg liegt im weltweiten Maßstab auf einem vorderen Mittelplatz, in Deutschland auf Platz 2. Mit sieben Bewertungen, die ich wörtlich zitiere, zeigen wir, wo wir stehen.

Erstens: Baden-Württemberg bildet zusammen mit Bayern und Sachsen die Spitzengruppe.

Zweitens: Baden-Württemberg liegt international OECD-weit über dem Durchschnitt. Alle sozialdemokratisch geführten Länder liegen deutlich darunter. Wir haben ein erhebliches Leistungsgefälle von Süden nach Norden.

Drittens: Die Korrelation von Bildungsbeteiligung und Leistungsniveau ist in unserem Land am besten.

Viertens: Die gute Leistung geht nicht auf Kosten sozialer Gerechtigkeit. Wer Leistung fordert, fördert Chancen-

gleichheit und verhindert sie nicht. Genau so gehen wir seit Jahren und Jahrzehnten in Baden-Württemberg vor.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dazu ein ganz konkretes Zitat aus der PISA-E-Studie:

Am ausgeprägtesten

– so wörtlich –

ist das soziale Gefälle der Bildungsbeteiligung in den Ländern Bayern, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein. Hier erreicht die relative Begünstigung von Jugendlichen aus Oberschichtfamilien im Vergleich zu Kindern aus Facharbeiterhaushalten . . . ein bemerkenswertes Ausmaß.

Die relativen Chancen, ein Gymnasium zu besuchen, sind für Angehörige dieser Gruppe acht- bis zehnmal so groß wie für Jugendliche aus Facharbeiterfamilien. Unter den alten Bundesländern ist Baden-Württemberg das Land mit den niedrigsten sozialen Disparitäten im Gymnasialbesuch.

Genau daran halten wir fest. Wir wollen fordern und fördern, egal, welche soziale Herkunft ein Kind, ein junger Mann, eine junge Frau in Baden-Württemberg hat.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dieses gute Abschneiden verdanken wir indessen nicht nur dem Gymnasium. Wir haben ein in jeder Gliederung stabiles Schulwesen. Die Leistungsfähigkeit gerade von Haupt- und Realschulen ist ein Votum dafür, dass Baden-Württemberg in den letzten Jahren ohne Ideologie den richtigen Kurs eingeschlagen hat.

(Beifall bei der CDU)

Baden-Württemberg hat von allen deutschen Ländern die höchste Zuwanderung, den höchsten Anteil von ausländischen Mitbürgern an der Bevölkerung. Wenn dies so ist, kommt unserem Land beim Thema Integration, beim Faktor Migration besondere Bedeutung zu. Deswegen werden wir unsere Anstrengungen vor allem darauf konzentrieren, zu erreichen, dass jedes Kind schulfähig ist, wenn es in die erste Klasse kommt, dass die Herkunft, das Elternhaus, die Frage, ob man Deutsch kann oder nicht, beim Kind keine negative Rolle spielen wird. Die Migration steht für uns zuallererst im Mittelpunkt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

PISA E zeigt, dass die Schulpolitik unseres Landes seit vielen Jahren und Jahrzehnten Früchte trägt. Wir sind auf gutem Kurs. Ohne jegliche Ideologie haben wir in den letzten Jahren unsere Schule weiterentwickelt. Dafür steht unsere Kultusministerin, dafür stehen unsere Regierung und auch die CDU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU)

Den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz hat Baden-Württemberg als erstes Land realisiert. Die flexible,

(Oettinger)

frühe Einschulung nach Begabung und Fähigkeit, die Fremdsprache ab der ersten Klasse, die Stärkung der Hauptschule, die Ergänzung um die Werkrealschule, die Reform der Oberstufe und G 8 bedeuten: intensiv und gut gebildet, aber früher auf dem Weg zum Abitur.

(Beifall bei der CDU)

Ich darf dazu zweimal einen sehr geschätzten Kollegen der SPD zitieren: Kollege Moser hat vor wenigen Jahren gesagt:

Die Pläne für fünf Elitegymnasien sind ein pädagogischer Irrweg, der die Aussonderung von Kindern zum Schaden aller weiter vorantreibt.

Ich bin sicher, dass er dies nicht wiederholt. Wir waren damals mutig und haben konsequent diesen Kurs eingeschlagen. Andere Fraktionen hinken mühsam hinterher.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Nochmals: Wir bekennen uns zu sozialer Gerechtigkeit und zum Leistungsprinzip. Wer Kinder nicht fordert, fördert sie in Wahrheit nicht. Lieber Herr Kollege Moser, auch hier war Ihre Fraktion, waren Sie lange Jahre auf falschem Kurs. Ich zitiere nochmals wörtlich aus einer umfassenden Kultusdebatte im Jahr 1984:

Endlich pauken sie wieder,

– sagten Sie hämisch –

die Acht-, Neun- und Zehnjährigen in der Grundschule, ganz egal,

– so Moser –

wie viele Fingernägel abgekaut werden und wie viele Eltern schlaflose Nächte verbringen, um die verschärften Prüfungsbedingungen zu schaffen.

Wir bekennen uns zu Prüfungen für alle Kinder in der Schule, weil zum Leben Prüfung und Leistungsbewertung gehören, weswegen Schule frühzeitig und ehrlich auf das eigentliche Leben vorzubereiten hat.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Der einzige Vorschlag der SPD bundesweit heißt: Zentralisierung der Bildungspolitik; alle Kompetenz zum Bund.

(Abg. Drexler SPD: Nein!)

– Hier bewirbt sich, lieber Kollege Drexler, in Wahrheit der Bock um die Stelle des Gärtners.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen halten wir energisch an der föderalen Kompetenz, an der Kompetenz der Länder für Schule und Hochschule fest. Mein Rat an Ihren Parteivorsitzenden: Hände weg von Schule und Telekom; dann haben beide bald einen höheren Wert.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Abgeordneten  
der FDP/DVP)

Die Ausgangslage Baden-Württembergs ist ordentlich: international vorderes Mittelfeld, deutschlandweit Platz 2. Aber unser Ehrgeiz zielt darauf ab: Diese Regierungskoalition unter Erwin Teufel, Frau Dr. Schavan, die FDP/DVP und die CDU, wir wollen in den nächsten Jahren Platz 1 mit Bayern und keinen Platz hinter Bayern erreichen, und wir wollen in die Champions League. Das heißt, wir eröffnen einen Ideenwettbewerb, was man weiter verbessern kann, damit mit viel Geld in Baden-Württemberg – wir geben viel Geld aus – Schule noch bessere Zukunftschancen für die junge Generation von morgen bringen kann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Eines ist uns dabei wichtig: PISA ist nicht zuallererst ein Warnzeichen für den Unterricht, sondern PISA ist zuallererst ein Warnzeichen für die Gesellschaft insgesamt. Von sieben Tagen und Nächten in der Woche verbringen Kinder die große Mehrzahl der Stunden von Erziehung und Bildung nicht in der Schule, sondern im Elternhaus, in der Familie, in der Jugend- und Vereinsarbeit, im sozialen Umfeld. Deswegen geht PISA jeden von uns an. Wir brauchen eine gesamtgesellschaftliche Verstärkung, damit Kindern eine bessere Zukunftschance zukommt.

Beim Stichwort Eltern – Vater und Mutter – sage ich auch selbstkritisch: Wir müssen prüfen, ob wir nicht zu viel Elternrechte und -ansprüche aufgebaut haben, gesetzlich und in der Bewusstseinslage, und ob nicht das Thema „Elternverantwortung, Elternpflicht, Rechtspflichten statt nur Rechte“ zu wenig im Mittelpunkt unserer Debatte steht.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin zu einer Verstärkung der Verantwortung und der Pflichten von Vater und Mutter bereit. Wir sollten darauf achten, dass die Elternvorbereitung, die Familienbildung, wenn ein Kind geboren wird, wenn es dann in den Kindergarten und in die Schule kommt, die Begleitung durch das Elternhaus für die Bildung und Erziehung in Kindergarten und Schule gestärkt wird. Ich spreche mich nachdrücklich zuallererst für Reformen jenseits der Schule in der Gesellschaft, im Elternhaus, in der Verantwortung von uns allen aus.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man am Beispiel einer Großstadt in Baden-Württemberg erfährt, dass von einer Klasse mit 28 Kindern an einer Hauptschule, rechnerisch also mit 56 Elternteilen, im Herbst zu einem Elternabend nur ganze sieben Väter oder Mütter kamen, dann zeigt das, dass etwas nicht stimmt. Da nehmen einige Eltern ihre Pflichten, ihre Verantwortung, die sie eingehen, indem sie ein Kind zeugen, nicht genügend ernst. Daran zu appellieren mag unpopulär sein, ich halte es aber für dringlich und notwendig, weil die Schule nicht allein reparieren kann, was in der Gesellschaft schief läuft.

(Beifall bei der CDU)

Noch ein Gedanke dazu. Wenn sich die Parteien im Bundestagswahlkampf und in der Umsetzung von Gerichtsurteilen aus Karlsruhe einig sind, dass man Familiengeld

(Oettinger)

oder Kindergeld, Erziehungsgeld, das heißt die Stärkung der Familie auch finanziell und materiell, in den nächsten Jahren in Stufen anstreben muss, kann ich mir vorstellen, dass ein erhöhtes und eingeführtes Familiengeld aus Bargeld und aus Gutscheinen besteht und der Anreiz, eine Familienbildungsstätte zu besuchen, wenn man ein Kind bekommt, der Anreiz, sich selbst in der Elternverantwortung durch kostenlose Inanspruchnahme von Bildungsangeboten zu schulen, indem man einen Gutschein einlöst und sich damit fortbildet, realisiert werden kann. Ich glaube, dass in Zukunft Familienförderung Bargeld und mehr, Bargeld und inhaltliches Angebot umfassen muss.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Die Ergebnisse der PISA-Studie haben der Gesamtschule eine eindeutige Absage erteilt. Es war richtig, dass Baden-Württemberg dieser Versuchung in den Sechziger-, Siebziger- und Achtzigerjahren widerstanden hat. Wir halten in Baden-Württemberg ausdrücklich am gegliederten Schulwesen, bei dem in den nächsten Jahren besonders die Hauptschule und die Berufsschule gestärkt und gehalten werden müssen, aus Gründen der Begabtenförderung, der besten gegliederten Förderung der Kinder fest.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

PISA hat auch neuen Schwung in die Frage der Betreuung gebracht. Die Punkte 2 und 3 der heutigen Tagesordnung zeigen dies auf. PISA hat deutlich gezeigt, dass die Ganztagschule, das heißt Ganztagsunterricht, gegenüber Halbtagsunterricht keine verbesserten Chancen bringt.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler: Was? –  
Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

– Sie mögen ja nachher widersprechen, meine Herren Kollegen.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Gestatten Sie mir trotzdem eine Bewertung unsererseits.

(Zurufe von der SPD)

PISA hat deutlich gezeigt, dass der Schulerfolg, der Bildungserfolg

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

nicht von Ganztags- oder von Halbtagsunterricht abhängt. Trotzdem wird in den nächsten Jahren um die Schule herum für die Eltern in Partnerschaft mehr Betreuung notwendig sein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Deswegen: Gemeinsam mit den Kommunen bauen wir in Baden-Württemberg entsprechend den Möglichkeiten des Landeshaushalts – das heißt, über unsere Steuereinnahmen und nicht über Schulden finanziert – die Ganztagsbetreuung, die Ganztagsangebote in der Schule und um die Schule herum auf.

Ich glaube, dass die Bereitschaft der jungen Frau, Ja zu sagen zu Kind und Familie und dies mit einer Berufstätigkeit zu vereinbaren,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Und des jungen Mannes?)

Familie und Beruf in den nächsten Jahren auf einen gemeinsamen Nenner bringen kann. Wir sind ausdrücklich zu einer ergebnisoffenen Beratung über die Weiterentwicklung der Betreuung in unserem Land bereit – zu einer Ganztagsbetreuung nach Bedarf, nicht nach Zwang, freiwillig, je nach dem Interesse von Mutter und Vater.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Vielleicht mag dabei folgender Maßstab, folgender Indikator zielführend sein. In der Zeit, bevor ein Kind in die Schule kommt – Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz –, gehen von 100 Kindern vormittags 95 in einen Kindergarten. Nachmittags kommen 40 wieder oder sind über den Vormittag hinweg dort geblieben – 40 %. Wenn nun ein Kind mit sechseinhalb Jahren im Juli den Kindergarten verlässt, dort ganztags betreut und gebildet wurde – nach sechs Wochen Schulferien ist die Interessenlage, der Bedarf nicht anders –, mag es dann nicht richtig sein, dass die Betreuung ganztags, das Ganztagsangebot, dass die Betreuung der Siebenjährigen in der Schule mittelfristig im gleichen prozentualen Verhältnis, im gleichen Umfang wie bei den Sechsjährigen im Kindergarten stattfinden muss? Entsprechend den finanziellen Möglichkeiten schlage ich dies in Stufen für die nächsten Jahre ausdrücklich vor.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Schule ist mehr als Unterricht im Dreivierteltakt. Deswegen muss Schule auch mehr als nur Lehrerverantwortung sein. Deswegen führt die Ganztagsbetreuung automatisch zu dem Ziel, die Vereinsarbeit, die Jugendarbeit, die soziale Arbeit, die Arbeit der Sport-, Musik- und Kulturvereine, die Arbeit der Kirchen nicht mehr nur nach der Schule und abends stattfinden zu lassen, sondern sie auch in der Schule und nach dem Unterricht sowie zwischen den Unterrichtsstunden aufzubauen. Ich setze beim Aufbau von Betreuungsangeboten um die Schule herum ausdrücklich auf das Ehrenamt, auf die Verbandsstruktur, auf die Kirchenarbeit in unserem Land.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Die Elternarbeit muss hinzukommen. Ich schlage ausdrücklich vor, dass Eltern ihre Kinder nicht nur in der Schule abgeben und an der Pforte wieder abholen, sondern dass Eltern unter der Verantwortung der Lehrer mehr tun und in den nächsten Jahren für die Betreuung innerhalb der Schule – nach ihrem Interesse und ihren Freizeitmöglichkeiten – mit in die Verantwortung einbezogen werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Wenn dem aber so ist – Ganztagsangebot, Schule mehr als nur Unterricht im Dreivierteltakt –, dann kommen wir not-

(Oettinger)

wendigerweise auch zu einer Neubewertung von Lehrer-arbeitszeit. Damit klar ist: Die 40 Wochenstunden werden von der großen Mehrzahl der Lehrer erbracht, und manche arbeiten mehr. Aber wir können, glaube ich, mit gutem Grund vorschlagen, dass ein Teil der Arbeitszeit, die Lehrer und Lehrerinnen jenseits des Unterrichts erbringen, indem sie Arbeiten korrigieren und den Unterricht für den nächsten Tag vorbereiten, im Zuge des Ausbaus von Lehrer-arbeitsräumen verstärkt in der Schule, im Schulgebäude erbracht werden kann. Von daher wird das Netzwerk Schule pädagogisch gestärkt und kann in den nächsten Jahren der Dialog zwischen Kindern, Eltern und Lehrern durch mehr Präsenz von Lehrern im schulischen Bereich jenseits ihres Deputats gestärkt werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Wenn man weiß, dass die Mittel für Bildung – Schule, Betreuung, Hochschule – nicht beliebig steigerbar sind und Baden-Württemberg für Bildung prozentual schon jetzt mehr ausgibt als irgendein anderes Bundesland, dann muss man –

(Abg. Zeller SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

– Gleich, Herr Kollege Zeller. In der zweiten Runde dürfen auch Sie sprechen. Zuerst kommt Herr Drexler zu Wort.

(Abg. Zeller SPD: Falsch ist es trotzdem! – Zuruf  
der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Baden-Württemberg setzt ein hohes Maß an Haushaltsmitteln für Bildung ein. Das ist nicht beliebig steigerbar und kann auch nicht durch neue Schulden dargestellt werden. Also muss die Frage erlaubt sein, ob nicht gewisse Umschichtungen und Aktivierungen angebracht sind.

Ich mache zwei Vorschläge, die vielleicht provokant sind. Nach meiner Vermutung geben wir für die 3- bis 14-Jährigen eher weniger öffentliche Mittel aus als die besten Länder im PISA-Vergleich und für die 14- bis 25-Jährigen in der Oberstufe und im Studium eher mehr. Deswegen ist – bei aller Vorsicht und ohne Kahlschlag – in den nächsten Jahren ein Umbau, bei den 3- bis 14-Jährigen eine Verstärkung von Landes- und von kommunalen Mitteln und bei den 14- bis 25-Jährigen eine Abflachung, eine Deckelung angesagt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP sowie des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Zwei Stichworte ergänzend dazu: Ist es nicht eigenartig, dass man in Deutschland für den Kindergarten Beiträge erhebt, während das Studium kostenfrei ist? Wäre nicht eine sozial gestaffelte, nachlaufende Studiengebühr angesagt, damit in Deutschland für Bildung und Betreuung von 3- bis 14-Jährigen durch Umschichtung mehr Mittel bereitgestellt werden können?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Abg. Schmiedel SPD: 0 bis 3!)

– 0 bis 3 ebenso. Darüber gibt es keinen Streit.

(Abg. Schmiedel SPD: Aha! Im Protokoll festhalten!)

Ich bin Ihnen dankbar. Jede parlamentarische Beratung, die gut ist, nehmen wir auf.

Ein weiterer Punkt, der provokant sein mag.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Baden-Württemberg ist stärker als jedes andere Bundesland, Deutschland ist im globalen Vergleich stärker als andere an der PISA-Studie beteiligte Länder. Wir haben auf der Grundlage unserer Verfassung eine Lernmittelfreiheit, die im Grunde genommen am weitesten geht. Da ich weiß, dass die Verfassung nicht durch die Regierungsmehrheit einer kleinen Koalition änderbar ist – Herr Kollege Drexler, vielleicht gehen Sie darauf ein, gerade nachdem wir hier an einem historischen Ort tagen –, frage ich: Wäre es nicht überlegenswert, einmal gemeinsam eine Verfassungsänderung zu prüfen, die eine schmale, sozial gestaffelte Beteiligung der Eltern an den Kosten für die Lernmittel zulässt und es ermöglicht, dass dieses Geld für Schule und Betreuung verwendet wird und nicht dem Kämmerer zugute kommt? Ich glaube, dass hier weiträumiges Handeln auch mit der Opposition denkbar und angesagt ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Ein letzter Punkt: Baden-Württemberg steht im Wettbewerb gut da, auch weil es in Baden-Württemberg intern einen Ideenwettbewerb gibt. Uns tun die Privatschulen in Baden-Württemberg gut. Das duale System hat sich bewährt. Ich bin dankbar, dass dies im Jahr 1953 von unseren Vorgängern, von unseren Kollegen aus der CDU hartnäckig in die Verfassung durchgeboxt worden ist. Ich glaube, dass diese Partnerschaft bei 110 000 Kindern, die in Baden-Württemberg auf private Schulen gehen, auch in Zukunft bestehen muss. Ich kann mir sogar vorstellen, dass der prozentuale Anteil von Kindern, die auf private Schulen gehen, in unserem Land in den nächsten Jahren noch etwas steigt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf  
des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Abschließend zitiere ich einen hoch geschätzten Sozialdemokraten, Dr. Henning Scherf, Bürgermeister von Bremen, wörtlich. Henning Scherf sagte vor einigen Tagen:

Die SPD

– seine SPD –

ist seit dem Jahr 1947 verantwortlich für die Bildungspolitik in Bremen. PISA

– so Scherf –

ist die Quittung dafür. Wir

– er, die Sozialdemokraten –

müssen erkennen, dass wir nicht bewirkt haben, was wir bewirken wollten. Nun muss die SPD

– so Scherf –

die Kraft haben, aus ihren Fehlern zu lernen. Die SPD-Rechthaberei bringt nichts.



(Oettinger)

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Herr Kollege Drexler, ich lade Sie als einen lernfähigen Sozialdemokraten ausdrücklich ein: Folgen Sie hier Henning Scherf! Sie liegen dann nicht falsch.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Ich möchte zunächst noch diejenigen Kolleginnen und Kollegen begrüßen, die nachträglich eingetroffen sind, weil ihr Bus im Stau stand.

Bitte schön, Herr Kollege Drexler, Sie haben das Wort.

(Abg. Herrmann CDU: Jetzt wird es schwer!)

**Abg. Drexler SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Oettinger, SPD-Rechthaberei bringt nach PISA nichts, aber CDU-Rechthaberei erst recht nicht!

(Beifall bei der SPD)

Man soll aus PISA nichts herauslesen, was die Ergebnisse nicht zulassen.

Lassen Sie mich ganz am Anfang sagen: Die SPD-Landtagsfraktion freut sich, dass wir in Baden-Württemberg innerhalb der Bundesrepublik im Standardbereich bei PISA auf Platz 2 liegen. Ich will Ihnen auch sagen, dass sich Professor Jürgen Baumert in der „Zeit“ lobend über Baden-Württemberg ausgesprochen hat. Ich sage Ihnen nachher aber auch, was er aufgrund dieses Leistungsvergleichs gefordert hat. Er hat gesagt:

Kennzeichnend für Baden-Württemberg sind zwei Merkmale: eine moderne, praktisch orientierte Hauptschule

– obwohl wir ja die Schwierigkeiten unserer Hauptschule kennen –

und eine große Zahl beruflicher Gymnasien, die kluge und erfolgreiche Realschüler aufnehmen. Damit erreicht das Land einen hohen Leistungsstand, relativ „kleine“ Risikogruppen und zugleich Abiturientenquoten wie in Nordrhein-Westfalen. In dieser Hinsicht ist Baden-Württemberg vielleicht das modernste Land der Bundesrepublik.

Das ist ein großes Lob, und wir freuen uns darüber.

Auf der anderen Seite, liebe Kolleginnen und Kollegen, nehmen wir zwar in der Regionalliga Platz 2 ein, in der Champions League aber Platz 17. Herr Kollege Oettinger, Platz 17 stellt unter 31 Plätzen nun wirklich nicht einen Platz im vorderen Mittelfeld dar.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf von der SPD: Unterhaching!)

Das erinnert mich immer an folgenden Witz, Herr Kollege Oettinger: Ein Lehrer kommt in eine Klasse, legt eine Klas-

senarbeit auf den Tisch und sagt: „Wenn ihr so weiterarbeitet, fallen 70 % durch.“ Daraufhin meldet sich ein Schüler und sagt: „So viele sind wir gar nicht.“

(Vereinzelt Beifall bei der SPD – Heiterkeit)

Das war Ihr Vergleich. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wichtigste nach PISA ist doch eigentlich die Frage – lassen wir einmal den parteipolitischen Weihrauch weg –: Was soll Baden-Württemberg aus den Ergebnissen der PISA-Studie jetzt in der Bildungspolitik machen? Das ist die heutige Frage, das ist die Debatte, die wir heute führen. Ich hoffe, dass wir sie dann auch in den zuständigen Ausschüssen führen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Platz 17 ist nicht der Platz, den wir uns für unser Bundesland in der Bildung vorstellen, nachdem wir in der Industrie und bei unseren Wirtschaftsgütern an der Weltspitze rangieren und dort auch mitmachen müssen. Wir brauchen ein Bildungssystem, mit dem wir unter die ersten acht der Champions League kommen. Dort wollen wir hinkommen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich noch einmal Professor Baumert zitieren. Ich brauche das gar nicht zu interpretieren, sondern ich lese das einfach vor:

In deutschen Schulen gibt es ein großes Leistungsgefälle zwischen den besten und den schwächsten Schülerinnen und Schülern. Dann: Die Herkunft der Schüler spielt für den Schulerfolg eine große Rolle. Und: Die Förderung der schwächsten Schüler gelingt nur sehr, sehr unbefriedigend. Diese Probleme teilen alle Länder der Bundesrepublik – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Das heißt auch: Die Vorbilder für unsere Schulen sind nicht innerhalb Deutschlands zu suchen, sondern im Ausland, in Skandinavien oder den angelsächsischen Staaten.

Jetzt fragt die „Zeit“ nach: „Gilt das auch für Bayern und Baden-Württemberg?“ Baumert:

Gerade für diese Länder, weil sie trotz ihres guten Abschneidens im innerdeutschen Vergleich von der internationalen Spitze noch weit entfernt sind.

Das sagt Baumert, der Leiter der PISA-Studie.

(Zurufe von der CDU)

– Nein, verstehen Sie: Wenn Sie sein Lob einheimen, dann würde ich Sie bitten, auch das andere, was er sagt, in die Debatte einzubeziehen.

(Beifall bei der SPD)

Das hielten wir für eine faire Debatte.

Es ist doch kein Grund zum Feiern, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU,

(Lebhafte Zurufe von der CDU, u. a.: Wer feiert denn?)

(Drexler)

wenn jeder fünfte 15-jährige Baden-Württemberger beim Lesen nicht über die Kompetenzstufe 1 hinauskommt.

(Zurufe bei der CDU)

Da kann man doch nicht zufrieden sein.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt: 20 % der 15-jährigen Baden-Württemberger verfügen nicht über das notwendige Werkzeug, um sich Wissen anzueignen, Wissen zu organisieren oder Wissen anzuwenden. Dieses Ergebnis aus der PISA-Studie muss man einfach einmal zur Kenntnis nehmen. Das heißt im Übrigen auch, dass sie in der heutigen Gesellschaft überhaupt keine Chance haben, weder im Beruf noch im Privatleben.

Wir müssen uns also Gedanken darüber machen, wie wir dies schleunigst verändern können. Dazu werden wir Ihnen nachher einige Vorschläge machen. Herr Kollege Oettinger hat einige Vorschläge gemacht; auch wir werden einige Vorschläge machen. Ich hoffe, dass wir dann recht schnell zu politischen Entscheidungen kommen.

Es gibt auch keinen Grund zum Feiern, wenn 34 % unserer Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg angeben, dass sie nicht zum Vergnügen lesen. Da liegen wir weit hinter anderen Staaten. Es ist auch kein Grund zum Feiern, dass der Unterschied zwischen guten und schlechten Schülern nirgendwo so groß ist wie in Deutschland – bei uns ist es ein bisschen besser, aber das gilt auch für Baden-Württemberg – und dass Bildung auch in Baden-Württemberg stark vom Geldbeutel der Eltern abhängt – ich sage „auch“ –, manchmal nicht so stark wie in anderen Ländern, aber auch in Baden-Württemberg.

Es ist doch kein Grund zum Feiern, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn 48,5 % der Schulleitungen in Baden-Württemberg angeben, dass die 15-Jährigen an ihren Schulen beim Lernen beeinträchtigt seien, weil Lehrer fachfremd unterrichteten oder Lehrer fehlten. Da sind wir an der Spitze, aber nur, wenn Sie die Leistungsskala umdrehen. Wir sind da an der Spitze der Bundesrepublik Deutschland; viele Schulleitungen geben das an.

Es ist kein Grund zum Feiern, dass die individuelle Förderung von Beginn an ein durchgängiges Prinzip aller Länder ist, die bei der PISA-Studie einen Rang unter den ersten acht oder neun belegen und die alle, Herr Kollege Oettinger, Ganztagschulen haben.

(Zurufe von der SPD: Alle!)

Ich will Ihnen jetzt einfach einmal aus PISA – –

(Zuruf von der CDU: Nicht Dichtung, sondern Wahrheit ist gefragt!)

– Ja, genau. Ich hatte erst neulich eine Debatte mit einer Kollegin von Ihnen. Die hatte das auch nicht gewusst.

Also, schauen Sie es sich doch einmal an. Finnland: bis zur neunten Klasse gemeinsame Schulzeit, Ganztagsunterricht.

(Zurufe von der CDU)

– Ja, gucken Sie sich doch die Ergebnisse der PISA-Studie an. Es ist ja wirklich lächerlich, was Sie da erzählen. Gucken Sie sich die Ergebnisse an. Ich lese Ihnen doch aus den Listen mit den PISA-Ergebnissen vor.

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

Kanada: achtjährige Grundschule und Ganztagsbetreuung. Da gibt es auch noch Förderkurse für besonders begabte Schüler.

(Zuruf des Abg. Herrmann CDU)

Neuseeland: achtjährige Primarstufe, Ganztagsbetreuung. Japan: sechsjährige – –

(Unruhe)

– Sehen Sie, das ist das gleiche Problem. Sie haben einfach Schwierigkeiten. Bei der Ganztagsbetreuung jaulen Sie immer auf.

(Zurufe der Abg. Alfred Haas und Herrmann CDU)

Am 19. Dezember, liebe Kolleginnen und Kollegen – ich will es ja eigentlich nicht scharf ausdrücken, weil dieses Kloster einfach einen friedlichen Eindruck erweckt, aber jetzt muss ich es schon hervorholen –

(Abg. Dr. Birk CDU: Bei Drexler jaulen wir auf, nicht bei dem Thema!)

– Ruhe, EnBW; wir sind jetzt nicht bei der Energie, Herr Kollege –,

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD)

sagte ich bei den Haushaltsberatungen im Landtag: Lassen Sie uns doch einmal überlegen, ob wir die Angebote im Bereich der Ganztagschulen nicht verbessern könnten. Was war laut Protokoll der Zwischenruf des Abg. Rau? „Das ist Freiheitsberaubung!“

(Zurufe von der SPD: Oi! – Zurufe von der CDU)

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen: Vielleicht können wir uns einmal darüber unterhalten, was besser ist. – Einer gratuliert ihm jetzt sogar für diesen schwachsinnigen Zwischenruf. Also, ich muss sagen: Das ist ja verheerend in diesem Raum.

(Beifall bei der SPD)

Kommen wir wieder zurück. England: Ganztagsbetreuung. Schweden: Grundschule bis zur neunten Klasse, Ganztagschule.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, alle diese Listen liegen vor. Schauen Sie sich diese bitte einfach einmal an. Dann können wir anschließend auch darüber diskutieren.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen – ich habe das vorhin erwähnt –: Die beruflichen Gymnasien sind in Baden-Württemberg diejenigen Einrichtungen, die unseren Jugendlichen mit mittlerer Reife noch die Hochschulreife er-

(Drexler)

möglichen und somit das gegliederte Schulsystem durchlässig werden lassen. Und was machen Sie? Sie deckeln im Bereich der beruflichen Gymnasien seit Jahren. Wir haben schon x-mal die Forderung gestellt, diese Schulart zu fördern. Wir haben ein Programm vorgelegt, um die beruflichen Gymnasien zu fördern. Sie werden gedeckelt. Wir kriegen Briefe aus dem ganzen Land, in denen gefordert wird, dass in den beruflichen Gymnasien weitere Schulklassen eingerichtet werden sollen. Es werden keine Lehrer zur Verfügung gestellt. Die beruflichen Gymnasien – der Vorteil unseres Schulsystems in Baden-Württemberg – werden seit vielen Jahren nicht gefördert, sondern gedeckelt. Das müssen Sie doch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nur noch ein Beispiel: Der Kollege Oettinger – er ist gerade hinausgegangen –

(Abg. Oettinger CDU: Hier!)

hat vorhin behauptet, dass wir mehr Geld als jedes andere Bundesland für die Schulen ausgeben. Ich will Ihnen nur sagen: Das Ranking nach PISA E für das Jahr 1999 zeigt, dass Hamburg 5 800 € ausgibt, Bremen 5 100 €, Berlin 4 600 €, Bayern 4 500 € und Baden-Württemberg 4 400 €. Also auch diese Aussage stimmt nicht. Ich wollte das bloß richtig stellen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt geht es ja eigentlich darum, was wir machen sollen. Ich glaube, wir brauchen unabhängig von dieser parteipolitischen Geschichte – „Wir sind besser, die sind schlechter“ – eine gemeinsame Kraftanstrengung. Deswegen schlagen wir Ihnen vor, das Kindertagesstättengesetz zu verändern. Wir haben einen Vorschlag eingebracht, nach dem wir ab dem dritten Kindergartenjahr den Bildungsauftrag und auch die Sprachkompetenz sehr stark fördern wollen. Wir werden sehen, was Sie zu diesem Vorschlag zu sagen haben.

Wir wollen dann auch verpflichtend für alle Kinder im fünften Lebensjahr einen Test des Sprachstands durchführen, nicht nur für die Kinder, die im Kindergarten sind, sondern auch für die Kinder, die nicht in den Kindergarten gehen, um festzustellen, wer Förderungsbedarf hat und wer keinen Förderungsbedarf hat. Kinder im fünften Lebensjahr sollen dann gefördert werden, und zwar verpflichtend – Kinder, die im Kindergarten sind, und Kinder, die nicht im Kindergarten sind. Das muss mit der Grundschule verzahnt werden, damit wir nach einem Grundschuljahr sagen können: Jeder, der in Baden-Württemberg in die Schule geht, kann so gut Deutsch, dass er auch weiterhin in seiner schulischen Praxis alles lernen, lesen und verstehen kann.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir warten einmal ab, was die CDU dazu sagt.

Ganztagsschulen, Herr Kollege Oettinger: Wir haben Ihre Äußerungen nach PISA mit Interesse zur Kenntnis genommen. Da geht es eigentlich um eine SPD-Forderung. Am 29. Juni wurde in den „Stuttgarter Nachrichten“ Folgendes

ausgeführt: „Oettinger hält eine flächendeckende Einführung von Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung“ – Ganztagsangebote – „mittelfristig für ‚notwendig und sachgerecht‘.“

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe bei der SPD: Aha!)

Wir haben immer vorgeschlagen, solche Angebote mittelfristig flächendeckend einzuführen. Wir haben ja nachher noch einen Tagesordnungspunkt zum Thema Ganztagschulen. Wir gehen davon aus, dass wir nachher unseren Antrag auch gemeinsam beschließen können. Wir wollen pro Jahr weitere hundert Schulen in Baden-Württemberg in Ganztagschulen umwandeln, sodass wir in diesem Land mittelfristig auf ein Angebot von 20 % kommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch etwas zur Enquetekommission sagen. Wir bekommen aus dem ganzen Land Schreiben, die sich für eine Enquetekommission einsetzen. Die Grünen hatten als erste einmal den Antrag auf Einrichtung einer Enquetekommission eingebracht. Wir haben gesagt, wir könnten uns das vorstellen. Herr Kollege Oettinger, es wäre vernünftig, wenn sich alle vier Fraktionen neben den kurzfristigen Maßnahmen, die ich und Sie gerade genannt haben und die wir dann auch beschließen können, einmal Gedanken darüber machen, ob es nicht sinnvoll wäre, in Baden-Württemberg eine Enquetekommission über das Schulwesen nach PISA einzurichten, und zwar mit ein paar bestimmten Inhalten.

Der eine Inhalt wäre, wie Sie vorhin gesagt haben, möglicherweise eine Verfassungsänderung zustande zu bringen. Dies kann man in einer Enquetekommission vorbereiten.

Zweitens: Wir könnten einmal darüber nachdenken, warum alle Länder, die ihre Kinder nicht nur vier Jahre zusammenlassen und dann separieren, sondern ihre Kinder sechs bis acht Jahre zusammenlassen

(Zuruf von der CDU)

– ich habe Ihnen doch vorhin die Liste vorgelegt –, in der Spitze, in der Breite bessere Erfolge erzielen und weniger Schwächen aufweisen. Darüber muss man ja einmal nachdenken. Wir wollen gemeinsam mit Ihnen, mit den Elternverbänden und vor allem mit den Kommunen, die nach unserer Meinung gerade im Hinblick auf Schulen sehr gute Vorschläge machen, eine Enquetekommission einrichten. Sie wissen, die SPD-Fraktion könnte sie aufgrund ihrer Mandatszahl alleine einsetzen. Das hätte aber vielleicht nicht ganz so viel Sinn, wie wenn Sie bereit wären, in einer Enquetekommission gemeinschaftlich mit uns über eine mögliche Verfassungsänderung zu diskutieren. Wir bieten Ihnen das an.

Ich glaube, wir kämen am besten voran, wenn wir so vorgehen könnten: die kurzfristigen Maßnahmen für unsere Schülerinnen und Schüler möglichst bald beschließen, die mittel- und längerfristige Debatte mit all dem, was Sie vorhin auch angedeutet haben, Herr Oettinger, in der Enquetekommission führen. Das wäre die Chance. Das würde unseren Bürgerinnen und Bürgern zeigen, dass wir in Baden-Württemberg die Kraft haben, nicht zu sagen: „Die CDU macht das“, „Die SPD macht das“, „Ihr seid da und da besser“, sondern eine gemeinsame Anstrengung zu unterneh-

(Drexler)

men, um für unsere Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg etwas zu erreichen. Unser Angebot dafür steht. Ich hoffe, Sie nehmen es an.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

**Abg. Pfister** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Unruhe)

Bebenhausen ist ein leuchtendes Beispiel dafür, dass es in den schwierigen Zeiten nach dem Krieg darum gegangen ist, den Wiederaufbau auch in den Vorparlamenten zu organisieren, dass es darum gegangen ist, ein modernes Grundgesetz auf den Weg zu bringen, dass es vor allem auch darum gegangen ist, den föderalen Aufbau dieses Staates auf den Weg zu bringen. Professor Carlo Schmid, Gebhard Müller, Theodor Heuss und andere sind bereits erwähnt worden. Sie haben die Aufgabe gesehen, gerade auch diesen föderalen Aufbau des Staates auf den Weg zu bringen, weil sie sich dafür eingesetzt und weil sie erwartet haben, dass auf diese Art und Weise ein modernes, ein leistungsfähiges Staatswesen entstehen kann.

Meine Damen und Herren, wenn ich jetzt 50 und mehr Jahre zurückblicke, dann befürchte ich, dass sich die genannten Damen und Herren, diese Väter und Mütter der ersten Stunde, eigentlich im Grab umdrehen müssten, wenn sie sähen, was heute aus diesem Föderalismus geworden ist.

(Abg. Drexler SPD: Ah jetzt! So schlimm ist es auch nicht!)

Ich glaube, dass bei allen Vorschlägen, die im Zusammenhang mit PISA gemacht werden, ein Vorschlag nicht gemacht werden sollte, nämlich der, in Sachen Bildungspolitik in Zukunft die Bundeskompetenz zu stärken.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich will vielmehr umgekehrt, dass der Wettbewerbsföderalismus wieder eine größere Chance hat. Ich will, dass der Wettbewerbsföderalismus eine Renaissance erlebt. Deshalb ist die Debatte, die wir heute führen, keine Zuständigkeitsdebatte. Es ist auch keine Debatte, in der es darum geht, die Kompetenzen des Bundes zu stärken. Nein, diese Debatte muss eine Bildungsdebatte und vor allem eine Qualitätsdebatte sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wenn ich also mehr Bundeskompetenz eine klare Absage erteile, wenn ich ein klares Plädoyer abgebe für mehr Wettbewerbsföderalismus in der Zukunft, dann bedeutet dies nicht, dass wir auf bundesweite Qualitätsstandards, denen wir uns alle verpflichtet fühlen, verzichten müssten. Es bedeutet auch nicht, dass wir diese bundesweiten Qualitätsstandards und die Schulleistungen nicht überprüfen müssten.

Nur, meine Damen und Herren: Wenn wir Ja sagen zu bundesweiten Qualitätsstandards, dann muss natürlich auch die Möglichkeit gegeben werden, diese Standards überzuerfüllen. Das heißt, ich bin dazu bereit, qualitative Ziele festzulegen, die von jeder Schule in Deutschland erreicht werden müssen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Aber der Wettbewerb und der Wettbewerbsföderalismus fangen an der Stelle an, wo es darum geht, dass die Mittel und Wege, die zur Erfüllung dieser Ziele führen, im organisatorischen und im pädagogisch-didaktischen Bereich Ländersache sein und bleiben müssen und weiterhin im Wettbewerb mit den anderen Ländern stehen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Welche Rolle in der Zukunft die Kultusministerkonferenz in diesem Zusammenhang spielen wird, ist aus meiner Sicht noch offen. Wenn ich an die Kultusministerkonferenzen der letzten Jahre und Jahrzehnte denke, dann denke ich jedenfalls nicht an ein schnelles Rennpferd, sondern eher – Sie verzeihen mir diese Formulierung – an einen lahmen Gaul. Das ist aber kein Vorwurf, sondern das hängt mit der Konstruktion der Kultusministerkonferenz zusammen, die ja von Anfang an darauf ausgerichtet war, nach dem Einstimmigkeitsprinzip zu handeln. Wer aber nach dem Einstimmigkeitsprinzip handelt, der steht in der Gefahr, dass der Langsamste das Tempo bestimmt.

Meine Damen und Herren, solange dies nicht geregelt wird, solange hier keine Neuerung kommt, solange sich die Kultusministerkonferenz nicht darauf besinnt, dass in Zukunft eben nicht der Langsamste das Tempo bestimmen darf, so lange wird sich die Kultusministerkonferenz schwer tun, ein wirksames Gremium für die Fortentwicklung unseres Bildungswesens zu sein, und so lange wird die Kultusministerkonferenz auch in der Gefahr stehen, sich eines Tages – auch das sage ich ganz offen – überflüssig zu machen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hauk CDU)

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich PISA und insbesondere die nationale Ergänzungsstudie ansehen, dann stellen Sie fest – darauf wurde schon hingewiesen –: Wir als Baden-Württemberger haben hier einen nationalen Spitzenplatz, aber wir würden uns mit diesem nationalen Spitzenplatz in der Champions League schwer tun. Das heißt, wir sollten uns gemeinsam über diesen Spitzenplatz freuen. Dazu haben wir allen Anlass, denn wir sind besser als die meisten anderen Länder in Deutschland. Aber natürlich ist das noch kein Grund, sich zurückzulehnen.

(Unruhe)

Nur, eines muss auch klar sein, Kollege Drexler – Sie haben das angesprochen –: Es geht auch darum, das Bildungsniveau in Deutschland insgesamt zu heben. Wir wollen ja, dass Deutschland insgesamt von diesem schlechten Platz wekommt. Und da will ich schon einmal sagen: Um dies zu erreichen, sind in Baden-Württemberg in der Vergangenheit bessere Vorbedingungen geschaffen worden,



(Pfister)

als dies in anderen Bundesländern – auch in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bremen – gemacht worden ist. Wir können auf die Leistungen, die das Land Baden-Württemberg im Bildungsbereich bisher erbracht hat, durchaus stolz sein. Dies sollte auch die Opposition so sehen.

(Beifall bei allen Fraktionen – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf bitten, die Gespräche im Saal einzustellen, weil der Redner sonst kaum zu verstehen ist.

(Vereinzelt Beifall)

**Abg. Pfister FDP/DVP:** Ich sage also auch für die Zukunft ein klares Ja zum Wettbewerb im Bildungswesen, zum Wettbewerb zwischen den einzelnen Bundesländern, aber auch zum Wettbewerb zwischen den einzelnen Bildungseinrichtungen, also den einzelnen Schulen. Wer dieses Ja zum Wettbewerb sagt, der tut gut daran, auch Ja zu sagen zu vermehrten und verbesserten Entscheidungsmöglichkeiten der Schulen selbst.

Meine Damen und Herren, wenn wir mehr Qualität an unseren Schulen erreichen wollen, dann werden wir das am besten dadurch tun, dass wir die einzelnen Schulen stärken, indem wir ihnen die Möglichkeit geben, eine eigene Identität und ein eigenes Profil zu erreichen. Wenn wir dies tun, haben wir die besten Chancen, auch die Qualität unserer Schulen zu verbessern.

Baden-Württemberg hat genau damit begonnen. Baden-Württemberg ist das Land, das bereits heute darauf verzichtet, Lehrpläne zu 100 % staatlich vorzugeben. Baden-Württemberg hat bereits damit begonnen, Kerncurricula auf 60 % der Lehrpläne zu begrenzen. Baden-Württemberg ist das Land, das damit begonnen hat, den Schulen in erhöhtem Umfang zu gestatten, ihr eigenes pädagogisches Personal auszusuchen. Damit wollen wir auch zum Ausdruck bringen: Nicht jeder Lehrer passt an jede Schule; auch Schule und Lehrer müssen zusammenpassen. Deshalb gibt es bei uns mehr Auswahlmöglichkeiten für die einzelnen Schulen.

Wir wollen ja erreichen, dass nicht alle Schulen einander gleichen wie ein Ei dem anderen. Wir wollen die Identität der Schulen stärken. Dies können wir am besten dadurch tun, dass wir die Mitgestaltung aller einfordern. Wir werden diese Mitgestaltung am besten dadurch erreichen, dass wir den Schulen auch ein höheres Maß an finanzieller Autonomie geben, dass wir den Schulen, den Eltern und den übrigen Beteiligten das Gefühl geben, dass es sich um ihre Schule handelt, dass diese Schule eine besondere Identität hat. Das sind die Maßnahmen, die notwendig sind, um in Zukunft Qualitätsverbesserungen an den Schulen zu erreichen.

Wenn ich von mehr Autonomie für die einzelnen Schulen spreche, dann nenne ich hierfür auch folgende Voraussetzung: Ich glaube, meine Damen und Herren, wir brauchen an den Schulen des Landes eine neue Erziehungspartnerschaft zwischen Schulen und Eltern. PISA bestätigt, dass wir an unseren Schulen ein gutes Klima haben. 57 % der

Eltern in Baden-Württemberg sagen, dass sie mit dem Schulklima, mit den Lernleistungen und den Leistungen insgesamt zufrieden sind. Das ist ein gutes Ergebnis, aber dies kann natürlich noch verbessert werden. Erfolgreiches Lernen kann immer verbessert werden.

Ich denke aber, dass die Schulen allein dies nicht schaffen werden. Gerade hierfür ist nach meiner Meinung eine neue Erziehungspartnerschaft notwendig. Wir werden beispielsweise die Beteiligung von Eltern nicht mit Sanktionen erreichen können, auch nicht mit Bußgeldern,

(Abg. Drexler SPD: So ist es! Richtig!)

sondern – ich sage es noch einmal – wir können sie dann erreichen, wenn wir es schaffen, dass sich Eltern und andere mit ihren Schulen identifizieren. Dann werden wir das schaffen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Drexler SPD: Einbringen!)

Deshalb ist es ein zweiseitiger Prozess, den ich mit der Schulpartnerschaft anspreche. Die Schule muss durch ein solches höheres Maß an Autonomie ihren Beitrag leisten, aber natürlich müssen auch die Eltern gefordert werden.

Meine Damen und Herren, ich weiß sehr wohl um den gesellschaftlichen Wandel in Familien, bei Alleinerziehenden, bei der Rolle der Frau. Dies weiß ich sehr wohl, aber wenn ich von Erziehungspartnerschaft spreche, dann sage ich ganz bewusst und auch ganz betont: Zur Erziehungspartnerschaft gehört, dass wir nicht nur die Rechte der Eltern einfordern, sondern auch deren Pflichten als Eltern immer wieder betonen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Ganztagschulen sind angesprochen worden. Ich will nur einmal darauf hinweisen, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland 44 000 Schulen haben. Von diesen 44 000 Schulen in Deutschland sind derzeit 2 500 als Ganztagschulen eingerichtet. Allein an dieser Zahl wird deutlich, dass Deutschland bei Ganztagschulen im Grunde keine Tradition hat, keine Geschichte hat, eigentlich auch keine Kultur. Deshalb ist dies ein Thema, das neu angepackt werden muss, bei dem wir praktisch bei null beginnen – nicht nur in Baden-Württemberg, sondern insgesamt in Deutschland, eben aufgrund der Tatsache, dass wir keine solche Kultur haben. Ich halte dies aber für eine wichtige Aufgabe – übrigens nicht nur deshalb, weil durch Ganztageseinrichtungen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreicht werden kann, sondern auch deshalb, weil Ganztageseinrichtungen neue pädagogische Chancen eröffnen können.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich rate immer dazu, bei der Einrichtung von Ganztagschulen das zu tun, was der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Beck dieser Tage geäußert hat und was ich hochinteressant fand. Herr Beck sagt, dass wir Ganztagschulen bedarfsgerecht und wohnortnah ausbauen sollten. Insoweit bin ich einverstanden. Herr Beck sagt, dass wir solche

(Pfister)

Ganztagsschulen nicht an den Wünschen der Eltern und der Familien vorbei ausbauen dürften.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Herr Beck sagt, dass vor allem nicht der Fehler gemacht werden dürfe, irgendwo am grünen Tisch in Stuttgart oder, noch schlimmer, in Berlin oder wo auch immer gewissermaßen ein allein selig machendes Modell von Ganztagschulen auszuhecken und dann allen Schulen überzustülpen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD)

Das kann nicht infrage kommen. Ich bin dankbar für Ihren Beifall. Wir sehen das auch so.

Wenn wir Ganztagschulen einführen, dann ist es wichtig, nach dem Prinzip zu handeln: Lasst tausend Blumen blühen! Es gibt viele Modelle von Ganztagsbetreuung. Wichtig ist aber, dass Ganztagschulen nicht nur Vormittagsunterricht plus Suppenküche sind, sondern dass qualitative Standards beachtet werden müssen. Dazu gehören ausdrücklich auch die Möglichkeiten, die Sportvereine, Kulturvereine und Musikvereine qualitativ in eine solche Ganztagsbetreuung einbringen können. Dazu stehen wir auch.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Das Engagement unserer Lehrerinnen und Lehrer ist eine weitere wichtige Voraussetzung für den Schulerfolg. Auch hier gilt: Wenn wir von unseren Lehrern verlangen, besonderes Engagement an den Tag zu legen, dann werden wir dem am besten dadurch gerecht, dass wir ihnen so viel eigenverantwortliches Handeln wie nur irgend möglich zugehen. In dem Augenblick, in dem wir eigenverantwortliches Handeln zulassen und auch fördern, haben wir eine große Chance, dass das Engagement der Lehrerinnen und Lehrer hoch bleibt oder gesteigert werden kann.

PISA sagt, dass über alle Schularten hinweg – und das finde ich hochinteressant – Baden-Württemberg auf einem hohen Niveau liegt. Darauf wurde bereits hingewiesen. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass Baden-Württemberg in bestimmten Bereichen – etwa im gymnasialen Bereich – nicht den Spitzenplatz belegt, sondern manchmal auch nur den dritten oder vierten Platz.

(Abg. Drexler SPD: Regionalliga! – Unruhe)

– Ja, natürlich, sage ich ja. – Wenn dies aber stimmt, Herr Kollege, dann bedeutet das gleichzeitig im Umkehrschluss, dass gerade unsere Hauptschulen und unsere Realschulen eine besonders hohe Qualität aufweisen. Das finde ich eigentlich sehr erfreulich.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Ich füge eines hinzu: Gerade die Hauptschule ist eine der Schulen, in denen in besonderer Weise auch gesellschaftspolitische Arbeit geleistet wird.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wenn wir auch in Zukunft dieses besondere Engagement an den Hauptschulen fördern und fordern wollen, sollten wir uns überlegen, ob es in Ordnung ist, dass es an der Hauptschule kein Beförderungsamt gibt. Meine Damen und Herren, ich will schon, dass das besondere Engagement an der Hauptschule auch dadurch unterstrichen wird, dass wir den Lehrerinnen und Lehrern zumindest einmal in ihrem Berufsleben die Möglichkeit geben, befördert zu werden. Ich finde, auch hier sind Korrekturen notwendig.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hillebrand CDU)

Im innerdeutschen Vergleich – darauf wurde schon hingewiesen – gibt es Licht und Schatten. Es gibt das Licht, dass wir in Baden-Württemberg eine sehr hohe Abiturientenquote haben. Es wird darauf hingewiesen, dass wir in Baden-Württemberg die geringste soziale Selektion haben. Wir haben die am schwächsten ausgeprägten sozialen Disparitäten.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Das heißt nichts anderes, als dass in Baden-Württemberg die Entkoppelung der Bildungschancen von der sozialen Herkunft in besonders guter Weise gelungen ist. Dies empfinde ich als ein beachtliches Kennzeichen.

Wenn Sie sich ansehen, wer auf das Gymnasium geht, dann werden Sie feststellen, dass der Besuch des Gymnasiums in keinem Land so wenig von der sozialen Herkunft abhängig ist wie gerade in Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

40 % der Hochschulzugangsberechtigten bekommen die Hochschulzugangsberechtigung nicht über das Gymnasium, sondern erreichen sie über den Weg der Hauptschule und der Realschule. Meine Damen und Herren, 40 % erreichen dies über die Hauptschule und die mittlere Reife! Da kann ich nur sagen: Wenn 40 % der Hochschulzugangsberechtigten ihren Zugang zur Hochschule nicht über das Gymnasium bekommen, sondern über den „Umweg“ der Hauptschule auf der einen und der Realschule auf der anderen Seite, dann ist dies auch ein deutlicher Beweis dafür, dass unser Schulwesen durchlässig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Schmiedel und Wintruff SPD)

Wir haben ein durchlässiges Schulwesen; und die Durchlässigkeit ist die Voraussetzung für ein funktionierendes gegliedertes Schulwesen. Ich sage jedenfalls: PISA liefert nicht den geringsten Grund dafür, von einem erfolgreichen gegliederten Schulwesen abzugehen. Im Gegenteil, PISA bestätigt im Grunde genommen den Erfolg eines gegliederten Schulwesens.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Falsch! Lesen lernen!)

Meine Damen und Herren, wir haben in einem Punkt wirklich mehr Schatten als Licht.

(Abg. Schmiedel SPD: Aha!)

(Pfister)

Man muss das offen ansprechen; ich will hier nicht nur Positivmeldungen verkünden, sondern auch Schwachpunkte ansprechen. Diesen Schwachpunkt gibt es ganz eindeutig.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Es gibt einen Bereich, in dem wir uns sehr anstrengen müssen, nämlich bei Kindern mit Migrationshintergrund. Bei Kindern mit Migrationshintergrund bleiben wir deutlich hinter deutschen Kindern zurück – auch im nationalen Vergleich. Kinder mit Migrationshintergrund haben die schlechtesten Chancen, etwa die Realschule oder das Gymnasium zu besuchen. Das ist ein schlechtes Zeugnis, das da festzustellen ist. Wenn Sie sich heute die Zeitungen anschauen, werden Sie leicht feststellen, dass zum Beispiel das Statistische Landesamt zu einem ähnlichen Ergebnis kommt.

Ich glaube, dass die Schulen natürlich eine Integrationsaufgabe haben – einverstanden. Schulen haben die Aufgabe zur Integration, aber sie werden sie nicht alleine schaffen. Sie werden sie deshalb nicht alleine schaffen, weil sie in der Regel erst zu spät mit dieser Aufgabe beginnen können. Deshalb ist es schon richtig, wenn wir sehr genau überlegen und auch handeln, um den Bildungsauftrag unserer Kindergärten neu zu definieren.

Eine Neudefinition des Bildungsauftrags der Kindergärten bedeutet nichts anderes, als dass wir mit der Sprachförderung einfach früher anfangen müssen. Spätestens im fünften Lebensjahr muss Sprachförderung ein zentrales Thema sein. Wenn die Kinder schon hier sind, ist es besser, bereits im Kindergarten mit der Sprachförderung zu beginnen und damit nicht zu warten, bis sie in die Grundschule eingeschult sind. Meine Damen und Herren, ich teile voll die Meinung des Kollegen Oettinger: Wir müssen dazu kommen, dass jedes Kind, das in die Grundschule eingeschult wird – mit welchem Hintergrund auch immer –, der deutschen Sprache mächtig ist. Die Aufgabe der Förderung von Sprachkompetenz muss in Zukunft bereits früher, muss schon im Kindergarten angesiedelt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Es kann übrigens auch umgeschichtet werden. Da müssen nicht erst zusätzliche Millionen ins System geschauvelt werden; das ist überhaupt nicht nötig. Ich will daran erinnern, dass uns im Augenblick für internationale Vorbereitungsklassen, die Sprachförderung betreiben, pro Jahr rund 22 Millionen € im Haushalt zur Verfügung stehen. Wenn es gelingen würde, auch nur einen Teil dieser 22 Millionen €, die im Augenblick für internationale Vorbereitungsklassen in der Schule verwendet werden – in der fünften, sechsten und siebten Klasse –, in den Kindergarten umzuschichten, wäre schon eine Menge gewonnen. Man sieht also: Nicht alles, was gut ist und was getan werden könnte, ist auch mit zusätzlichen Kosten verbunden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube also nicht, dass unser Bildungssystem von Grund auf umgekrempelt werden muss. Vor allem glaube ich nicht, dass wir uns darauf konzentrieren sollten, die äußere Schulform ins Visier zu nehmen. Vielmehr kommt es vor allem darauf

an, die Qualität unseres Schulwesens zu verbessern. Ich glaube nicht, dass hier die Finanzen die entscheidende Rolle spielen. PISA belegt, dass wir in Baden-Württemberg die zweithöchsten Bildungsausgaben pro Schüler tätigen.

(Abg. Wintruff SPD: Das stimmt doch gar nicht! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Sie können es ja nachlesen. Gleichzeitig haben wir die zweitniedrigsten Kosten pro Unterrichtsstunde. Die Mittel, die Baden-Württemberg für die Gestaltung des Bildungswesens zur Verfügung stellt – so in der PISA-Studie nachzulesen –, sind jedenfalls effektiv eingesetzt.

Ich glaube aber, wir sollten uns um einen Punkt Gedanken machen, der bei der PISA-Studie gar keine Rolle spielt: das berufliche Schulwesen. Es spielt bei PISA und auch in dieser Debatte eigentlich keine Rolle, aber ich weise trotzdem darauf hin, meine Damen und Herren. Ich bin nach wie vor ein Anhänger einer Schulpolitik, die darauf abstellt, dass wir eine Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung erreichen müssen. Ich bin der Meinung, dass wir von diesem Ziel noch relativ weit entfernt sind.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD – Abg. Wintruff SPD: Das ist wahr! – Abg. Dr. Caroli SPD: Meilenweit!)

Zum Schluss will ich noch einen Punkt ansprechen, der in der PISA-Studie ebenfalls keine Rolle spielt, der mir aber wichtig zu sein scheint: Wie können wir zum Beispiel etwas für die Konzentrationsfähigkeit unserer Kinder tun, ohne dass es auch nur einen Pfennig Geld kostet? Sie wissen, dass die Konzentrationsfähigkeit durchaus ein wichtiges Thema ist. Ich rate Ihnen dringend, sich insbesondere einmal das zweite Schulhalbjahr unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses von Unterrichtstagen auf der einen und schulfreien Tagen auf der anderen Seite anzuschauen. Dann werden Sie feststellen,

(Abg. Wintruff SPD: Das haben wir doch schon längst festgestellt!)

dass wir hier fast eine Situation haben, in der Ferien – ich formuliere es überspitzt – bisweilen durch Unterricht unterbrochen werden. Das zweite Schulhalbjahr ist durch einen Flickenteppich gekennzeichnet. Ich bin sehr dafür, dass wir auch dieses Thema einmal aufgreifen und uns überlegen, ob das zweite Schulhalbjahr wirklich so gestaltet werden muss, dass wir einen Flickenteppich von vielen freien Tagen, Urlaubstagen, Brückentagen und vielem anderem mehr haben, durch die der Unterricht ständig unterbrochen wird. Ich glaube, wir könnten durch eine Neuordnung der Ferienlandschaft, insbesondere im zweiten Schulhalbjahr, sofort die Konzentrationsfähigkeit unserer Schülerinnen und Schüler erhöhen, ohne dass dies einen Pfennig Geld kosten würde.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich habe die PISA-Studie als eine Chance verstanden und sehe das immer noch so. Ich verstehe PISA zum Teil als einen heilsamen Schock. Das gilt für die Bundesrepublik, aber natürlich auch für uns al-



(Pfister)

le; darauf habe ich hingewiesen. Ich bin sehr dafür, dass wir die Bildungspolitik zu einem Topthema der Landespolitik machen. Nur weise ich noch einmal darauf hin: Es wird nicht ausreichen, wenn nur die Bildungspolitiker dieses Thema zu einem Topthema machen. Wir werden das Thema Bildungspolitik nur dann in gewünschtem Umfang in die Köpfe der Menschen bzw. der Beteiligten bringen, wenn es uns gelingt, der Gesamtgesellschaft den besonderen Wert von Bildung in einem Lande deutlich zu machen, das eben keine Rohstoffe zur Verfügung hat – außer einem einzigen Rohstoff, nämlich den Fähigkeiten und dem Können der Menschen in diesem Land.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

**Abg. Kretschmann GRÜNE:** Herr Präsident – ich vermisse die Hohenzollernfahne –,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

meine Damen und Herren! PISA hat unser Schulsystem und die Bildung zu einem Topthema der Politik gemacht. Warum? Es war der Blick von außen, der internationale Vergleich, der sie zum Spitzthema gemacht hat. Den nationalen Vergleich erleben wir hier seit 20 Jahren in jeder bildungspolitischen Debatte, aber er hat sie jedenfalls nicht zum Topthema gemacht.

(Abg. Seimetz CDU: Aber bestätigt!)

Im internationalen Vergleich sind wir eben nur Mittelmaß. Verglichen mit dem föderalen Kanada, wo es ebenfalls große Unterschiede gibt, ist die schlechteste dortige Provinz immer noch besser als Baden-Württemberg. Der internationale Abstand und die großen Binnenunterschiede haben jetzt den Ruf nach Bundeszuständigkeit laut werden lassen. Er ist leider ziemlich populär, obwohl ich persönlich es für den GAU der Bildungspolitik hielte, wenn es dazu käme.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ein jahrzehntelanger ideologischer Streit und parteipolitisches Gezänk – hie dreigliedriges Schulwesen, hie Gesamtschule – haben mit dazu beigetragen. Irgendwie haben die Leute keinen Respekt vor einem provinziellen „Schrebergartenföderalismus“, sondern wollen sich messen mit den Besten in der Welt. Nur so kann man Wettbewerbsföderalismus in der Bildungspolitik verstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Auch im innerdeutschen Vergleich, Frau Kultusministerin – Herr Kollege Drexler hat es schon gesagt –, kann man nicht zufrieden sein. 20 %, jeder fünfte Schüler in Baden-Württemberg erreicht bei der Lesefertigkeit die Kompetenzstufe I. Das heißt, er kann als 15-Jähriger so gut lesen wie ein Grundschüler. Ich meine, da müssten doch die Alarmsirenen aufheulen. Da kann das Ergebnis, dass wir in

Baden-Württemberg relativ gut dastehen, nur ein geringer Trost sein, der hauptsächlich parteipolitisch trösten kann.

Auch die soziale Ungleichheit ist, glaube ich, ein ziemliches Armutszeugnis für Baden-Württemberg, das zu den reichsten Regionen der Welt gehört.

Wenn wir also den Vergleich mit anderen Ländern der Welt wagen – und das sollten wir –, dann kommen wir, glaube ich, um einen gründlichen Umbau unseres Schulwesens nicht herum. Das bedeutet für uns hier im Parlament: Wir sollten uns unter diesem Blickwinkel um einen größeren Grundkonsens in der Bildungspolitik bemühen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja! Sehr gut!)

Deswegen möchte ich mit meiner Rede noch einmal für die Einrichtung einer Enquetekommission werben, denn dieses Thema betrifft grundlegende Fragen, die hier im Parlament erörtert werden sollten und nicht in Talkshows, wo bei diesem Thema in der Regel wenig Gescheites herauskommt.

Was könnten sehr wichtige Fragestellungen für eine solche Enquetekommission sein? Ich möchte sie unter folgendes Oberthema stellen: „Schulen in die Selbstständigkeit entlassen“. Denn ausgerechnet im Schulbereich haben sich obrigkeitstaatliches Denken und Staatsfixiertheit am längsten gehalten, und nirgendwo wird Preußens Gloria lauter und froher gesungen als in der gesamten Schulbürokratie.

(Beifall bei den Grünen)

In einer Zivilgesellschaft, in einer Bürgergesellschaft ist der Staat für die Lernbedingungen und nicht für das Lernen zuständig. Unter dieses Prinzip sollten wir eine solche Enquetekommission stellen. Das heißt: Unsere Schulen brauchen mehr Freiheit und mehr Eigenverantwortung, mehr Mündigkeit und mehr Kompetenz. Dies möchte ich anhand einiger Punkte erläutern.

Erstens sind die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Schulleitungen gefordert. Sie sind die Motoren, die Träger und Gewährsleute jeder bildungspolitischen Reform. Reformen funktionieren nur mit ihnen, nicht über sie hinweg. Das ist auch einer der Hauptkritikpunkte, Frau Kultusministerin, die wir an Ihrer ganzen Bildungspolitik haben. Wir müssen die Lehrerinnen und Lehrer stärken, und wir müssen die Schulleitungen stärken. Mittelfristig müssen wir dahin kommen, dass wir die Schulverwaltung abbauen oder zumindest gravierend umbauen, um wieder dem Erfordernis gerecht zu werden, dass unten, an den Schulen selbst, Verantwortung wahrgenommen werden kann.

(Beifall bei den Grünen)

Zweitens: Was die Elternhäuser betrifft, hat Kollege Oettinger sowohl bemerkenswerte als auch teilweise etwas verunglückte Vorschläge gemacht.

(Zurufe von der CDU)

Die Bildungsbereitschaft und die Erziehungsbereitschaft in den Elternhäusern müssen zweifelsohne gestärkt werden. Die Zusammenarbeit zwischen Lehrerschaft und Elternhaus, die in den letzten Jahrzehnten immer weiter auseinander gedriftet und teilweise zerbrochen ist, müssen wir



(Kretschmann)

wieder intensivieren. Das geht aber nur, wenn die Elternschaft das Schulleben auch mitgestalten und mitverantworten kann und – da gebe ich Ihnen völlig Recht, Kollege Oettinger – sich von ihrer Ablieferungsmentalität, die über weite Strecken leider herrscht, und von Anspruchsdenken und Rechthaberei verabschiedet. Da sind wir im Grundsatz ganz Ihrer Meinung.

Wir müssen aber die richtigen Instrumente anwenden. Das richtige Instrument kann nur sein: Nur dort, wo es Freiheit gibt, nehmen Menschen ihre Verantwortung auch wahr, nicht aber dort, wo sie diese Verantwortung ständig auf irgendwelche Bildungspläne und Ministerialerlasse abschieben können. Denn es ist natürlich – das hat schon der Philosoph Kant gesagt – sehr bequem, unmündig zu sein. Nur wenn man Verantwortung nach unten gibt, ist es mit dieser Art von Bequemlichkeit vorbei.

Aber auch bei den Schülern geht es wieder um die Förderung von Leistungswillen und Lernbereitschaft. Das sagt sich immer so leicht, und es ist das Credo der konservativen Parteien. Es ist ja auch kein falsches Credo. Aber die Tatsache, dass heute in den gymnasialen Oberstufen 50 % der Schülerinnen und Schüler einer geregelten Erwerbsarbeit nachgehen und damit die Schule zu einer Freizeitveranstaltung besonderer Art machen, ist ein Problem, dem Sie sich, Frau Kultusministerin, ja noch nicht einmal widmen. Diese Trivialitäten des Schullebens gehen an Ihnen immer schnell vorbei.

(Beifall bei den Grünen)

Selbstständigkeit, Kreativität und Lernfreude erfordern eben Mühe und Disziplin, sie sind kein Gegensatz. Vielmehr sind Disziplin und Mühe überhaupt erst die Voraussetzungen dafür, dass man Kreativität und Freude am Lernen gewinnen kann – das, was unsere Schülerinnen und Schüler wollen.

Schließlich nenne ich als vierten Punkt der Selbstständigkeit die Kommunen. Die Schulen der Zukunft brauchen weit mehr Mitspracherecht und Kompetenz unserer Gemeinden, damit die örtliche Identität der Schulen gestärkt wird – das ist vom Kollegen Pfister schon ausgeführt worden – und damit die Schulen in die städtischen Sozialräume eingebettet werden. Das ist, was die Zuständigkeitsfragen betrifft, eine große Herausforderung, wenn wir eine selbstständigere Schule wollen, da wir ja das Prinzip haben, dass das Land für das Personal zuständig ist und die Gemeinden für die Lernmittel und die Schuleinrichtung zuständig sind. Wenn wir also eine selbstständigere Schule wollen, müssen wir darüber nachdenken, wie diese Kompetenzen neu verteilt und neu geordnet werden.

Wir müssen ferner – auch das ist vom Kollegen Oettinger schon gesagt worden – die Schulen in freier Trägerschaft stärken, denn die Schulen in freier Trägerschaft sind die Motoren und Vorbilder einer Schule, die selbstständig und in Zusammenarbeit mit den Eltern erfolgreich arbeitet. Ihre Botschaft, Herr Oettinger, höre ich wohl; teilweise fehlt mir allerdings der Glaube, wenn ich jetzt mitbekomme, was die Kultusministerin zur Förderung dieser freien Schulen in letzter Zeit gesagt hat.

(Beifall bei den Grünen)

Neben dieser Dezentralität, die ich für das wichtigste Thema solch einer Enquete halte, wäre der zweite wichtige Komplex: Müssen unsere Schüler nicht länger gemeinsam lernen? Müssen wir sie nicht stärker individuell fördern, statt sie andauernd zu sortieren und in andere Schultypen auszusondern? Ich appelliere noch einmal an die Union: Beenden Sie diesen klassischen Streit „hier dreigliedriges Schulwesen, dort Gesamtschule“. Die Gesamtschulen sozialdemokratischer Provenienz sind bekanntermaßen wenig erfolgreich gewesen. Es geht darum, dass wir uns nicht mit diesen, sondern mit Schulen in anderen Ländern der Welt vergleichen. Die erfolgreichen Länder haben nun einmal alle integrative Schulsysteme. Das sollten wir alle zur Kenntnis nehmen und gewohnte Denkstrukturen mutig durchbrechen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Auch das wäre, glaube ich, für eine eigenverantwortliche Schule wichtig und nötig.

Drittens: zur Leistungsmessung. Nichts ist in der deutschen Bildungspolitik so beliebt wie die Diskussion um Noten und deren Abschaffung. Wir haben da eine lange Tradition. Diese können wir natürlich nicht und wollen wir vielleicht auch nicht über Bord werfen. Wir müssen die Frage ganz anders stellen. Ein Elftklässler an einem Gymnasium schreibt mindestens 30 Klassenarbeiten. Wir testen und prüfen ihn unentwegt. Die Frage ist: Messen wir auch seine wirkliche Leistungsfähigkeit? Sind das die richtigen Instrumente? Messen wir nicht vielmehr das, was er sich punktuell in sein Kurzzeitgedächtnis stopft und nach der Klassenarbeit nicht mehr weiß? Müssen wir dieses Verfahren nicht einmal auf den Prüfstand stellen?

(Beifall der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Wir haben ja das Zentralabitur, auf das wir so stolz sind und das andere Länder nachmachen wollen. Aber ist es denn so toll, wenn wir merken, dass die Universitäten immer mehr dazu übergehen, die Studierenden eigenen Leistungstests zu unterziehen, was natürlich eine Abwertung des Abiturs bedeutet? Obwohl die Abiturdurchschnittsnoten in den letzten 30 Jahren dramatisch gestiegen sind, entsprechen sie doch offensichtlich nicht der Leistungsmessung durch die PISA-Studie. Auch dies, finde ich, sollten wir auf den Prüfstand stellen: Sind die Art und Weise und die Häufigkeit, mit der wir Tests und Arbeiten schreiben lassen und Prüfungen abnehmen, die richtige Methode, um wirklich Leistung zu messen?

Andere Länder, zum Beispiel Schweden, haben ein sehr frühes System einer sehr harten Eigenkontrolle und Eigenbeurteilung. Vielleicht ist das ein Weg, der unser System zumindest ergänzen kann.

(Beifall bei den Grünen)

Zum Ganztagsunterricht möchte ich keine großen Ausführungen machen. Dieses Thema steht ja anschließend auf der Tagesordnung. Ich glaube, es geht um Folgendes: Bei diesen teilweise vordergründigen Reden über Leistung dürfen wir so etwas wie soziale Kompetenz nicht einfach wegwerfen. Sie gehört genauso zur Bildung wie kognitives

(Kretschmann)

Lernen. Ich meine – das ist vorhin vom Kollegen Pfister schon angesprochen worden –, alles, was diese soziale Kompetenz fördert, im zweiten Schulhalbjahr in den Vormittag hineinzustopfen muss den gesamten Lernzusammenhang stören und zum Schluss vielleicht sogar zerstören. Deswegen brauchen wir auf Dauer eine Ganztagschule, in der wir das entzerren können und kognitives Lernen und soziales Lernen in einen rationalen und vernünftigen Zusammenhang bringen, der auch handhabbar ist mit der Änderung der Arbeitszeiten, die dabei für die Lehrerschaft anstehen und zu diskutieren sind.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Schließlich wäre noch die Schnittstelle zwischen Kindergarten und Grundschule anzumerken. Auch das ist im Prinzip schon ausgeführt worden. Finnland gibt 5 000 € für ein Grundschulkind aus, Deutschland 3 500 €. Das ist ein Missverhältnis, das, glaube ich, sehr vieles erklärt. Ich bin dem Kollegen Oettinger dankbar, dass er auch da Offenheit gezeigt hat. Das zeigt mir, dass es wichtig ist, in solch einer Enquete solche grundlegenden Fragen zu besprechen wie die, wiederum 5,5 Zeitstunden für eine Grundschule vorzusehen und den Klassenteiler herunterzusetzen.

Damit komme ich zum Schluss: Wer den Umbau des Schulsystems ernsthaft mit dem Ziel in Angriff nehmen will, dass wir uns mit den führenden Ländern der PISA-Studie messen können, wird nicht darum herumkommen, mehr Ressourcen für das Bildungssystem freizumachen. Ich erinnere daran: Finnland gibt über 7 % des Bruttoinlandsprodukts für Bildung aus, Deutschland weniger als 5 %. Das sind angesichts unserer Haushaltslage natürlich sehr grundlegende und schwierige Fragen. Aber ich glaube, es ist wichtig und elementar, dass sich dieser Landtag fragt: Wo liegen seine Kernkompetenzen und seine Kernaufgaben? Diese liegen im Bildungsbereich. Da müssen wir den Haushalt einmal auf den Kopf stellen und fragen: Was muss der Landtag wirklich finanzieren und was nicht? Die Bildung jedenfalls muss er finanzieren. Es kann nicht angehen, dass die soziale Ungleichheit immer mehr dadurch verschärft wird, dass ein Millionenheer von Gutbetuchten ihre Kinder im Nachhilfeunterricht auf Prüfungen und Klassenarbeiten vorbereiten, und die anderen Schüler schauen in den Wind, kommen nicht mehr mit, und ihre Lebenschancen werden gemindert. Da sind große Anstrengungen notwendig.

(Beifall bei den Grünen)

Ich hoffe, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, dass ich Sie überzeugen konnte, dass es wichtig wäre, dass dieser Landtag gemeinsam eine solche Enquete durchführt. Der Kollege Drexler hat schon darauf hingewiesen. Natürlich kann die Opposition sie auch allein beantragen. Aber wenn Sie Bereitschaft signalisieren, dass wir diese grundlegenden Fragen, die von allen angesprochen sind, dort mit Experten von außen, auch mit Experten aus den Ländern, die in der PISA-Studie erfolgreich sind, gemeinsam angehen, dann tun wir, glaube ich, der Bildungspolitik etwas Gutes, denn hier geht es um Entscheidungen für Zeiträume von 20 Jahren.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Die Arbeitskraft des Parlaments nur in Untersuchungsausschüsse zu stecken, die die Fehler der Vergangenheit aufarbeiten, und keine Ressourcen und Arbeitskraft mehr zur Verfügung zu haben, um die Zukunftsaufgaben zu lösen, kann nicht der richtige Weg sein. Deshalb appelliere ich noch einmal an alle Fraktionen, ernsthaft zu erwägen, solch eine Enquetekommission einzurichten.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Allerdings nach Untersuchungsausschüssen!)

Lassen Sie mich zum Schluss noch sagen: Wir dürfen diese Diskussionen nicht mit einem totalen Machbarkeitswahn führen. Fragen der Bildung sind Fragen der Gesellschaft. Diese Fragen kann man nicht einfach nur durch Bildungspolitik lösen. Es sind Fragen der Werthaltigkeit und der Werte in der Gesellschaft. Nur wenn alle den Wert der Bildung in unserer Gesellschaft wieder höher einschätzen, kann unsere Arbeit im Parlament, wenn wir sie mutig und entschlossen angehen, auch Erfolg haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich der Ministerin für Kultus, Jugend und Sport, Frau Dr. Schavan.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! PISA 2000 wird in drei Stufen der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Vorstellung der ersten Stufe erfolgte im Dezember 2001 – mit der Konsequenz, dass wir ein halbes Jahr in Baden-Württemberg darüber diskutiert haben, wie schrecklich es sei, im unteren Drittel der OECD zu sein. Ich habe schon damals manchen gemahnt, seine Reden genau zu überlegen. Denn die zweite Etappe vor wenigen Wochen hat gezeigt, dass wir in Deutschland eine viel differenziertere Situation haben als die, die ein halbes Jahr lang diskutiert worden ist.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer lernen will, wer weiterentwickeln will, muss schon bereit sein, die Differenzierung, die zwischen der ersten und der zweiten Phase von PISA 2000 liegt, wahrzunehmen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Die dritte Stufe kommt im Herbst: Jedes der 16 Länder wird einen ausführlichen und zu jedem einzelnen Thema in die Tiefe gehenden Länderbericht bekommen. Nach allem, was ich weiß, ist dies der eigentliche Bericht, der für die Prüfung bisheriger bildungspolitischer Weichenstellung und künftiger Weichenstellung das relevante Dokument sein wird.

Nun finde ich es schon erstaunlich, wie seit der Vorlage der nationalen Studie in Deutschland diskutiert wird. Ich habe mich eben, als ich diese Diskussion verfolgt habe, gefragt: Wie wäre eigentlich heute hier die Stimmung, wenn Baden-Württemberg auf dem 4., dem 6., dem 10., dem 12. oder dem 14. Platz gelegen hätte? Wie wäre eigentlich hier die Stimmung?

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

(Beifall bei der CDU – Abg. Kretschmann GRÜNE: Noch schlechter! – Abg. Drexler SPD: Nicht anders!)

Jetzt sage ich Ihnen – –

(Zurufe von der SPD)

– Das stimmt ja auch nicht! – Baden-Württemberg liegt im OECD-Vergleich in den drei Kompetenzbereichen auf ganz unterschiedlichen Plätzen: in zwei Kompetenzbereichen, nämlich in Mathematik und in Naturwissenschaften, über dem Durchschnitt und im Bereich der Lesekompetenz auf dem zitierten 17. Platz. Aber, lieber Herr Wintruff: Wo SPD und Grüne regieren, da liegen die Länder auf dem 27., auf dem 31., auf dem 29. oder auf dem 25. Platz. Das ist der Unterschied in Deutschland.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Wenn Sie dann der Landesregierung eine Enquetekommission anbieten, dann frage ich mich – –

(Abg. Drexler SPD: Nicht der Landesregierung! Das macht das Parlament und nicht die Landesregierung! – Abg. Schmiedel SPD: Das macht doch das Parlament!)

– Ja, ja. Sie wollen doch der Landesregierung helfen.

(Abg. Schmiedel SPD: Ja, sowieso! – Abg. Drexler SPD: Das machen wir immer!)

– Jawohl. – Dann frage ich mich bei einer Bilanz – und das ist diese PISA-Studie – von 30 Jahren Bildungspolitik in Deutschland: Welche aus diesen 30 Jahren stammende klassische sozialdemokratische Bildungsidee sollen wir hier eigentlich diskutieren und aufnehmen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE – Abg. Drexler SPD: Sie kapiert es nicht!)

Nennen Sie mir eine einzige! Diese nationale PISA-Studie – das ist die erste zentrale Botschaft – ist verbunden mit einem dramatischen Nord-Süd-Gefälle in Deutschland.

(Abg. Drexler SPD: Was soll das jetzt?)

Es ist nicht nur in den drei Kompetenzbereichen dramatisch,

(Abg. Drexler SPD: Gehen Sie doch mal auf die Fehler ein!)

sondern genauso dramatisch, lieber Herr Drexler, im Blick auf Chancengerechtigkeit, auf soziale Gleichheit und auf soziale Ungleichheit.

(Abg. Drexler SPD: Stimmt nicht! – Weitere Zurufe von der SPD)

Das ist die zentrale Botschaft.

(Lebhafte Unruhe bei der SPD – Abg. Oettinger CDU zur SPD: Ganz cool bleiben!)

Sie wissen ganz genau, warum der Bundeskanzler durch die Zuständigkeitsdebatte von dieser PISA-Studie abgelenkt hat.

(Abg. Drexler SPD: Wir sind doch im Landtag von Baden-Württemberg!)

Sie wissen ganz genau, warum die Bundesbildungsministerin erklärt hat, es gäbe in Deutschland kein Nord-Süd-Gefälle. Damit ist sie die einzige Person des öffentlichen Lebens, die dieses Nord-Süd-Gefälle noch nicht festgestellt hat.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Drexler SPD: Wir sind doch hier im Landtag von Baden-Württemberg! Wir sind doch nicht im Kompetenzzentrum von Herrn Stoiber! Wir sind im Landtag!)

– Das von Herrn Stoiber regierte Bayern hat bei PISA auch nicht schlecht abgeschnitten. Das ist schon wahr.

(Abg. Drexler SPD: Was soll denn das?)

Genau zeitgleich tagt gerade auch der Bayerische Landtag, um sich über PISA zu unterhalten.

Meine Damen und Herren, wir werden das Bildungswesen in Baden-Württemberg nicht umbauen, überhaupt nicht. Wir werden es konsequent weiterentwickeln.

(Abg. Drexler SPD: Das können Sie halten, wie Sie wollen!)

Wir werden es weiterentwickeln durch eine Stärkung der Stärken.

(Abg. Drexler SPD: Und durch die Abschaffung der Schwächen!)

Man weiß – das ist in den letzten Jahren auch so gewesen –: Wer Stärken weiterentwickelt, wird Schwächen minimieren.

(Abg. Drexler SPD: Die Abschaffung der Schwächen!)

– Die Abschaffung der Schwächen, ja, ja. Fangen Sie einfach einmal in Ländern an, die den deutschen Schnitt massiv nach unten gezogen haben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Ich bin Landtagsabgeordneter h i e r ! Im Gegensatz zu Ihnen bin ich hier geboren! Ich bin die ganze Zeit in Baden-Württemberg! – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Frau Ministerin!

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Die zentrale Botschaft von PISA – –

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Frau Ministerin!

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Nein, ich lasse jetzt keine Zwischenfrage zu.



(Ministerin Dr. Annette Schavan)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Drexler SPD: Das ist auch besser! Jetzt geht es wieder los: die alte Story! Ideologie! – Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Die Botschaft, die Ihnen doch am wehesten tut, ist, dass die große Idee, wonach man mehr soziale Gerechtigkeit bekommt, wenn man ein bisschen auf Leistung verzichtet, eine Legende war und die PISA-Studie diese Legende auf 250 Seiten beschreibt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Drexler SPD und Boris Palmer GRÜNE)

Die höchste soziale Ungleichheit besteht in Schleswig-Holstein und Niedersachsen.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ach ja?)

Niedersachsen hat einen Abiturientenanteil von 25 %. Baden-Württemberg hat einen Abiturientenanteil von 29 %. Bei einem Durchschnitt in Deutschland von 27 % hat Baden-Württemberg eine überdurchschnittliche Abiturientenquote.

(Abg. Drexler SPD: Reden Sie doch einmal zur Lesekompetenz!)

Das ist verbunden mit der Feststellung, dass es in Baden-Württemberg die niedrigste soziale Ungleichheit gibt.

(Abg. Drexler SPD: Aber es gibt sie! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Ich finde, das ist ein Urteil über ein Bildungswesen, das nicht nur in der Sache und im Blick auf Kompetenzen leistungsfähig ist, sondern das auch dann leistungsfähig ist, wenn es um soziale Gerechtigkeit geht.

Zweiter Punkt: Migration und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Diese nationale Studie stellt fest: Der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der Kompetenzstufe V ist in Baden-Württemberg am höchsten. Die Risikogruppe ist hier besonders klein. Das heißt, generell gilt: Dort, wo die Risikogruppe im Vergleich geringer ist, ist die Spitzengruppe größer.

(Abg. Schmiedel SPD: Alles Regionalliga!)

Die Kernaussage im Blick auf Jugendliche mit Migrationshintergrund ist die Aussage, dass der Jugendliche mit Migrationshintergrund in den südlichen Ländern im Grundbildungsstandard auf das Niveau des deutschen Schülers in Bremen kommt. Das sind die Unterschiede in Deutschland, meine Damen und Herren, zwischen Nord und Süd.

(Beifall bei der CDU)

In den Naturwissenschaften und in der Mathematik im Bereich der Gymnasien hat Baden-Württemberg international mit den höchsten Anteil in der Spitzengruppe.

(Abg. Wintruff SPD: Schleswig-Holstein vor Baden-Württemberg!)

– Das ist doch gar nicht wahr.

(Abg. Wintruff SPD: Schleswig-Holstein vor Baden-Württemberg! – Abg. Drexler SPD: Die ganze Rede bringt doch nichts!)

Entschuldigung, Herr Wintruff, Sie reden über etwas völlig anderes. Sie reden über die Naturwissenschaften, über fünf Kompetenzstufen in den Ländern. Ich rede gerade über den Anteil in den Naturwissenschaften und in Mathematik in der Spitzengruppe.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Da liegen wir weit vor Schweden. Wir liegen dabei auf der Höhe von Finnland. Das halte ich als differenzierten Tatbestand für wichtig, weil wir bestimmte Bereiche in unserem Bildungswesen haben, in denen wir erwiesenermaßen zur internationalen Spitzengruppe gehören.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Die Botschaft heißt: „Weiter so!“)

Die nationale PISA-Studie hat ein großes Problem der Fairness in Deutschland gezeigt. Jugendliche in Niedersachsen, in Bremen, in Mecklenburg-Vorpommern und in Nordrhein-Westfalen, die mit den gleichen Talenten –

(Abg. Schmiedel SPD: Wir leben doch nicht an der Küste! Mein Gott!)

davon kann man einmal ausgehen, Herr Schmiedel – und mit den gleichen Möglichkeiten ausgestattet sind,

(Abg. Drexler SPD: Wir sind nicht im Landtag von Bremen!)

gehen in ein Bildungswesen, das ihnen weniger Chancen gibt: weniger Zukunftschancen, weniger berufliche Chancen, weniger Chancen, zu qualifizierter Bildung zu kommen.

(Abg. Drexler SPD: Sind wir im Landtag von Bremen?)

Deshalb ist die Quintessenz – ob es Ihnen passt oder nicht –: Je länger die SPD in einem Land regiert, desto schlechter sind dort die Ergebnisse in allen Kompetenzbereichen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Wir sind doch nicht in Bremen!)

Deshalb kann ich übrigens verstehen, dass manche die Idee plausibel finden, Bildungspolitik nicht von der eigenen Landesregierung machen zu lassen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Es ist, meine Damen und Herren, eine der ernsthaftesten Geschichten in dieser PISA-Studie überhaupt, dass es eine große Unfairness gegenüber Jugendlichen ist, es zu Unterschieden von bis zu zwei Schuljahren kommen zu lassen. Die Unterschiede in den Bildungsleistungen und in den Kompetenzen entsprechen bis zu zwei Schuljahren. Es ist ein Gebot der Fairness, dass wir uns in Deutschland darum bemühen, eine solche Kluft nicht weiter zuzulassen.



(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Meine Damen und Herren, Bildungspolitik war in den letzten 30 Jahren mit viel Auseinandersetzung verbunden. Deshalb ist das, was auf diesen 250 Seiten steht, auch eine Bilanz, ein Resümee über Weichenstellungen in diesen 30 Jahren. Es ist für eine Reihe von Ländern eine Bankrotterklärung, und es wird Zeit, dass wir in der Kultusministerkonferenz die vorhandenen Instrumente nutzen, um uns nicht mehr an denen orientieren zu müssen, die nicht vorankommen und uns dauernd gute Ratschläge geben,

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es! Sehr gut!)

und dass diese Kultusministerkonferenz modernisiert wird. Das Einstimmigkeitsprinzip darf kein Tabu sein. Orientierung in Deutschland heißt Orientierung an denen, die die Weichen schon richtig gestellt haben, und nicht an denjenigen, die noch immer darüber diskutieren, ob sie irgendeine Weiche stellen wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stichwort Finanzen. Jetzt stellen Sie sich hier hin und sagen erstens, Baden-Württemberg gebe gar nicht so viel Geld für Bildung aus. Sie nennen dann auch noch Länder wie Bremen, wo man ganz salopp fragen muss: Und was ist das Ergebnis?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Bei den Klassenstärken zum Beispiel!)

Sie wissen, dass es unterschiedliche Rubriken gibt. Man kann das am Bruttoinlandsprodukt festmachen, oder man kann das an den Ausgaben pro Schüler festmachen. Man kann es am Anteil am Haushalt festmachen. Sie wissen: In keinem der 16 Bundesländer ist der Anteil der Mittel für die Schulen am Landeshaushalt so hoch wie bei uns. Das ist keine Mitteilung aus CDU-Pressestellen, sondern das steht im Bundesfinanzbericht.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Zweitens wissen Sie, dass Bayern und Baden-Württemberg im gesamten Bildungsbereich das meiste Geld pro Schüler ausgeben.

Drittens wissen Sie aber auch – das hat groß im „Handelsblatt“ gestanden –, dass zum Beispiel Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen exakt die gleiche Summe pro Schüler ausgeben, nämlich 3 900 € pro Jahr für Schüler an allgemein bildenden Schulen. Dennoch sind die Ergebnisse in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen völlig verschieden. Sachsen gehört in die Spitzengruppe der 16 Länder. Mecklenburg-Vorpommern steht auf den letzten Plätzen.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Das mag zwar ein schönes Spiel sein, aber Sie wissen: Wichtig ist die strategische Ausrichtung des Landeshaushalts auf Bildung. Diese Ausrichtung haben wir vorgenommen.

Zweitens ist wichtig, das Geld, das zur Verfügung steht, für vernünftige Bildungspolitik auszugeben, für Bildungspolitik, die die Zukunftschancen der jungen Generation sichert, und es nicht, wie in Mecklenburg-Vorpommern, in ein Bildungswesen zu investieren, das heute auf dem Ni-

veau des Bildungswesens in Mexiko ist. Das ist keine Zukunftsinvestition.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Es gibt viele Einzelergebnisse. Sie sind genannt worden. Sie sagen schon auch etwas über den Stellenwert der Bildungspolitik in einem Land aus. Der deutlich über 50 % liegende Anteil der Eltern, die mit der Schule und nicht nur mit dem Schulklima zufrieden sind – es gibt übrigens kein zweites Land, das auch nur auf 50 % kommt –, ist ein Zeichen dafür, dass in der Öffentlichkeit gespürt wird: Wir haben in unserem Land viele ausgezeichnete Schulen. Deshalb ist diese PISA-Studie übrigens auch ein gutes Signal an unsere Schulen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Hofer FDP/DVP: Jawohl!)

Es ist nicht allein und auch nicht in erster Linie ein Signal an die Bildungspolitik, sondern ein Signal an die Schulen, an unsere Lehrerinnen und Lehrer,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Jawohl!)

denen wir unentwegt neue Aufträge geben. Wenn ich all das zusammenzähle, was ich heute hier gehört habe, dann sieht es doch so aus, als würden wir auch in den nächsten Jahren unentwegt neue Aufgaben an die Schulen geben.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Das wird nicht funktionieren. Deshalb muss der erste Schritt der Veränderung und der Weiterentwicklung sein, Schule Raum und Luft für ihr Kerngeschäft zu lassen,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

nämlich für Unterricht und Erziehung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Für was denn sonst? – Abg. Drexler SPD: Was denn sonst? – Abg. Pfister FDP/DVP: Wir haben das! Wir machen es jetzt schon!)

Da überlegen wir nicht erst, ob wir Bildungspläne verändern. Wir sind längst auf dem Weg, Bildungsstandards zu formulieren und ein Kerncurriculum zu formulieren, das nur noch zwei Drittel der Inhalte festschreibt und ein Drittel in die Verfügung des Pädagogen gibt. Das ist Schule der Zukunft: die schöpferische Kraft pädagogischer Arbeit zu akzeptieren, die vor Ort stattfindet und nicht auf irgendwelchen anderen Ebenen angesiedelt ist.

(Abg. Zeller SPD: Das war ein Antrag von Herrn Zöllner! Wissen Sie das noch?)

Wir sind längst auf dem Weg. Das ist alles in Arbeit.

Zweitens: Instrumente der Evaluation. Der Herr Ministerpräsident und ich haben vor 14 Tagen das Konzept für Evaluation in der Schule, zwischen Schulen und zwischen den 16 Ländern vorgestellt. Die neue Struktur des Landesinstituts für Erziehung und Unterricht und die Umwandlung der Lehrerbildungsseminare in didaktische Seminare werden bei uns nicht nur angedacht, sondern sind auf dem

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Weg. Die Voraussetzungen sind geschaffen. Der nächste Schritt wird sein – –

(Abg. Schmid SPD: Das ist ja bahnbrechend!)

– Ja, das ist bahnbrechend, weil wir das erste Land sind,

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

das eine neue Steuerung des Bildungswesens in Deutschland einführt und das nicht mehr davon ausgeht, dass man durch besonders viele Vorgaben zu guten Ergebnissen kommt,

(Abg. Schmid SPD: Ich bin begeistert! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

sondern Instrumente der Evaluation und der Bewertung von Unterricht einführt. Das ist ein Paradigmenwechsel.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dann brauchen wir in 16 Ländern vergleichbare Bildungsstandards. Sie wissen doch, dass im Mai in der Kultusministerkonferenz in Eisenach die unionsregierten Länder Bildungsstandards vorgelegt haben und dass wir den SPD-Kollegen gesagt haben: Stimmt endlich zu, dass wir uns auf einen Prozess der vergleichbaren Bildungsstandards für alle Länder einigen!

(Abg. Drexler SPD: Das ist doch gar nicht wahr! – Zurufe der Abg. Christine Rudolf und Zeller SPD)

– Herr Zeller, Sie haben es doch vor zwei Jahren in der KMK abgelehnt und wissen, dass Kollege Reiche es wollte. Der brandenburgische Kollege wollte Bildungsstandards, und Frau Behler wollte sie nicht, und andere wollten sie auch nicht, und deshalb wurden sie abgelehnt.

Jetzt liegen Bildungsstandards auf dem Tisch, und wenn Herr Zeller unentwegt sagt, das stimme nicht, dann weiß er genau – und das gibt er nach der Veranstaltung mir gegenüber unter vier Augen auch immer zu –, dass das, was ich sage, natürlich stimmt.

(Unruhe)

– Ja, natürlich! – Es war ein Hammer, dass die SPD noch vor zwei Jahren keine vergleichbaren Bildungsstandards gewollt hat und dass deshalb die unionsregierten Länder sie erarbeitet haben

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

und Sie erst jetzt, im Mai 2002, endlich bereit waren zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, so sind die Abläufe. Das ist in den Protokollen nachzulesen.

(Beifall bei der CDU – Lebhaftige Zurufe der Abg. Ursula Haußmann und Wintruff SPD)

– Wann hat sich Baden-Württemberg verweigert? – Sie wissen ganz genau, dass die TIMSS-Studie 1994 zu einem

Zeitpunkt kam, als Baden-Württemberg gerade an einer internationalen Studie teilgenommen hatte,

(Unruhe bei der SPD)

und dass deshalb – –

(Widerspruch bei der SPD)

– Ja, das war so. – Ich habe aber gerade nicht von Vergleichsstudien geredet, sondern habe von vergleichbaren Bildungsstandards geredet. Bleiben Sie doch einfach einmal beim Thema, und wechseln Sie nicht von einem Thema zum anderen!

(Beifall bei der CDU – Abg. Schmid SPD: Kommen Sie doch zur Sache!)

Vergleichbare Bildungsstandards, Evaluation, die Modernisierung der Kultusministerkonferenz im Sinne einer wirklichen strategischen Stelle für Qualitätssicherung – das ist das, was wir bereits in den nächsten Monaten auf den Weg bringen.

Wir werden in Baden-Württemberg die Sprachförderung intensivieren. Gestern hat es einen Konsens zwischen den kommunalen Landesverbänden und dem Land über flächendeckende Sprachförderung im Bereich des Kindergartens unter finanzieller Beteiligung des Landes gegeben. Auch damit werden wir das erste Land in Deutschland sein, in dem nicht nur dieses und jenes Modell durchgeführt wird, sondern das in der Fläche Eltern ein Jahr vor dem potenziellen Schulbeginn ihrer Kinder die Überprüfung der Sprachentwicklung ihrer Kinder ermöglicht und nachfolgend Sprachförderung anbietet.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Es ist ein Gebot der Fairness, dass wir in allen Teilen des Landes Sorge dafür tragen, dass der Schlüssel – die Kenntnis der deutschen Sprache – beim Schulbeginn vorhanden ist.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Zweitens haben wir im Bereich der Grundschule bereits wichtige Weichen gestellt. Auch bei der Stärkung der Sprachkompetenz durch eine Fremdsprache ab Klasse 1 sind wir das einzige Land, das diese Entscheidung gefällt hat.

(Abg. Drexler SPD: Es geht aber um die deutsche Sprache!)

Wir haben Diagnosearbeiten eingeführt, und wir haben den „Schulanfang auf neuen Wegen“. Wir haben in Baden-Württemberg mit die wenigsten Rückstellungen. Wir haben eine Halbierung des Anteils von über 10 % auf 5 % erreicht. Wir haben die wenigsten Wiederholer, die wenigsten Bildungsabsteiger. Die Aussage in der PISA-Studie lautet nahezu wörtlich: Baden-Württemberg hat eine Steuerung des Übergangsverhaltens erreicht, das nicht zu einer Minimierung der Abiturientenzahlen und das gleichzeitig zu einer deutlichen Minimierung des Schulversagens führt. In keinem Land in Deutschland ist die Zahl der Schulversager, die Zahl derer, die ihre Schulart wechseln müssen, so gering. Auch das ist ein wichtiges Zeichen, auch das ist ein Gebot der Fairness Kindern und Jugendlichen gegenüber.

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

(Beifall bei der CDU – Abg. Wintruff SPD:  
19. Platz international! Ist das lobenswert? – Wei-  
tere Zurufe von der SPD)

– Herr Wintruff, wie würden Sie sich in einem Parlament  
aufführen, in dem die SPD regierte und jetzt ihre Bilanz  
vorführen müsste? Wie würden Sie da jetzt reagieren?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe  
von der SPD)

Es ist gut, dass Sie selbst schmunzeln müssen.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Bei keiner Gelegenheit habe ich oder hat irgendein Mit-  
glied der Landesregierung in den letzten Monaten oder  
Wochen gesagt: Wir lehnen uns selbstzufrieden zurück,

(Abg. Drexler SPD: Natürlich!)

wir wollen nichts ändern.

(Abg. Drexler SPD: Par excellence! – Weitere Zu-  
rufe von der SPD)

– Ich kann Ihre Aufgeregtheit gut verstehen.

(Abg. Schmiedel SPD: Die Parole heißt: „Weiter  
so!“)

Wenn ich Sie wäre, wäre ich genauso nervös.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Sie ha-  
ben uns noch gar nicht aufgeregt erlebt!)

Der Vorwurf, den wir dauernd hören, ist doch, wir würden  
ständig Baustellen eröffnen, „Turbo-Ministerin“, alles auf  
den Kopf stellen. Und jetzt ist in der PISA-Studie nachzu-  
lesen, dass all diese Weichenstellungen den Vorsprung Ba-  
den-Württembergs vor vielen anderen Ländern in Deutsch-  
land und auch international begründen.

(Abg. Schmiedel SPD: Regionalliga!)

So ist das!

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Regio-  
nalliga!)

Das Zitat von Herrn Baumert ist ja schon genannt worden.  
Sie werden im Länderbericht noch einmal sehr ausführlich  
beschrieben finden, warum Baden-Württemberg das mo-  
dernste Bildungsland in Deutschland ist.

(Abg. Drexler SPD: Regionalliga!)

Das hat nicht in erster Linie mit den Gymnasien zu tun. Ich  
bin stolz darauf, dass das in erster Linie mit Haupt- und  
Realschulen zu tun hat

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

und damit, dass es in diesem Land ein besonders hohes  
Maß an Chancengleichheit gibt. Das ist der Grund für die  
Modernität.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie wissen doch, dass die Sozialdemokraten in Deutsch-  
land derzeit unter nichts anderem so leiden wie darunter,

(Abg. Drexler SPD: Unter was?)

dass sie feststellen müssen, dass ihnen das nicht gelungen  
ist

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Jesses  
Maria!)

und dass selbst in Schleswig-Holstein, wo die Gymnasien  
in den Naturwissenschaften einen Spitzenplatz einnehmen,  
dieser Spitzenplatz nicht dazu führt,

(Abg. Drexler SPD: Regionalliga!)

dass Schleswig-Holstein bei den 15-Jährigen insgesamt zu  
einem guten Platz kommt.

(Abg. Drexler SPD: Regionalliga!)

Das ist die Frage der sozialen Disparität, die in SPD-regier-  
ten Ländern so hoch ist wie in nicht einem einzigen  
unionsregierten Land.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Regio-  
nalliga! – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Frau Ministerin, gestatten Sie  
eine Zwischenfrage des Kollegen Schmiedel?

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette  
Schavan:** Jetzt machen wir es einmal, jetzt spielen wir das  
Spiel einmal. Ja.

(Abg. Drexler SPD: Was für ein Spiel?)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Schmiedel.

**Abg. Schmiedel SPD:** Frau Ministerin, warum sind Sie ei-  
gentlich nicht bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass wichti-  
ge gesellschaftliche Gruppen in Baden-Württemberg zu  
ganz unterschiedlichen Schlussfolgerungen aus der PISA-  
Studie kommen, und warum nehmen Sie beispielsweise  
nicht das Konzept des Handwerks von Baden-Württemberg  
ernst,

(Abg. Drexler SPD: Zur Kenntnis!)

das in einem großen Diskussionsprozess innerhalb der  
Handwerkerschaft zu dem Ergebnis gekommen ist, dass  
jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, um über ganz neue  
Strukturen des Bildungssystems in Baden-Württemberg zu  
diskutieren? Warum schmieren Sie das einfach ab und neh-  
men das nicht zur Kenntnis? Warum nehmen Sie den Ball  
nicht auf?

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Drex-  
ler SPD: Sie hat das nicht gelesen!)

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette  
Schavan:** Ich kann jetzt mit einem Satz antworten: Weil  
wir nicht da landen wollen, wo Sie schon sind.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und  
Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe der Abg.  
Drexler und Schmiedel SPD sowie des Abg. Boris  
Palmer GRÜNE – Lebhaftige Unruhe)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Damit komme ich zum Konzept. Ich bezweifle erstens – –

(Abg. Drexler SPD: Sie haben es nicht gelesen!)

– Ich habe es auch gelesen.

(Abg. Drexler SPD: Dann können Sie es doch nicht bezweifeln!)

– Seien Sie doch nicht so furchtbar aufgeregt! – Ich bezweifle, dass dieses Papier mit vielen Handwerkern vor Ort besprochen worden ist. Erster Satz.

(Beifall bei der CDU)

Zweiter Satz: Ich halte es mit Herrn Baumert,

(Abg. Drexler SPD: Das Handwerk ist undemokratisch?)

der erklärt hat, dass uns jetzt nichts Schlimmeres und Fal-scheres passieren könne,

(Abg. Drexler SPD: Das Handwerk ist sozialdemo-kratisch unterwandert in Baden-Württemberg?)

als zu einer Strukturdebatte in Deutschland zu kommen. Allen Erfahrungen in Deutschland mit solchen strukturellen Veränderungen zufolge führen diese augenscheinlich zu geringerem Kompetenzniveau und zu weniger sozialer Gerechtigkeit. Das ist bei PISA nachlesbar, und deshalb halte ich den Vorschlag einer neunjährigen Einheitsschule in Baden-Württemberg für falsch und für keine Antwort auf diese nationale PISA-Studie. Das werde ich in der nächsten Woche mit dem Handwerkstag besprechen, in allen Details.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Das Handwerk ist blöd! – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Ein Satz, und dann kommt die nächste Frage. – Das Handwerk ist nicht blöd, aber das Handwerk kann auch irren.

(Abg. Schmid SPD: Aber Sie irren sich nie? – Zu-ruf: Nachhilfe für das Handwerk!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Kollege Wintruff, bitte.

**Abg. Wintruff SPD:** Frau Ministerin, können Sie verstehen, dass das Handwerk sich Sorgen macht um die 20 % Jugendlichen in Baden-Württemberg, die in der Kompe-tenzstufe I oder noch darunter sind – wobei wir international den 19. Platz einnehmen? Haben Sie Verständnis dafür,

(Abg. Drexler SPD: Nein!)

dass man sich Sorgen um diejenigen Jugendlichen macht, die zum größten Teil in einer dualen Ausbildung beim Handwerk landen, wie das Handwerk sagt? Warum machen Sie sich keine Sorgen?

(Beifall bei der SPD – Zuruf: Sehr gut! – Abg. Drexler SPD: Sie kann sich keine Sorgen machen!)

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Ich wundere mich, dass diese Frage von einem Vertreter des beruflichen Schulwesens kommt, Herr Wintruff, weil Sie alle Details kennen.

(Abg. Drexler SPD: Aber Sie nicht! – Lachen bei der SPD)

Sie wissen, dass wir in den letzten Jahren im Hinblick auf die Risikogruppe zahlreiche Weichen gestellt haben, die dazu führen, dass wir nach der Nahtstelle zwischen Schule und Betrieb, zwischen Schule und Ausbildung, am Ende – das ist doch das Ergebnis – bei der Gruppe der bis 25-Jäh-rigen zu einer Jugendarbeitslosigkeit von 4,7 % kommen, die die europaweit niedrigste Jugendarbeitslosigkeit ist.

(Beifall bei der CDU)

Das ist Ausdruck der Tatsache, dass wir uns nicht einfach Sorgen machen, sondern in unserem Bildungswesen durch eine Kooperation zwischen allgemein bildenden und beruf-lichen Schulen, durch Kooperationsklassen, durch den Praktikerzug in der Hauptschule, durch Jugendberufshelfer und eine Menge anderer Maßnahmen Konzepte für genau diese Gruppe erarbeitet haben, und ihr Erfolg wird uns be-stätigt: Die Risikogruppe ist in Baden-Württemberg deut-lich unter dem Bundesschnitt.

(Abg. Drexler SPD: Aber sie liegt bei 20 %!)

Sie ist zu groß. Natürlich ist sie zu groß – das ist wohl wahr –, und das war sie schon vor 30 Jahren.

(Abg. Drexler SPD: Also, dann kümmern Sie sich darum!)

Deshalb muss man halt im Bereich der beruflichen Bildung ein Konzept umsetzen – Stück um Stück –, das bei einer Risikogruppe von 20 % am Ende 15 % in Arbeit bringt. Herr Drexler, das ist das Ergebnis. 15 % dieser Gruppe sind in Ausbildung und arbeiten, und es bleiben 4,7 % von diesen 20 % übrig.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Zu den Weichenstellungen in Baden-Württemberg in den letzten Jahren gehört die Einführung des Abiturs nach 12 Jahren, dazu gehört die Neuordnung der gymnasialen Oberstufe, dazu gehört eine völlig neue Entwicklung im Bereich der Realschulen, erste wichtige Schritte zu einer Lernkultur, die für Jugendliche attraktiver und im Ergebnis zugleich nachhaltiger ist. Ich bin sehr dafür, dass wir uns nicht an diesem rastlosen und die Schulen jeden Tag mit neuen Vorschlägen aufregenden Aktionismus beteiligen. Das werden wir in Baden-Württemberg nicht machen.

(Beifall bei der CDU – Unruhe bei der SPD – Zu-ruf des Abg. Drexler SPD – Weitere Zurufe von der SPD)

Wir werden – auch wenn Sie sich noch so aufregen – im System weiterarbeiten. Wir werden das System so weiter-entwickeln, dass die Zukunftschancen der jungen Generati-on sicher sind, so sicher wie in keinem anderen Land. Wir werden dafür sorgen, dass die Hauptschüler, die keinen



(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Abschluss bekommen, die Hauptschüler, die sich mit einem Abschluss schwer tun, über weitere Bildungsangebote zum Ziel und das heißt in eine qualifizierte Ausbildung kommen. Das sind nicht erst Weichen nach PISA, sondern das sind Weichen, die wir in den letzten fünf Jahren gestellt haben. Deshalb können wir in Baden-Württemberg davon ausgehen, dass wir in der Weiterentwicklung hin zur Verbesserung ein paar Jahre Vorsprung haben.

Das ist allerdings auch wichtig, denn unbestritten ist, dass alle Länder in Deutschland besser werden müssen. Unbestritten ist, dass sich alle Länder in Deutschland mit bestimmten besonderen Aufgaben zu beschäftigen haben werden. Nur, Rezepte finde ich dafür weder in sozialdemokratischen Programmen noch bei sozialdemokratischen Regierungen,

(Abg. Schmiedel SPD: Handwerk!)

die alle mit ihren Konzepten nicht zu dem Ziel gekommen sind, so wie Henning Scherf es formuliert hat.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Aufträge sind erteilt. Die Gespräche sind geführt. Wir werden zu einer verstärkten Form der Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schule kommen – bis hin zu Zielvereinbarungen zwischen Eltern und Schulen, vor allem im Bereich besonderer Förderprogramme.

Zweitens sind die Weichen für die Weiterentwicklung der Unterrichtskultur gestellt.

Drittens sind die Weichen für die Lehrerbildung gestellt. Viele Länder beneiden uns um die Pädagogischen Hochschulen. Die Pädagogische Hochschule ist das Kompetenzzentrum in Sachen Lehrerbildung. Unsere Hochschulen werden zunehmend auch Orte der Weiterbildung sein. Wir werden die Bildungsforschung in Deutschland aufbauen müssen. Wir werden auch in Baden-Württemberg Unterrichts- und Bildungsforschung einrichten. Die Hochschule wird ein wichtiger Partner unserer Schulen werden. Die Hochschule muss ihren Beitrag zur Entwicklungsarbeit in den Schulen leisten.

Wir werden uns im Bereich einer Lernkultur weiterbewegen, die Jugendlichen die Chance gibt, Verantwortung einzuüben, die Chance gibt, mitzugestalten, auch durch Streitschlichterprogramme, Schülermentorenprogramme. Wir brauchen mehr Räume in den Schulen, in denen Jugendliche das, was sie gelernt haben, auch wirklich praktizieren, den Ernstfall von Verantwortung und sozialer Kompetenz einüben. Auch hier gibt es gute Konzepte an einzelnen Schulen, die sich vervielfachen lassen.

Wir werden im Bereich der Lehrerfortbildung den Prozess fortsetzen, den wir in den letzten Jahren begonnen haben: die Schule als Ort der Weiterbildung, die Schule als ein Ort, der wesentlich das Profil der Weiterbildung gestaltet, und zwar gemeinsam mit den Hochschulen, die zunehmend zum ersten Ort der Weiterbildung werden.

Das alles kann in der Schule geschehen: eine neue Form der Steuerung, mehr Selbstständigkeit der Schule, Verant-

wortung im Bereich des Personalwesens. 1 000 von 3 000 Stellen in Baden-Württemberg sind bereits in diesem Jahr über das Internet schulscharf ausgeschrieben worden. Die Entscheidung an der Schule ist moderne Entwicklung im Bereich des Personalwesens. Wir werden in den nächsten fünf Jahren dazu kommen, dass die Schule wesentlich über Personal entscheidet, dass die Schule wesentlich Personal auswählen kann. Auch das ist ein qualitativ neuer Schritt der Steuerung des Bildungswesens. Ich nenne weiter neue Steuerung durch Evaluation, die Weiterentwicklung der Unterrichtskultur, die Stärkung der Erziehungspartnerschaft, den konsequenten Ausbau auch von Ganztagsangeboten im Zusammenhang mit Schulentwicklung und schließlich den anderen Umgang mit Zeit. Das steht im Vordergrund unseres Programms, unserer Antwort auf PISA.

Ein anderer Umgang mit Zeit wird auch zu einer etwas realistischeren Debatte über Ganztagsangebote führen. Natürlich müssen wir darüber reden, ob es richtig ist, Unterricht immer mehr als Aneinanderreihung von Unterrichtsstunden mit Fünf-Minuten-Pausen anzusehen. Aber das sind nicht Konzepte, die verordnet werden, sondern Entwicklungen vor Ort. Die Frage, wie lange Schule dauert, ist eine pädagogische Frage, eine Frage der inneren Schulentwicklung und in Zeiten der selbstständigen Schule nicht eine Frage, die von oben beantwortet wird.

Meine Damen und Herren, die Antwort muss konsequent, langfristig und nachhaltig angelegt werden. Wo immer sich Länder in diesen Wochen zu kurzfristigen aktionistischen Programmen entscheiden, werden sie in zehn Jahren noch genau da stehen, wo sie heute stehen. Deshalb fürchte ich den Wettbewerb in den nächsten Jahren in Deutschland für Baden-Württemberg nicht und bin der festen Überzeugung, dass die Weichen, die bereits gestellt sind und die wir stellen werden, dazu führen, dass unser Bildungswesen in allen Bereichen, in allen Segmenten auf eine international starke Wettbewerbsfähigkeit kommen wird.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Zeller.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Drexler SPD: Hau gleich einmal rein, rechts und links!)

**Abg. Zeller SPD:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was wir soeben erlebt haben, lässt uns zu dem Ergebnis kommen: Baden-Württemberg ist Spitze –

(Zuruf von der CDU: Ja! – Demonstrativer Beifall bei der CDU)

allerdings bei der Selbstgefälligkeit und der Arroganz dieser Bildungspolitik. Ich sage Ihnen eines, Frau Schavan: Sie haben hier das Feindbild SPD ausgesucht, anstatt zu überlegen, was Baden-Württemberg besser machen kann, um tatsächlich vorne mitzuspielen und nicht im Mittelfeld stehen zu bleiben.

(Beifall bei der SPD)

(Zeller)

Ich bin ja sehr für Auseinandersetzungen. Aber wenn einerseits hier von Herrn Oettinger eingefordert wird, man soll ideologiefrei diskutieren, und Sie hier gleichzeitig Wahlkampf machen, passt dies nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo!  
Sehr gut!)

Ich will Ihnen noch eines sagen: Das ist ja Ihre Masche – Herr Drexler hat Herrn Oettinger schon widerlegt, der hier Tabellen zitiert –, Dinge zu zitieren und sozusagen immer etwas zu behaupten und das als richtig zu präsentieren, aber wenn man dann der Sache nachgeht, zeigt sich, dass das doch nicht so ist.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Herr Oettinger wurde hier auf frischer Tat ertappt.

Nachdem Sie, Frau Ministerin, hier offensichtlich als Kompetenzfrau gelten und auftreten,

(Abg. Drexler SPD: Stoiber!)

will ich Ihnen aus einem Brief von Herrn Wernstedt zitieren, der, denke ich, das sehr treffend formuliert. Er sagt:

Ich habe sehr viel Verständnis dafür, dass man in Wahlkampfzeiten zuspitzt und bestimmte Eindrücke in der Öffentlichkeit vermitteln will. Kein Verständnis habe ich aber dafür, dass Sie mit falschen Zahlen und Unterstellungen operieren, die sich sogar noch widerlegen lassen. Insofern empfinde ich Ihr Verhalten als ausgesprochen unkollegial und unfair.

(Beifall bei der SPD)

Das ist genau der Punkt, der hier auch weitestgehend auf Ihren Beitrag zutrifft.

Wer ideologiefrei diskutieren will, muss auch bereit sein, über alle Fragen offen zu diskutieren. Was Sie aber machen, ist, dass Sie bestimmte Themenbereiche zulassen und sagen: Etwas anderes kommt für uns nicht infrage. Das passt nicht zusammen.

Geradezu für arrogant halte ich es, wenn Sie, nachdem sich das Handwerk in wochenlanger Arbeit

(Abg. Alfred Haas CDU: Wochenlange Arbeit?)

– Sie sollten sich einmal damit auseinander setzen – intensiv um die Zukunft unseres Bildungs- und Ausbildungssystems Sorge macht und zu dem Ergebnis kommt, dass in Baden-Württemberg einiges nicht stimmt, dies hier mit einer solchen Arroganz abtun. Ihrerseits ist keine Bereitschaft da, zu diskutieren. Sie stellen sich auf den Sockel der Macht, ohne überhaupt bereit zu sein, wirklich die bildungspolitische Diskussion ernsthaft zu führen.

Interessant ist ja, was Sie nicht gesagt haben. Sie haben ja eigentlich zu den Konsequenzen und dazu, was Sie zu tun gedenken, sehr wenig gesagt. Sie haben nur ein paar allgemeine Floskeln losgelassen. Sie haben zum Beispiel auch nicht gesagt, dass Sie derzeit im Begriff sind, das, was Sie

sonst an neuen bildungspolitischen Ansätzen wie LIPSA oder „Schulanfang auf neuen Wegen“ immer so hochjubeln, faktisch zu unterlaufen, weil Sie genau in diesen Bereichen Unterrichtsstunden kürzen, anstatt sie auszubauen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: So ist es! Kürzungsminister!)

Das passt auch nicht damit zusammen, dass die Präsidentin der Kultusministerkonferenz feststellt: Wir haben keine Bildungsolympiade; Sinn einer ländervergleichenden PISA-Studie war auch nicht, Gewinner und Verlierer zu ermitteln, sondern es ging und geht darum, voneinander zu lernen und den Wettbewerb voranzutreiben. Genau das haben Sie nicht gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben hier Bildungsolympiade betrieben und versucht, ständig Gewinner und Verlierer gegeneinander auszuspielen, anstatt voneinander zu lernen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Doch! Ja, lernen Sie einmal davon!)

– Ja, wir sind bereit zu lernen, und zwar von denen, die wirklich in der Champions League vorne liegen. Dazu gehört, dass man sich deren Schulsysteme und Ausbildungssysteme einfach einmal genauer anschaut. Da ist es schon interessant und unbestritten, dass diese Schulen alle längere gemeinsame Lernzeiten haben, dass diese Schulen mit unterschiedlicher Schülerschaft umgehen können, dass sie in der Lage sind, Heterogenität konstruktiv in den Unterricht aufzunehmen. Die haben eben keine Kultur der Auslese, sondern eine Kultur der individuellen Förderung, die bei uns weitgehend noch fehlt.

(Beifall bei der SPD)

Nachdem Sie ja von Herrn Baumert so viel halten, wie ich weiß, könnte ich Ihnen jetzt genügend Zitate vorlesen, um zu beweisen, dass Baden-Württemberg wahrhaft keinen Grund hat, sich auszuruhen und sich so selbstgefällig zu präsentieren, wie das eben gerade geschehen ist.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: So ist es! Provinzielles Mittelmaß!)

Wenn Sie das Nord-Süd-Gefälle ansprechen, kann man sagen: Das Nord-Süd-Gefälle zwischen Finnland und Baden-Württemberg sind eineinhalb Schuljahre. Ich denke, das muss unser Maßstab sein. Es nützt doch nichts, immer nur auf die anderen zu schielen, die nach uns kommen, sondern wir müssen uns an den Besten messen. Das ist unser Maßstab, der auch für Baden-Württemberg gilt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Sehr gut!)

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Es kann uns überhaupt nicht beruhigen, wenn wir feststellen müssen, dass jeder zehnte Ausländer ohne Schulabschluss ist, wenn wir feststellen müssen, dass auch in Baden-Württemberg die soziale Herkunft über Bildungschancen

(Abg. Drexler SPD: Entscheidet!)

(Zeller)

entscheidet. Das kann uns nicht zufrieden stellen. Deswegen lassen Sie uns darum ringen, das Beste daraus zu machen, unser Bildungssystem weiterzuentwickeln, statt sich hier in Selbstgefälligkeit zu präsentieren.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen deswegen einige wenige Punkte nennen, wo wir sofort Handlungsbedarf haben.

Im Elementarbereich, also schon vor der Schule, ist es wichtig, unsere Kinder zu fördern, den Kindergarten nicht nur als Erziehungssystem, sondern auch als Bildungseinrichtung zu begreifen und dort die jungen Menschen entsprechend zu fördern. Wir müssen schon mit dem Eintritt in den Kindergarten beginnen, also quasi mit Beginn des dritten Lebensjahres, eine intensive Sprachförderung zu betreiben. Das heißt, wir müssen auch bereit sein, für das Kindertagesystem mehr Geld auszugeben und nicht das zu machen, was Sie offensichtlich gestern oder heute Nacht mit den kommunalen Landesverbänden vereinbart haben. Sie haben nämlich vereinbart, dass sich das Land aus der Verantwortung zurückzieht. Es ist keine Bereitschaft da, mehr Geld für die Kindergärten und die Kindergartenarbeit zur Verfügung zu stellen, sondern – das ist wieder typisch CDU, und die FDP/DVP spielt in diesem Spiel ja mit – die Eltern sollen künftig dafür blechen, dass die Kindergartenarbeit und die Qualität verbessert werden soll. Das ist nicht unsere Vorstellung von Familienpolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ja schon interessant, dass Herr Oettinger genau auf diese familienpolitische Komponente so stark abgehoben hat. Das ist deswegen interessant, weil es sicher richtig ist, dass man das Elternhaus stärken und die Elternarbeit intensivieren muss. Aber dann muss man auch bereit sein, daraus die Konsequenzen zu ziehen, und darf nicht scheinheilig argumentieren, wie das in der Vergangenheit hier der Fall war. Schauen Sie sich einmal an, was Ihre CDU-Familienpolitik in den letzten Jahren hinbekommen hat. Das war ein Scherbenhaufen, den Sie sowohl im Bund als auch hier im Land hinterlassen haben.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch  
GRÜNE)

Deswegen würde mich schon interessieren, Frau Schavan, ob Sie unserer Forderung zustimmen, alle Kinder ab dem fünften Lebensjahr einer Sprachstandsdiagnose zu unterziehen,

(Abg. Drexler SPD: Dazu zu verpflichten!)

um festzustellen, welcher Förderbedarf im Bereich der Sprachentwicklung notwendig ist, und diese Kinder dann zu verpflichten, an einer solchen Sprachförderung teilzunehmen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Jawohl!)

Sind Sie der Meinung, dass dies verpflichtend sein muss? Dazu haben Sie nichts gesagt.

Es muss darum gehen, ein starkes Gewicht auf die Sprachförderung zu legen. Dazu gehört aber auch, dass man dann

diejenigen, die das machen, entsprechend qualifizieren muss. Das heißt, die Erzieherinnenausbildung muss zu neuen Kompetenzen befähigen. Wir müssen auch bereit sein, die Kooperation von Grundschulen, Sonderpädagogen und Frühberatungsstellen auszubauen,

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

damit wir die Sprachförderung qualitativ gut gestalten können. Davon haben Sie heute nichts gesagt. Sie haben nachher noch Gelegenheit, das entsprechend zu korrigieren.

Meine Damen und Herren, wir brauchen auch eine Stärkung der Grundschulen. Wir brauchen mehr Geld, wir brauchen mehr Zeit für unsere Kinder an der Grundschule. Wenn nämlich die Tatsache richtig ist – und sie wird überhaupt nicht bestritten –, dass Kinder in jungem Alter am besten lernen, müssen wir auch bereit sein, für den Elementarbereich und die Grundschule mehr Geld bereitzustellen und den Kindern längere, bessere Lernzeiten zu gewähren, damit wir bereits zu Beginn einer Schul- und einer Ausbildungsentwicklung die Weichen richtig stellen.

Meine Damen und Herren, wir müssen aber auch bereit sein, über den Haushalt die notwendigen Lehrerstellen zur Verfügung zu stellen. Es ist ja immer wieder interessant, zu verfolgen, wie Sie sich damit schmücken, wie viel da in der Vergangenheit getan wurde. Da kann ich Ihnen nur zustimmen. Ich weiß noch ganz genau, wie wir uns in der großen Koalition gegen Ihren Widerstand durchgesetzt haben, als es darum ging, mehr Lehrerstellen zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen kann es nicht sein – ich könnte Ihnen jetzt wieder die Briefe vorlesen –, dass Sie schon wieder im Begriff sind, nicht einmal den Pflichtbereich abzudecken. Das hat auch etwas damit zu tun, den Kindern das zu geben, was sie brauchen, nämlich ausreichend Unterricht. Sie dürfen nicht bereits jetzt wieder Unterrichtszeiten reduzieren, weil Sie die Lehrerinnen und Lehrer nicht mehr haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden nachher beim zweiten Tagesordnungspunkt über die Ganztagschulen diskutieren. Deswegen will ich es hier relativ kurz machen.

Ich bin einmal gespannt, was letztlich Gültigkeit hat, ob die Aussagen von Oettinger oder die von Schavan gelten, ob das, was der Fraktionsvorsitzende sagt, oder das, was die Kultusministerin sagt, gilt. Bei der Frage, ob wir tatsächlich mehr Ganztagschulen brauchen, wird ja ein gewisser Eiertanz vollführt.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

– Ich spreche über PISA.

Ich sage Ihnen eines: Wer hier sagt, wir müssten von anderen lernen, soll sich einmal anschauen, was jene Länder, die besser abgeschnitten haben als Baden-Württemberg, an Ganztagsschulangeboten haben. Wir müssen bereit sein, von diesen Ländern auch dort zu lernen, wo es um längere gemeinsame Lernzeiten geht. Deswegen bin ich gespannt, wie Sie sich bei dieser Frage konkret verhalten,



(Zeller)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: Genau!)

vor allem, ob Sie bereit sind, auch das Angebot des Bundes wahrzunehmen, der Ihnen hier Nachhilfeunterricht und Unterstützung anbietet.

(Beifall bei der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Die brauchen Sie!)

Lassen Sie mich noch einen Satz sagen. Unbestritten ist – da sind wir alle einer Meinung –, dass die Unterrichtsarbeit verbessert werden muss, dass wir unsere Lehrerinnen und Lehrer fortbilden müssen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie gehören dazu!)

– Ihre Arroganz, Herr Haas, kennt ja keine Grenzen. Sie passen genau in dieses Bild der Arroganz hinein. Sie haben von Bildung so viel Ahnung wie eine Kuh vom Bergsteigen.

(Abg. Seimetz CDU: Wo ist der Spiegel?)

Ich sage Ihnen eines: Es muss gelingen, die Unterrichtsarbeit deutlich zu verbessern. Sie haben heute zum wiederholten Mal verkündet: Dazu brauchen Schulen auch mehr Selbstständigkeit.

(Abg. Drexler SPD: Eben!)

Wenn Sie die Schulleiterinnen und Schulleiter fragen, was denn da überkommt, sagen Ihnen alle – außer den Abgeordneten in Ihrer Fraktion, die gleichzeitig Schulleiter sind, weil diese alle befangen sind –,

(Abg. Röhm CDU: Weil ich es besser weiß, Herr Abgeordneter! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD)

dass das ein Geschwätz ist. An den Taten sollen Sie sie messen. Das ist genau der Punkt. Deswegen fordern wir von Ihnen: Geben Sie den Schulen endlich den Freiraum, damit sie tatsächlich ihr eigenes Schulprofil, ihr Schulprogramm entwickeln können. Das wäre ein Schritt auch in Richtung verbesserter Unterrichtsarbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch einen Satz zu den beruflichen Gymnasien sagen.

(Zu- und Gegenrufe zwischen Abg. Röhm CDU und Abg. Drexler SPD – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Ruhe. Die Akustik hier ist nicht so hervorragend, als dass der Redner auch bei Unruhe verstanden werden könnte.

Bitte schön, fahren Sie fort, Herr Abg. Zeller.

(Weitere Zu- und Gegenrufe zwischen Abg. Röhm CDU und Abg. Drexler SPD – Glocke des Präsidenten)

**Abg. Zeller SPD:** Wer hat für den Kollegen Röhm ein paar Pillen, damit er sich beruhigen kann?

Meine Damen und Herren, es ist schon interessant, wenn hier im Grunde eingestanden wird, dass der Bereich des beruflichen Schulwesens und der beruflichen Gymnasien eigentlich eine Stärke ist und ausgebaut werden müsste. Wir können uns alle sehr genau erinnern, dass sich allen voran der Kollege Wintruff im Schulausschuss mehrfach darum bemüht hat, dass die Deckelung aufgehoben wird, und dass er darauf hingewiesen hat, dass wir mehr Klassen brauchen, um im Interesse der Chancengleichheit auch denjenigen, die über den mittleren Bildungsabschluss verfügen, eine bessere Chance zum Erwerb der Hochschulreife einzuräumen. Ihre Antwort lautete jedes Mal: Wir haben keine weiteren Stellen, wir müssen hier zumachen, wir haben nicht mehr zur Verfügung. Deshalb sage ich Ihnen: An den Taten sollt ihr sie messen, nicht an ihren Worten. Die gehen bei Ihnen weit auseinander.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

**Abg. Kretschmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte, bezogen auf unser Anliegen, eine Enquetekommission einzurichten, noch ein kurzes Resümee dieser Debatte ziehen. Ich fand, dass die Debatte interessant und sehr offen war. Ich nenne noch einmal die wichtigsten Stichpunkte, die der Kollege Oettinger angeführt hat.

Er hat als Problemkomplex zunächst einmal ganz allgemein einen freien Ideenwettbewerb genannt. Dann hat er das Problem der Partnerschaft zwischen Lehrern und Elternhaus angesprochen und die Frage gestellt, wie die Eltern stärker in die Pflicht genommen werden können. Er hat sich offen gezeigt für die Beratung bei der Ganztagsbetreuung, für neue Arbeitszeiten von Lehrern, aber auch gegenüber dem wichtigen Problem einer etwaigen Mittelumerschichtung von oben nach unten. Er hat auch Vorschläge gemacht, denen wir zunächst einmal kritisch gegenüberstehen, wie zum Beispiel den Vorschlag, nachlaufende Studiengebühren zu erheben und aus diesem Aufkommen mehr Geld nach unten zu geben. Schließlich hat er noch einmal die Schulen in freier Trägerschaft als wichtige Motoren in der Bildungspolitik hervorgehoben.

Ich fand, das waren interessante Vorschläge. Sie werden der Debatte und dem internationalen Vergleich gerecht. Insofern haben sich, glaube ich, alle Redner bemüht, angesichts dieses internationalen Vergleichs Vorschläge zu machen, die uns tatsächlich an die Spitze bringen.

Diese Debatte war so lange interessant, bis Sie, Frau Kultusministerin, kamen. Ihr Beitrag war eine ganz platte Wahlkampfreden. Sie war erstens sinnlos, denn hier sitzen ja keine Wechselwähler,

(Beifall und Heiterkeit bei den Grünen und der SPD)

die sich – noch dazu durch eine so schlechte Rede – zu einem anderen Wahlverhalten umstimmen lassen würden.

(Zuruf des Abg. Oettinger CDU)



(Kretschmann)

Zweitens: Bei Ihrem Beitrag handelte es sich auch um eine miserable Wahlkampfrede.

(Zuruf von der CDU: Jetzt hört es aber auf!)

Ich finde, dass Ihre Rede als besonders miserabel zu bewerten ist, wenn man weiß, welche begabte Rednerin Sie sind. Sie verfügen über ein Redetalent, das in der Republik bekannt ist. Sie müssen also nicht mit einem Zettel ans Rednerpult treten und vorlesen, was Ihre Beamten Ihnen aufgeschrieben haben. Sie können vielmehr klar und gut strukturiert reden. Wenn Sie hier eine Rede halten und dabei auf nichts von dem, was hier gesagt worden ist, wirklich eingehen,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Herr Kretschmann, wo waren Sie denn?)

ist das niveaulos.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich sage Ihnen auch, warum Ihr Beitrag eine ganz schlechte Wahlkampfrede ist. Diese Art von Parteiengezänk, die Sie hier vorgeführt haben, bewirkt nur, dass immer mehr Leute nicht zur Wahl gehen.

(Beifall bei den Grünen)

Wenn man dabei stehen bleibt, dass Baden-Württemberg einen der vorderen Plätze einnimmt – das dürfen Sie ruhig feiern; das gönnen wir Ihnen auch; das ist völlig in Ordnung; das hätten wir an Ihrer Stelle auch getan –, und sich hier nur mit der Frage befasst, ob man besser ist als Niedersachsen, dann hat man, glaube ich, das Thema verfehlt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie unterliegen, Frau Kollegin Schavan, einem großen Irrtum, was die Enquetekommission betrifft. Eine Enquete hat die Aufgabe, die Vorarbeit zu leisten, wenn das Parlament die Grundlinien der Bildungspolitik festlegt. Sie wirken sich nämlich auf das Schulgesetz aus. Kollege Oettinger hat sogar Vorschläge gemacht, die auf eine Verfassungsänderung hinauslaufen. Eine Enquetekommission ist nicht dazu da – jedenfalls nicht in erster Linie –, um der Regierung Vorschläge für ihr operatives Geschäft zu machen. Sie ist dazu da, Übereinstimmung über die Grundlinien der Politik zu erzielen, zu schauen, wo Konsens besteht und wo es Differenzen gibt, und das im Anblick einer Konkurrenz im internationalen Maßstab neu zu testen, einer Konkurrenz, die überhaupt erst zu dieser Debatte geführt hat. Das ist das Niveau, auf dem wir hier die Debatten führen sollten, und nicht das, was Sie hier vorgeführt haben. Das war niveaulos.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wenn eine Frau wie Sie, von der man weiß, dass Eliteförderung zu ihren Steckenpferden gehört, glaubt, eine Enquetekommission beschäftige sich mit den sozialdemokratischen Implikationen von Niedersachsen anstatt mit den Implikationen von Kanada oder Finnland, dann ist das, finde ich, tief unter Ihrem Niveau.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Ich jedenfalls nehme aus dieser Debatte mit: Das Parlament hat begriffen, dass wir heute in einer globalisierten Welt leben und dass wir uns im internationalen Maßstab messen müssen und nicht damit zufrieden sein können, wenn wir hier in der Bundesrepublik führend sind. Das ist in jeder Hinsicht – auch in finanzieller – eine große Herausforderung. Das sind schwierige Aufgaben, die wir als Parlament zu lösen haben. Ich möchte nur noch einmal betonen: Sie gehören hierher. Die Parlamentarier haben hier gezeigt, dass sie das ernst nehmen. Für uns ist es wichtig, uns darüber in einer solcher Enquete grundsätzlich zu unterhalten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Punkt 1 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Wir sind, was den Zeitablauf betrifft, erheblich im Verzug. Ich bitte Sie deshalb, sich mit einer Stunde Mittagspause zufrieden zu geben.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:15 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:14 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:15 Uhr)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Ausbau von Ganztagschulen – Drucksache 13/831**

Zusätzlich rufe ich die dazu eingebrachten Anträge Drucksachen 13/1181 und 13/1183 auf.

Herr Abg. Zeller, Sie erhalten das Wort.

**Abg. Zeller SPD:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute Vormittag haben wir über die Konsequenzen, die wir aus PISA zu ziehen haben, eine sehr intensive Debatte geführt. Unter anderem hat die CDU, hat Herr Oettinger davon gesprochen, dass mehr Betreuung stattfinden solle. Mehr Betreuung ist allerdings qualitativ etwas anderes als das, was wir mit Ganztagschulen meinen.

Interessant ist nun Folgendes – ich weiß nicht, ob Sie das bereits mitbekommen haben –: Die kommunalen Landesverbände haben sich mit dem Land bezüglich der Kindergartenbetreuung geeinigt. Da geht es ja um Betreuung. Ich muss feststellen, dass wir über dieses Ergebnis sehr enttäuscht sind. Es ist ein fauler Kompromiss, der auf dem Rücken von Eltern und Kindern ausgetragen wird. Dabei sind wir nicht generell gegen eine „Kommunalisierung“ der Verantwortung für die Kindergärten und sprechen uns auch nicht dagegen aus, die Zuständigkeiten für die Kindergärten auf die Kommunen zu übertragen. Aber die jetzi-

(Zeller)

ge Regelung bedeutet, meine Damen und Herren, dass sich das Land jeglicher finanziellen Verantwortung völlig entzieht und damit seinem Bildungsauftrag für die Kindergärten nicht mehr gerecht wird.

(Beifall bei der SPD)

Der Höhepunkt ist, dass sich das Land sogar verpflichten will, per Gesetz bei den Eltern abzukassieren. Ich will Ihnen einmal vorlesen, was in dieser Vereinbarung steht:

Das Land teilt die Auffassung der kommunalen Landesverbände, dass wegen der sehr hohen Aufwendungen der Kommunen für die Kinderbetreuung bis zum dritten Lebensjahr bzw. vom dritten bis zum sechsten Lebensjahr eine Mitfinanzierung durch die Elternbeiträge unumgänglich ist.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Die Landesregierung ist bereit, in einem Gesetzentwurf festzuhalten, dass ein angemessener und familiengerechter Elternbeitrag für die Kindergärten und die Betreuungsangebote erhoben werden muss.

Meine Damen und Herren, wenn das Ihre Vorstellung von Kinderbetreuung und Arbeit mit Kindern ist, dann liegen Sie wirklich daneben. Sie verlagern die Kosten eindeutig auf die Eltern und auf die Kommunen. Das verstehen wir nicht unter einer bildungspolitisch verantwortungsbewussten Betreuungs- und Bildungsarbeit.

(Beifall bei der SPD)

Ähnlich ist es im Bereich der Ganztagschulen. Baden-Württemberg befindet sich, was die Ganztagschulen angeht, im hinteren Tabellenteil, wo Sie doch sonst immer so Spitze sein wollen.

Es ist ja manchmal ganz gut, wenn man Sie abfragt. Dann können Sie nicht umhin, Antworten zu geben, und können Ihre Zahlen nicht mehr uminterpretieren. Wir haben Sie in unserem Antrag gefragt, wie viele allgemein bildende Ganztagschulen es in Baden-Württemberg gibt. Da mussten Sie einräumen, dass es 122 sind. Inzwischen sind ein paar dazugekommen – das räume ich ein –, aber diese 122 oder ein paar mehr von insgesamt 4 500 allgemein bildenden Schulen sind nicht einmal der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Verheerendes Bild!)

Deswegen sagen wir Ihnen: Wir brauchen in Baden-Württemberg einen deutlichen Ausbau von Ganztagschulen. Wir brauchen dieses Angebot nicht nur an den so genannten Brennpunktschulen oder Brennpunkthauptschulen, sondern wir brauchen dieses Angebot flächendeckend und für alle Schularten.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gibt es ja – das will ich nur noch einmal feststellen – immer unterschiedliche Aussagen vonseiten der CDU. Zum einen ist es ja auch interessant – daran will ich auch noch erinnern, Herr Kollege Rau, weil Sie nachher für die Re-

gierung sprechen –: Sie waren als bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion Mitglied der Kinder-Enquetekommission. Sie haben damals die Forderung mit unterschrieben, dass wir in Baden-Württemberg einen flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen brauchen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Alles verdrängt!)

Heute distanzieren Sie sich davon. Sie müssen einmal erklären, warum die Kommissionsarbeit offensichtlich zu diesem Ergebnis kam und Sie heute aufgrund Ihrer Regierungstätigkeit zu einem anderen Ergebnis kommen.

Ich will ein Zweites feststellen: Herr Oettinger sagt, dass wir mittelfristig einen flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen brauchen. Gleichzeitig ist die Regierung anderer Meinung und betont nach wie vor, dass man nur so genannte Brennpunktschulen zu Ganztagschulen umwandeln solle. Ich sage Ihnen: Sie haben noch nicht kapiert, was hier bildungspolitisch dringend notwendig ist. Deswegen rate ich Ihnen in Anlehnung an das, was ich heute Morgen sagte, einmal hinzuschauen, was andere Länder mit wesentlich besseren Ergebnissen machen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich will noch ein Beispiel nennen. Natürlich müssen Sie sich jetzt ein Stück weit dem öffentlichen Druck, mit dem mehr Ganztagschulen gefordert werden, aussetzen. Die Mehrheit der Eltern will Ganztagschulen. Die Wirtschaft möchte ein flächendeckendes Angebot von 20 % haben. Sie können gar nicht umhin, doch gewisse Zusagen zu machen.

Dann passiert Folgendes: Sie widmen Schulen zu Ganztagschulen um. Das ist aber vielfach eine Mogelpackung. Ich will Ihnen das an einem Beispiel erklären: Eine Ganztagschule in meinem Wahlkreis, die jetzt diesen Status bekommen hat, erhielt pro Klasse drei zusätzliche Stunden. Die Rektorin sagte mir, dass die Schule noch vor fünf oder sieben Jahren mehr Stütz- und Förderunterricht gehabt habe, als jetzt unter dem Siegel der Ganztagschule mit diesen zusätzlichen drei Stunden gewährt wird. Deshalb sage ich: Das ist eine Mogelpackung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Im Übrigen holt Sie jetzt das ein, was Sie mit der Streichung von Stütz- und Förderkursen, von Sprachkursen angestellt haben. Anstatt dort einen Schwerpunkt zu setzen und darauf ein Schwergewicht zu legen, haben Sie irrigerweise, fälschlicherweise Förderunterricht gestrichen. Die Ergebnisse können wir heute besichtigen.

Meine Damen und Herren, wir brauchen echte offene Ganztagschulen, und zwar aus mehrerlei Gründen. Wir alle fordern immer wieder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Die Wirtschaft fordert dies. Das wird zunehmend an Bedeutung gewinnen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

(Zeller)

Interessanterweise kommt diese Forderung gerade aus der Wirtschaft heraus nicht von ungefähr. Viele Alleinerziehende beispielsweise können nur dann weiterhin ihre Arbeitsplätze wahrnehmen, wenn sie entsprechende Betreuungs- und Ganztagsangebote haben.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! Das ist der Punkt!)

Bekommen sie diese Angebote nicht, so bedeutet das gleichzeitig den Weg in die Arbeitslosigkeit. Das können wir bei Gott nicht wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zweiter Punkt: Es gibt auch eine ganz massive pädagogische Begründung für Ganztagsangebote. Längere gemeinsame Lernzeiten helfen sowohl den leistungsschwächeren als auch den leistungsstärkeren Schülerinnen und Schülern. In einer Ganztagschule gibt es viel mehr Möglichkeiten, diesen unterschiedlichen Leistungsanforderungen gerecht zu werden. Deswegen sage ich: Gerade auch aus pädagogischen Gründen brauchen wir solche Angebote von Ganztagschulen, weil das individuelle Lernen gegenüber dem, was wir an Halbtagschulen mit dem 45-Minuten-Takt und dem abgehackten Unterricht haben, wesentlich leichter gestaltet werden kann.

Wir können auch viel mehr Förderangebote installieren. Wir haben Freizeitmöglichkeiten, Arbeitsgemeinschaften, bessere Lernangebote. Die Chance, hier wirklich pädagogisch und erzieherisch zu arbeiten, ist an solchen Schulen riesengroß. Das wissen wir – nicht weil es eine Erfindung der SPD wäre, sondern weil die Schulforschung diese Ergebnisse festgestellt hat. Zum anderen merken wir es – ich sage es noch einmal –, wenn wir über den Tellerrand Baden-Württembergs hinausblicken und den internationalen Vergleich ziehen. Dann können wir feststellen, dass weitere Ganztagschulen die richtigen Entwicklungen im schulischen Bereich sind.

Meine Damen und Herren, wenn wir Ganztagschulen anbieten, bedeutet das für uns, dass wir hier ein offenes, ein freiwilliges Angebot machen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Es geht nicht darum, Kinder in eine Ganztagschule zu zwingen. Das ist absoluter Quatsch. Wir wollen das Angebot für Kinder, für Eltern machen, damit die Kinder neue Lernmöglichkeiten haben. Allerdings ist es zum Beispiel auch eine Forderung des Verbands Bildung und Erziehung und der GEW, gerade auch für leistungsschwächere Kinder eine Verpflichtung einzuführen, damit diese bessere Lernmöglichkeiten haben. Wir gehen von einem offenen Angebot aus. Allerdings: Wer sich dann verpflichtet, der muss selbstverständlich ein Jahr lang am Ganztagsschulangebot teilnehmen.

Klar ist auch, dass dies Ressourcen kostet. Deswegen haben wir, Herr Kollege Kleinmann, gegen Ihren Widerstand bei den Haushaltsberatungen versucht, entsprechende zusätzliche Stellen im Haushalt zu installieren; denn nur mit zusätzlichen Lehrerstellen lässt sich das Ganztagsangebot verwirklichen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Was Sie machen, ist lediglich eine Umschichtung, die letztlich nur als Mogelpackung zu bezeichnen ist.

(Abg. Teßmer SPD zur CDU: Ihr wollts halt gesundbeten!)

Interessant ist ja, dass wir eigentlich sehr viele Verbündete haben. Nicht nur die Mehrheit der Eltern möchte mehr Ganztagschulen haben. Auch wenn man den Landeselternbeirat hört, wenn man die Schulleitervereinigung hört, wenn man den Städte- und den Gemeindetag hört, gibt es überall die Forderung nach einem flächendeckenden Angebot an weiteren Ganztagschulen. Überhaupt niemand kann nachvollziehen und verstehen, weshalb Sie sich bis zum heutigen Tag gegen diese Entwicklung wehren.

Ich komme nur zu dem Ergebnis: Sie haben irgendwo ideologische Scheuklappen und sind nicht bereit, die notwendigen Schritte einzuleiten, die wir heute für ein richtiges Bildungssystem brauchen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Diese ideologische Schere geht sogar so weit, dass Sie sagen: Das, was uns der Bund jetzt anbietet, lehnen wir ab, weil es vom Bund kommt.

(Abg. Capezzuto SPD: Unmöglich! Wahlkampf!)

Wer so handelt, der handelt unverantwortlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Teßmer SPD: Tap-pig!)

Anstatt es als Chance zu begreifen, dass der Bund bereit ist, in den nächsten Jahren 4 Milliarden €

(Abg. Alfred Haas CDU: Wie viel?)

in den Bereich der Ganztagschulen zu geben – Baden-Württemberg würde davon enorm profitieren –, lehnen Sie dies aus ideologischen Gründen ab.

Wir fordern Sie heute auf, Farbe zu bekennen. Stimmen Sie unserem Antrag zu, damit endlich ein Schritt nach vorne getan wird.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Es wäre gut, wenn Sie zusammen mit den anderen Bundesländern verhandeln würden – Frau Schavan hat hier auch einen gewissen Eiertanz aufgeführt; einmal war sie dagegen, dann wieder halb dafür; die Ost-CDU-Länder haben sehr wohl erkannt, dass das eine Chance ist, die sie wahrnehmen müssen –, wenn Sie in Verhandlungen mit dem Bund eintreten würden, um die entsprechenden Schritte zu vereinbaren; denn letztendlich werden auch die Kommunen von diesem Geld enorm profitieren, weil das vor allem auch für investive Maßnahmen eingesetzt wird.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

(Zeller)

Wenn Sie nun, meine Damen und Herren, einen Antrag vorlegen, in dem es heißt, sie seien für einen bedarfsge- rechten Ausbau von Ganztags- schulen, dann müssen Sie auch bereit sein – Herr Kollege Kleinmann, Sie würde ich eigentlich gern ernst nehmen, aber Sie haben da ja leider nicht den entsprechenden Einfluss –,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Ca- pezzuto SPD: Nichtschwimmer!)

genau diesen Anteil der flächendeckenden Ganztags- schulen von 20 % zu schaffen, weil das nämlich der festgestell- te Bedarf der Wirtschaft, der Öffentlichkeit, der Eltern und vieler anderer ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich befürchte aber etwas anderes. Ich befürchte, dass Sie den Bedarf definieren. Bedarf wird bei Ihnen nach wie vor, auch in der Koalitionsvereinbarung, so definiert: nur an den so genannten Brennpunkthauptschulen, nur dort, wo es unbedingt notwendig ist. Das ist Ihre Definition des Be- darfs.

Deswegen ist das ein Antrag, der im Grunde genommen für die Katz ist und in den Papierkorb gehört. Ich sage es Ihnen gleich: Wir werden uns bei der Abstimmung über diesen Antrag der Stimme enthalten.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Oh! – Abg. Alfred Haas CDU: Mutlos!)

Wenn es Ihnen wirklich um die Ganztags- schulen geht, dann stimmen Sie unserem Antrag zu, meine Damen und Herren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Seimetz.

(Unruhe)

**Abg. Seimetz** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Jahren geht die SPD mit diesem Thema – am Anfang Gesamtschulen und jetzt Ganztags- schulen –

(Abg. Teßmer SPD: Früher haben Sie es noch ver- standen!)

als Allheilmittel für alle bildungspolitischen Herausforde- rungen hausieren.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Jetzt propagieren auch Schröder und Bulmahn die Ganz- tagsschulen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wer ist Bulmahn?)

Meine Damen und Herren von der Opposition, das ist ein Bestandteil der hohen Kunst der Tatsachenverneblung, um vom Scheitern sozialdemokratischer Bildungspolitik abzu- lenken.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Wir in Baden-Württemberg setzen auf einen kontinuierli- chen bedarfsorientierten Ausbau des Ganztags- betriebs in den Schulen.

(Unruhe)

Und, Herr Zeller, irgendetwas kapiere ich nicht.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD)

– Ich danke für den Beifall. Wahrscheinlich kapieren Sie es auch nicht.

(Zurufe von der SPD)

Sie sprechen auf der einen Seite vom flächendeckenden Ausbau, und dann sagen Sie: 20 %. Hier reicht meine Re- chenkunst nicht mehr: Flächendeckend ist flächendeckend, das heißt 100 %, und 20 % ist ein kleiner Teil.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Also: PISA. – Nachhilfe in Mathematik, Herr Zeller.

(Lebhafte Unruhe)

Bei uns in Baden-Württemberg ist die Zahl der Ganztags- schulen auf jetzt 347 gestiegen.

(Abg. Zeller SPD: Das ist falsch!)

– Nein, das ist nicht falsch. Das stimmt haarscharf: 347. Damit wird an jeder zehnten Schule in Baden-Württemberg bereits im Ganztagsbetrieb gearbeitet.

(Zurufe von der SPD)

Baden-Württemberg, lieber Herr Zeller, liegt im Bundes- vergleich nicht im hinteren Teil, sondern auf einem vorde- ren Platz.

Bei den Ganztags- schulen sind alle Schularten vertreten: Grundschule, Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Sonderschule.

(Zuruf von der CDU: Und Werkrealschule!)

– Das ist bei Hauptschulen mit inbegriffen.

Richtigerweise legen wir im Land den Schwerpunkt auf die Hauptschulen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Die SPD-Forderung, in jedem Stadt- und Landkreis jäh- rlich mindestens zwei neue Ganztags- schulen, bis 2006 jäh- rlich 100 Ganztags- schulen zusätzlich einzurichten, erinnert eher an Planwirtschaft und Staatsbürokratismus als an eine moderne Bildungspolitik,

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD)

in der regionale Verantwortung groß geschrieben ist. Das, was Sie fordern und betreiben, ist blanker Aktionismus.

(Zurufe von der SPD)

Nach PISA brauchen wir eine nüchterne Analyse, aus der wir dann die Folgerungen ziehen. Nicht brauchen können wir aber Schnellschüsse von der Art Ihres Antrags.

(Zurufe von der SPD)



(Seimetz)

Wir werden bestimmt nicht jeder Stadt und jedem Landkreis vorschreiben, wie viele Ganztagschulen pro Jahr einzurichten sind.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, in der Stellungnahme der Landesregierung wird eindrücklich geschildert, in welchem Umfang neben den öffentlichen Ganztagschulen auf örtlicher Ebene zusammen mit Kooperationspartnern außerschulische Angebote entwickelt werden.

(Zurufe von der SPD)

Es spricht überhaupt nichts dagegen, dass Ganztagsangebote in freier Trägerschaft und ehrenamtlich, zum Beispiel durch Eltern und Fördervereine, durchgeführt werden. Eltern können gar nicht stark genug in die schulische Arbeit eingebunden werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist richtig!)

Die von der SPD gestellten Anträge bringen in der Sache überhaupt nichts Neues. Sie enthalten eine Auflistung von Forderungen, die sich schon lange in der Umsetzung befinden.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben?)

Sie enthalten Forderungen nach noch mehr Lehrerstellen, die derzeit nicht seriös finanziert werden können.

Baden-Württemberg liegt bei der Schaffung von neuen Lehrerstellen seit Jahren bundesweit an der Spitze. Selbst die GEW hat das mehrfach in Pressemeldungen bestätigt; nur die SPD nörgelt herum. Ihre Anträge enthalten auch die irriige Auffassung, dass die Kommunen nicht an den Zukunftsaufgaben wie etwa der Betreuung von Schülern beteiligt werden sollten. Das sei ausschließlich Sache des Landes, lese ich aus allem heraus, was Sie hier bieten.

Meine Damen und Herren, die kommunalen Bildungsaufgaben liegen bei den internationalen PISA-Gewinnern erheblich höher als bei uns.

(Abg. Drexler SPD: Was jetzt?)

Kluge Bildungspolitik in Zeiten knapper Kassen heißt: Richtige Schwerpunkte setzen.

Der Ausbau von Ganztagschulen ist nur eines von sieben Handlungsfeldern, auf die sich die Kultusministerkonferenz geeinigt hat und die die PISA-Studie nahe legt. Andere Reformmaßnahmen müssen ebenfalls finanziert und angegangen werden.

Trotz der Notwendigkeit des kontinuierlichen Ausbaus ist die Ganztagschule nicht die allein selig machende Formel.

Herr Zeller, ich habe eine Umfrage, nach der 51 % der Eltern gegen die Ganztagschule sind.

(Zurufe von der SPD)

– Ja. Ich kann Ihnen das sogar zeigen.

(Lebhafte Zurufe von der SPD)

– Ja, ja, ja. Nur mit der Ruhe! Hier ist vom 2. Februar

(Abg. Teßmer SPD: 1832!)

2002 aus der „Welt“ die Zahl des Tages: Mehrheit gegen Pflicht zur Ganztagschule.

(Zurufe von der SPD)

– 51 %.

(Zurufe von der SPD)

– Ich weiß, Fakten hören Sie nur sehr ungern.

(Abg. Capezzuto SPD: In Guatemala! – Abg. Wieser CDU zur SPD: Wenn die Schüler so unruhig wären, wäre gar keine Schule möglich! – Zurufe von der SPD)

– Da würde nicht einmal eine Ganztagschule ausreichen.

51 % sind nach einer Emnid-Blitzumfrage dagegen. Dies gilt vor allem für die Wähler der Grünen, die zu 65 % dagegen sind, und der Union, die zu 64 % dagegen sind.

(Anhaltende Unruhe)

Meine Damen und Herren, die PISA-Studie zeigt auch eines: Länder mit weniger Ganztagschulen haben im Vergleich nicht schlechter abgeschnitten als Länder mit Ganztagschulen.

(Zurufe von der SPD)

Selbst Finnland besitzt kein Ganztagschulensystem,

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Doch!)

und Finnland steht ganz weit oben.

(Anhaltende Unruhe)

– Finnland hat kein Ganztagschulensystem.

(Abg. Zeller SPD: Bis 15 Uhr!)

Finnland hat wegen seiner geographischen Lage zwar in den Schulen einen Mittagstisch, aber danach findet Unterricht ganz normal wie auch bei uns statt. Die einen haben Nachmittagsunterricht, und die anderen gehen nach Hause.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! – Lebhaftes Zurufe von der SPD und den Grünen)

Meine Damen und Herren, der bedarfsgerechte Ausbau von Ganztagschulen –

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Kollege Seimetz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

**Abg. Seimetz CDU:** Bitte.

**Stellv. Präsident Birzele:** Bitte schön, Herr Abg. Zeller.

**Abg. Zeller** SPD: Herr Kollege Seimetz, würden Sie die Aussage anzweifeln, die ein finnischer Schulvertreter gemacht hat, wonach die finnischen Schüler von morgens 8 bis nachmittags 15 Uhr Schule haben? Und würden Sie dann bezweifeln, dass dies eine Ganztagschule ist?

**Abg. Seimetz** CDU: Ich bezweifle, dass dies so stimmt.

(Lebhafte Zurufe von der SPD)

– Mein Gott! Leute, glaubt ihr, die Aussage von Herrn Zeller hätte für mich den Wert eines Evangeliums? Das, was er sagt, bezweifle ich ganz heftig. Dazu wird der Staatssekretär, der in Finnland war und das angeschaut hat, nachher sicher noch etwas sagen.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, der bedarfsgerechte Ausbau von Ganztagschulen ist neben anderen ein wichtiges Element einer innovativen Bildungspolitik. Schwerpunkt beim Ausbau der Ganztagschulen ist für uns eindeutig die Hauptschule.

(Anhaltende Unruhe)

Mittelfristig werden wir, um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten, im Rahmen des Finanzierbaren Ganztagsangebote auch auf andere Schularten ausweiten.

(Abg. Teßmer SPD: Also nie!)

Schon jetzt steht es den Schulen frei – und das wird von Ihrer Seite immer vergessen –, in Zusammenarbeit mit Eltern, Vereinen, Musikschulen usw. außerschulische Betreuungskonzepte zu erstellen und damit Ganztagsangebote zu machen.

(Zurufe von der SPD)

Und zum Schluss: Herr Schröder, der Bundeskanzler, soll das von ihm angebotene Geld an die Landesoberkasse in Karlsruhe überweisen. Wir werden es dann im Rahmen unseres bestehenden bedarfsgerechten Konzepts sinnvoll anwenden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Kleinmann.

(Zurufe von der SPD, u. a.: Jetzt kommt der Pfarrer!)

**Abg. Kleinmann** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich meine, das Thema ist so wichtig, dass wir a) zuhören und b) von der Polemik etwas absehen sollten.

(Vereinzelt Beifall – Anhaltende Unruhe)

Was die PISA-Studie betrifft, finde ich, es ist Eltern, Schülern und Lehrern sowie dem ganzen Schulsystem gegenüber unwürdig, einen solchen Eiertanz wie heute Morgen aufzuführen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

– Ja, dann lassen Sie sich einmal von einem Pfarrer etwas sagen. Ab und zu ist das auch nicht schlecht.

(Unruhe)

Es geht um Ganztagschulen. Die Argumente für Ganztagschulen sind uns bekannt. Nun streiten wir darüber, wie notwendig es ist, Ganztagschulen flächendeckend einzuführen. Tatsache ist: Wir haben immer mehr berufstätige Mütter und Väter, wir haben immer mehr allein erziehende Mütter und Väter, und wir haben in der Tat das große Problem, dass es schon an der Grundschule Schülerinnen und Schüler gibt, die nachmittags keine Betreuung haben. Ob man diese Entwicklung nun als positiv oder als nicht positiv empfindet, sie ist da, und wir müssen darauf reagieren.

Es hat auch zu meiner Kindheit schon Schlüsselkinder gegeben – das ist ja bekannt –, aber natürlich bei weitem nicht so zahlreich, wie das heute der Fall ist.

Wir sind uns einig, dass wir Ganztagschulen einrichten müssen. Wenn Sie, Herr Zeller, sagen, wir würden den Bedarf formulieren, so haben Sie Recht. Den Bedarf formulieren wir als Regierungsfraktionen deshalb, weil wir uns natürlich an den finanziellen Möglichkeiten orientieren müssen. Dazu stehen wir. Das ist für die CDU und die FDP/DVP gar keine Frage. Das habe ich schon bei meiner letzten Rede zu den Ganztagschulen gesagt. Wir sind keine finanzpolitischen Traumbühnen; es muss finanzierbar sein.

(Zurufe von der SPD, u. a. der Abg. Birgit Kipfer)

– Natürlich wird der Bedarf von uns gesehen, Frau Kipfer. Aber Sie können nicht rechnen. Entschuldigung, tut mir Leid: Mich als finanzpolitischen Sprecher meiner Fraktion können Sie nicht dazu bringen, den Staat zusätzlich in die Verschuldung zu treiben.

(Zurufe von der SPD)

Auch wenn ein Bedarf besteht, muss dessen Deckung zeitweise auch warten.

Meine Damen und Herren, was die zusätzlichen Lehrerstellen betrifft, möchte ich klarstellen, dass wir mehr gefordert haben als die Opposition, nämlich 5 500. Wir meinen sogar, dass wir unter Umständen mit diesen 5 500 nicht einmal auskommen. Sie forderten 5 000. Das Argument, wir hätten Ihnen dabei nicht zugestimmt, stimmt also nicht.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Ideologische Gründe gegen Ganztagschulen mag es bei dem einen oder anderen wohl geben, aber bei der FDP/DVP gibt es keine ideologischen Gründe.

(Lebhafte Zurufe von der SPD)

– Nennen Sie mir doch bitte einmal einen ideologischen Grund der FDP/DVP in Sachen Ganztagschule!

(Abg. Wintruff SPD: Die ganze FDP ist eine einzige Ideologie! – Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

– Das kann nur ein Berufsschullehrer formulieren. Liberal kommt von „libertas“, verehrter Herr Wintruff, und das heißt Freiheit. Bei uns herrscht das freiheitliche Denken

(Kleinmann)

und nicht das sozialistische Einheitsdenken. Das kann aber jemand, der einheitlich denkt, nicht verstehen, weil er nicht plural denken kann.

(Anhaltende Unruhe)

Meine Damen und Herren, was die Ganztagschulen betrifft, haben Kollege Pfister und Kollege Seimetz darauf hingewiesen: Wir brauchen sie, aber wir brauchen auch das Ganztagsangebot. Für dieses Ganztagsangebot – Herr Pfister hat das heute Morgen schon gesagt – gibt es in der Fantasie im Grunde keine Grenzen. Auch hier geht es um die Einbeziehung der Vereine. Sie wissen, dass die Musikschulen bereits vorstellig geworden sind. Wenn sie das bei Ihnen, Herr Zeller, noch nicht waren – bei mir waren sie das und beim Kollegen Wacker in der gleichen Weise. Bei uns werden sie meistens gemeinsam vorstellig. Wir sind ja befreundet und machen solche Termine auch zusammen.

(Zurufe von der SPD)

Sie sind bei uns mit dem Wunsch vorstellig geworden, im außerschulischen Betreuungsbereich mit tätig werden zu können. Und warum sollten sie das nicht? Die Vereine, insbesondere Sportvereine, neuerdings auch Gesangsvereine, sind in gleicher Weise mit dem Wunsch vorstellig geworden, in den Bereich der außerschulischen Betreuung einbezogen zu werden.

Ich füge hinzu: Auch die Kirchen überlegen sich, ob sie im Rahmen der Jugendarbeit bei dem Ganztagsbetreuungskonzept ein Stück weit mitarbeiten.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Da spielen die Finanzen keine Rolle?)

– Bitte, Frau Rudolf? Wollen Sie eine Zwischenfrage stellen? Dann melden Sie sich.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Ich habe nur gesagt: Da spielen die Finanzen keine Rolle!)

– Habe ich nicht verstanden. Tut mir Leid.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oberlehrer!)

Sonst hätte ich es gerne beantwortet.

(Abg. Teßmer SPD: Sie verstehen leider vieles nicht!)

Meine Damen und Herren, wie gesagt, die Argumente für die Einrichtung von Ganztagschulen sind uns bekannt. Ich unterstreiche, dass dies für uns Liberale allerdings ausdrücklich heißt, nicht nur die Angebote schulischer Betreuung quantitativ auszuweiten, sondern auch mehr Angebote im Bereich von Ganztagschulen zu schaffen. Ich kann mich hierzu ja auf die Koalitionsvereinbarungen beziehen.

Ich bekräftige noch einmal das Ziel, mehr Ganztagschulen einzurichten, und zwar an allen Schularten, wie dies zuvor angesprochen wurde, nicht nur an Hauptschulen, aber schwerpunktmäßig an Hauptschulen. Wir halten hieran fest, aber wir sind – das sage ich als finanzpolitischer Sprecher noch einmal in aller Deutlichkeit – keine finanzpolitischen Traumtänzer. Ebenso betone ich das in den Koaliti-

onsvereinbarungen hierzu festgehaltene Ziel. Insgesamt sind beide Stoßrichtungen richtig.

Es ist richtig, das Angebot an Ganztagschulen vorrangig im Bereich der Hauptschulen, die ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag unter erschwerten Bedingungen erfüllen, auszubauen. Dieser Ausbau ist auch bereits im Gange. Herr Kollege Seimetz hat darauf bereits hingewiesen: Es gibt 347 öffentliche Ganztagschulen, darunter allein 120 Hauptschulen.

(Abg. Wintruff SPD: Zu wenig! – Zuruf von der SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

Unter diesen befinden sich wiederum 60 Hauptschulen, die unter erschwerten Bedingungen arbeiten.

(Abg. Fischer SPD: Da sind aber die privaten mit drin! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie können ja nicht einmal richtig rechnen! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Wir gehen also brennpunktorientiert vor, meine Damen und Herren.

Weiter halten wir daran fest, dass dieser Ausbau in enger Abstimmung mit dem Schulträger erfolgen muss. Darin sind wir uns in diesem Hause ja hoffentlich einig, denn dieser muss sich auch finanziell beteiligen. Es versteht sich von selbst, dass dies auch im Zusammenhang mit der noch nicht abgeschlossenen grundsätzlichen Abstimmung mit der kommunalen Seite über die generelle Ausweitung von Betreuungsangeboten steht. Natürlich muss dies ebenfalls in Abstimmung mit den Eltern und den Schulen insgesamt und auch mit den Lehrern erfolgen.

Meine Damen und Herren, das Land wird im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten den hierzu erforderlichen Beitrag leisten. Die FDP/DVP legt allerdings größten Wert darauf, dass die vorgesehene Ausweitung schulischer Betreuungsangebote einschließlich solcher der Schulsozialarbeit in die verschiedenen Hortangebote und deren Förderung durch das Land eingepasst wird. Ich stehe auch ohne Wenn und Aber dazu, dass die Koalitionsvereinbarungen über die Ausweitung des Angebots von Ganztagschulen in anderen Schularten ausdrücklich die Bedingung nennen: im Rahmen des finanziell Möglichen. Wer den Eindruck erwecken will, die Debatte über mehr Ganztagschulen außerhalb der Frage des gegenwärtig finanziell Möglichen führen zu können – wie Sie das im Moment gerade versuchen –, macht sich aus meiner Sicht nicht zuletzt selbst etwas vor.

Meine Damen und Herren, wer sich die in Baden-Württemberg und natürlich auch anderswo vorhandene Ganztagschullandschaft konkret anschaut, muss sagen: Machen wir im Grunde weiter so; schaffen wir noch mehr – das ist richtig, weil wir Bedarf haben –, schaffen wir neue Angebote. Ich glaube, dass wir mit unserem Konzept und dem gemeinsamen Antrag auf dem richtigen Weg sind.

Lassen Sie mich abschließend noch zum Antrag der Fraktion der SPD sagen: Sie wollen im Grunde genommen etwas bei der Grundsteuerumlage wegnehmen, um es nachher aus dem 4-Milliarden-Programm wieder in die Tasche fließen zu lassen. Das folgt dem Motto „Raus aus der Tasche –

(Kleinmann)

rein in die Tasche“. Lassen wir den Kommunen doch das Geld, damit sie ihr Ganztagsbetreuungsangebot noch verbessern können.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Abg. Rastätter.

**Abg. Renate Rastätter GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrter Herr Seimetz,

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! Die Frau hat Anstand! – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ihre Rede entsprach dem Geist dieser altehrwürdigen Hallen, in denen wir uns heute befinden.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen – Beifall der Abg. Theresia Bauer GRÜNE – Abg. Dr. Birk CDU: Das muss ja nichts Schlechtes sein!)

Sie vertreten eher das Gesellschaftsbild, das zu diesen Zeiten vorherrschte, und ich glaube, Sie müssen sich noch ein bisschen mehr auf die Gegenwart einstellen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Seimetz CDU: Denken Sie daran, wie die Grünen abgestimmt haben! – Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, Ganztagschulen sind – um ein Zitat von Frau Kultusministerin Schavan abzuwandeln – kein Anschlag auf die Kindheit, sie sind auch keine Strafe für Kinder und erst recht keine Freiheitsberaubung. Ganztagschulen mit einem guten pädagogischen Konzept sind gute Schulen, sind Lern- und Lebensräume für alle Kinder, sowohl für Kinder mit großen Förderbedürfnissen als auch für hoch begabte Kinder. Wir wissen, dass wir auch in Baden-Württemberg Ganztagschulen haben, die gute pädagogische Konzepte haben und eine große Akzeptanz bei den Kindern, bei den Lehrerinnen und Lehrern – die gerne an einer Ganztagschule arbeiten – und auch bei den Eltern finden. Deshalb frage ich Sie: Was haben Sie denn für ein Bild von Schule, wenn Sie es als eine Zumutung empfinden,

(Abg. Seimetz CDU: Wer hat denn das gesagt?)

wenn Schüler und Schülerinnen über den Vormittagsunterricht hinaus an der Schule bleiben sollen?

(Beifall bei den Grünen – Abg. Seimetz CDU: Wer hat denn so was gesagt? – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Hat er doch gar nicht gesagt! – Abg. Wieser CDU: Sie sollen nicht falsch Zeugnis ablegen! – Unruhe)

– Ich werde das jetzt begründen, Herr Seimetz.

(Abg. Seimetz CDU: Sie haben die falsche Rede aufgeschrieben!)

Sie wollen sich auf einen bedarfsgerechten Ausbau beschränken, das heißt, Sie wollen lediglich dem Druck, der aus der Gesellschaft kommt, Rechnung tragen. Sie wollen nicht auch von sich aus Ganztagschulen als gute pädagogische Angebote für Kinder bereitstellen, sondern Sie reagieren passiv auf einen in der Gesellschaft vorhandenen Bedarf.

(Abg. Seimetz CDU: Das ist eine komische Logik!)

Der Bedarf ist aber weitaus größer, als Sie derzeit annehmen. Wie lange wollen Sie eigentlich noch auf einen noch größeren Bedarf warten? In Baden-Württemberg sind 67 % der Mütter berufstätig.

(Abg. Wieser CDU: Bei den Steuern müssen sie es sein! – Gegenruf des Abg. Fischer SPD: Ach, Kollege Wieser!)

Das Statistische Landesamt hat erst kürzlich angegeben, dass fast 35 % der Akademikerinnen bis zu ihrem 45. Lebensjahr keine Kinder bekommen haben. Auf der Jahreshauptversammlung des Landesfrauenrats wurde kürzlich gesagt: Wenn weiterhin nur auf den Bedarf reagiert wird, dann wird dieser Bedarf nicht entstehen. Künftig werden sich noch mehr Frauen vom Kinderkriegen verabschieden.

(Abg. Wieser CDU: Und die Männer? Haben die gar nichts zu sagen?)

Deshalb sagen wir Grünen: Die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist die Schlüsselfrage unserer Gesellschaft und wird entscheidend dafür sein, ob wir zu einer kinderlosen Gesellschaft mutieren oder ob sich junge Erwachsene, vor allem Frauen, für Kinder und für ein Leben mit Kindern entscheiden.

Für mich als Bildungspolitikerin ist ein zweiter Aspekt genauso wichtig, meine Damen und Herren. Das Vorbild der anderen europäischen Länder, übrigens aller erfolgreichen PISA-Länder, zeigt, dass dort, wo es Ganztagschulen gibt, entspannter, stressfreier gelernt wird und dass dort eine bessere zwischenmenschliche Kommunikation zwischen Schülerinnen und Schülern und den Lehrkräften entsteht. Schülerinnen und Schüler erhalten mehr Unterstützung und Hilfe. Entsprechend sind dort auch die Leistungen besser.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Abg. Wieser CDU: Und in keinem PISA-Land gibt es Grüne!)

Wir wollen deshalb nicht nur – wie Sie es wollen – einen Ausbau zu Ganztagschulen an den Hauptschulen. Wir wollen Ganztagschulen auch nicht als Schulen für benachteiligte Kinder stigmatisiert haben. Wenn Ganztagschulen gut sind, sind sie für alle Kinder gut. Deshalb lautet unser Konzept – wir haben Ihnen das schon letztes Jahr in einem Antrag vorgestellt und hatten dazu bereits vor einem Jahr eine Debatte –, dass in den nächsten Jahren alle Schulen Ganztagsangebote anbieten sollen, und zwar entweder in Form von gebundenen oder in Form von offenen Ganztagschulen.



(Renate Rastätter)

Die pädagogische Qualitätssicherung und das pädagogische Konzept sowohl für offene als auch für gebundene Ganztagschulen muss allerdings in der Verantwortung des Landes und nicht in der Verantwortung der Kommunen oder gar der Eltern liegen. Die Qualitätssicherung ist eine originäre Aufgabe der Lehrerinnen und Lehrer an dieser Schule.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist völlig falsch! Die Eltern sind doch nicht nur Deppen! Gescheiter als mancher Lehrerverband!)

– Nein, Herr Kleinmann. – Ich will Ihnen einmal darstellen, zu welchen fatalen Entwicklungen die derzeitige Situation zum Beispiel an den Gymnasien führt. Wir haben beispielsweise in Karlsruhe ein Gymnasium mit einem sehr großen Bedarf an Nachmittagsangeboten. Die Schule fühlt sich nicht zuständig; die Kommune sagt, das sei nicht ihre Aufgabe. Die Eltern haben jetzt ein Nachmittagsangebot eingerichtet: Eine Mutter, die dafür bezahlt wird, beaufsichtigt die Kinder bei den Hausaufgaben. Es ist ihr ausdrücklich untersagt, zu helfen. Die Kinder sind also in einen Raum eingesperrt und haben jeden Nachmittag zwei Stunden „eigenständige“ Hausaufgabenbetreuung. Das ist aber nicht unser Verständnis von einer offenen, qualitativ guten Ganztagschule, sondern das ist eine Notmaßnahme und Krisenmanagement. Es ist Ausdruck dessen, dass wir hier in Baden-Württemberg nicht genügend Ganztagschulen in offener und in gebundener Form haben.

(Beifall bei den Grünen)

Im Übrigen ist das auch genau Ihre Ideologie: Zutreffender als Herr Oettinger es heute Morgen getan hat, kann man Ihre Ideologie gar nicht beschreiben. Herr Oettinger – Sie sind gerade rechtzeitig hereingekommen – hat heute Morgen gesagt: Wir brauchen in den nächsten Jahren Betreuung rund um die Schule, sprich verdichteten Unterricht, an den additiv noch etwas Betreuung angehängt wird.

Wir dagegen schließen uns der Auffassung des Städtetags von Baden-Württemberg an. Der Städtetag hat in einem Positionspapier gesagt – ich zitiere –:

PISA unterstreicht deutlich, dass Bildung und Erziehung zusammengehören und Erziehung das Fundament jeder Bildung ist. Die bisherige Segmentierung in Unterricht, Erziehung und Betreuung ist nicht haltbar und ist nicht aufgabengerecht.

Deshalb fordert der Städtetag, dass das Land und die Schulen die Verantwortung für einen Ganztagsbetrieb an der Schule übernehmen. Das heißt natürlich nicht, Herr Seimetz und Herr Kleinmann, dass in offene Ganztagschulen nicht auch außerschulische Experten mit einbezogen werden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Gut!)

Ich warne aber davor – was Herr Oettinger heute Morgen gemacht hat –, das Ehrenamt wieder absolut in den Vordergrund zu stellen. Denn wenn wir offene Ganztagschulen an allen 4 100 allgemein bildenden Schulen wollen, dann werden wir sehr schnell feststellen, dass wir an die Grenzen der Ehrenamtlichkeit stoßen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Nicht mal Musikschulen sind ehrenamtlich! – Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Der Präsident des Landessportverbands, Herr Häffner, hat bereits in der Anhörung der Schulausschusssitzung deutlich gemacht: Es ist nicht möglich, dass die Vereine originär schulische Aufgaben übernehmen. Die Vereine können ihre Mitarbeiter ja nicht kostenlos den Schulen zur Verfügung stellen.

Sie stecken einfach den Kopf in den Sand, wenn Sie hier auf das Ehrenamt pochen. Sie lenken davon ab, dass Sie nicht bereit sind, die Verantwortung für die Ganztagschulen in Baden-Württemberg und ihre qualitative Entwicklung zu übernehmen.

(Beifall des Abg. Zeller SPD – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Frau Kollegin Rastätter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kleinmann?

**Abg. Renate Rastätter GRÜNE:** Selbstverständlich, Herr Kollege.

**Abg. Kleinmann FDP/DVP:** Frau Kollegin Rastätter, ist Ihnen bekannt, dass gerade gegen das Ganztagsangebot und die Ganztagsbetreuung zum einen von Vereinen und zum anderen von Kirchen das Argument gebracht wird, dass die Kinder dann keine Zeit mehr hätten, ihre Veranstaltungen zu besuchen, und dass es deshalb umgekehrt ein Argument dafür ist, diese in die Ganztagsbetreuung mit einzubeziehen, um so diesem Argument den Wind aus den Segeln zu nehmen?

(Abg. Fleischer CDU: Sehr gut! – Beifall des Abg. Fleischer CDU – Unruhe)

**Abg. Renate Rastätter GRÜNE:** Herr Kleinmann, dazu muss ich sagen, dass Sie die schulische Realität offensichtlich nicht kennen. In der Regel gehen die Schülerinnen und Schüler, die beispielsweise im Verein Sport treiben, dort nicht vor fünf Uhr nachmittags hin,

(Abg. Fleischer CDU: Und Sie kennen die Vereine nicht!)

weil ihre Trainer nämlich in der Regel nachmittags berufstätig sind.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Mein Kind geht um zwei zur Musikschule! – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Ich weiß nicht, wer Ihnen dieses Argument genannt hat; jedenfalls nicht die Sportverbände im Land. Selbstverständlich wollen wir auch die Musikschulen und die Jugendkunstschulen in den Nachmittagsbereich mit einbeziehen. Das ist sogar eine sehr gute Sache. Aber das heißt deshalb noch lange nicht, dass die pädagogische Qualitätssicherung für das Angebot nicht von der Schule übernommen werden müsste.

Ich komme jetzt zu den vier Punkten, die für uns Grüne beim Ausbau von offenen Ganztagschulen und gebundenen Ganztagschulen wichtig sind.

(Renate Rastätter)

Erstens: Offene Ganztagschulen müssen verbindliche Module anbieten, auf die sich Eltern auch verlassen können,

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

sodass Eltern auch in einer offenen Ganztagschule zum Beispiel sagen können: Wir brauchen drei Nachmittage. Es ist eine Illusion, deshalb zu glauben, dass so etwas nur durch Ehrenamtliche abgedeckt werden könnte.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Zweitens wollen wir, dass auch gebundene Ganztagschulen in Baden-Württemberg ausgebaut werden. Wir brauchen da nicht bei null anzufangen. Herr Seimetz, Sie sind jetzt pensioniert und haben etwas mehr Zeit: Ich bitte Sie, einmal die gebundene Ganztagschule in Ulm zu besuchen.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Unruhe)

Diese gebundene Ganztagschule für alle Kinder gibt es bereits seit 1969. In der Zwischenzeit haben der Elternbeirat der Schule und das Kollegium immer wieder überprüft, ob sie die Schule in eine offene Ganztagschule umwandeln wollen, also in eine freiwillige Ganztagschule, aber jedes Mal sind sie zu der Erkenntnis gekommen – auch die Eltern –, dass das hervorragende pädagogische Konzept nicht aufrechterhalten werden könnte, wenn nur ein Teil der Schüler daran teilnehmen würde. Denn dort gibt es eine Rhythmisierung des gesamten Schultags mit Phasen der Spannung und Entspannung. Dort kann man nachmittags für alle Schüler Vertiefungen anbieten.

Ich muss hier einen Punkt hervorheben: Wir müssen die Ganztagschule auch unter dem Aspekt der Qualitätsentwicklung des Unterrichts sehen. Da können wir natürlich in einer Ganztagschule mehr erreichen.

Ich komme zum dritten Punkt: Wir brauchen bei gebundenen Ganztagschulen eine wissenschaftliche Begleitung. Die Ganztagsgrundschule in Mannheim, die Jungbusch-Schule, hat jetzt gerade erklärt, sie brauche eine wissenschaftliche Begleitung, weil es aufgrund ihrer spezifischen Problemlagen notwendig ist, das pädagogische Konzept ständig weiterzuentwickeln.

Der vierte Punkt ist wohl der, der uns vor die größten Herausforderungen stellt: Wir Grünen sind der Meinung, dass der Besuch von Ganztagschulen kostenfrei sein muss, abgesehen vielleicht von den Angeboten der Musikschulen, die jetzt schon etwas kosten. Aber wir müssen dafür sorgen, dass nicht unterschieden wird zwischen den Eltern, die bezahlen können, und den Eltern, die nicht bezahlen können. Deshalb muss das Anliegen sein: Der Besuch von Ganztagschulen muss grundsätzlich kostenfrei sein.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Weil wir in allen Ländern vor der Herausforderung stehen, Ganztagschulen auszubauen, ist es gut, dass der Bund 4 Milliarden € bereitstellt. Ich finde es kleinkariert, wenn daran herumgemäkelt wird und wenn ein solches Angebot

nicht auch gerne von Baden-Württemberg angenommen wird.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Rau.

**Staatssekretär Rau:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Hier wird ein Popanz nach dem anderen aufgebaut,

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

wobei die Leute die Realitäten nicht zur Kenntnis nehmen wollen und stattdessen lieber hier im Eck herumtoben.

Die Realitäten sind ganz eindeutig, wenn es um die Ganztagschulen geht.

(Zuruf von der SPD: Was war das jetzt?)

Die Realitäten sind ganz eindeutig, und sie sprechen für sich und für uns. In Baden-Württemberg gibt es einen sehr unverkrampften Umgang mit dem Thema Ganztagschulen.

(Lachen bei der SPD – Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Das zeigt sich daran, dass wir das einzige Bundesland sind, das in den letzten drei Jahren weitere Ganztagschulen eingerichtet hat. Das einzige! Wo sind denn Ihre Vorbilder und Helden geblieben?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Jetzt zieht Rheinland-Pfalz mit einem Ausbauplan ab dem nächsten Schuljahr nach.

(Lachen der Abg. Christine Rudolf SPD)

– Ja, ab dem nächsten Schuljahr. In den vergangenen Jahren waren wir das einzige Bundesland.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Wo leben Sie denn?)

Das ist im Übrigen auch von Stefan Appel, dem Vorsitzenden des Ganztagschulverbands, festgestellt worden. Kürzlich bei einer Veranstaltung in Böblingen hat er das ausdrücklich und lobend erwähnt. Das zeigt, dass wir hier bedarfsgerecht vorgehen und uns auch nicht verrückt machen lassen, wenn Sie meinen, uns ein Versäumnis vorhalten zu müssen, das Sie durch die Realitäten nicht belegen können.

Wir haben derzeit 347 öffentliche Ganztagschulen im Land. Damit liegen wir – das ist nicht unsere Feststellung, sondern die der Kultusministerkonferenz – nach Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg auf dem vierten Platz, wenn Sie den prozentualen Anteil am Bildungswesen insgesamt nehmen.

In Nordrhein-Westfalen kommt aber dazu, dass dort seit zehn Jahren keine einzige neue Ganztagschule mehr eröffnet wurde.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Wo sind Sie denn geboren?)

(Staatssekretär Rau)

Die Zahl, die Nordrhein-Westfalen heute vorzuweisen hat, hängt damit zusammen, dass sich in die nordrhein-westfälische Zahl von etwa 600 Ganztagschulen 210 Gesamtschulen hineinrechnen lassen. Was diese nun an besonderen Erfolgen erzielt haben, durften Sie ja der PISA-Untersuchung gerade erst entnehmen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Staatssekretär Rau, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Zeller?

**Staatssekretär Rau:** Klar.

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Zeller, bitte.

(Abg. Alfred Haas CDU: Der Zeller kann immer etwas dazulernen!)

**Staatssekretär Rau:** Wenn ich ihm helfen kann.

**Abg. Zeller SPD:** Herr Kollege Rau, können Sie mir bestätigen, dass in der Drucksache 13/831 steht, dass es lediglich 122 allgemein bildende Ganztagschulen in Baden-Württemberg gibt?

(Abg. Schmiedel SPD: Ja, das kann er bestätigen!)

**Staatssekretär Rau:** Das kann ich Ihnen nicht bestätigen.

(Lachen bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Das steht doch drin!)

– Nein, Sie haben die Zahl der Ganztags Hauptschulen zitiert, nicht die Zahl aller Ganztagschulen. Es gibt derzeit bei uns im Land 120 Ganztags Hauptschulen.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Nein, Sie sind nicht informiert! – Abg. Zeller SPD: Darf ich nochmals eine Frage stellen, Herr Präsident?)

**Stellv. Präsident Birzele:** Gestatten Sie, Herr Staatssekretär?

**Abg. Zeller SPD:** Ich zitiere aus der Stellungnahme zu Abschnitt I des Antrags Drucksache 13/831:

Neben den mit Zustimmung des Landes eingerichteten öffentlichen Ganztagschulen (122 allgemein bildende Schulen . . .) . . .

Das ist unterschrieben:

(Abg. Alfred Haas CDU: Weiterlesen! Weiterlesen!)

In Vertretung Mäck, Ministerialdirektor. Vielleicht hat er falsche Zahlen genannt. Ich weiß es nicht.

(Zuruf von der SPD: Falsche Rede! – Abg. Alfred Haas CDU: Weiterlesen! Er kann nicht lesen! – Gegenruf des Abg. Schmiedel SPD: Was heißt „weiterlesen“?)

**Staatssekretär Rau:** Ich nenne Ihnen die Zahlen noch einmal, Herr Zeller, zum Mitschreiben: Es sind 347 öffentli-

che Ganztagschulen, 39 davon wurden allein im letzten Schuljahr neu in Betrieb genommen. Für das kommende Schuljahr sind bereits acht neue Ganztagschulen genehmigt. Acht weitere Anträge liegen vor und sind in der gewohnten zuverlässigen Bearbeitung durch die Schulverwaltung.

(Abg. Schmiedel SPD: Wie viele davon sind Sonderschulen?)

Wir arbeiten die Dinge ab, wie sie uns als vernünftige Konzepte vorgelegt werden.

(Abg. Schmiedel SPD: Wie viele Privatschulen?)

Das ist die Voraussetzung dafür.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Wie viele Sonderschulen? Das ist doch die Frage!)

Wir machen zur Grundlage einer Genehmigung, dass ein vernünftiges Konzept erarbeitet wird und von den Schulträgern zur Genehmigung eingereicht wird. Es geht hier nicht um Masse, sondern es geht um Qualität. Das zieht sich durch alle Erkenntnisse aus der PISA-Studie hindurch, und das muss natürlich auch für die Ganztagschulen gelten. Ich habe Ihnen ja gerade die Zahl der nordrhein-westfälischen Gesamtschulen in diesem Zusammenhang genannt.

Ich sage Ihnen, dass über die 347 öffentlichen Ganztagschulen hinaus etwa 350 weitere Ganztagsangebote im Land existieren, womit deutlich wird, dass auch hier unterschiedliche Konzepte zum Tragen kommen. Die Ministerin hat heute Morgen darauf hingewiesen. Für uns ist ganz wichtig, dass sich solche Schulangebote aus Schulentwicklungsprozessen ergeben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Wenn hier behauptet wird, Schulen dürften das gar nicht tun, dann kann ich nur auf über 300 Schulen verweisen, die bereits heute ihre Erfahrungen mit solchen Schulentwicklungsprozessen in den Landesbildungsserver eingestellt haben. Wer bei uns in den Schulen mit guten Ideen antritt, kann diese realisieren. Alles andere, was hier heute von Ihrer Seite unterstellt wurde, stimmt nicht.

Weiter zu den Ganztagschulen: Wir haben von Ihrer Seite Anträge vorliegen, aus denen Ihre Meinung deutlich wird, man könne mit dem Vorgehen, einfach Masse zu schaffen, qualitätsmäßig etwas erreichen. Dabei wird auch das Beispiel Finnland unterstellt. Ich will das noch einmal aufgreifen. Der Kollege Seimetz hat mit seiner Aussage völlig Recht gehabt. Ich war selbst in Finnland und konnte mir die Verhältnisse vor Ort anschauen. Ich habe Schulen besucht, in denen es nicht einmal so etwas wie eine verlässliche Grundschule gibt, einen jeden Tag zur gleichen Zeit beginnenden und endenden Unterricht. An einer finnischen Schule kann durchaus um 13, um 14 oder um 15 Uhr Schulschluss sein. Aber das ist für uns nichts Neues; das gibt es bei uns auch. Wir haben noch einmal eine schriftliche Anfrage an das finnische Zentralamt für das Unterrichtswesen gerichtet, ob unser Eindruck richtig sei, dass



(Staatssekretär Rau)

von einer flächendeckenden Versorgung mit Ganztagschulen nicht die Rede sein könne. Wir haben von dort interessanterweise die schriftliche Antwort bekommen, dass die finnische Unterrichtsministerin Maija Rask jetzt angekündigt hat, dass man in Finnland die Zahl der Ganztagschulen ausbauen wolle, weil es bisher sehr wenige gebe.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es!)

Das ist das eine.

Und das Zweite – ich lese es Ihnen wörtlich aus dem Schreiben des finnischen Zentralamts für das Unterrichtswesen vor –: „Es gibt in Finnland nur in Ausnahmefällen Ganztagschulen.“ In der Regel wird das, was dort an Unterricht gehalten wird, etwas anders angeordnet, und es gibt wegen der weiten Schulwege an jeder Schule ein warmes Mittagessen. Allein die Tatsache, dass es dort warme Mittagessen für alle Schüler gibt, hat bei uns zu dem Eindruck geführt, dass das eine Ganztagschule sei – eine natürlich unzulässige und fahrlässige Verkürzung des Ganzen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie begeben sich auf den falschen Weg, wenn Sie meinen, die Debatte über die Qualität des Unterrichts und über notwendige Schulentwicklungsprozesse auf formale und strukturelle Diskussionen reduzieren zu können. Das ist der falsche Weg.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Professor Baumert hat eindeutig festgestellt, dass die Qualität des Unterrichts entscheidend dafür ist, wie der Erfolg am Ende aussieht. Ich denke, dass die zahlreichen Schulentwicklungsprozesse, die bei uns im Land laufen, ein guter Beleg dafür sind, dass die Schulen ihre Freiräume nutzen, wenn sie es wollen, wenn sie die Kraft von sich aus dafür aufbringen. Aber sie erhalten auch unsere Unterstützung dazu. Wir stellen ihnen Fachberater für solche Prozesse zur Verfügung. Dabei hat jede Schule die Möglichkeit, ihre Zeit neu und anders einzuteilen und zu definieren. Wir haben Schulen als Bildungswerkstatt ausgezeichnet, die genau solche Wege gegangen sind und die heute natürlich ein ganz anderes Zeitraster haben als das, gegen das Sie hier meinen noch ankämpfen zu müssen. Sie kämpfen gegen Windmühlenflügel.

Wir haben Ihren Antrag genau durchgelesen,

(Abg. Christine Rudolf SPD: Das merkt man!)

sowohl den ausführlichen als auch den jetzt nachgereichten etwas kürzeren. Ich will Ihnen noch ein paar Kommentare dazu geben.

Das Erste ist Ihre Forderung, jährlich 100 Ganztagschulen und mindestens zwei in jedem Stadt- und Landkreis einzurichten. Noch einmal: Das ist die Ideologie „Masse statt Klasse“. Es geht um ein bildungsplanerisches Konzept, und es geht um ein Entwicklungskonzept jeder einzelnen Schule.

Dann wollen Sie jährlich 300 zusätzliche Stellen schaffen. Da kann ich nur sagen: Sie haben allen Grund dazu, hier nachzulegen, denn Sie haben vor der letzten Landtagswahl gesagt, 5 000 zusätzliche Stellen würden reichen. Wir haben 5 500 Stellen beschlossen. Wir haben den Weg längst beschritten, den Sie jetzt mit diesem Antrag einschlagen wollen. Insofern hat sich Ihre Forderung schon überholt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Dann haben Sie gesagt, wir sollten hier beschließen, die Ganztagschulen sollten kostenfrei sein. Öffentliche Schulen in Baden-Württemberg sind kostenfrei. Ein solcher Antrag ist eine unzulässige Unterstellung gegenüber der Landesregierung und dem Landesparlament insgesamt.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Sie spielen hier meines Erachtens mit Emotionen. Aber wenn Sie so etwas nicht sachlich unterlegen können, ist das ziemlich fahrlässig, was Sie hier tun.

Und schließlich will ich auf Ihre Forderung eingehen, dass wir uns dem Angebot der Bundesregierung öffnen sollten. Ich kann Ihnen nur sagen: Das, was man uns durch die Steuergesetzgebung weggenommen hat, kann man uns ohne Auflagen ruhig zurückgeben; wir haben Verwendung dafür. Aber wir haben keine Verwendung für die Art und Weise, wie die Bundesregierung hier vorgeht. Wir arbeiten kontinuierlich an der Entwicklung unserer Schulen. Aber was hier gemacht wird, ist ein reiner Wahlkampfzug. Die Bundesregierung hat angekündigt, sie wolle Ganztagschulen mit finanzieller Unterstützung einrichten lassen.

(Zuruf von der SPD: Handeln statt schwafeln!)

Wissen Sie, wann man sich frühestens zu diesem Angebot inhaltlich äußern kann? Am 19. November, weil die Bundesregierung die Kriterien erst am 18. November in der Bund-Länder-Kommission bekannt geben wird. Bis dahin wird nur mit 4 Milliarden € gespielt, und in Wirklichkeit – das werden Sie sehen – wird auch dieses Angebot hinterher wieder zurückgezogen. Das ist ein ganz unmögliches Vorgehen vonseiten der Bundesregierung, das von uns auf keinen Fall als seriöse Geschäftsgrundlage akzeptiert werden kann.

Wir haben Verwendung für das Geld bei der Weiterentwicklung unserer Schulen. Aber wir lassen uns doch von dieser Bundesregierung nicht sagen, wie wir Bildungspolitik zu machen haben. Die Leute, die dort sitzen, haben zum Teil in Ländern Verantwortung getragen, die deutlich weniger Erfolg haben als wir. Wir entwickeln unser Schulsystem sinnvoll weiter und nehmen dafür jede Unterstützung dankbar in Anspruch, vor allem auch die Unterstützung des eigenen Parlaments.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Rudolf.



**Abg. Christine Rudolf** SPD: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Wir haben jetzt das gleiche Spiel wie bei der letzten Debatte über die Ganztagschulen in Baden-Württemberg:

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Herr Rau hat sich die Blöße gegeben, dass er selbst keine Aussage darüber treffen kann, wie viele Ganztagschulen es in Baden-Württemberg eigentlich gibt.

(Widerspruch bei der CDU)

Die erste Aussage hierzu stammt aus der Rede von Herrn Seimetz. Er sagte, es seien 347.

(Abg. Seimetz CDU: Richtig! – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Herr Rau hat zuerst gesagt, es seien 367 Schulen. Dann hat er sich wieder korrigiert.

(Abg. Seimetz CDU: Nein!)

Grundlage dieser Debatte ist eigentlich der Antrag der SPD-Fraktion, Drucksache 13/831. Hierin steht, dass es 122 allgemein bildende Ganztagschulen und 200 Sonderschulen, die im Ganztagsbetrieb laufen, in Baden-Württemberg gibt.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Sie versuchen hier permanent – auch auf Bundesebene – zu vernebeln, dass wir auf der einen Seite ein gut ausgebautes System von Sonderschulen haben, die im Ganztagsbetrieb laufen, und auf der anderen Seite eine ganz minimale Zahl – für die sich Baden-Württemberg eigentlich schämen müsste – von allgemein bildenden Schulen mit Ganztagsbetrieb haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Dann muss man sich auch einmal fragen: Wie sieht die Realität an den Ganztagschulen aus, die es in Baden-Württemberg gibt? Mir liegt hier ein Brief einer Schule aus Friedrichshafen vor, der eindeutig belegt – den können Sie nachher jederzeit zum Lesen bekommen –, dass sie nicht in der Lage ist –

(Abg. Alfred Haas CDU: Hat den Herr Zeller geschrieben? Herr Zeller schreibt Ihnen Briefe! Das ist ja komisch! – Abg. Zeller SPD: Lies ihn doch vor! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Herr Zeller ist nicht der Autor, sondern der Empfänger dieses Briefes, Herr Haas.

(Zuruf von der CDU: Er schreibt sich selber!)

– Nein, er schreibt sich auch nicht selbst Briefe. – Hier schreibt die Schulleitung der Ludwig-Dürr-Schule in Friedrichshafen, dass sie Probleme haben werde, den Ganztagschulbetrieb aufrechtzuerhalten, weil bei der Zuweisung durch das Staatliche Schulamt ein voller Lehrauftrag für das kommende Schuljahr fehle. Unter diesen Bedingungen müssen sich Schulen für den Ganztagsbetrieb in Baden-Württemberg entscheiden. Dass das nur zögerlich passiert, ist nur allzu nachvollziehbar.

Herr Seimetz, ich höre Ihnen ja immer ganz gern zu.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Ich erinnere mich dann immer ein bisschen an meinen Geschichtsunterricht.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Fischer SPD – Zuruf von der SPD: Können Sie ein bisschen deutlicher sprechen, damit die es verstehen!)

Aber die ideologischen Debatten, die Sie hier hochziehen versuchen, sind wirklich Schnee von gestern und haben mit der Realität in Baden-Württemberg gar nichts zu tun.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Sie haben zwei Taschenspielertricks benutzt, die man hier einfach offen legen muss.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Einmal haben Sie völlig im Diffusen gelassen, wie eigentlich Ihre Vorstellungen zum Ganztagschulbetrieb aussehen. Da gibt es ja Aussagen von Herrn Oettinger, dass das sehr viel mit Ehrenamt zu tun habe. Da muss man natürlich die Frage stellen, ob das dann für die Eltern kostenlos weiterbetrieben wird. Die Einschränkung für die Musikschulen gibt es ja schon.

Auf der anderen Seite haben Sie aus einer Ausgabe der „Welt“ vom Februar dieses Jahres zitiert und dabei auch auf eine Umfrage verwiesen, ob die Eltern bereit wären, eine Pflicht zur Ganztagschule mitzutragen. Darüber diskutieren wir heute hier überhaupt nicht, Herr Seimetz.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Es gibt eine andere Untersuchung, die genau das widerspiegelt, worüber wir heute hier diskutieren. Da geht es um die Frage, ob die Eltern mit einem flächendeckenden Angebot von Ganztagschulen einverstanden wären.

(Abg. Zeller SPD: Das ist etwas völlig anderes!)

Da gibt es eine stetige Entwicklung, die 1997 begonnen hat und sich bis zum Mai dieses Jahres fortsetzt. Die Untersuchung ist also sehr aktuell. Hierin ist belegt, dass 55 % der Eltern und auch der Bevölkerung sich wünschen, dass es ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen auch in Baden-Württemberg gibt, Herr Seimetz.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss komme ich noch einmal dazu, wie es mit dem Antragswesen für Ganztagschulen in Baden-Württemberg eigentlich aussieht. Herr Rau, Sie haben ja dargelegt, dass aktuell acht Schulen eine Genehmigung erhalten haben und acht weitere Anträge vorliegen. Ich nehme an dieser Stelle einmal an, dass die Zahlen auch stimmen. Das sind kleinere Größen. Da kann man sich nicht so heraustricksen, wie Sie das insgesamt machen. Ich stelle den Internetauftritt des LEU dagegen, des Landesinstituts für Erziehung und Unterricht, das ja beratend für das Kultusministerium tätig ist. Das ist es jedenfalls im Moment noch, bevor es umgewan-

(Christine Rudolf)

delt wird. In diesem Internetauftritt steht, dass Ganztagschulen vor allem an Hauptschulen eingerichtet werden sollen. Es ist also beileibe nicht so, wie Sie hier darzustellen versucht haben, dass sich jede Schule auf den Weg machen und zur Ganztagschule werden könne.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Außerdem sollen höchstens 10 % der Hauptschulen einen Antrag stellen können und dann Ganztagschulen werden können.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Gut so!)

Darüber hinaus gelten die Ganztagschulen in Baden-Württemberg ja noch immer – das wird hier auch zitiert – als Schulversuch. Ich denke, das ist ein Unwesen, das man an dieser Stelle auch beenden muss. Die Schulen, die sich auf den Weg machen, um Ganztagschulen zu werden, brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Dann sind sie in der Lage, ein pädagogisches Konzept zu entwickeln. Dann sind sie auch bereit, diesen Weg zu gehen.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Teufel)

– Herr Teufel, Sie geben mir das richtige Stichwort. Das ist ja Teil unseres Antrags. Ich finde es schon ziemlich borniert, auf der einen Seite zu sagen: „Wir haben Probleme mit der Finanzierung“ und auf der anderen Seite zu sagen: „Das Geld vom Bund wollen wir aber nicht haben.“

(Beifall bei der SPD – Abg. Alfred Haas CDU:  
Das hat niemand gesagt! – Zuruf des Abg. Seimetz  
CDU)

Lesen Sie auf der einen Seite das Protokoll der Rede von Herrn Pfister und auf der anderen Seite das, was in der Presse von Frau Schavan und von Herrn Teufel veröffentlicht ist. Das brauche ich an dieser Stelle nicht zu wiederholen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Alfred Haas  
CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Was haben Sie gerade gesagt? Haben Sie mich gerade zitiert?)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der vorliegenden Anträge. Kann ich feststellen, dass der Antrag Drucksache 13/831 insgesamt erledigt ist?

(Zurufe: Ja!)

– Sie stimmen dem zu.

Dann lasse ich über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1181, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! –

(Unruhe bei der SPD – Abg. Schmiedel und Abg.  
Drexler SPD: Die ganze FDP/DVP!)

Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/1183, zur Abstimmung auf

und vermerke hier eine Korrektur zur Benennung: Es muss heißen „zu dem Antrag der Fraktion der SPD“ und nicht „zu der Großen Anfrage der Fraktion der SPD“. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Antrag wurde bei zahlreichen Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Capezzuto SPD: Bei vielen!)

Damit ist Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zum Ausbau und zur qualitativen Weiterentwicklung des Betreuungsangebots für Kinder in Baden-Württemberg – Drucksache 13/1106**

**b) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Sozialministeriums – Vorschulische Kinderbetreuung – Drucksache 13/131**

**c) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Sozialministeriums – Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren sowie flexibler Ganztagsangebote für Kindergarten- und Grundschulkindern – Drucksache 13/345**

**d) Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Zukunft der Kinderbetreuung in Baden-Württemberg – Drucksache 13/435**

**e) Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und Antwort der Landesregierung – Kinderbetreuung in Baden-Württemberg – Drucksache 13/680**

Ich erteile Herrn Abg. Sakellariou das Wort.

**Abg. Sakellariou SPD:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ich vor 15 Jahren zum ersten Mal im Gemeinderat der Stadt Schwäbisch Hall zu Gast war, wurde das Thema „Erweiterung der Kindergartenöffnungszeiten“ diskutiert. Die Kindergartenöffnungszeiten sollten von bislang von 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr auf 7:30 Uhr bis 12:30 Uhr erweitert werden. Wir haben es zwar geschafft, diese Kindergartenöffnungszeiten mehrheitlich durchzubekommen, aber nur gegen den vehementen Widerstand der CDU, die ausdrücklich erklärt hat – das ist gerade einmal 14 Jahre her und geschah in einer so weltoffenen Stadt wie Schwäbisch Hall –, man wolle die Öffnungszeiten gerade nicht in einer Form gestalten, die die Frauen womöglich noch animierte, arbeiten zu gehen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Da muss ich sagen, meine Damen und Herren: Das erklärt vieles von dem, was Ihre Position ist. Wir wissen ja, wie lange die CDU in diesem Land regiert. Das erklärt letztlich auch, warum wir diese Position bei der Kinderbetreuung haben, die wir heute und derzeit in Baden-Württemberg haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

(Sakellariou)

Weil wir jetzt bei diesem Thema sind, sage ich noch etwas dazu. Wir sind ja quasi in der dritten Runde. Wir sind jetzt bei der Kinderbetreuung hier in Baden-Württemberg. Erlauben Sie mir daher noch ein paar kurze Vorbemerkungen, und zwar zunächst einmal wieder aus meinem Wahlkreis, aus Schwäbisch Hall.

Dort ist es so, meine Damen und Herren, dass 60 % aller Sozialhilfebezieher allein erziehende Frauen sind. Das muss man sich vor diesem Hintergrund mit dieser miserablen Kinderbetreuung bei uns in Baden-Württemberg einmal vorstellen. Das ist schon eine geschlechtsspezifische Diskriminierung. Ausgerechnet Frauen leiden unter dieser Situation.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich meine, das ist ein Skandal.

Zweite Vorbemerkung: In demselben Atemzug, in dem hier permanent der Facharbeitermangel beklagt wird, lassen wir es zu, dass die am besten ausgebildete Frauengeneration sich in diesem Land quasi totläuft, indem sie für andere Aufgaben, sage ich einmal, nicht die Möglichkeit hat, Familie und Beruf zu verbinden.

Zum Thema Chancengleichheit durch Kinderbetreuung und Kindertagesbetreuung ist hier schon viel gesagt worden.

Letztlich komme ich zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie betrifft natürlich genau diesen Bereich. Frau Rastätter hat heute schon die Verweigerung von Frauen angesprochen, Kinder zu bekommen, weil die Frauen darin erhebliche Probleme für ihre Zukunft und für ihre wirtschaftliche Absicherung sehen. Die Anzahl und die Größe der Familien gehen immer weiter zurück. Wenn man aber ins europäische Ausland schaut, dann merkt man, dass dort, wo die Kinderbetreuung hervorragend ist, wo es eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf gibt, Geburtenraten erzielt werden – so sage ich einmal mathematisch –, auf die wir hier nur neidisch schauen können.

Meine Damen und Herren, die SPD legt mit dem heute in Erster Beratung zu diskutierenden Gesetzentwurf eines Kindertagesbetreuungsgesetzes ein umfassendes Konzept zur Weiterentwicklung des Betreuungsangebots für Kinder in Baden-Württemberg vor.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stelly. Präsident Birzele:** Entschuldigung, Herr Abg. Sakellariou! Einen Moment, bitte!

Meine Damen und Herren, seien Sie bitte etwas ruhiger und verlegen Sie ihre Gespräche nach draußen, damit der Redner besser verstanden werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Bitte schön, Herr Abg. Sakellariou.

**Abg. Sakellariou SPD:** Danke schön. – Ich möchte noch darauf hinweisen, dass dieser Gesetzentwurf das Ergebnis eines intensiven Dialogs ist. Wir haben als Fraktion ein

Jahr lang in beinahe jedem Wahlkreis hier in Baden-Württemberg unseren Gesetzentwurf vorgestellt und mit Erzieherinnen, mit Eltern, mit kommunalen Vertretern sowie mit Einrichtungsträgern diskutiert. Insofern ist das ein ganz neues Verfahren gewesen, wie wir mit so einem Entwurf zunächst einmal in die Bevölkerung gegangen sind, bevor wir dieses Papier hier vorgestellt haben und letztlich zur Abstimmung stellen.

Dabei ist herausgekommen, dass erstens ganz einmütig beklagt wurde, dass wir hier im Land Baden-Württemberg ganz erhebliche Betreuungsdefizite haben. Zweitens gibt es eine ganz erhebliche Verunsicherung bei allen Beteiligten in diesem Bereich, weil sie gar nicht wissen, wie es letztlich weitergeht. Wir wissen genau: Das Kindergartengesetz hat ein Verfallsdatum zum 31. Dezember dieses Jahres.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Aber was danach kommen soll und wie sich die Zukunft sowohl der Träger als auch der Erzieher und Erzieherinnen, als auch natürlich der Eltern und derjenigen, die in diesem Bereich planen müssen – die jungen Mütter oder diejenigen, die erst dorthin kommen wollen –, gestaltet, bleibt offen. Insofern haben wir hier einen Stillstand und Verunsicherung. Das ist natürlich das Gegenteil von dem, was wir brauchen, wenn wir eine vernünftige Kinderbetreuung haben wollen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Obwohl wir nun schon Mitte des Jahres 2002 haben, ist noch nicht einmal in Ansätzen erkennbar, in welche Richtung es gehen soll, wie eine partnerschaftliche Lösung in dieser Hinsicht gefunden werden soll.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

In kaum einem anderen Bereich der Landespolitik ist der Stillstand unerträglicher und die Konzeptionslosigkeit der Landesregierung offenkundiger als bei diesem wichtigen Thema Kinderbetreuung, was wiederum schwerpunktmäßig die Frauen trifft. Ich meine, letztlich ist das ja eine konsequente Geschichte im Blick auf die gesamte Landespolitik zu dieser Thematik.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Die SPD-Fraktion will, dass endlich Schluss ist mit dieser konzeptionslosen Politik. Wir legen deshalb heute dieses umfassende Kinderbetreuungsgesetz vor, das alle Betreuungsangebote für Kinder von null bis 14 Jahren umfasst und für alle Tageseinrichtungen sowie für die Tagespflege endlich einen verlässlichen Rahmen schafft.

Wir wollen in den nächsten drei Jahren 35 000 neue Betreuungsplätze für Kinder schaffen, darunter 10 000 neue Plätze für Kleinkinder und rund 25 000 neue Betreuungsplätze für Schulkinder.

Letztlich haben wir zu registrieren, dass unsere Initiativen in dieser Hinsicht hektische Betriebsamkeit bei den Regierungsfractionen ausgelöst haben.

(Heiterkeit der Abg. Ursula Haußmann SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: Genau so war es!)

(Sakellariou)

Wir sind darüber natürlich sehr erfreut. Jetzt schauen wir einmal, was daraus wird. Wir haben ja bis jetzt nur die Ankündigung bekommen, dass am 23. Juli wohl irgendein Gesetzentwurf von der Landesregierung beschlossen werden soll. Noch wissen wir nicht, was da kommen soll. Wir sind gespannt. Aber eines kann ich Ihnen sagen: Große Hoffnungen machen wir uns nicht.

(Abg. Alfred Haas CDU: Immer die gleiche Leier!  
– Weitere Zurufe)

– Das kann ja gar nicht sein. Ich rede heute zum ersten Mal. Wie kann das dann die gleiche Leier sein?

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Unruhe)

Noch einmal kurz zu den inhaltlichen Schwerpunkten: Wir wollen zunächst einmal den Ausbau des Betreuungsangebots. Da sind wir einhellig einer Meinung. Zweitens wollen wir – das ist ganz wichtig – die Sicherung der pädagogischen Qualität. Denn eines ist sicher: Wir haben heute den ganzen Vormittag lang darüber gesprochen, wie wichtig und wie bedeutend es ist, den Bildungsauftrag in die Kindergärten hineinzutragen.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Dann habe ich natürlich auch die Pflicht, das Personal, welches sich mit diesem Kleinkindbereich und mit diesen Kindern bis 14 Jahren befasst, so qualifiziert auszubilden, dass die Kinder zur Vorbereitung auf die Schule etwas davon haben.

(Beifall bei der SPD)

Dazu brauchen wir natürlich nicht nur entsprechend qualifizierte Leute, sondern auch die Festschreibung von solchen elementaren Dingen wie dem Raumbedarf, um diese Kleinkindbetreuung wirksam durchführen zu können.

Dass ausgerechnet das reiche Baden-Württemberg – das kann man gar nicht oft genug betonen – beim Kinderbetreuungsangebot im bundesweiten Vergleich eine absolute Schlusslichtposition hat, das würde mir an Ihrer Stelle sehr zu denken geben.

Ich will das einmal auflisten: Zum Stichtag 31. Dezember 1998 – das ist die aktuellste Vergleichsstatistik, die uns zur Verfügung steht –

(Abg. Alfred Haas CDU: Das ist ja lächerlich!)

gab es für 1 000 Kinder im Alter von bis zu drei Jahren im Durchschnitt der alten Bundesländer – wie gesagt: wir nehmen nur die alten Bundesländer – 28 Betreuungsplätze, in Baden-Württemberg gerade einmal 13. Das ist also weniger als die Hälfte. Wir sind da ganz unten.

(Unruhe)

Bei den Schulkindern gab es für 1 000 Kinder von 6 bis 14 Jahren im Durchschnitt der alten Bundesländer 30 Betreuungsplätze, hier in Baden-Württemberg sind es 16.

(Zuruf des Abg. Hillebrand CDU)

Jetzt kommen wir zur schlimmsten Zahl, sage ich einmal, nämlich zur Zahl der Betreuungsangebote bei den Kindergartenplätzen. Nur 4,3 % aller Plätze für Kindergartenkinder in Baden-Württemberg sind Ganztagsplätze. Damit belegt Baden-Württemberg wirklich den allerletzten Platz.

(Abg. Zeller SPD: So ist es!)

Denn im Durchschnitt der westlichen Bundesländer sind 19 % aller Kindergartenplätze Ganztagsplätze.

(Zuruf der Abg. Rita Haller-Haid SPD)

Da muss ich, meine Damen und Herren, wirklich sagen: Da haben Sie noch einiges zu erledigen.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Auf den Bildungsauftrag, den wir in diesem Gesetzentwurf verankert haben, bin ich schon kurz eingegangen. Es ist eben ganz wichtig, gewisse Qualitätsstandards einzuhalten. Das bezieht sich natürlich auch auf die Gruppengröße und die Raumgröße. Es ist doch ganz klar: Wenn ich einen Bildungsauftrag habe, dann kann ich den nicht erfüllen, wenn 30 Kleinkinder auf engstem Raum zusammengepfercht sind. Deswegen ist es ja auch so wichtig, dass wir hier auf Landesebene eine Regelung finden

(Beifall des Abg. Dr. Caroli SPD)

und das eben nicht den Kommunen überlassen, wo es dann auf den Geldbeutel der einzelnen Kommune ankommt, wie sie in der Lage ist, diesem Bildungsauftrag zu entsprechen.

Ich glaube, es ist wirklich wichtig, die Sache beim Land zu belassen und dort zu regeln, und dies schlagen wir mit unserem Gesetzentwurf vor.

Zur Finanzierung haben wir schon ausgeführt, dass wir uns in diesem Fall ein Beispiel an den Bayern nehmen wollen, die Baden-Württemberg in diesem Bereich wirklich weit voraus sind. Die Bayern haben weit vor Baden-Württemberg erkannt, dass genau dieser Bereich mit erheblichen finanziellen Mitteln ausgestattet werden muss, und wir schlagen vor, das Geld, welches hierfür zusätzlich erforderlich ist, mit 90 Millionen € originären Landesmitteln zu beschüssen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Woher?)

Finanziert werden soll das über den Verkauf von Landesbeteiligungen und über die endlich vorzunehmende Auflösung dieser unseligen Landesstiftung.

(Unruhe bei der CDU)

Das Geld, das dort an völlig unnötiger Stelle hinausgeblasen wird, soll endlich einmal für das ausgegeben werden, wofür das Land wirklich Verantwortung trägt, nämlich die Bildung. Das ist, wie heute schon mehrfach gesagt worden ist, die Kernkompetenz des Landes. Dort soll das Geld hineingesteckt werden!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)



(Sakellariou)

Ich möchte einmal ein Beispiel nennen, auch wenn es nicht direkt aus dem Kinderbetreuungsbereich kommt. In Crailsheim musste sich der Verein „Frauen helfen Frauen“, der seit 16 Jahren ehrenamtlich versucht, Frauen und natürlich den betroffenen Kindern in besonders schwierigen Familienverhältnissen entgegenzukommen, nach 16 Jahren auflösen, weil kein Geld mehr da war. Im selben Atemzug stellt aber die Stiftung 1,5 Millionen DM zur Verfügung, damit die schlagenden Väter irgendwelche Kurse bezahlt bekommen. Daran sieht man doch, wie es hierzulande quer läuft. Das ist nicht mehr nachvollziehbar und gehört anders geregelt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Drexler SPD: Das ist doch unmöglich!)

Nehmen wir das Geld, und stecken wir es dorthin, wo es hingehört, nämlich zu den Kindern. Das ist die eigentliche Aufgabe des Landes.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, bevor ich das Wort weiter erteile, will ich darauf aufmerksam machen, dass die Fraktionen übereingekommen sind, den Tagesordnungspunkt 9 nach dem bisherigen Tagesordnungspunkt 5 zu behandeln. Die Tagesordnungspunkte 6, 7 und 8 rücken daher jeweils um eine Stelle nach hinten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Alfred Haas.

(Oh-Rufe von der SPD)

**Abg. Alfred Haas** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich vorhin dazwischengerufen habe „Alte Leier!“ und Herr Sakellariou sagte, er rede zum ersten Mal zu diesem Thema, dann kann ich nur sagen: Dann ist es der alte Schreiber, der ihm die Rede aufgeschrieben hat.

(Beifall bei der CDU – Unruhe bei der SPD – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Ich finde, es ist ein starkes Stück, ein absolut starkes Stück gegenüber der Öffentlichkeit, hier mit Zahlen von 1998 aufzuwarten,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

nachdem wir – leider nicht gemeinsam – 1998 ein neues Kindergartengesetz auf den Weg gebracht haben. Damals haben Sie genau diese Szenarien an die Wand gemalt: Weltuntergangsstimmung; die Katastrophe bricht über die Kindergärten herein. Und von wegen Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie haben geradezu grausame Szenarien dargestellt, und auch heute tun Sie nichts anderes, und Sie haben völlig verpasst, dass wir in diesem Land ein modernes Kindergartengesetz haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Zumindest die Mitglieder des Sozialausschusses wissen, dass wir bereits im Jahr 2000 von den kommunalen Landesverbänden und den Ligaverbänden gelobt worden sind. Da können Sie den Kopf schütteln, Frau Queitsch; das ist so. Wir sind für dieses Kindergartengesetz gelobt worden – das kann ich Ihnen wörtlich belegen; das ist in einem Protokoll des Landtags festgehalten –, weil wir es geschafft haben, mit mehr Flexibilisierung in der Kindergartenlandschaft die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Das ist Fakt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Nennen Sie doch die neuen Zahlen!)

– Meine Damen und Herren, die neuen Zahlen liegen vor. Sie müssen sie sich geben lassen. Sie werden irgendwann auch einmal im Hinterland eintreffen; davon bin ich überzeugt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, wir haben – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich will noch eine Vorbemerkung machen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Ruhe. Der Redner ist sonst nicht zu verstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Kretschmann GRÜNE: Beim Haas? Der Haas ist doch auch unruhig! – Glocke des Präsidenten)

– Kollege Kretschmann, das gilt unabhängig davon, wie sich die einzelnen Redner verhalten.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Nein! Das finde ich nicht! – Beifall bei Abgeordneten der SPD – Unruhe)

Herr Abg. Haas, fahren Sie bitte fort.

**Abg. Alfred Haas** CDU: Herr Präsident, ich danke Ihnen für die Rüge, die Sie mir erteilt haben.

(Unruhe – Abg. Drexler SPD: Was?)

Meine Damen und Herren, wenn Sie, Herr Sakellariou, hier auftreten und sagen, Sie seien ein Jahr lang unterwegs gewesen und hätten etwas im Land präsentiert, dann kann ich nur sagen: Das ist ein Füllhorngesetz. Da haben Sie natürlich bei allen – bis auf diejenigen, die das bezahlen sollen – Zustimmung gefunden. Darüber wundere ich mich überhaupt nicht.

Im Übrigen: Wenn Sie Storys von vor 14 Jahren erzählen, dann sind Sie nicht auf der Höhe der Zeit.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben etwas länger als ein Jahr an der Novellierung des Kindergartengesetzes gearbeitet, und Sie werden sicherlich hoch erfreut sein über das, was wir auf den Weg

(Alfred Haas)

bringen werden. Der Gesetzentwurf wird, wie Sie richtig zitiert haben, in der nächsten Woche im Kabinett verabschiedet werden, und ich will Ihnen einfach einmal die Grundlagen für die Fortentwicklung dieses Gesetzes sagen:

Erste Grundlage ist das bestehende erfolgreiche Kindergartengesetz. Da haben Sie sich mit Ihren Weissagungen 1998 geirrt. Es ist anders gekommen, als Sie es dargestellt haben.

Wir haben zweitens die Wünsche der Eltern und der Kinder – die stehen bei uns im Mittelpunkt – bei der Novellierung berücksichtigt. Wir haben die Wünsche der Träger berücksichtigt, und zwar aller Träger: der Vereine, der freien Träger, der Kirchen und der Kommunen. Da sind im Übrigen auch SPD-Bürgermeister beteiligt. Sie sollten mit Ihrem Entwurf einmal hinausgehen, und wenn es Ihnen gelingt, bei auch nur 20 SPD-Bürgermeistern eine Unterschrift für Ihren Gesetzentwurf zu bekommen, dann erhalten Sie einen Orden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Meine Damen und Herren, wir sind drittens in unserem Entwurf auf die Wünsche der Erzieherinnen und Erzieher eingegangen, viertens auf die Qualitätsverbesserung, wir sind fünftens auf die Beschlüsse der Landesregierung – auf das Konzept „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“ – eingegangen mit neuen Betreuungsformen zwischen null und drei und einer Erweiterung der Betreuung zwischen sechs und 14 Jahren. Sechstens finden in unserem Gesetzentwurf die Erkenntnisse aus der PISA-Studie, die die Sprachförderung betreffen, ihren Einfluss.

(Abg. Wintruff SPD: Lauter Sprechblasen! Alles Sprechblasen!)

– Überhaupt keine Sprechblasen. Sie werden sich wundern.  
– Meine Damen und Herren, ich will nur sagen: Es ist außerordentlich schwierig, diese sechs Punkte, die ich angesprochen habe, unter einen Hut zu bekommen. Diesen Weg haben Sie ja nicht beschritten. Wir haben sorgfältig abgewogen und haben versucht, alle Interessen zu bündeln, und Sie sind, wie gesagt, mit einem Füllhorngesetz hinausgegangen und haben überhaupt nicht gefragt, wer das Ganze bezahlen soll. Sie wollen das Ganze mit unseriösen Hinweisen auf Verkäufe von Landesbeteiligungen finanzieren. Da kann ich Ihnen nur sagen: Wer einmal etwas verkauft, dem geht irgendwann das Geld aus. Irgendwann ist das Geld, das man erlöst hat, weg. Sie denken einfach nicht weiter. Mit diesen Verunsicherungen sind Sie jetzt ein Jahr lang draußen herumgeturnt, und dies werden wir heute beenden.

Wenn ich von Wünschen der Eltern spreche, will ich einmal aus einem Gutachten zitieren, welches im Landkreis Karlsruhe erstellt worden ist – und ich sage vorweg: Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit, und die haben Sie völlig außer Acht gelassen –:

Die ideale Kleinkinderbetreuung stellen sich fast ausnahmslos alle Befragten als eine häusliche Betreuung durch die Mutter vor, der Vater soll ab dem zweiten Lebensjahr verstärkt mitwirken.

(Unruhe bei der SPD – Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

– Ich habe da kein Problem.

Lediglich 4 % der Befragten fanden, dass ab dem zweiten Lebensjahr des Kindes auch eine Betreuung durch die Großeltern oder durch eine Pflegemutter ideal sein könne. Eine außerfamiliäre Betreuung eines Kleinkindes unter drei Jahren lehnten deshalb 66 % der jungen Leute mit Nachdruck ab.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

– Hören Sie doch einfach zu! Das ist kein CDU-Papier, sondern das ist vom Institut Allensbach sehr sorgfältig vorbereitet worden.

(Widerspruch bei der SPD und den Grünen)

– Jetzt können Sie lachen. Wenn Sie aus dem Landkreis Karlsruhe kämen, wüssten Sie auch noch, was das gekostet hat.

(Abg. Wintruff SPD: Ich komme aus dem Landkreis Karlsruhe! Die kennt aber niemand! Das hat die CDU selber gemacht!)

– Sie haben es noch nicht gelesen, weil Sie es noch nicht haben. Herr Wintruff, Sie haben wahrscheinlich Probleme mit dem Lesen. Das kennen wir.

Diese Ablehnung bestätigte sich bei unterschiedlichen Frageformen. Lediglich 15 bis 20 % hielten eine derartige außerhäusliche Betreuung für angemessen oder denkbar. Doch auch wer außerfamiliäre Betreuung des Kleinkinds nicht von vornherein ausschließt, betrachtet sie als mehr oder weniger schlechten Ersatz für eine Betreuung durch die Mutter.

Das müssen Sie einfach einmal zur Kenntnis nehmen. Sie wollen hier zwangsweise die Kinder vereinnahmen und in die Kleinkindbetreuung stecken. Das wird mit uns nicht stattfinden.

(Beifall bei der CDU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Kollege Haas, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Kipfer?

**Abg. Alfred Haas** CDU: Frau Kipfer kann immer etwas dazulernen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

**Abg. Birgit Kipfer** SPD: Herr Kollege Haas, ich möchte Sie jetzt einmal ganz ernst nehmen. Können Sie sich vorstellen, dass das Angebot von Kinderbetreuungsplätzen auch ein Standortfaktor für eine Kommune sein wird, nämlich in der Zeit, in der es immer weniger junge Familien mit Kindern geben kann? Jedenfalls haben das sozialdemokratische Bürgermeister und Oberbürgermeister längst erkannt. Können Sie sich das auch vorstellen?

**Abg. Alfred Haas** CDU: Das kann ich mir vorstellen. Allerdings haben nicht alle SPD-Oberbürgermeister das er-

(Alfred Haas)

kannt. Da kann ich Sie auch beruhigen. Es geht leider Gottes in diesem Land sehr unterschiedlich zu. Wir sind auf genau diese Fragen vorbereitet. Wir sind dabei, das Kindergartengesetz weiterzuentwickeln, und ich werde Ihnen auch ein paar Sätze dazu sagen. Dann werden Sie auch verstehen, wo der Weg für uns hingeht.

Es ist in der Tat eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung – und der stellen wir uns –, zukunftsorientierte Konzepte und Angebote zu entwickeln. Wir stützen uns auf das bestehende Gesetz und machen es attraktiv und attraktiver, wir bauen es vernünftig und bedarfsorientiert aus. Dabei soll es eben keinen Zwang geben, kein flächendeckendes Angebot, sondern ein exakt am Bedarf orientiertes Angebot. Das bestehende Gesetz – das wissen Sie – gibt Möglichkeiten, was die altersgemischten Gruppen angeht. Das haben wir sehr sorgfältig untersuchen lassen. Wir werden das Angebot für altersgemischte Gruppen ausbauen. Das geht dann auch in die Ganztagsbetreuung hinein. Wir werden die altersgemischten Gruppen künftig in allen Gruppenformen haben. Es wird also keine Beschränkung mehr auf eine Gruppenart geben, sondern in allen Gruppen gibt es altersgemischte Gruppenvielfalt.

Wir werden in anderen Bereichen dafür sorgen, dass sich die Qualität insgesamt verbessert und dass die Öffnungszeiten verlässlicher werden. Das ist sicher ein Schwachpunkt, der auch in diesem Gutachten zum Ausdruck kommt. Es muss verlässlichere Öffnungszeiten geben. Wer dort die großen Bremser sind, wissen Sie auch.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wie viel Plätze mehr wollen Sie schaffen? Sagen Sie dazu auch etwas!)

Das ist nicht die Politik. Die Möglichkeit, verlängerte Öffnungszeiten in Anspruch zu nehmen, gibt es seit 1999. Sie wird leider Gottes sehr unterschiedlich in Anspruch genommen. Wir werden weitere Stellschrauben einfügen, damit die Dinge verlässlicher werden und sich die Eltern darauf verlassen können.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Bla, bla, bla!)

Wir übernehmen eine Lobbyfunktion für die Kinder und die Eltern. Wir wollen mehr Dienstleistungsangebote in den Kindergärten haben, und zwar durch die Öffnungszeiten, durch Ferienbetreuung. Wir werden auch eine Stellschraube, was die Schließtage angeht, in diesem Gesetz haben,

(Beifall bei der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Dann sagen Sie einmal konkret, wo Sie ansetzen wollen! Nennen Sie ein konkretes Beispiel!)

sodass die Träger sich Gedanken machen müssen, wie sie dafür sorgen, dass der Kindergarten maximal 15 Tage im Jahr geschlossen ist. Sie werden gezwungen, zusammenzuarbeiten, und das ist der richtige Weg. Wir werden auch – das habe ich gesagt – im Zusammenhang mit PISA dafür sorgen, dass die Sprachkompetenz eine größere Rolle spielt und dass die Kommunikations- und Sozialkompetenz erweitert wird.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wie wollen Sie das machen? Sagen Sie einmal etwas Konkretes!)

– Das wird ganz konkret gemacht werden, liebe Frau Haußmann.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wie denn?)

– Dass Sie das noch nicht verstehen, ist mir klar. Sie haben es auch noch nicht gelesen. Ich kann hier jetzt nicht den ganzen Gesetzentwurf, den wir erarbeitet haben, vortragen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje! Dieses Lied von Ihnen kennen wir!)

Genauso wenig kann ich auf Ihren Quatsch, den Sie vorgebracht haben, in ganzer Länge eingehen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Was Sie hier abliefern, ist unter aller Kanone!)

Meine Damen und Herren, ich komme zum SPD-Entwurf, zu diesem bürokratischen Monstrum, das Sie uns hier vorgelegt haben. Typisch SPD, kann man nur sagen. Alles ist bis ins Detail per Gesetz geregelt. Gesetzes- und Papiergläubigkeit, Bürokratie pur, das passt genau in die Aufreihung 630-DM-Gesetz, Pflegequalitätsgesetz

(Zurufe von der SPD: Oh!)

– ja, das ist leider so –, bürokratische Riester-Rente, überbürokratisierte Disease-Management-Programme. Lauter Bürokratie pur! Behalten Sie den Quatsch in Berlin, und lassen Sie uns in Baden-Württemberg damit in Frieden.

(Beifall bei der CDU)

Wahrscheinlich haben die wenigsten den Gesetzentwurf gelesen. Die Toilettenregelung für die Erzieherinnen ist nicht drin. Das ist aber auch das Einzige, was man dort nicht berücksichtigt hat.

Ich bin auch der festen Überzeugung, dass Sie von den kommunalen Landesverbänden eine glatte Abfuhr für diese überbürokratisierte Regelung, die Sie uns hier präsentieren, bekommen werden.

(Lachen der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wir brauchen Freiheit und Vielfalt für die Kindserziehung, keine Regelungswut. Da nenne ich nur das Beispiel von § 20, meine Damen und Herren. Erst einmal wird alles bis ins kleinste Detail geregelt, und in § 20 wird sozusagen ein Paragraph für die Innovation im Kindergarten eröffnet. Danach sollen dann Modellversuche und Erprobungsregelungen ermöglicht werden. Das ist Qualitätssteigerung und Qualitätsfortschritt Marke SPD. Vielen Dank. Darauf können wir verzichten.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt zwei positive Signale in diesem Beratungsprozess, der über ein Jahr gedauert hat. In der letzten Kurve ist die Tagespflege noch aufgenommen worden. Wahrscheinlich weiß der Kollege nichts davon, was das bedeutet. Deshalb hat er es nicht vorgetragen. In der letzten Kurve hat man also die Tagespflege aufgenommen. Da kann ich Ihnen sa-



(Alfred Haas)

gen: Wenn Sie die noch in jene Statistik von 1998 einrechnen, dann sind wir nicht mehr Schlusslicht. Da kann ich Sie beruhigen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Waschen Sie sich den Schaum vom Mund, und sagen Sie, was Sie konkret wollen!)

Wir haben insgesamt 8 000 Tagesmütter in Baden-Württemberg, und die stehen bei uns im Mittelpunkt des Geschehens. Bei Ihnen sind sie Randfiguren. Das ist der große Unterschied.

(Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Haas, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Queitsch?

**Abg. Alfred Haas** CDU: Bitte schön.

**Stellv. Präsident Birzele:** Frau Queitsch, bitte.

**Abg. Margot Queitsch** SPD: Herr Haas, geben Sie mir Recht, wenn ich Ihnen unterstelle, dass Sie zu feige waren, mit Ihrem Gesetzentwurf durch die Lande zu ziehen und ihn mit den Trägern und Einrichtungen zu diskutieren, und zwar im Gegensatz zur SPD? Wir sind durch die Lande gezogen. Sie sind hier nicht einmal in der Lage, den Entwurf schriftlich vorzulegen. Ich gehe davon aus, dass Sie mir wirklich Recht geben werden, dass Sie einfach zu feige dazu sind.

(Beifall bei der SPD)

**Abg. Alfred Haas** CDU: Liebe Frau Queitsch, Sie müssen sich einmal bei der Landtagsverwaltung kundig machen, wie das Gesetzgebungsverfahren in Baden-Württemberg aussieht. Da reist man nicht draußen herum, sondern man macht ein ordentliches Verfahren, geht in die Anhörung, und dann kommt es in die Beratungsgänge. Dann kriegen Sie es.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Von Ihnen haben wir nichts anderes erwartet!)

– Frau Haußmann, dass Sie sich aufregen, dass Sie nichts wissen, das wundert mich überhaupt nicht. – Aber Ihnen, Frau Queitsch, muss ich sagen: Ich kann Sie beruhigen. Wir sind draußen gewesen. Ich habe die sechs Punkte vorgebracht, die unsere Grundlage sind. Es sind mir ja auch Briefe geschrieben worden. Die Antworten kennen Sie aus meinen Antwortbriefen. Damit kennen Sie auch unsere Überlegungen ganz genau.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Warum sagen Sie dann nichts dazu?)

Ich muss nicht draußen herumturnen und große Versprechungen machen, die ich nicht bezahlen kann. Das haben Sie getan. Das ist der große Unterschied. Wir waren draußen, und zwar über ein Jahr lang.

(Beifall bei der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Wo denn?)

Wir sind allerdings nicht mit einem fertigen Konzept hinausgegangen, sondern haben nachgefragt, wie die Wünsche sind.

(Abg. Schmiedel SPD: Sie haben doch gar kein Konzept! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie haben doch noch nichts zu Ihrem Konzept gesagt! Das sind doch Sprechblasen!)

Meine Damen und Herren, ich will nur noch abschließend sagen: Sie haben auch die Überschrift geändert. Aber damit haben Sie natürlich nicht den Inhalt verändert. In diesem Gesetzentwurf ist nicht das drin, was außen draufsteht.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Unglaublich!)

Das Kind, das bei uns im Mittelpunkt steht, das stört – so habe ich den Eindruck – bei Ihnen eher beim ganzen Gesetzgebungsverfahren, und das Problem ist natürlich, dass sich dieser kleine Wicht nicht gesetzlich formatieren lässt. Das ist das große Problem, das Sie haben. Dieser starre Gesetzesrahmen, den Sie vorgelegt haben, ist ein starres Konzept und lässt Innovation nicht zu, sondern schnürt nur ab. Ziehen Sie den Gesetzentwurf zurück, machen Sie den Weg frei für innovative, freiheitliche und zeitgemäße Kinderbetreuungskonzepte.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Abg. Lösch.

**Abg. Brigitte Lösch** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit PISA hat sich ja Gott sei Dank der Ton in der Kinderbetreuungsdiskussion ein bisschen verändert. Hat man jahrelang nur über statistische Versorgungsquoten, über den quantitativen Ausbau im Bereich der Kindertagesbetreuung gesprochen, so haben wir jetzt auch eine Diskussion über Qualität und Bedarfsgerechtigkeit.

Bei uns in Baden-Württemberg liegt beides im Argen. Wir sind nach wie vor in den Bereichen der unter Dreijährigen und der über Sechsjährigen bundesweit Schlusslicht. Die Diskussion über die Kinderbetreuung muss zwei Zielen unterworfen sein. Das eine ist der bedarfsgerechte Ausbau der Kinderbetreuung zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und das zweite ist eine Verbesserung der pädagogischen Qualität. Das heißt, wir brauchen Rahmenbedingungen in unseren Kindergärten, damit der Kindergarten seinen Aufgaben, die auch im Kinder- und Jugendhilfegesetz verankert sind – Betreuung, Erziehung und Bildung –, nachkommen kann. Das heißt, der Kindergarten muss zum Bildungsgarten werden.

Bildung im Kindergarten – das haben wir heute Morgen anhand von PISA herauf und herunter diskutiert – kann nicht heißen, dass Kinder schon Rechnen, Schreiben oder Lesen lernen sollen, sondern die Kinder sollen im Kindergarten das Lernen lernen. Das heißt, sie sollen neugierig und experimentierfreudig sein. Das heißt Bildung im Kindergarten.

In den ersten Jahren werden die Grundsteine für das zukünftige Leben gelegt. Kinder verbringen allein 4 000 Stunden im Kindergarten, bevor sie eingeschult werden. Dies müssten doch überzeugende Gründe sein, um zukünftig auch in Baden-Württemberg ein stärkeres quantitatives,



(Brigitte Lösch)

qualitatives und finanzielles Gewicht auf die Kinderbetreuung zu legen.

(Beifall bei den Grünen)

Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr. So hieß es früher.

(Zuruf von der SPD: Oder: Was Hänschen nicht lernt!)

Oder ein Zitat von Albert Schweitzer: „Keine Zukunft vermag gutzumachen, was wir in der Gegenwart versäumen.“

Die Kinderbetreuungspolitik der Landesregierung bleibt nach wie vor weit hinter den Realitäten zurück, die für ein heutiges familienfreundliches Baden-Württemberg eigentlich stehen müssten. Das hoch gepriesene kinderfreundliche Baden-Württemberg-Konzept der Landesregierung ist mit – sage ich immer – mageren 16 Millionen € pro Jahr ausgestattet. Allein die Vorstellung, dass mit diesen 16 Millionen € Programme für Kinder im Kindergartenalter, für Kleinkinder, für Schulkinder abgedeckt werden könnten, ist total absurd. In diesen 16 Millionen € sind gerade 10 % Landesförderung im Bereich der Kinderkrippen und 10 % Förderung im Bereich der Tageseltern enthalten.

Wenn man sich nun das Ergebnis des Gesprächs zwischen Landesregierung und kommunalen Landesverbänden anschaut, das gestern stattgefunden hat, muss man sagen, dass auch von diesem Gespräch kein positiver Impuls für die Kinderbetreuung in Baden-Württemberg für die Zukunft ausgehen wird, und zwar aus folgenden Gründen: Zum einen hat man über die Kommunalisierung der Mittel gesprochen. Das ist eine alte Forderung. Die Trägerverbände weigern sich, der Kommunalisierung zuzustimmen, bzw. sie sind noch nicht davon überzeugt, dass die Kommunalisierung der beste Weg ist.

(Abg. Wieser CDU: Sind die Grünen nicht für die Basisdemokratie?)

– Herr Wieser, eine Kommunalisierung kann nur sinnvoll sein, wenn es Qualitätsstandards auf Landesebene gibt, damit landesweit überall die gleichen Qualitätsstandards in den Kinderbetreuungseinrichtungen existieren, weil es nicht sein kann, dass ein Kindergarten in Stuttgart eine andere pädagogische Qualität hat als ein Kindergarten in Bretten oder was weiß ich wo.

(Beifall der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Zum Zweiten ist eine Deckelung der derzeitigen Mittel im Landeshaushalt vereinbart worden. Da haben sich, sage ich Ihnen, meiner Meinung nach die kommunalen Landesverbände über den Tisch ziehen lassen, weil die Landesregierung argumentiert, dass die Zahl der Kinder zurückgehe und dass man deshalb weniger Gruppen habe und daher weniger Geld brauche. So stimmt es leider nicht. Ich war am Freitag bei der Jahrestagung des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands. Da hat Frau Mertens vom Landesjugendamt einen Bericht über das Thema Kinderbetreuung unter dem Vorzeichen von PISA gegeben. Dort ist ganz deutlich geworden, dass man sich mit dem Argument in die Tasche gelogen hat, sinkende Kinderzahlen heiße,

dass es im Kindergarten weniger Gruppen gebe und dass man deshalb weniger Geld brauche. Denn auf der einen Seite ist es so, dass die Gruppen ohnehin zu groß sind, um dort mit der zunehmenden Zahl an auffälligen Kindern pädagogisch sinnvoll umgehen zu können. Auf der anderen Seite werden frei werdende Plätze mit unter Dreijährigen und über Sechsjährigen aufgefüllt. Deshalb sehen wir es nicht so, dass man dadurch, dass die Zahl der Kinder zwischen drei und sechs Jahren zurückgeht, Kosten sparen kann und sich die Zahl der Gruppen verringert.

Meine Damen und Herren, wir finden, dass eine Diskussion über eine sinnvolle Kinderbetreuung in Baden-Württemberg mehrere Kriterien umfassen muss. Das eine ist das Kindergartengesetz. Darüber haben wir vorhin schon diskutiert, und darauf wird man nachher in der zweiten Runde wahrscheinlich noch intensiver eingehen können. Wir brauchen ein Kinderbetreuungsgesetz, das alle Angebote für Kinder bis 14 Jahre umfasst und auch den Weg für Kooperationsmodelle öffnet.

Zweitens: Jenseits einer Novellierung des Kindergartengesetzes brauchen wir endlich eine ordentliche Reform der Erzieherinnenausbildung. Was von unserer Kultusministerin bisher vorgelegt wurde, ist ein „Reförmle“. Das hat mit einer ordentlichen Reform nichts zu tun.

Zum Dritten brauchen wir ein Kinderbetreuungskonzept aus einem Guss, das Kindertagesstätten und Schulen miteinander verzahnt, und zwar nicht nur in Sonntagsreden, sondern auch in der Realität. Wir brauchen mehr Ganztagsangebote im Bereich von Kindertageseinrichtungen, und vor allem brauchen wir eine bessere Sprachförderung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Auf die Sprachförderung möchte ich gern etwas detaillierter eingehen. Es ist ja nicht erst seit PISA bekannt, dass Kinder vor der Einschulung über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen sollten. Gerade die Sprachförderung von Kindern nichtdeutscher Herkunft muss daher im Kindergarten im Zentrum der Bemühungen stehen. Der Kindergarten ist auch der richtige Ort, wo man die Eltern erreicht, wo man vor allem den Müttern die Möglichkeit bieten kann, die deutsche Sprache zu erlernen.

Ausreichende Sprachförderung für ausländische Kinder und ihre Mütter kann aber nicht nur, wie sie die Landesregierung bisher betreibt, auf ehrenamtlicher Basis erfolgen. Wir haben kürzlich über eine Pressemitteilung des Sozialministeriums erfahren, dass aus den so genannten HSL-Maßnahmen – Maßnahmen vor- und außerschulischer Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen – insgesamt 4,1 Millionen € für ausländische Kinder und Aussiedlerkinder zur Verfügung stehen. Laut Sozialministerium soll ein Drittel davon auf die Sprachförderung im Vorschulbereich entfallen. Das wären gerade einmal knapp 1,4 Millionen €. Das reicht hinten und vorne nicht aus.

Die Sprachförderung im Kindergarten kann nicht ehrenamtlich betrieben werden. Sie muss vielmehr genauso professionell erfolgen und kann sich nicht ausschließlich an ir-

(Brigitte Lösch)

gendwelche gesonderte Gruppen richten. Sprachförderung muss in den pädagogischen Alltag integriert und fest in der Einrichtung verankert werden. Anstatt dass Sie irgendwelche Einzeltöpfe kreieren – Sie sind doch sonst diejenigen, die sich gegen Bürokratie wenden –, müssten Sie die Mittel für die Sprachförderung ganz regulär mit in die Kindergartenfinanzierung aufnehmen.

(Beifall bei den Grünen)

Bereits bei der Aufnahme in den Kindergarten mit drei Jahren muss der Sprachentwicklungsstand eines jeden Kindes erfasst und müssen dann die notwendigen Sprachfördermaßnahmen eingeleitet werden. Eine Sprachüberprüfung muss kontinuierlich stattfinden und darf nicht erst mit fünf Jahren erfolgen. Vielmehr muss die Sprachüberprüfung in der gesamten Zeit, in der die Kinder im Kindergarten sind, stattfinden. Dadurch erübrigt sich dann ein Sprachtest. Die Sprachüberprüfung muss kontinuierlich stattfinden, sodass bei der Einschulungsuntersuchung die sprachlichen Fertigkeiten eines jeden Kindes festgestellt und danach entsprechend gefördert werden können.

In diesem Zusammenhang muss man sehen, dass auf die Kindergärten immer mehr Aufgaben zukommen und die Arbeit immer schwieriger wird. Für diese anspruchsvolle Aufgabe ist eine umfangreiche Fort- und Weiterbildung der Erzieherinnen notwendig. Wir fordern zum einen eine Reform der Erzieherinnenausbildung, damit wieder mehr junge Menschen bereit sind, diesen Beruf zu ergreifen. Man muss aber auch die Frauen, die diesen schwierigen Beruf der Erzieherin ausüben – zu 95 % handelt es sich dabei ja nach wie vor um Frauen –, unterstützen. Daher muss man in diesem Bereich eine vernünftige Fort- und Weiterbildung anbieten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Baden-Württemberg ist das einzige Land, das finanziell nichts, aber auch gar nichts zur Fort- und Weiterbildung der Erzieherinnen beiträgt. Das ist wahrlich keine Motivation, weder für junge Menschen, diesen Beruf zu ergreifen, noch für Erzieherinnen, ihren Beruf weiter auszuüben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Noch ein Wort zum Thema „Reform der Erzieherinnenausbildung“. Wir haben in unserer Großen Anfrage ja nach der Situation der Erzieherinnen und der Schülerinnen gefragt. Die Landesverbände der Tageseinrichtungen beklagen einen drastischen Einbruch bei der Zahl der Bewerberinnen. An den Fachschulen für Sozialpädagogik haben sich nach den neuesten Hochrechnungen im Vergleich zu 1990 50 % weniger Frauen für eine Ausbildung zur Erzieherin gemeldet. Die Landesregierung schreibt in ihrer Antwort selbst, wir näherten uns einem Fachkräftemangel. Seit den Jahren 1999 und 2000 ist die Zahl der Schülerinnen rückläufig. Hinzu kommt, dass sich die Schülerklientel verändert. Der Bewerbungsdurchschnitt der Bewerberinnen geht merklich nach unten. Die sozialen Berufe erfahren nach wie vor einen rapiden Verlust an gesellschaftlicher Wertschätzung. Auf der anderen Seite steht eine gestiegene Erwartungshaltung, was die Erzieherinnen in ihrem Beruf alles tun sollen.

Die Kultusministerkonferenz hat im Januar 2000 eine Rahmenvereinbarung zur Ausbildung und Prüfung von Erzieherinnen getroffen, die unter anderem eine fünfjährige Ausbildung vorsieht. Diese führt zu einem Berufsabschluss, der über dem der bisherigen staatlichen Anerkennung der Erzieherinnen steht. Das entspricht von der Qualität her etwa einem Bachelor-Abschluss.

Im Juli 2000, ein halbes Jahr später, hat es das Kultusministerium tatsächlich fertig gebracht, einen Konzeptionsentwurf vorzulegen, der den aktuellen Anforderungen leider überhaupt nicht entspricht. Er entspricht weder den gestiegenen pädagogischen Anforderungen vor Ort, noch kann er im Europavergleich bestehen. Österreich und Baden-Württemberg liegen im europäischen Vergleich der Erzieherinnenausbildung an unterster Stelle. Anscheinend soll es nach wie vor bei einer vierjährigen Ausbildung bleiben. Das ist nicht das, was wir uns von einer Reform der Erzieherinnenausbildung versprechen. Wir wollen kein „Reförmchen“, sondern wir wollen eine ordentliche, strukturelle Reform der Erzieherinnenausbildung, damit wieder mehr Menschen motiviert sind, diesen Beruf zu ergreifen.

(Beifall bei den Grünen)

Der letzte Punkt zur Kinderbetreuung –

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

oder der vorletzte –

(Zurufe von der CDU)

– das entscheide ich spontan, je nachdem, wie Sie zuhören – sind die auch im Rahmen von PISA und die in der ganzen Diskussion im Bereich der Kultusministerien und der Sozialministerien angesprochenen Betreuungsangebote aus einem Guss, ist die bessere Kooperation zwischen Grundschule und Kindergarten. Die Kindertagesstätten sollen das gleiche pädagogische Gewicht erhalten wie die Schule. Dabei muss die Zusammenarbeit zwischen Schule und Kindergarten verstärkt und die pädagogische Arbeit besser aufeinander abgestimmt werden. So hört man es immer, und das klingt ja auch ganz gut.

Was passiert in Baden-Württemberg tatsächlich ganz aktuell? Ab dem 1. August 2002 tritt eine neue Verwaltungsvorschrift in Kraft, die die Kooperation zwischen Tageseinrichtungen und Schule neu regeln soll. Das klingt auch wieder gut. Schauen wir uns das einmal an. Diese Vorschrift ist ja nicht neu, sondern löst eine alte Vorschrift ab, die die Kooperation zwischen Kindergarten und Grundschule bis dahin geregelt hat. Darin war verankert, dass diese Kooperationsarbeit in der Arbeitszeit der Lehrerinnen und in der Arbeitszeit der Erzieherinnen stattfinden soll. Den Lehrern wurde eine Deputatsstunde angerechnet. Diese Deputatsstunde wurde jetzt gestrichen. Genauso gestrichen wurde die Vereinbarung, dass die Kooperationsarbeit in der Arbeitszeit der Erzieherin stattfinden soll.

Das heißt, das Neue an der verbesserten Kooperation zwischen Grundschule und Kindergarten besteht anscheinend darin, dass es den Erzieherinnen und Lehrerinnen selbst überlassen bleibt, wie viel Freizeit sie für diese Arbeit verwenden. Auch da zeigt sich wieder das Glaubwürdigkeits-

(Brigitte Lösch)

defizit dieser Landesregierung, diese Diskrepanz zwischen Reden und Taten. Auf der einen Seite sagt man, man brauche eine verstärkte Kooperation, man müsse sie intensivieren, und auf der anderen Seite streicht man Deputatsstunden, streicht man die Vereinbarung, dass die Kooperationsarbeit in der Arbeitszeit erfolgen soll. Somit nimmt man den pädagogischen Anspruch einer besseren Kooperation zwischen Schule und Kindergarten eigentlich überhaupt nicht ernst.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Der letzte Punkt

(Beifall des Abg. Hillebrand CDU – Zuruf von der CDU: Schon wieder?)

– der allerletzte Punkt;

(Minister Dr. Schäuble: Leere Versprechungen!)

vielleicht haben wir nachher noch Zeit, darauf intensiver einzugehen – sind die Anforderungen an eine Novellierung des Kindergartengesetzes, die zu keiner Überbürokratisierung führen soll.

Wir sind uns wohl einig, dass wir ein Kindergartengesetz brauchen, das sich an den Realitäten der heutigen Gesellschaft orientiert. Ein solches Kindergartengesetz muss Betreuungsangebote für Kinder zwischen null und 14 Jahren umfassen. Das heißt, Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren müssen verbindlich in das Gesetz aufgenommen werden – nicht nur in Form von Richtlinien. Auch Betreuungsangebote für Schulkinder müssen in das Gesetz aufgenommen werden. Wichtig ist auch, dass Bestimmungen zur Kooperation zwischen Tagespflege und Kindergärten in das Gesetz aufgenommen werden. Denn wir wollen nicht jeder Kommune vorschreiben, wie sie ihre Kinderbetreuungsangebote zu gestalten hat. Wir wollen aber die Auswahlmöglichkeit bieten, im städtischen oder im ländlichen Bereich die Angebote, die Bausteine zur Kinderbetreuung zu ergreifen, die sinnvoll sind.

Danke. So viel zum Ersten.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

**Abg. Dr. Noll** FDP/DVP: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Familienpolitik scheint angesichts des bevorstehenden Wahlkampfes ja nun allgemein ins Zentrum der politischen Diskussion zu rücken. Die Tatsache, dass unter den vielen Initiativen zu diesem Tagesordnungspunkt keine von uns ist, bedeutet nicht, wir beschäftigen uns nicht mit Familienpolitik. Wir wollten aber das Thema Migration nicht in einem allgemeinen Mischmasch untergehen lassen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das Thema Familienpolitik war in der Vergangenheit bei manchen nicht besonders hoch angesehen. Ich möchte einen Bogen schlagen, der bei Adenauer beginnt. Er hat den

Generationenvertrag begründet und gesagt: „Kinder werden die Leute immer haben.“ Er konnte sich damals noch nicht die Pille und solche Dinge vorstellen.

(Zuruf des Abg. Hillebrand CDU)

Sehen wir es ihm also nach. Der Bogen reicht bis zum amtierenden Bundeskanzler Schröder, der von „Gedöns“ gesprochen hat.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ich würde also einmal sagen: Da hat sich in der Vergangenheit niemand unbedingt mit Ruhm bekleckert. Ich möchte an den Beitrag anschließen, den Kollege Kretschmann heute Morgen im Rahmen der PISA-Diskussion geliefert hat:

(Abg. Fischer SPD: Und die FDP war meistens mit in der Regierung!)

Vom Parteiengenzänk wird die Bevölkerung überhaupt nichts haben. Vielmehr wird sie sich möglicherweise enttäuscht abwenden. Letztlich geht es doch darum, dass wir gemeinsam Lösungen finden,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Frech wie Oskar!)

wie wir es schaffen, dass sich junge Menschen den Wunsch nach Kindern, nach Familie, nach Geborgenheit, den sie nach allen Umfragen nach wie vor haben, tatsächlich weiterhin erfüllen können. Es ist ein Skandal, wenn die Tatsache, Kinder zu haben, inzwischen zum größten Armutsrisiko in dieser Gesellschaft geworden ist.

(Vereinzelt Beifall)

Also müssen wir uns diesem Thema in der Tat widmen, nicht nur, weil eine Wahl bevorsteht, sondern weil die demographische Herausforderung eine der größten Herausforderungen an alle gesellschaftlichen Bereiche – nicht nur an die sozialen Sicherungssysteme – sein wird.

Dazu gibt es verschiedene Aspekte. Wir wollen heute einen Aspekt herausgreifen, der aber keineswegs der einzige ist. Es geht natürlich um die materielle, die finanzielle Sicherung der Familie, für die in erster Linie der Bund zuständig ist.

(Beifall des Abg. Hillebrand CDU)

Man kann Ihnen auch nicht den Hinweis ersparen, dass Kindergeldhöhungen, wenn sie an anderer Stelle gleich wieder aufgefressen werden, natürlich nicht zu einer Existenzsicherung von Familien führen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Ich glaube, es ist höchste Zeit, dass wir in Bezug auf solche Rezepte, wie sie teilweise von der Union, teilweise von uns vorgesehen sind – mit einer steuerlichen Freistellung des Existenzminimums, und zwar für Kinder in gleicher Höhe wie für jede andere Person im Haushalt –, ein Stück vorankommen.

Aber in der Tat: Auch bei den Umfragen sehen wir, ein wesentlicher Punkt ist die Frage: „Bedeutet die Tatsache, Kin-



(Dr. Noll)

der zu haben, für mich das Aus meiner Karriere, oder kann ich Kinder und Karriere vereinbaren?“, also das große Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und zwar für Frauen und Männer; das betone ich ausdrücklich.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Da macht es halt auch nicht viel Sinn, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wenn Sie den Spieß aus der vorherigen PISA-Diskussion umdrehen und sagen: Baden-Württemberg ist bei der Betreuung der unter Dreijährigen an letzter Stelle.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Den brauchen wir nicht umzudrehen! Das ist Realität!)

Also auch da ist es so: Deutschland ist in diesem Bereich, international gesehen, natürlich an einer der hinteren Stellen und hat natürlich Nachholbedarf.

(Abg. Schmiedel SPD: Auf dem allerletzten Platz ist Baden-Württemberg!)

– Ich sage ja: Wir haben da Nachholbedarf. Das weiß doch jeder. Wir brauchen doch bloß nach Norwegen zu blicken. Da redet man vom Trend zum Drittkind. Wir wären froh, wir hätten schon den Trend zum Zweitkind.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Man muss nach Frankreich schauen. Da ist in der Tat die Möglichkeit, Beruf und Familie zu vereinbaren, sehr viel früher und sehr viel besser durch ein ausreichendes Betreuungsangebot verwirklicht worden.

(Abg. Schmiedel SPD: Dann macht doch endlich mal! Schlusslicht!)

– Ja. Okay, Herr Schmiedel. Wir sind in Baden-Württemberg im Bereich der Drei- bis Sechsjährigen, im Kindergartenbereich – das muss einfach noch einmal gesagt werden –, wirklich Spitze in der ganzen Bundesrepublik.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Da kann ich nur noch einmal das bestätigen, was Herr Haas gesagt hat. Herr Sakellariou, ich war damals zusammen mit dem Kollegen Haas dabei. Ich kenne noch diese Horrorszenerien,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Fürchterlich!)

diese Geschichten, mit denen Sie durchs Land gezogen sind. Wir haben im Kindergartenbereich tatsächlich eine Flexibilisierung, eine Ausweitung von wesentlich familienfreundlicheren Angeboten durch die pauschalierte Gruppenförderung bewerkstelligt.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr gut! – Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP – Abg. Fischer SPD: Aber nicht im pädagogischen Bereich mitgezogen!)

Wir werden auf diesem Weg natürlich weitergehen.

Das war übrigens auch so eine Gemeinheit der Opposition. Noch vor ganz kurzer Zeit bin ich von ängstlichen Eltern und Erzieherinnen gefragt worden: „Läuft die Förderung im Jahr 2002 wirklich aus? Wollt ihr euch wirklich ganz aus der Kindergartenförderung zurückziehen?“ Das war in unserem Wahlkreis, Kollege Döpper. Ich habe darauf gesagt: Das ist eine bewusste Irreführung durch die Opposition, die sagt, das Land ziehe sich im Jahr 2002 aus der Kindergartenförderung zurück.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Nein, wir haben damals ausdrücklich gesagt: Wir wollen dieses Gesetz befristen, um neue Entwicklungen aufzunehmen und neue Instrumente dann auch zu nutzen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich auch noch eines sagen: Gerade im Kindergartenbereich – das ist ein Lehrbeispiel – habe ich noch einmal ein Lob für diejenigen auszusprechen, die die finanzielle Last tragen. Das sind zum größten Teil die Kommunen, die hier Entscheidendes geleistet haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich füge auch ein bisschen selbstkritisch hinzu: Es ist auch ein Lehrstück – was wir auch bei neuen Überlegungen wirklich bedenken sollten –, dass künftig das Konnexitätsprinzip mehr zur Geltung kommen muss.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das heißt, der, der Aufgaben überträgt, hat auch für die Finanzierung zu sorgen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wir warten immer noch auf Ihre konkreten Vorschläge, Herr Noll! Sagen Sie doch mal etwas!)

Da haben wir im Kindergartenbereich mit Sicherheit einiges falsch gemacht. Daraus müssen wir künftig die Lehren ziehen.

Es kann nicht sein – das zu Ihrem Gesetzentwurf –, dass wir hier im Land Dinge beschließen, das weitergeben und sagen: Die Finanzierung interessiert uns nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Nun haben Sie ja einen Finanzierungsvorschlag für Ihr Gesetz gemacht. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist jetzt wirklich eine alte Leier: Sie finanzieren inzwischen alles durch die Umwandlung der Landesstiftung, durch die Rückabwicklung der Landesstiftung.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wir warten immer noch auf Ihre konkreten Vorschläge, Herr Noll!)

So viel kommt da gar nicht heraus, wenn man vorher noch die Steuern abzieht, dass man all das, was Sie da jetzt finanzieren wollen, aus der Landesstiftung finanzieren kann. Das werden wir prüfen.



(Dr. Noll)

Wir haben in der Tat noch kein bis ins letzte Detail abgeschlossenes Konzept, weil wir nicht gegen, sondern mit allen Beteiligten – und zwar den Trägern; das sind die Kommunen, die Kirchen, die freien Träger mit den Eltern – noch einmal unseren Entwurf intensiv und ergebnisoffen diskutieren wollen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Haben Sie Herrn Haas nicht gehört? – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

– Herr Schmiedel, das Verfahren kennen Sie doch. Wir werden doch jetzt erst einmal im Kabinett den Entwurf freigeben.

(Abg. Schmiedel SPD: Sie haben ja noch gar nichts!)

Im Kabinett wird doch kein Gesetz beschlossen, sondern es wird ein Entwurf freigegeben.

(Abg. Schmiedel SPD: Sie haben überhaupt nichts!)

Sie wissen genauso gut wie wir, dass, wenn Sie im Vorfeld Entwürfe zirkulieren lassen, Sie die Leute schon auf die Palme treiben.

(Abg. Schmiedel SPD: Wo ist er denn? Überhaupt nichts haben Sie!)

Man muss sich zunächst einmal intern der Spur nach einig sein, wie der Entwurf aussehen soll, und kann dann ergebnisoffen mit allen Beteiligten diskutieren.

Ich sage Ihnen: Der Spur nach stimmt das, was wir jetzt einbringen werden, was wir im Kabinett freigeben werden – nicht beschließen; darauf lege ich Wert –,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wem sollen wir jetzt glauben, Herrn Haas oder Ihnen? Zwei völlig verschiedene Darstellungen!)

weil wir in dem einen Teil den Bereich Kindergarten natürlich weiterführen werden und in dem anderen Teil den Bereich der Null- bis Dreijährigen neu aufnehmen werden.

(Abg. Schmiedel SPD: Ja, wo ist denn das Papier?)

Da sage ich Ihnen auch eines: Es hat mich schon immer gewundert, dass sich die SPD so stark auf die Krippen und die institutionellen Einrichtungen fixiert. Uns ist auch wichtig, dass wir den anderen Teil, nämlich die Tagespflege, die von Tagesmüttern, Tageseltern geleistet wird, künftig sehr stark in dieses Konzept „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“ mit aufnehmen werden,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

und zwar aus zwei Gründen: Die Betreuung bei Tageseltern ist in doppelter Hinsicht der Vereinbarkeit von Familie und Beruf dienlich, nämlich erstens für die Familie, die ihr Kind in die Betreuung gibt, weil die Eltern dann ihren Beruf ausüben können, und zweitens für die Mutter bzw. die Eltern, die dieses Kind aufnehmen; denn die üben den Be-

ruf der erziehenden und ausbildenden Mutter aus und kriegen dafür auch Geld. Das ist übrigens eine sehr gute Leistung. Sie wissen alle, dass auch darüber diskutiert wird, wie man künftig diese Leistung – das ist dann wieder Bundesthema – möglicherweise finanziell anders bewertet.

Noch einmal zu Ihrem Gesetzentwurf.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wir haben einen, im Gegensatz zur FDP/DVP!)

Die SPD macht es halt immer ähnlich. Man legt ein Raster über das ganze Land. Dabei beachten Sie zum Beispiel nicht, dass die Bedarfe in einem Flächenland wie Baden-Württemberg natürlich durchaus unterschiedlich sind, im Ballungsraum ganz anders als auf dem Land draußen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Daher denke ich, es wäre ein Irrweg, das ganze Land einheitlich mit Institutionen, die viel Geld kosten, zu überziehen,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das sagt doch niemand!)

den Kommunen die Kosten aufs Auge zu drücken, sondern wir wollen in der Tat einen bedarfsgerechten Ausbau gerade für die Kinder unter drei Jahren.

(Abg. Schmiedel SPD: Dann legen Sie doch endlich einmal Ihr Konzept vor! Wo ist es denn?)

Bei diesem bedarfsgerechten Ausbau muss natürlich auch die Finanzierbarkeit berücksichtigt werden. Das ist doch keine Frage.

(Abg. Schmiedel SPD: Was gilt denn jetzt?)

Es gibt einen Satz, den ich immer gerne wiederhole, wenn wir über Generationengerechtigkeit diskutieren. Der Satz lautet: Auf Schuldenbergen können Kinder nicht spielen. Wenn wir Dinge machen, die wir nur auf Schulden gründen können, dann liegen wir falsch.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Demonstrativer Beifall der Abg. Ursula Haußmann und Schmiedel SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: Bravo! – Abg. Drexler SPD: Deswegen haben Sie 1,5 Billionen Schulden in Berlin hinterlassen!)

Zweite Bemerkung: Wir wollen ein plurales Angebot und eine wirkliche Entscheidungsfreiheit –

(Abg. Schmid SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Nein, Herr Kollege Schmid, jetzt nicht. Nachher hört nämlich keiner mehr zu, wenn man das nicht schnell abarbeitet.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmid?

**Abg. Dr. Noll** FDP/DVP: Nein, ich gestatte sie jetzt nicht.

(Lebhafte Zurufe, u. a. Abg. Schmiedel SPD: Angsthase!)

Ich habe nämlich vorhin gesehen, dass, je länger die Redebeiträge dauern, umso weniger Leute zuhören.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Ich versuche, das kurz zu machen und alles nach Möglichkeit zu beantworten, sodass sich Ihre Frage erübrigt.

Wir wollen, dass ein plurales Angebot, eine echte Entscheidung- und Wahlfreiheit für die Eltern besteht. Da gibt es eben unterschiedliche Optionen. Ich sage einmal eines: Wir von der Politik, vor allem wir Liberalen, würden uns nie herausnehmen, eine Option, die Menschen wählen, verächtlich zu machen oder abzulehnen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da machen Sie lieber gar nichts, oder was? Sagen Sie doch mal, was Sie wollen!)

Für mich sind die Eltern, die sich entscheiden, wirklich zu Hause zu bleiben, keine Heimchen am Herd, sondern sie haben sich wirklich bewusst entschieden, Ihre Kraft der Erziehung und Betreuung ihrer Kinder zu widmen.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Das dürfen wir aber auch nicht ausspielen und anderen, die Beruf und Familie vereinbaren wollen, ein schlechtes Gewissen machen. Diese ideologischen Kämpfe, die da abgelaufen sind, waren genau der Fehler, durch den sich sowohl die einen als auch die anderen vom Image her in die Ecke gestellt gefühlt haben.

Die zunehmende Bedeutung der Betreuung durch Tagesmütter wird natürlich auch erfordern, dass man über das hinaus, was in dem Konzept „Familienfreundliches Baden-Württemberg“ angedacht ist, auch dauerhaft eine Förderung der Strukturen, die bisher weitestgehend ehrenamtlich geleistet werden, stabilisieren muss. Denn wenn wir diesen Menschen mehr Bedeutung in der Betreuung zumessen, dann wird das mit Sicherheit auch mehr Geld kosten.

Generell gilt das Prinzip, dass wir natürlich mit den Trägern über die Finanzierung solcher Angebote werden reden müssen. Vorhin ist die Aussage gefallen, Sie hätten uns mit Ihrem Gesetzentwurf getrieben und wir seien jetzt in Hektik.

(Abg. Fischer SPD: Ja!)

Ich sage jetzt ein bisschen kritisch: Eine gewisse Hektik war schon zu verzeichnen. Aber die hing vielleicht auch ein bisschen damit zusammen, dass der Ministerpräsident offensichtlich auch in diesem Bereich seine Richtlinienkompetenz derzeit ziemlich intensiv auslegt.

(Unruhe)

– Ja, man muss doch ehrlich sagen: Solange mit den kommunalen Landesverbänden, den Präsidenten und dem Ministerpräsidenten alles noch in der Schwebe ist – Sie haben es wahrscheinlich auch mitgekriegt; Herr Zeller hat ja heu-

te Morgen schon verkündet, dass eine Einigung über die erste Stufe erreicht worden ist; Sie wissen da immer ziemlich schnell Bescheid – und wir nicht wissen, wie die Finanzierung zwischen den einzelnen Ebenen aufgeteilt werden soll, werden wir natürlich kein in sich durchgängiges Konzept machen können.

(Abg. Schmiedel SPD: Haben Sie jetzt eines, oder haben Sie keines?)

Ich denke, wir werden jetzt mit unserem Kindergartenbetreuungsgesetz, das eben nicht nur den Kindergarten betrifft, in eine offene Anhörung gehen. Dann wird man sehen, was letztlich finanzierbar ist. Ich sage auch: Es ist nicht das Ende, dass wir jetzt 15 Millionen € in dieses Konzept stecken, sondern das kann nur ein Anfang sein.

Letzter Aspekt – ich habe versprochen, es heute kurz zu machen, weil ja vieles schon gesagt worden ist –:

(Lachen – Abg. Fischer SPD: Wie lange hat der schon geredet? – Abg. Schmiedel SPD: Das ist verlogen!)

– Was gibt es da zu lachen? Vorhin haben Sie ganz lange gesprochen. – Das ist das Thema Bildungsauftrag. Es erübrigt sich, da eine ausführliche Begründung zu machen. Wir reden schon den ganzen Tag über das Thema „Folgerungen aus PISA“. Wir sind uns alle einig: Die Bildungsfähigkeit, die Plastizität des kindlichen Gehirns ist eben im Vorschulalter schon maximal ausgebildet. Das muss natürlich auch Konsequenzen haben.

Nun ist auch eines klar: Im SGB VIII ist ja der Bildungsauftrag des Kindergartens tatsächlich normiert. Aber das entbindet uns natürlich nicht davon, das hier auf Landesebene konkret festzuschreiben und auch konkret auszugestalten. Ich bin sehr froh darüber, dass es, auch durch unser Drängen, gelungen ist, jetzt doch ausdrücklich zu konkretisieren, dass Bildung in diesem Bereich hauptsächlich Sprachförderung betrifft.

Da noch ein Hinweis: Da muss natürlich an mehreren Stellen angesetzt werden. Es läuft heute schon viel und in Kommunen manchmal mehr als Sie, liebe SPD, sich erträumt haben. Was auf freiwilliger Basis gemacht wird, wird natürlich nicht ausreichen bei der Hausaufgabenhilfe und, und, und. Aber wir werden an allen Ebenen ansetzen müssen, nicht nur beim zusätzlichen ehrenamtlichen Angebot, sondern natürlich auch bei der Bildung und Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher.

Das ist natürlich jetzt auch, liebe Frau Lösch, ein beliebtes Schlagwort. Da steht es uns, glaube ich, gut an, auch einmal zu sagen: Wir sollten nicht den Eindruck erwecken, dass alle Erzieherinnen und Erzieher, die derzeit tätig sind, Flaschen und ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das sagt ja auch niemand! – Zuruf der Abg. Marianne Wonnay SPD)

Ich komme als Jugendzahnarzt öfter in Kindergärten. Ich stelle fest: Da wird natürlich schon sehr viel an Bildung und Erziehung über Betreuung hinaus gemacht.

(Dr. Noll)

Trotzdem stehe auch ich dazu, dass in der Frage, wie wir in allen Dienstleistungsberufen, die mit Menschen zu tun haben, in einem künftigen Wettbewerb unter weniger jungen Menschen dazu kommen werden, dass auch ausreichend Nachwuchs da ist, die Fort- und Weiterbildung und vor allem die berufliche Perspektive eine entscheidende Rolle spielen wird. Das Kultusministerium ist dabei, Konzepte zu entwickeln. Ich sage auch: Durch diese unterschiedliche Zuständigkeit – Sozialministerium, Kultusministerium – geht mir das manchmal ein bisschen langsam. Man darf aber nicht ungeduldig werden.

Wir werden in dieser Richtung natürlich zusätzlich ein Stück weit die Ausbildung verbessern, übrigens nicht nur wegen der Kinder, sondern weil der Kindergarten auch eine der Möglichkeiten ist, wo ich an die Eltern, also zum Beispiel an die türkische Mutter des Kindes, das in den Kindergarten kommt, herankommen kann. Darauf müssen natürlich auch Erzieherinnen in der Elternarbeit künftig besser vorbereitet werden.

Es besteht, glaube ich, überhaupt kein Dissens darüber, dass wir diejenigen nicht abqualifizieren und sagen, sie hätten bisher nur Mist gemacht, sondern dass wir sagen: Da sind an vielen Punkten durchaus noch Verbesserungen möglich. Das bedeutet nicht Akademisierung des ganzen Berufsbilds. Das heißt nicht, dass in Ausnahmefällen – das haben Sie immer bekämpft; das werden wir in dem Gesetz drin lassen – als Zweitkraft nicht auch eine erfahrene Mutter weiterhin im Kindergarten tätig sein können.

Übrigens: Jeder, der wie ich die hohen Anforderungen, die heute in Kindergärten an die Erzieherinnen gestellt werden, kennt, wird vielleicht das althergebrachte Bild, das man noch aus seiner Kindheit kennt, nämlich das der lieben Kindergartenante, nicht mehr so sehr im Vordergrund haben, sondern er wird wirklich verstehen, warum wir da auch im Interesse der Attraktivität dieser Berufe ein Stück weit vorankommen wollen. Da stelle ich nun viel Gemeinsamkeit fest.

Abschließend: Lassen Sie uns gemeinsam Anstrengungen unternehmen, konkrete Schritte zu einem bedarfsgerechten, aber auch finanzierbaren Ausbau eines pluralen Betreuungsangebots für Kinder und im Interesse der Eltern in unserem Land zu erreichen.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Denn wir wollen nicht nur auf ein wirtschaftlich starkes Land stolz sein, sondern wir wollen nach wie vor auch darauf stolz sein, dass wir ein kinder- und familienfreundliches Baden-Württemberg sind und bleiben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stelly. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Repnik.

**Sozialminister Dr. Repnik:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der von der Fraktion der SPD vorgelegte Gesetzentwurf für ein Kinderbetreuungsgesetz verfolgt bereits bekannte Ziele. Denn diese Ziele finden sich bereits in der Koalitionsvereinbarung, in der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten und in

unserem Kinderbetreuungskonzept „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“. Schön, dass Sie dem folgen können.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich begrüße es, dass nun auch die SPD-Fraktion –

(Anhaltende Unruhe)

– Es ist wirklich sehr unruhig hier, Frau Präsidentin. Ich verstehe mein eigenes Wort kaum.

(Zuruf von der SPD: Wir auch nicht! – Heiterkeit)

– Ja, eben. Seid still, und hört zu! Das wäre viel besser. Ich meine das genau in diese Richtung.

Ich begrüße es, dass nun auch die SPD-Fraktion ihre Vorstellungen zum Ausbau der Kinderbetreuung schwarz auf weiß vorgelegt hat. Ich begrüße auch, dass nun Fakten auf dem Tisch liegen und nicht immer nur unzutreffende Vorwürfe. In der nächsten Woche, am 23. Juli, werden wir den Regierungsentwurf in den Ministerrat einbringen, verabschieden und zur Anhörung freigeben.

Es ist klar: Ein solcher Regierungsentwurf wird selbstverständlich im Vorfeld mit den Trägerverbänden, mit Caritas, Diakonie, kommunalen Landesverbänden, mit Fachleuten besprochen – nicht mit jedem Kindergarten in Baden-Württemberg, aber mit Sicherheit mit Menschen, die davon etwas verstehen.

Lieber Herr Sakellariou, Sie haben gesagt, Sie hätten keine Hoffnungen, die SPD habe keine Hoffnung darauf. Es kommt nicht darauf an, dass die SPD eine große Hoffnung hat, sondern darauf, dass die Menschen, die Kinder und ihre Eltern in Baden-Württemberg, Hoffnung darauf haben, dass es voran geht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich meine, wir haben nicht nur die bessere Lösung, sondern auch die seriösere Finanzierung für diese Zukunftsaufgabe. Ziel unseres Kindergartengesetzes ist es, Familien durch ein vielfältiges Betreuungsangebot für Kinder zu stärken. Dazu muss eben – das wollen wir alle gemeinsam; wir haben so viele Gemeinsamkeiten – die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessert werden.

Wir sind uns doch alle einig: Einem bedarfsgerechten Betreuungsangebot kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Wir sollten aber die Wirklichkeit von heute anschauen, nicht die Situation im Jahr 1989 in Schwäbisch Hall. Wir haben, weil wir gewusst haben, dass wir mehr für die Betreuung tun müssen, das Kindergartengesetz mit Wirkung ab dem 1. Januar 1999 novelliert, verändert, angepasst und dabei ganz neue Betreuungsformen ermöglicht. Unter anderem war es dann plötzlich möglich, verlängerte Öffnungszeiten anzubieten, gemischte Altersgruppen zu bilden, integrative Gruppen zu bilden. Und der Erfolg gibt uns Recht.

Ich sage Ihnen nur, wie die Wirklichkeit von heute aussieht. Im Jahr 1999 gab es rund 11 700 Regelkindergartengruppen. Das sind Gruppen, die morgens um halb neun aufmachen, um halb zwölf schließen, um 14 Uhr wieder

(Minister Dr. Repnik)

aufmachen und um halb vier wieder schließen. Damit ist niemandem, der arbeiten möchte, gedient.

Dann haben wir gesagt: Wir brauchen verlängerte Öffnungszeiten. Allein in den drei Jahren seit 1999 ist die Zahl der Regelkindergartengruppen von 11 695 auf 8 900 zurückgegangen – minus 25 %! Aber gleichzeitig ist die Zahl der Gruppen mit verlängerten Öffnungszeiten in diesen drei Jahren von 2 385 auf 4 450, also um 85 %, gestiegen.

(Beifall bei der CDU)

Bei altersgemischten Gruppen gab es einen Zuwachs um 110 %,

(Beifall bei der CDU)

und bei Ganztagsgruppen gab es in drei Jahren einen Zuwachs um 25 %.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn das kein Erfolg ist!

Auf diesem bewährten Konzept wollen wir aufbauen. Das wollen wir weiter verbessern, noch zielgerichteter machen. Das wird unser Ziel sein.

Wir lassen uns diese Angebote, die wir haben, einfach nicht schlecht reden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn von der Opposition immer wieder gebetsmühlenhaft die Mär von der roten Laterne verbreitet wird, ist dies nichts anderes als Wahlkampfgetöse. Dies entspricht eben nicht der Realität.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Aber voll!)

– Herr Schmiedel, Baden-Württemberg nimmt im Kindergartenbereich einen Spitzenplatz ein: Versorgungsgrad 103 %.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Schmiedel SPD: Unter drei Jahren!)

Das ist mir wichtig.

(Abg. Schmiedel SPD: Unter drei!)

– Ich komme darauf gleich zu sprechen. Auch bei den Betreuungsangeboten für Kinder bis drei Jahre stehen wir besser da, als permanent behauptet wird. Wir haben in Baden-Württemberg 15 800 Plätze im Bereich der Kinderkrippen, in altersgemischten Gruppen – die sind im letzten Jahr sehr stark geworden – und bei Tagesmüttern.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

– 6 700 Tagesmütter, Herr Schmiedel. Ich komme gleich darauf zu sprechen.

(Abg. Wieser CDU: Der soll Nachtvater spielen!)

Das heißt, es gibt Betreuungsplätze für 4,7 % der Kinder unter drei Jahren. Unter den alten Flächenländern sind es 2 bis 3 %. Also auch da sind wir schon bedeutend vorne.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

– Moment, Herr Schmiedel! Hören Sie mir doch bitte einmal zu.

Ich habe immer geglaubt, dass Sie die Tagesmütter und die Tagespflege ignorieren könnten, dass Sie auch altersgemischte Gruppen ignorieren könnten. Aber nachdem Sie jetzt in Ihrem Gesetzentwurf vorgeschlagen haben, dass Tagespflege und gemischte Gruppen sein müssen, sollten Sie die Zahlen 15 800 oder 4,7 % auch akzeptieren. Sie wollen das nämlich auch so machen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden deswegen auf diesem Weg fortfahren. Wir werden gerade für Kinder unter drei Jahren neue Betreuungsformen auch vom Land aus mitfinanzieren. Wir werden altersgemischte Gruppen weiter ausbauen, die Kleinkinderbetreuung in Krippen fortführen und die Tagespflege ausbauen.

Wir wollen, dass auch die Öffnungszeiten in den Betreuungseinrichtungen mehr an dem Aufwand und an den Bedürfnissen der Eltern ausgerichtet werden. Deswegen werden wir auf diesem Weg weiterfahren.

Wir werden darüber hinaus – nicht im Gesetz, sondern außerhalb des Gesetzes – den Ausbau der verlässlichen Halbtagschule vorantreiben.

(Unruhe)

Wir werden zusätzliche Angebote der Nachmittagsbetreuung im Rahmen der Hortbetreuung erweitern, und wir werden die Förderung der Kommunen bei den Ganztagschulen weiter vorantreiben. Auch dies ist heute Morgen schon besprochen worden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dazu sollen die Förderrichtlinien entsprechend angepasst werden. Wir werden darüber hinaus die Jugendsozialarbeit an den Schulen weiter ausbauen.

So viel zum Konzept.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach dem Konzept der SPD-Fraktion soll das Land 90 Millionen € zusätzlich für den Ausbau der Kinderbetreuung bereitstellen. Ich finde, die SPD-Fraktion verlässt hier den Rahmen der finanzpolitischen Realität.

(Abg. Alfred Haas CDU: Und Seriosität!)

Es reicht mir in der Tat nicht, wenn Sozialpolitiker hier sagen: „Das reiche Land Baden-Württemberg soll sich dies nicht leisten können?“, aber die Finanzpolitiker sagen: „Ihr habt viel zu viele Schulden, baut endlich ab! Nettoneuverschuldung!“ Also, das kriegen wir nicht zusammen. Deswegen sollten wir schon ehrlich –

(Zuruf des Abg. Schmid SPD)

– Herr Schmid, Sie reden hier ganz anders als Herr Sakelariou.

(Abg. Schmid SPD: Nein!)



(Minister Dr. Repnik)

– Aber natürlich! Also, diese Geschichte, Schulden abbauen und aus den Zinsen, die wir dabei ersparen, neue Aufgaben finanzieren zu wollen – das bringen Sie einmal einem Banker bei! So eine verrückte Finanzierung kann kein seriöser Mensch machen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Schmid  
SPD)

Ich habe aber auch ein anderes Problem damit. Sie stellen damit die Aufgaben- und Finanzverantwortung für die Kinderbetreuung wirklich auf den Kopf. Es ist doch nach bundesgesetzlicher Regelung in der Tat so, dass die Kommunen dafür die Verantwortung tragen, auch die finanzielle Verantwortung, während das Land nur die Aufgabe hat, die freien Jugendträger anzuregen und zu fördern, damit man – Frau Lösch hatte es angesprochen – im ganzen Land ähnliche oder in etwa gleiche Verhältnisse erreicht.

Das Land Baden-Württemberg hat sich dieser Aufgabe schon immer gestellt. Seit der Einführung des Kindergartengesetzes im Jahr 1972 hat es auf freiwilliger Basis insgesamt 8,5 Milliarden DM – das sind 4,3 Milliarden € – an Zuschüssen gezahlt. Und die Landeszuschüsse haben sich seit 1990 nahezu verdreifacht: von 260 Millionen auf rund 749 Millionen DM, das sind 383 Millionen € pro Jahr. Ab dem Jahr 2003 stellen wir weitere 15 Millionen € originäre Landesmittel für Betreuungsangebote für Kinder bis drei Jahren und für Schulkinder von 6 bis 14 Jahren zur Verfügung.

Ich glaube, diese Zahlen zeigen ganz deutlich: Das Land misst der Kinderbetreuung einen herausragenden Stellenwert bei, und das Land steht mit Nachdruck zu seiner daraus resultierenden Aufgaben- und Finanzverantwortung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden den Weg seriöser und solide finanzierter Betreuungsangebote nicht verlassen. Einen ungedeckten Wechsel auf die Zukunft stellen wir nicht aus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind uns in vielen Bereichen einig. Wir wollen doch alle gemeinsam einen weiteren Ausbau, um die Wahlmöglichkeiten der Eltern bei ihrer Lebensplanung zu erleichtern. Dazu muss das Betreuungsangebot noch mehr an deren Bedürfnissen ausgerichtet werden. Darüber sind wir uns wahrscheinlich in diesem Hause alle einig.

(Unruhe)

Wir brauchen des Weiteren – auch da werden wir uns einig sein – einen stärkeren Bildungsauftrag unserer Betreuungseinrichtungen. Ich betone dies gerade im Hinblick auf die Sprachförderung schon vor der Schule. Dazu werden wir auch ein Konzept vorlegen. Es wird derzeit mit den kommunalen Landesverbänden und den Einrichtungsträgern erarbeitet. Aber das muss nicht in einem Gesetz stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um all diese Ziele zu erreichen, brauchen wir keine Doppelregulierungen,

Überreglementierungen oder Teilreglementierungen, die sich aber nach Ihrem Gesetzentwurf ergeben würden. Da steht zum Beispiel, wir bräuchten eine Bedarfsplanung. Brauchen wir das wirklich? Das wird doch vor Ort gemacht. Sie wollen Mindeststandards haben oder bis ins Einzelne gehende Regelungen der Elternmitwirkung. Ich meine, wir haben schon genügend Regelungen in dieser Richtung. Wir haben genügend Richtlinien, und ich meine, man müsste diese Richtlinien eher verschlanken als verstärken.

(Unruhe)

Im Übrigen, meine sehr verehrten Damen und Herren, vertrauen wir im Gegensatz zu Ihnen auch auf die Mitwirkung unserer kommunalen Partner.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Denn eines ist klar: Wenn die Kommunen vor Ort nicht bereit sind, gemeinsam mit dem Land, gemeinsam mit uns – was ihrer Aufgabe entspricht – diese Angebote für eine familienfreundliche Kinderbetreuung auf den Weg zu bringen, können wir noch so viele Gesetze machen. Sie müssen bereit sein, mitzumachen. Deswegen sind wir auch der Meinung – und es gibt auch Vereinbarungen –, dass sich das Land Baden-Württemberg gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden zur politischen Verantwortung für die Kinderbetreuung bekennen muss.

(Unruhe)

Allerdings – auch das sage ich in aller Offenheit – kann das nur dann geschehen, wenn die Kirchen, die freien Träger – 60 % sind freie Träger, denn Pluralität wollen wir auch noch – bereit sind, diesen Weg mitzugehen.

Ich glaube, wir haben große gemeinsame Ziele zur Verbesserung des Angebots für unsere Kinder, zukunftsgerichtet. Lassen Sie uns dies gemeinsam Schritt für Schritt tun und nicht durch einen alltäglichen Streit um Kleinigkeiten ein gutes Ziel verwässern.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Wonnay.

(Lebhafte Unruhe)

**Abg. Marianne Wonnay** SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Haas, wenn ich Sie sehe, fällt mir immer Kurt Tucholsky ein.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, ich darf um mehr Ruhe im Saal bitten. Es ist schier unmöglich, gegen diese Stimmenvielfalt anzusprechen, und für den Stenografischen Dienst ist es unmöglich, hier mitzuschreiben.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

**Abg. Marianne Wonnay** SPD: Von Kurt Tucholsky stammt das Zitat – und das passt sehr schön auf Sie –: „Er war nur laut und sonst gar nichts.“

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich eingangs etwas zu dem sagen, was der Herr Sozialminister gerade anfügen zu müssen gemeint hat zu der finanzpolitischen Seriosität der Vorschläge, die die SPD-Landtagsfraktion nach einer ganz intensiven Dialogphase vorgelegt hat. Wir wollen Jahr für Jahr 90 Millionen €, die wir bei den Landesschulden einsparen und weniger für Zins und Tilgung ausgeben, in die beste Zukunftsinvestition, die man sich überhaupt nur vorstellen kann, investieren, nämlich in die Köpfe, in die Zukunft unserer Kinder.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU – Unruhe)

– Ich verstehe Sie leider so schlecht, Herr Kollege. Zinsersparungen gelten Jahr für Jahr, lieber Herr Kollege.

Andererseits wird der Herr Sozialminister im Chor mit dem Herrn Ministerpräsidenten – Herr Oettinger ist heute Morgen in diesen Chor mit eingefallen – nicht müde, ein Familiengeld für jedes Kind ab dem dritten Lebensjahr in Höhe von 300 € zu fordern. Wenn Sie das einmal hochrechnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, landen Sie bei einem bundesweit aufzubringenden Betrag von 30 Milliarden €. Wenn man dies nach dem üblichen Verteilungsschlüssel auf das Land Baden-Württemberg umrechnet, bedeutet das für uns, dass wir Jahr für Jahr 730 Millionen € aufwenden müssten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Unglaublich! – Abg. Schmiedel SPD: So viel!)

Zu deren Finanzierung hört man von Ihnen keinen Ton. Deshalb: Ersparen Sie sich Ihre Kritik.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Schmiedel SPD: Unredlich! Unseriös!)

Sie haben es doch immer mit dem Betrachten der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es war auch für uns der Ausgangspunkt des Gesetzesvorhabens, dass wir im Land Baden-Württemberg eine Antwort geben müssen. Ich will Ihnen einmal sagen, worauf wir eine Antwort geben wollen.

Ich kann Ihnen nur empfehlen, sich die Mitteilungen des Statistischen Landesamts zur Quote der Erwerbstätigkeit der Mütter von Kindern im Alter bis zu drei Jahren ausführlich anzuschauen: Wir haben eine Erwerbstätigenquote dieser Mütter von 54 %. 12 % dieser Mütter sind vollzeiterwerbstätig. Wenn wir dem das institutionelle Betreuungsangebot von 2,7 % gegenüberstellen, das wir für Kinder im Alter bis zu drei Jahren haben – und selbst wenn wir ergänzend dazu noch das Angebot an Tagespflege nehmen, das in der offiziellen Statistik nirgends auftaucht –, sehen wir, wie weit die Schere auseinander geht.

(Zurufe der Abg. Beate Fauser FDP/DVP und Alfred Haas CDU)

Es war doch Ihr Parteikollege, der Singener Oberbürgermeister Andreas Renner, der völlig zu Recht gesagt hat –

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

– Herr Kollege Haas, das ist der Ausgangspunkt, dass wir im Land, was die Quantität des Kindergartenangebots anbetrifft, zwar auf Mercedes-Niveau sind, uns bei der Kleinkind-, der Schulkind- und der Ganztagsbetreuung aber gerade einmal auf Trabbi-Niveau befinden.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Wenn das einer Ihrer Oberbürgermeister sagt, wird, meine ich, schon etwas dran sein.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist doch dem Haas egal! – Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen auch eine Antwort geben, wenn wir das Ziel unterstützen wollen, das unsere Kindergärten und Tageseinrichtungen für Kinder ebenfalls haben, nämlich das Ziel, die Persönlichkeit eines Kindes zu fördern, hin zur eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit. Ich denke, in dieser Zielsetzung stimmen wir doch überein.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Der Weg ist der Unterschied!)

Wir wissen, dass wir eine zunehmende Zahl von Einzelkindern haben, für die genau dieser Ort der sozialen Lernens und des Erwerbs von Sozialkompetenz ist. Wir müssen alles daransetzen, diesen Bereich zu stärken und auszubauen.

Heute Vormittag gab es in der Rede von Herrn Oettinger, die mir in dieser Passage gut gefallen hat, die Ankündigung, man wolle die Konsequenzen aus den Erkenntnissen der PISA-Studie, aus den Erkenntnissen des Forums Bildung ziehen und von den hohen Investitionen, die wir im Bereich des Gymnasiums und der Hochschulen haben, in einem einzuleitenden Prozess bestimmte Anteile umlenken, um so das Fundament unserer Bildung zu stärken. Dieses Fundament heißt Elementarbildung im Kindergarten. Dazu habe ich von Ihnen noch überhaupt nichts Konkretes gehört.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ich möchte Ihnen schon noch einmal zitieren, was das Forum Bildung dazu beschlossen hat. Wenn ich mich nicht irre, war Kultusministerin Annette Schavan an führender Stelle mit dabei, als diese Ergebnisse und Empfehlungen präsentiert wurden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Hört, Hört!)

Dort heißt es:

Wie im Ausland sollen auch in Deutschland künftig Kindertageseinrichtungen frühkindliche Bildung stärker fördern und kindgerecht auf das weitere Lernen in der Grundschule vorbereiten. Dazu muss die Aus- und

(Marianne Wonnay)

Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher verbessert und aufgewertet werden. Angesichts der neuen Bedeutung

– auch da bitte ich Sie zuzuhören –

für die Förderung früher Bildungsprozesse schlägt das Forum Bildung vor, bei Kindertageseinrichtungen Gebührenfreiheit zu prüfen.

Ich frage mich schon, wie dazu die Vereinbarung des Herrn Ministerpräsidenten mit den kommunalen Landesverbänden passt. Herr Noll, Sie sprachen mit schmerzverzerrter Miene von der Wahrnehmung der Richtlinienkompetenz durch den Herrn Ministerpräsidenten. Ich sehe, dass Sie noch immer etwas leiden – das ehrt Sie.

Wenn ich lese, was da mit den kommunalen Landesverbänden vereinbart wurde, und die Messlatte des Forums Bildung und auch der Ergebnisse der PISA-Studie nehme, wenn ich dies mit den Forderungen vergleiche, die die kommunalen Landesverbände noch am 18. März formuliert haben – Ich möchte es Ihnen noch einmal zitieren. Dort heißt es:

Die Notwendigkeit des Ausbaus der Betreuungsangebote für Kleinkinder, Kindergartenkinder und Schulkinder beruht im Wesentlichen auf einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie den veränderten familiären Bedingungen. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der sich alle politischen Entscheidungsebenen stellen müssen, und keine alleinige, ausschließliche Aufgabe der kommunalen Kinder- und Jugendhilfe.

Aus unterschiedlichen familiären, sozialen und wirtschaftlichen Gründen bringt außerdem eine beachtliche Zahl von Kindern nicht die elementaren Voraussetzungen für erfolgreiches Lernen mit. Notwendig ist eine soziale Einbindung des Lernens, welche den Hintergrund aus dem Elternhaus und dem sozialen Umfeld berücksichtigt. Dies erfordert nicht nur Veränderungen in der Grundschule, schulbegleitende und außerschulische Maßnahmen, sondern hat auch Folgen für die Erziehung und Förderung im Kindergarten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen auch von den Regierungsfractionen, ich frage mich schon, wie es, wenn man sich über den notwendigen quantitativen und qualitativen Ausbau der Betreuung, Erziehung und Bildung im Kindergarten und in Tageseinrichtungen für Kinder einig ist, dazu passt, dass in der Einigung des Herrn Ministerpräsidenten mit den Präsidenten der kommunalen Landesverbände neben der Übereinstimmung bei der Kommunalisierung zu lesen ist:

Die Landesregierung und die kommunalen Landesverbände streben eine Deckelung der derzeitigen Kindergartenförderung im Landeshaushalt auf dem derzeitigen Stand an. Dies ist möglich, weil die Kinderzahl in den nächsten zehn Jahren stark zurückgehen wird und weil die Kommunen in eigener Verantwortung auch mit dem gedeckelten Betrag die seitherige Kindergartenversorgung gewährleisten können.

(Beifall des Abg. Mack CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es kann unserem Ehrgeiz und unserer Verantwortung gegenüber Kindern und Familien in diesem Land nicht genügen, wenn wir am Status quo, am bisherigen Zustand festhalten wollen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich erinnere an die Empfehlung des Forums Bildung, Gebührenfreiheit für diese erste Bildungseinrichtung Kindergarten zu prüfen.

(Beifall des Abg. Braun SPD)

Wie passt dazu die Vereinbarung des Herrn Ministerpräsidenten mit den kommunalen Landesverbänden? Dort ist zu lesen –

(Minister Dr. Christoph Palmer: Passen Sie auf, dass Sie nicht zu viel die CDU zitieren! – Ministerpräsident Teufel: Müssen Sie die Rede jetzt umschreiben?)

– Bitte?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE und Abg. Drexler SPD: Keine Zwischenrufe von der Regierungsbank!)

– Das ist kein Problem, lieber Herr Ministerpräsident, da sind wir von großer Flexibilität.

(Abg. Schmid SPD: Keine Zwischenrufe von der Regierungsbank! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wie passt es dazu, wenn sich das Land dann bereit erklärt, in einem Gesetzentwurf festzuschreiben, dass es zum einen festhält –

(Zuruf des Ministerpräsidenten Teufel – Zurufe von der CDU – Unruhe)

– Herr Ministerpräsident, ich entnehme Ihrer gemeinsamen Presseerklärung, dass es Übereinstimmung dahin gehend gebe, dass eine solche notwendige, zukünftige Finanzierung nicht ohne Elternbeiträge stattfinden könne

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So, jetzt!)

und dass das Land mit einem Gesetz dafür sorgen werde, dass sich die Eltern mit zwar familiengerechten und angemessenen, aber eben doch mit Beiträgen beteiligen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Die Familienpolitik der Landesregierung!)

Dazu sage ich Ihnen: Sie schleichen sich klammheimlich aus Ihrer Verantwortung, und die Lasten sollen die Eltern tragen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Dies ist eine Einigung, die unsere Kinder wirklich teuer zu stehen kommen wird.

(Abg. Alfred Haas CDU: Ja, sag einmal!)

(Marianne Wonnay)

Wie Sie mit solchen Rahmenbedingungen das, was notwendig ist – einen quantitativen Ausbau vorzunehmen, von einem qualitativen Ausbau gar nicht zu reden –, vornehmen wollen, . . .

(Lebhafte Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, darf ich um mehr Ruhe im Saal bitten.

**Abg. Marianne Wonnay SPD:** . . . das müssen Sie erst einmal – nicht uns, liebe Kolleginnen und Kollegen – den Eltern im Land erklären.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Jawohl!)

Wie passt das mit der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung zusammen?

(Beifall bei der SPD)

Heute war so viel davon die Rede, dass wir Wahlfreiheit für die Familien schaffen wollen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Auffassung teilen wir absolut. Eine Wahlfreiheit gibt es aber tatsächlich nur dann, wenn man auch Wahlmöglichkeiten hat, und die hat man im Land Baden-Württemberg in vielen Bereichen der Kinderbetreuung nicht.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP:  
Noch nicht! – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

– Herr Kollege Haas, wenn Sie fragen: „Wo nicht?“: Ich habe Ihnen die Zahlen zur Kleinkindbetreuung genannt.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Am vergangenen Montag hatte ich in meiner Bürger-sprechstunde eine weinende junge Mutter sitzen,

(Abg. Alfred Haas CDU: Zu mir schicken!)

die zunächst froh darüber gewesen war, dass sie wieder in den Beruf einsteigen könnte. Sie war allerdings verzweifelt, weil sie das wahrscheinlich nicht tun kann, da sie kein passendes – –

(Lebhafte Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, darf ich um Ruhe bitten! Es ist hier akustisch fast nicht mehr verständlich, was die Rednerin sagt.

**Abg. Marianne Wonnay SPD:** Und das ist schade darum!

Diese Mutter ist traurig und sieht, dass sie im Grunde genommen nicht realisieren kann, was sie tun will, nämlich Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen. Sie hat nämlich keinen entsprechenden Ganztagsbetreuungsplatz.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU – Gegenruf der  
Abg. Ursula Haußmann SPD – Lebhafte Unruhe)

Abschließend möchte ich Ihnen einfach noch etwas Nachdenkenswertes mitgeben und hoffe, dass wir in der Bera-

tung unseres Gesetzentwurfs, der überhaupt nicht detailverliebt ist – –

(Zurufe von der CDU)

Ich kann Ihnen nur raten, ihn sich sorgsam zu Gemüte zu führen. Ich muss Sie einfach enttäuschen, Herr Kollege Haas: Gerade weil wir diesen Gesetzentwurf intensiv rückgekoppelt haben, wissen wir wirklich, dass wir uns von einer breiten Unterstützung getragen fühlen können. Ich kann Ihnen auch eine ganze Reihe von Oberbürgermeistern und Bürgermeistern nennen – sie gehören nicht ausschließlich der SPD an –, die diesen Gesetzentwurf ausdrücklich als einen sehr fortschrittlichen und ehrgeizigen Gesetzentwurf loben, der dazu angetan ist, die Situation für unsere Kinder und für die Familien im Land deutlich zu verbessern.

Ich möchte Ihnen zum Schluss aus einer Studie zitieren, die im Auftrag des Sozialdepartements der Stadt Zürich erstellt wurde. Dort wurde der volkswirtschaftliche Nutzen von Kindertagesstätten untersucht. Dabei hat man festgestellt – das ist hochinteressant, das kann ich Ihnen wirklich nur zur Lektüre empfehlen –, dass unter der Voraussetzung, dass die Betreuung der Kinder von hoher Qualität ist, ein hoher volkswirtschaftlicher Nutzen erreicht wird. Die Qualität ist für die SPD-Fraktion eine ganz wesentliche Zielsetzung. Deshalb geht es uns nicht nur darum, dass wir qualitätsvolle pädagogische Rahmenbedingungen entwickeln, sondern auch darum, dass zum Beispiel die Reform der Erzieherinnenausbildung, die im Land seit Jahren verschleppt wird,

(Beifall bei der SPD)

endlich in Angriff genommen wird. Frau Kultusministerin Schavan trägt große Verantwortung dafür, dass das so ist und dass wir im Ländervergleich immer mehr abzurutschen drohen. Das ist kein Thema, das man leicht abtun kann. Andere europäische Länder, die genau den Weg gegangen sind, die Elementarbildung zu stärken, weil sie gesagt haben: „Das Fundament ist wichtig. Was nützt uns das beste Dach, wenn das Fundament brüchig ist?“, sind zu der Erkenntnis gekommen, dass man bei den sozialpädagogischen und pädagogischen Berufen dafür sorgen muss, dass die Kleinsten die Feinsten bekommen, also die am besten Ausgebildeten.

Jetzt kommt aus dem Kultusministerium der Vorschlag zu einem Reförmchen der Erzieherinnenausbildung; von einer Reform kann man da wirklich nicht reden. Die Kolleginnen und Kollegen, die sich ein bisschen damit befasst haben, wissen, dass Baden-Württemberg sogar hinter dem Beschluss der Kultusministerkonferenz zurückbleibt. Was da passiert, ist wirklich unerträglich.

Aber unter der Voraussetzung, dass qualitative Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern betrieben wird, wie man das in Zürich gemacht hat, lässt sich folgender Nutzen für die Kinder feststellen: Für Kinder aus sozial benachteiligten Verhältnissen ergeben sich verbesserte schulische Leistungen . . .

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)



**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten, Ihre privaten Gespräche draußen zu führen.

**Abg. Marianne Wonnay** SPD: . . . und eine verstärkte soziale Integration. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist genau das, was wir auch bei uns im Land brauchen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch  
GRÜNE)

Familien erreichen, wenn Kinderbetreuung quantitativ und qualitativ sehr gut ausgebaut ist, ein höheres Einkommen, eine bessere soziale Sicherheit, und sie sind weniger armutgefährdet.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Zum Dritten genießen die Unternehmen Standortvorteile und erhalten in ihren Betrieben das Know-how. Sie wissen, dass die Wirtschaft für uns ein verlässlicher Bündnispartner geworden ist, und zwar sowohl für den quantitativen wie auch den qualitativen Ausbau.

Selbst für die Stadt Zürich hat sich bei dieser Untersuchung das Ergebnis gerechnet, denn für jeden Franken, der in diesen Bereich investiert wurde, hat die Stadt durch zusätzliche Steuereinnahmen und durch weniger Ausgaben 1,6 Franken erhalten. In der Gesamtbilanz muss man sagen, dass die Kosten-Nutzen-Relation lautete: Nutzen das Drei- bis Vierfache der Kosten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen mit unserem Gesetzentwurf einen Beitrag dazu leisten, das Potenzial, das in unseren Kindern steckt, zu stärken. Wir wollen das Fundament stärken. Das, was die Landesregierung bisher noch nicht einmal öffentlich vorgelegt hat, kann ich nur als familienpolitischen Offenbarungseid bezeichnen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Oh-Rufe von  
der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Gräßle.

**Abg. Dr. Inge Gräßle** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte nicht von Schweizer Kinderbetreuungseinrichtungen reden, sondern von den baden-württembergischen und möchte zuerst einmal sagen, dass dort eine hervorragende Arbeit geleistet wird,

(Beifall bei der CDU)

dass dort mit viel Engagement und mit viel Rückhalt der Eltern, der Kommunen, der Gemeinderäte und der Bürgermeister am Ort mit Erfolg versucht wird, unseren Kindern eine gute Grundlage für die Schule und für ihr weiteres Leben zu schaffen. Darüber sollte man heute auch einmal sprechen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/  
DVP)

Frau Wonnay, deswegen weise ich das, was Sie über die Kommunen und ihre Aktivitäten vor Ort gesagt haben, zurück und gebe eine Ehrenerklärung ab. Unser wirklich her-

vorragendes Kindergartengesetz wurde mit großem Erfolg vor Ort seit 1999 umgesetzt. Diese Umsetzung haben Sie gar nicht zur Kenntnis genommen, weil Sie sich hartnäckig auf Zahlen aus dem Jahr 1998 beziehen. Diese Umsetzung vor Ort war wirklich ein großer Erfolg. Alles, was wir unternehmen werden, wird daran anknüpfen und das Erreichte sehr zielgerichtet ausbauen. Wir werden innovative Teile einbauen, aber wir werden immer auf eine Rücksicht nehmen: auf die Kommunen, auf die Partnerschaft mit den Kommunen und auf die Finanzierbarkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich bin sehr froh, dass gestern eine Einigung erzielt wurde und dass der Weg jetzt frei ist für eine große Debatte zum Thema Kinderbetreuung mit all unseren Partnern vor Ort. Dazu gehören zwingend die Eltern, dazu gehören auch die Erzieherinnen, aber dazu müssen genauso diejenigen gehören, die alles bezahlen müssen.

Es kann keineswegs davon die Rede sein, dass sich das Land Baden-Württemberg aus der Verantwortung schleicht. Ganz im Gegenteil, wir bekennen uns mehr denn je zu dieser Aufgabe und haben sie zur Chefsache gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser  
CDU: Sehr gut!)

Der Herr Ministerpräsident hat im November ein Konzept „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“ vorgelegt, das einen Quantensprung in Sachen Kinderbetreuung, eine wirkliche Innovation ermöglicht. Ich schlage vor, dass Sie auch dies zur Kenntnis nehmen und dass Sie vielleicht auch zur Kenntnis nehmen, was zur Betreuung von Kindern über sechs Jahren in der verlässlichen Grundschule läuft. Da haben wir ebenfalls sehr viel erreicht. Weit über 100 000 Kinder finden hier eine gute Betreuung in der Zeit vor und nach der Schule.

Ich möchte auf einige wenige Punkte eingehen. Ich glaube, es ist schon sehr viel zu Ihrer hoch gelobten Anhörung in den Wahlkreisen gesagt worden. Frau Queitsch, es kann natürlich keine Rede davon sein, dass wir zu feige sind. Warum sollten wir zu feige sein, uns den Wählern, die uns in dieses Mandat gewählt haben, die uns in die Regierung gestellt haben, zu stellen? Im Gegenteil, wir suchen ja ständig den Dialog. Wenn ich das Engagement von CDU- und SPD-Abgeordneten vergleiche, dann möchte ich behaupten, dass wir die SPD-Abgeordneten in allen Wahlkreisen um Längen schlagen.

(Beifall bei der CDU – Lachen der Abg. Ursula  
Haußmann SPD)

Wenn wir jetzt einmal betrachten wollen, was man denn in den Anhörungen gesagt hat, die die SPD vor Ort veranstaltet hat,

(Abg. Teßmer SPD: Sie waren doch gar nicht da-  
bei!)

dann möchte ich nicht Personen zitieren, die Frau Wonnay nicht namentlich benannt hat und die angeblich zur CDU gehören, sondern ich möchte zitieren, was Personen, die zur SPD gehören, über das Konzept gesagt haben. An ers-

(Dr. Inge Gräßle)

ter Stelle möchte ich Herrn Klotz vom Städtetag zitieren, einen wirklich sehr kompetenten Mann. Der hält nun gar nichts von dem Konzept. Ich möchte auch den SPD-Schul- und Sozialbürgermeister von Heidenheim zitieren, der gesagt hat, die Realisierung des Konzepts wäre nachgerade gefährlich. Ich möchte den Gemeindetag zitieren, der sagt: Dieses Konzept ist illusorisch und unredlich.

(Beifall bei der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Sagen Sie doch einmal etwas zu Ihrem Konzept!)

Und ich möchte einen Journalisten der „Schwäbischen Zeitung“ zitieren, Herrn Günther, der in seinem Kommentar vom 25. Juni 2002 sagt: „Finanziell nicht seriös abgesichert wird das SPD-Konzept wohl ein Muster ohne Wert bleiben.“

(Beifall bei der CDU)

Er hat damit auch gleich beschrieben, was mit Ihrem Konzept passieren wird.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie sollten das Konzept vorher lesen!)

Ich denke, ein entscheidender Mangel Ihres Betreuungskonzepts ist, dass es in Wahrheit ein Kindertagesstätten-gesetz ist, das vom ganztägigen Betreuungsfall ausgeht. Damit wird man der unterschiedlichen Lebenswirklichkeit und den Entscheidungen von Familien, auch von Frauen nicht gerecht. Man wird ihrem Betreuungsbedürfnis nicht gerecht.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das sagt die Richtige!)

Man überfordert „by the way“ auch die Kommunen brutal. Sie gehen in Ihrem Konzept ja von einer glatten Aushebelung der Gemeinderäte aus, und es wäre interessant gewesen, zu erfahren, was denn die Kommunen dazu sagen, dass die Gemeinderäte im Grunde in dieser für sie und ihren Haushalt ganz wesentlichen Frage nicht mehr im bisherigen Umfang mitreden dürfen.

(Zuruf von der SPD: Sie erzählen ja Märchen!)

Es wäre auch interessant gewesen, in Ihrem Konzept zu sehen, wie denn der Strukturwandel in den kommenden Jahren im Kindergartenbereich bewältigt werden soll. Denn, meine Damen und Herren, wir dürfen eines nicht tun: Wir dürfen den Strukturwandel im Kindergarten nicht verhindern. Wir müssen ein Konzept schaffen, das so offen und so flexibel ist, dass es einerseits diesen Strukturwandel ermöglicht und dass es andererseits ebenso ermöglicht, dass vor Ort für Familien Servicezentren entstehen, die sich in Abstimmung mit allen Einrichtungen vor Ort spezialisieren und sich gegenseitig ergänzen. Das, würde ich sagen, heißt das Kindergartenwesen zukunftsfähig machen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Können Sie außer Sprechblasen auch etwas zur Sache sagen?)

Ausbau von Qualitätsstandards: Die Berücksichtigung der PISA-Studie ist in der augenblicklichen Diskussion ein völlig normaler Vorgang. Deswegen, Frau Wonnay, verste-

he ich auch nicht, dass Sie sagen konnten, die PISA-Studie sei nicht berücksichtigt.

(Abg. Teßmer SPD: Sie verstehen überhaupt nichts!)

Die Frau Kultusministerin hat heute Morgen dazu sehr umfassend Auskunft gegeben.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Die Sprachkompetenz ist der Schlüssel zu schulischem Erfolg. Wir werden einen Bildungsauftrag made in Baden-Württemberg in diesem Gesetz gestalten. Wir werden auch darauf drängen, dass Grunddisziplinen, die in der Schule benötigt werden, den Kindern vermittelt werden. Wir werden natürlich das große Thema Migrantenkinder dabei berücksichtigen, das heißt Sprachdiagnose und Sprachförderung. Da steht für mich die Finanztechnik hintenan. Die Finanztechnik bestimmt bei uns nicht die Inhalte. Es wird gemacht, was gemacht werden muss. Daher kann ich Sie auch hier beruhigen.

Meine Damen und Herren, eines hat PISA doch auch gezeigt, nämlich dass wir die Eltern stärker in die Pflicht nehmen müssen. Wir müssen die Eltern stärken und dürfen nicht nur Institutionen vertrauen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, darf ich um mehr Ruhe bitten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das fällt uns schwer!)

**Abg. Dr. Inge Gräßle** CDU: Wenn wir die Eltern stärken und nicht nur auf die Institutionen setzen, dann spielt dabei die Landesstiftung natürlich eine große Rolle und ist unser Pfund für Aus- und Weiterbildung von Eltern über Elternakademien.

(Lachen des Abg. Schmiedel SPD)

– Natürlich! Wenn Sie Vorurteile zurückstellen, die Augen aufmachen und hinsehen,

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

dann werden Sie überzeugt sein, dass hier sehr interessante Angebote gemacht werden.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Frau Gräßle, welche Eltern sollen denn das sein? – Abg. Schmiedel SPD: Das ist doch reines Geschwafel!)

Für uns ist klar, dass wir Kindergarten und Schule insgesamt in ihrer Selbstständigkeit stärken müssen. Genau das wird geschehen.

(Abg. Schmiedel SPD: Sie schwafeln doch einfach daher!)

Wir wollen aber eines nicht: Wir wollen kein Betreuungskonzept, das den Eltern den Eindruck vermittelt, dass sie sich um nichts mehr kümmern müssen, dass sie dabei nicht mehr gefordert sind, dass sie daran auch nicht mehr beteiligt sind.

(Dr. Inge Gräßle)

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das sagt die Richtige!)

Wir setzen übrigens auch auf eine umfassende Verantwortung der Erzieherinnen. Deshalb werden wir uns ebenfalls um die Reform ihrer Ausbildung kümmern.

Daher muss ich sagen: Es wäre schön, wenn Sie diese Punkte auch einmal zur Kenntnis nehmen würden. Dann wären erstens die Debatten kürzer, und zweitens würden sie uns allen vielleicht mehr Freude machen.

Danke.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP)

**Stelly. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

(Unruhe)

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich werde jetzt nicht sagen, dass ich es kurz mache. Denn ich habe die Erfahrung gemacht, dass alle, die das ankündigen, das meistens nicht einhalten.

Eine Anmerkung: Es wurde heute sehr häufig gesagt, man müsse mehr für die Kinderbetreuung tun, weil immer mehr Frauen arbeiten gehen. Das halte ich für ein Märchen. Außer Haus berufstätige Mütter gab es schon immer. Dabei braucht man nicht nur an die Bäuerinnen zu denken, die ihre Kinder auch nicht zu jeder – –

(Abg. Schmiedel SPD: Sind wir denn noch im 19. Jahrhundert, oder wie? – Zuruf des Abg. Schmid SPD)

– Hören Sie halt einmal zu, dann können Sie es nachvollziehen.

(Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD)

Es war schon früher so, dass Frauen gearbeitet haben und dass sie ihre Kinder zu dieser Arbeit nicht immer mitnehmen konnten.

Ein gutes Beispiel ist auch eine meiner Vorgängerinnen, Elly Heuss-Knapp, die ihr Leben lang berufstätig war

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Lachen bei der SPD)

– natürlich! – und eine solide politische Arbeit geleistet hat.

Aber ich sage Ihnen: Es liegt nicht daran, dass die Frauen arbeiten gehen. Uns ist etwas ganz anderes abhanden gekommen: Das ist die Großfamilie, die das bisher immer ausgeglichen hat, die Großfamilie, die auch einen enormen Anteil an der Erziehung genommen hat. Sozialverhalten unter Gleichaltrigen kann man in der Ein-Kind- oder Zwei-Kinder-Familie eben nicht lernen. Deshalb brauchen wir den Ausbau der Kinderbetreuung auch für kleinere Kinder.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Das ist seit vielen Jahrzehnten eine Forderung der FDP. Schon Ingrid Walz hat dazu einen Gesetzentwurf vorgelegt.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Nun fiel heute des Öfteren das Wort vom Schlusslicht, und es wurde gesagt: „ausgerechnet das reichste Land“. Ich möchte nicht so weit gehen wie die „Welt“, die am 12. Juli getitelt hat: „Wo es die meisten Kinderkrippen gibt, fielen die PISA-Ergebnisse auch am schlechtesten aus“. Das ist genauso wenig ursächlich wie die Korrelation von der Storchenpopulation und den Geburtenzahlen. Aber andersherum wird halt auch kein Stiefel daraus. Deswegen ist diese Schlusslichtdebatte absolut fehl am Platz.

Ihnen liegt unheimlich viel an der Sicherung der pädagogischen Qualität, und Sie meinen, wenn Sie die Erzieherinnen noch ein oder zwei Jahre länger womöglich auf eine Universität schicken, dann wäre diese Qualität besser. Das ist eine Milchmänner- oder Milchmädchenrechnung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Qualität, die eine Erzieherin braucht, liegt nicht am aufgehäuften Wissen, sondern sie liegt in ihrer Persönlichkeit.

(Beifall des Abg. Hillebrand CDU – Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Eine Erzieherin muss unter anderem menschliche Wärme und Geborgenheit vermitteln. Natürlich braucht sie dazu Know-how.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Aber das bekommt sie auch heute schon.

Dann will die SPD auf Landesebene in möglichst allen Dingen, zum Beispiel bei der Gruppengröße und den Räumen, wieder weitere Vorschriften machen, obwohl wir jetzt glücklicherweise Vorschriften abgeschafft haben. Wir erstickten im Vorschriftengerüst.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hillebrand CDU)

Das tut der Kinderbetreuung bestimmt nicht gut. Die Novellierung von 1999 ging absolut in die richtige Richtung. Wir brauchen jetzt die Weiterentwicklung für Kinder bis zum dritten Lebensjahr. Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf es nicht mehr weiterhin heißen, zu wählen zwischen Not und Wendigkeit. Heutzutage braucht man nämlich die Wendigkeit. Nein, meine Damen und Herren: Kinderlärm ist Zukunftsmusik. Deswegen hat die Kollegin Kipfer Recht, die heute Morgen gesagt hat: „Kinderbetreuung ist auch ein Standortfaktor.“

(Abg. Schmiedel SPD: Was gilt denn jetzt?)

Um sie zu verbessern, brauchen wir Wettbewerb. Dafür brauchen wir Freiraum und nicht noch mehr Vorschriften. Freiraum heißt für mich allerdings auch, dass ich nicht unbedingt dabei sein will, den kommunalen Landesverbänden ein gesetzliches Feigenblatt zu verpassen. Ich meine nicht,

(Heiderose Berroth)

dass wir die Elternbeteiligung vorschreiben müssen. Das möchte ich den Kommunen und den Gemeinderäten und Verwaltungen vor Ort überlassen. Mehr Verantwortung für die Kommunen ist nämlich genau der richtige Weg. Auf diese Weise hat Finnland ein hervorragendes PISA-Ergebnis erzielt. Dort sind nämlich selbst die Schulen in kommunaler Trägerschaft.

(Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Dass sich das Land weiterhin nachhaltig an der Finanzierung der Kinderbetreuung beteiligt, ist für uns Liberale eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hauk CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung dieses Tagesordnungspunkts.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 13/1106 an den Sozialausschuss zu überweisen. Sind Sie damit einverstanden? –

(Zurufe: Ja!)

Es ist so beschlossen.

Kann ich davon ausgehen, dass der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 13/131, und der Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/345, durch die Aussprache erledigt sind? –

(Zustimmung)

Danke schön. Es ist so beschlossen.

Kann ich für die Große Anfrage der Fraktion der SPD, Drucksache 13/435,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja!)

und für die Große Anfrage der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/680, ebenfalls annehmen, dass sie mit der Aussprache erledigt sind? – Das ist der Fall. Ich danke Ihnen.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit bitte ich darum, dass wir die in den Tagesordnungspunkten 4 und 5 vorgesehenen Wahlen gleichzeitig durchführen.

Ich rufe **Punkt 4 a** der Tagesordnung auf:

#### **Wahl von Mitgliedern des Rundfunkrats des Südwestrundfunks**

Bevor wir in die Wahlhandlung eintreten, erteile ich Herrn Abg. Kretschmann das Wort zu einer kurzen Erklärung.

(Unruhe)

**Abg. Kretschmann** GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Landtag von Baden-Württemberg entsendet acht Mitglieder von den 51 Mitgliedern des Rundfunkrats. Bisher hatten wir Grünen dort einen Sitz, weil uns die SPD einen Sitz abgetreten hatte. Das hat sie nun nicht mehr gemacht, und wir werden künftig nicht mehr im Rundfunkrat vertreten sein.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Unglaublich!)

Dagegen möchte ich einfach protestieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt –

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Ich möchte dagegen protestieren, dass wir dort künftig nicht mehr vertreten sein werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass die Sonderstellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nur dann gerechtfertigt ist, wenn durch verfahrensrechtliche und organisatorische Maßnahmen sichergestellt ist, dass alle gesellschaftlich und politisch relevanten Gruppen in den zentralen Entscheidungsgremien der Rundfunkanstalt vertreten sind. Bisher hat noch niemand bestritten, dass wir eine politisch relevante Gruppierung sind. Wir sind dort künftig nicht mehr vertreten, im Gegensatz zum Beispiel zu den Vertriebenenverbänden, die zwei Mitglieder entsenden, oder dem Deutschen Bühnenverein, der ein Mitglied entsendet. Ich habe nichts gegen diese Vereinigungen. Es ist auch richtig, dass sie dort vertreten sind. Aber dass wir künftig nicht mehr dort vertreten sein werden, finde ich nicht in Ordnung.

Sie haben sicher Verständnis dafür, dass wir uns deswegen heute der Stimme enthalten. Das ist natürlich nicht gegen die Kolleginnen und Kollegen gerichtet, aber es war uns nicht mehr möglich, in der kurzen Zeit – nachdem wir erfahren haben, dass wir diesen Sitz nicht mehr bekommen – noch ein anderes Verfahren einzubringen. Deswegen bitte ich Sie um Verständnis dafür, dass wir uns der Stimme enthalten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

**Abg. Drexler** SPD: Ich wollte nur eine Erklärung zur Richtigstellung abgeben: Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode keinen Sitz an die Grünen abgetreten, sondern die Grünen hatten kraft ihres Wahlergebnisses einen Sitz. Insofern haben wir unsere Linie nicht verändert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Grünen haben bei den letzten Wahlen ein schlechteres Wahlergebnis erzielt. Wir haben keinen Koalitionsvertrag mit den Grünen wie die FDP/DVP mit der CDU.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Da steht nichts drin, Herr Kollege!)

Das gibt es im Grunde genommen in der Opposition nicht. Insofern hat die SPD-Fraktion auch keinen Sitz abgetreten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.



**Abg. Oettinger** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Frau Präsidentin!)

Die CDU-Fraktion hatte der vierten demokratischen Kraft im letzten Landtag und hat dem jetzigen Koalitionspartner einen Sitz abgetreten,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

weil wir damals der Meinung waren und heute der Meinung sind, dass der Brauch, die demokratischen Fraktionen im Rundfunkrat zu sehen, in der Tat eine gute Übung ist. Ich glaube, ein Rechtsanspruch darauf besteht nicht, Herr Kollege Kretschmann, weil der Landtag als Gesamtheit und nicht die Fraktionen Teilnehmer im Rundfunkrat ist. Aber diese gute Übung hatten wir. Wir setzen sie fort, weil die FDP/DVP in der letzten Legislaturperiode nicht die Größe hatte und sie auch heute nicht hat, um nach d'Hondt einen eigenen Sitz beanspruchen zu können.

Mein Ratschlag wäre – ohne Zusage –: Es gibt einen parallelen Vorgang im Medienrat. Bei der Landesanstalt für Kommunikation haben wir die Regelung, dass jede Fraktion vorab die Besetzung eines Sitzes vorschlagen kann und die weiteren Sitze danach nach d'Hondt aufzuteilen sind. Es wird nicht heute und nicht in diesem Jahr, aber auf dem Weg zur nächsten Wahl mit Sicherheit um eine Novelle des Staatsvertrags gehen, was den SWR angeht.

(Abg. Drexler SPD: Richtig!)

Dann könnten Sie mit guten Gründen beantragen oder vorschlagen, die LfK-Gesetzgebung in den Staatsvertrag des SWR zu übernehmen, weil dies ein Vorbild ist und ein richtiger Vorgang wäre.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, wir kommen nun zunächst zur Wahl von Mitgliedern des Rundfunkrats des Südwestrundfunks. Nach § 14 Abs. 2 Nr. 1 des Staatsvertrags über den Südwestrundfunk entsendet der Landtag von Baden-Württemberg acht Mitglieder des Rundfunkrats des Südwestrundfunks aus dem Land Baden-Württemberg. Die Amtszeit des derzeitigen Rundfunkrats endet am 16. Januar 2003. Mit Schreiben vom 30. April 2002 hat der Vorsitzende des Rundfunkrats gebeten, ihm bis spätestens 16. September dieses Jahres mitzuteilen, welche Mitglieder der Landtag in den Rundfunkrat des Südwestrundfunks entsendet.

Die acht Mitglieder verteilen sich nach d'Hondt wie folgt auf die Fraktionen: auf die CDU fünf Mitglieder, auf die SPD drei Mitglieder.

Die nach § 17 a der Geschäftsordnung vorschlagsberechtigten Fraktionen haben eine gemeinsame Vorschlagsliste eingereicht (*Anlage 1*). Sie liegt Ihnen vervielfältigt vor. Danach werden die Damen und Herren Abg. Ursula Lazarus, Günther-Martin Pauli, Franz Wieser, Clemens Winckler, Dr. Horst Glück, Hans Georg Junginger, Birgit Kipfer und Herbert Moser zur Wahl vorgeschlagen.

Sie finden auf Ihren Tischen

(Heiterkeit)

einen roten Stimmzettel, auf dem die zur Wahl vorgeschlagenen Damen und Herren Abgeordneten vermerkt sind. Sie haben acht Stimmen. Bitte kreuzen Sie die Namen der acht Abgeordneten an, die Sie in den Rundfunkrat wählen möchten. Sie sind nicht an die Wahlvorschläge gebunden. Wenn Sie den Stimmzettel unverändert abgeben, haben Sie entsprechend dem Wahlvorschlag gewählt. Sie können Namen streichen und durch andere ersetzen. Stimmzettel, die mehr als acht Kreuze enthalten, müssten allerdings als ungültig angesehen werden.

Nun rufe ich **Punkt 4 b** der Tagesordnung auf:

#### **Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrats des Südwestrundfunks**

Für die Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrats des Südwestrundfunks gilt Folgendes: Nach § 20 Abs. 1 Satz 3 des Staatsvertrags über den Südwestrundfunk entsendet der Landtag von Baden-Württemberg drei Mitglieder des Verwaltungsrats des Südwestrundfunks aus dem Land Baden-Württemberg. Nach Satz 5 dieses Absatzes ist für jedes Mitglied ein Stellvertreter zu bestellen.

Nach d'Hondt verteilen sich die drei zu wählenden Verwaltungsratsmitglieder wie folgt auf die Fraktionen: auf die CDU zwei Mitglieder, auf die SPD ein Mitglied. Entsprechendes gilt für die stellvertretenden Mitglieder.

Die nach § 17 a der Geschäftsordnung vorschlagsberechtigten Fraktionen haben eine gemeinsame Vorschlagsliste eingereicht (*Anlage 2*). Sie liegt Ihnen vervielfältigt vor. Danach werden folgende Damen und Herren Abgeordnete zur Wahl vorgeschlagen: Dr. Inge Gräßle als ordentliches Mitglied und Werner Pfisterer als stellvertretendes Mitglied, Winfried Scheuermann als ordentliches Mitglied und Dr. Klaus Schüle als stellvertretendes Mitglied, Wolfgang Drexler als ordentliches Mitglied und Norbert Zeller als stellvertretendes Mitglied.

Sie finden auf Ihren Tischen einen gelben Stimmzettel, auf dem die zur Wahl vorgeschlagenen Damen und Herren vermerkt sind. Wenn Sie den Stimmzettel unverändert abgeben, haben Sie entsprechend dem Wahlvorschlag gewählt. Sie sind auch an diesen Wahlvorschlag nicht gebunden. Sie können Namen streichen und durch andere ersetzen. Allerdings müssten Stimmzettel mit mehr als drei Namen von ordentlichen Mitgliedern und mehr als drei Namen von stellvertretenden Mitgliedern als ungültig angesehen werden.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Wahlhandlung ein. Sie finden hier unten auf dem Stenografentisch zwei Wahlurnen, in die Sie bitte Ihre Stimmzettel einwerfen.

(Abg. Marianne Wonnay SPD und Abg. Pfister FDP/DVP: Beide miteinander?)

– Ja, beide miteinander.

(Einsammeln der Stimmzettel)

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Meine Damen und Herren, ist jemand im Saal, der noch nicht abgestimmt hat? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung und bitte die Schriftführer, das Wahlergebnis festzustellen. Ich werde Ihnen das Wahlergebnis bekannt geben, sobald es mir vorliegt. Wir fahren so lange in der Tagesordnung fort.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

#### **Zustimmung zur Bestellung des Landesbeauftragten für den Datenschutz**

Meine Damen und Herren, mit Schreiben vom 10. Juni 2002 hat der Herr Ministerpräsident mitgeteilt, dass die Landesregierung beabsichtigt, Herrn Leitenden Ministerialrat Peter Zimmermann zum neuen Landesbeauftragten für den Datenschutz zu bestellen. Er bittet, die gemäß § 22 Abs. 1 des Landesdatenschutzgesetzes erforderliche Zustimmung des Landtags herbeizuführen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Plätze wieder einzunehmen. Wir sind mitten in der Tagesordnung.

Die Zustimmung zur Bestellung des Landesbeauftragten für den Datenschutz erfolgt gemäß § 97 a Abs. 3 der Geschäftsordnung ohne Aussprache in geheimer Abstimmung. Die Fraktionen haben im Präsidium vorgeschlagen, die Wahl in offener Abstimmung durchzuführen. – Das Haus stimmt dem zu.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Bestellung des Herrn Peter Zimmermann zum Landesbeauftragten für den Datenschutz zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Drexler SPD: Hand hoch!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit, meine Damen und Herren, hat der Landtag mehrheitlich der Bestellung des Herrn Peter Zimmermann zum Landesbeauftragten für den Datenschutz zugestimmt.

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Die Fraktionen sind übereingekommen, Punkt 9 der Tagesordnung vorzuziehen.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

#### **Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Luftsicherheit im Flugbetrieb und durch Sicherungsmaßnahmen auf den Flughäfen in Baden-Württemberg – Drucksache 13/326**

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Dr. Puchta.

**Abg. Dr. Puchta** SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Unser Antrag vom Oktober vergangenen Jahres zum Thema Flugsicherheit entstand vor dem Hintergrund des abscheulichen Verbrechens vom 11. September 2001 am World Trade Center. Eine traurige Aktualität hat das Thema Flugsicherheit nun durch den schrecklichen Unfall bei Überlingen erlangt, bei dem 71 Menschen den Tod fanden, darunter 59 Kinder aus Baschkirien. Wer wie ich leider Augenzeuge dieses schreckli-

chen Unfalls war – in nur 4 Kilometern Entfernung – und miterlebt hat, wie die Menschen, als diese Flugzeuge auf sie zukamen, in die Häuser geflohen sind, der weiß, dass hier keine parteipolitische Auseinandersetzung auf dem Rücken der beklagenswerten Opfer durchgeführt werden darf. Das sage ich in völliger Übereinstimmung mit dem, was Herr Innenminister Schäuble sagte: man dürfe die Arbeit der Schweizer Skyguide nicht mit dem Thema Fluglärm verquicken. Allerdings wurde und wird dies sowohl von Teilen der Bevölkerung als auch den Medien und den örtlichen CDU-Landräten trotzdem ständig gemacht.

Deshalb zunächst zu Skyguide. Vorab: Mein Mitleid gehört in erster Linie dem Schweizer Fluglotsen; denn er ist meines Erachtens eher Opfer des Tohuwabohus bei der Skyguide im Kontrollzentrum als der Verantwortliche. Was das Organisationschaos bei Skyguide anbetrifft, stellen sich mir zwei Fragen. Die erste Frage ist, ob es überhaupt möglich ist, den Bereich der Flugsicherung privatwirtschaftlich zu organisieren. Wenn man sich einmal den Prospekt der Skyguide anschaut, dann findet man dort Begriffe wie Wirtschaftlichkeit und Rentabilität. Wenn man ferner weiß, dass nach der Privatisierung der englischen Eisenbahnen die Unfallzahlen beträchtlich zugenommen haben, muss man sich wirklich die Frage stellen, ob hier das klassische Nutzen-Kosten-Denken im Vordergrund stehen darf.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Die zweite Frage, die sich stellt, ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass wir ja letztlich großes Glück im Unglück hatten; denn es hätte ja alles noch viel schlimmer kommen können, wenn beispielsweise die Flugzeuge in Wohngebiete abgestürzt wären oder das Bodenseetrinkwasser durch Kerosin total verunreinigt worden wäre. Deshalb möchte ich an dieser Stelle etwas wiederholen, was ich seit Jahren gebetsmühlenartig bei mir am Hochrhein immer wieder sage, nämlich: Es gibt keine Sicherheit bei einem Atomkraftwerk wie Leibstadt, das direkt in der Einflugschneise des Flughafens Zürich-Kloten liegt.

(Abg. Scheuermann CDU: Es gibt überhaupt keine absolute Sicherheit!)

Wenn man sich dort auch damit herausredet, dass solche Atomkraftwerke beispielsweise gegen gezielte Flugzeug-attacken wie beim World Trade Center geschützt sind, so darf man aber dennoch nicht vergessen: Es gibt bei den Atomkraftwerken eine wichtige Peripherie wie beispielsweise die Kühlaggregate und die Stromversorgung, und wenn Flugzeugteile, wie wir es in Überlingen erlebt haben, auf diese Peripherie abstürzen, kann dies durchaus zu großen Problemen führen.

Deshalb sage ich: Wer wirklich glaubwürdig für die Sicherheit der Menschen am Bodensee und am Hochrhein eintreten will, der muss sich entscheiden: Entweder fliegen oder Leibstadt abschalten. Bei dieser Alternative liegt es ja wohl auf der Hand, dass man Leibstadt, das direkt in der Einflugschneise liegt, endlich abschalten muss.

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Puchta)

Nun stellt sich die Frage: Welche Lösung bietet sich für die Skyguide-Problematik an? Meines Erachtens muss als Allererstes Schluss sein mit der Zerstückelung des Himmels durch nationale Zuständigkeiten und Egoismen. Man muss vielmehr einen einheitlichen europäischen Luftraum schaffen.

Damit komme ich in diesem Zusammenhang zur Fluglärmdebatte. Im Schlepptau des örtlichen Landrats Dr. Wütz fordert die Landesregierung, dass die deutsche Flugsicherung von Skyguide die Zuständigkeit für die Flugsicherung ab der Schweizer Grenze übernehmen soll. Auch wenn dies unter bestimmten Bedingungen eintreten könnte, so ist das öffentliche Erheben dieser Forderung dennoch falsch. Denn diese Übernahme wäre betrieblich und außenpolitisch ein Rückschritt.

Aber weit schwerer wiegt die Tatsache, dass es überaus gefährlich wäre, wenn die Übergabe von der deutschen Flugsicherung auf die Schweizer Flugsicherung unmittelbar im Landeanflugbereich stattfinden würde. Das heißt, man kann die Verantwortlichkeit für die Luftüberwachung nicht mitten im Landeanflug wechseln. Dies würde im Übrigen auch zu erheblichen zeitlichen Verzögerungen führen. Es käme auch zu zusätzlichen Gefahren im Überflugverkehr sowie zu Verspätungen beispielsweise im Bereich des Stuttgarter Flughafens.

Deshalb ist aus meiner Sicht die einzig sinnvolle Maßnahme: Skyguide und DFS müssen eine gemeinsame Luftverkehrskontrollgruppe einrichten.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir nun beim Thema Fluglärm sind, möchte ich als örtlich Betroffener auch ausführen, dass es im Gegensatz zu dem, was viele vermuten, nicht um eine Konfrontation zwischen Deutschland und der Schweiz geht, sondern um eine Auseinandersetzung zwischen den Bewohnern der so genannten Züricher Goldküste mit dem Rest der Bevölkerung, und zwar sowohl auf deutscher als auch auf Schweizer Seite.

Deshalb sagen wir: Es kann nicht angehen, dass 90 % des Anflugverkehrs von Norden her über deutsches Gebiet, aber auch über viele Schweizer Gemeinden erfolgen. Wir sind dafür, dass die Lasten auch von uns getragen werden, aber die Lasten müssen gerecht verteilt werden.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kleinmann  
FDP/DVP)

Deshalb möchte ich um der historischen Wahrheit willen auch noch einmal kurz auf die Entwicklung hinweisen: Die SPD-geführte Bundesregierung hat das Luftverkehrsabkommen mit der Schweiz gekündigt. Obwohl die Schweiz seit 1984 systematisch, gezielt und bewusst vertragswidrig das Luftverkehrsaufkommen permanent erhöht hatte, geschah von 1984 bis 1998 überhaupt nichts.

(Zurufe von der SPD: Aha!)

Man hat dies stillschweigend hingenommen, und erst – und ich finde, es ist wichtig, dass ihr Name hier auch genannt wird – die örtliche SPD-Abgeordnete Karin Rehbock-Zu-

reich hat durch ein ganz beharrliches und hartnäckiges Bohren beim damaligen Bundesverkehrsminister, dem Vorgänger von Bodewig, diese Maßnahme erreicht.

(Abg. Fleischer CDU: Wie hieß der?)

– Das war der Saarländer. Der Saarländer war das, Herr Kollege.

(Zurufe, u. a. Abg. Scheuermann CDU: Klimmt  
hieß der!)

Wie gesagt, wegen der Beharrlichkeit von Frau Rehbock wurde dieses Verkehrsabkommen von der Bundesregierung gekündigt.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Nun zeigt doch die Tatsache, dass das Schweizer Parlament den neuen Vorschlag der Bundesregierung abgelehnt hat, dass die Bundesregierung bis an das Äußerste ging, was der Schweiz aus ihrer Sicht überhaupt noch zumutbar war. Jeder, der schon einmal Verträge geschlossen hat, weiß doch, dass es gute Verträge sind, von denen beide Seiten sagen: Der Vertrag taugt nichts. Wenn solche Verträge geschlossen werden, dann weiß man, dass hier letztlich die Kompromisse bis zum bitteren Ende ausgereizt sind.

Deshalb ist die Forderung der Landesregierung, mit der Schweiz nachzuverhandeln, aus meiner Sicht falsch. Denn wozu nachverhandeln, wenn der Schweiz bereits die jetzigen Regelungen zu weit gehen?

Die einzig mögliche Maßnahme ist der Erlass einer einseitigen Rechtsverordnung, und dies muss in den nächsten Wochen – meiner Meinung nach noch vor der Bundestagswahl; das sage ich ausdrücklich – auf den Tisch.

Ich selbst sage sogar – und ich habe diesbezüglich Bundesverkehrsminister Bodewig einen Brief geschrieben –, dass noch vor der Ständeratsentscheidung in der Schweiz – –

(Unruhe – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

– Lieber Kollege Wieser, da Sie als Lehrer des Lesens mächtig sind, gebe ich Ihnen den Brief nachher.

(Heiterkeit des Abg. Drexler SPD)

Dem Schweizer Ständerat muss klar sein, was unweigerlich kommen wird, falls auch er im September diese Vereinbarung ablehnt. Wir erwarten, dass in dieser Verordnung der Bundesregierung die Flugbewegungen auf maximal 80 000 begrenzt werden, dass die Flughöhe im Warteraum RILAX auf über 3 050 Meter über Normalnull angehoben wird, dass eine Nachtflugbeschränkung zwischen 21 Uhr und 7 Uhr und eine Flugbeschränkung an Wochenenden und an Feiertagen zwischen 7 Uhr und 21 Uhr erfolgt.

(Beifall bei der SPD)

Nur, eines, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss klar sein: Die Regelung, die wir jetzt der Schweiz oktroyieren wollen, haben wir natürlich mitnichten bei einem einzigen



(Dr. Puchta)

deutschen Flughafen, auch nicht in Stuttgart. Deshalb ist klar: Wir müssen der Schweiz verständlich machen, dass wir für gutnachbarliche Beziehungen stehen. Wir wollen sie weiter pflegen, aber wenn der jetzige Vertrag sowohl vom Parlament als auch vom Ständerat abgelehnt wird, dann müssen wir diese einseitige Verordnung in Kraft setzen.

Zum Schluss: In unserem Antrag hatten wir ja das Kontrollsystem am Flughafen Stuttgart angesprochen. Da spreche ich nun die Landesregierung in ihrer Eigenschaft als Gesellschafterin des Flughafens an. Sicherlich sind einige von Ihnen in letzter Zeit auch geflogen. Ich finde es schon seltsam, dass jetzt dieser Flaschenhals vor der Personenkontrolle oben am Flughafen existiert. Ich habe das noch nirgendwo sonst gesehen. Bevor man zur Personenkontrolle kommt, muss man sich also durch einen furchtbar engen Flaschenhals drängen.

Noch etwas anderes an den Gesellschafter. Das habe ich wirklich noch an keinem internationalen Flughafen gesehen: Wenn man als Fluggast in Stuttgart ankommt, muss man entweder eine Euromünze oder eine Dollar-Cent-Münze haben, um sich mit einem Kofferkuli bedienen zu können. Ich habe neulich am Flughafen beispielsweise einen Asiaten gesehen –

(Abg. Scheuermann CDU: Das ist in jedem Einkaufszentrum so!)

– Ja, richtig, bei jedem Einkaufszentrum. Herr Scheuermann, haben Sie aber immer ausländisches Geld, und zwar Münzgeld, in der Tasche, wenn Sie irgendwo international landen?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Das ist doch der wesentliche Unterschied. Deshalb sage ich Ihnen zur Illustration:

(Unruhe)

Ich habe neulich einen Asiaten gesehen, der hatte gedacht, als er Cent und Dollar-Cent gelesen hat, er bräuchte jetzt beides, und ist im Flughafen herumgeirrt und hat ganz dringend Cent und Dollar-Cent gesucht. Ich denke, da könnte man einmal Abhilfe schaffen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies war jetzt vermutlich meine letzte Rede im Landtag. Übrigens ein Novum: Zum ersten Mal stehe ich bei einer Rede höher als die Präsidentin bzw. der Präsident.

(Große Unruhe und Zurufe – Abg. Fischer SPD: Frau Vosschulte!)

Ich möchte zum Abschied sagen, dass ich sehr gerne Parlamentarier bin und war und dass ich deshalb auch durchaus sehr traurig aus diesem Hause gehe. Aber ich habe ganz gezielt und bewusst zu diesem Thema gesprochen, weil dieses bezeichnend für das ist, was mir in den letzten Monaten und Jahren immer mehr Mühe gemacht hat. Ich habe nämlich immer stärker den Eindruck: Je größer eigentlich die Gemeinsamkeiten zwischen den einzelnen Parteien

sind, desto lautstärker und intensiver ist der politische Streit. In den allermeisten oder in vielen Fragen sind wir doch viel, viel enger zusammen, als wir in der täglichen Praxis zugeben, vor allem vor dem Hintergrund, dass unsere Politik ja sehr stark und immer intensiver von weltwirtschaftlichen Zusammenhängen dominiert wird. Auch beim heutigen Thema wollen CDU, SPD und auch die Grünen im Prinzip alle dasselbe. Wir wollen Entlastung und Sicherheit für die Bevölkerung am Hochrhein und am Bodensee und unterscheiden uns hierbei wirklich nur durch Nuancen. Herr Kleinmann signalisiert mir, dass das auch für die FDP/DVP zutrifft.

Vielen Dank und alles Gute für Ihre Zukunft und die des Landes.

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herzlichen Dank, Herr Abg. Dr. Puchta. Wir wünschen Ihnen alles Gute für die Zukunft.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheuermann.

**Abg. Scheuermann CDU:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Professor Puchta, weil es Ihre Abschiedsrede war, sehen wir es Ihnen nach, dass Sie zu dem Tagesordnungspunkt außer Ihren Ausführungen bezüglich der Münze für den Kofferkuli nichts gesagt haben, aber Ihre ganze Redezeit praktisch auf einen Sachverhalt verwendet haben, der in dem Tagesordnungspunkt überhaupt nicht vorkommt. Wenn ich es richtig gelesen und verinnerlicht habe, geht es um einen alten Antrag der SPD,

(Abg. Schmiedel SPD: Der eine neue Bedeutung bekommen hat!)

der unmittelbar nach den tragischen Umständen des 11. September des vergangenen Jahres gestellt worden ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, am 11. September des vergangenen Jahres ist in Amerika ein Unglück passiert, das sich vorher kaum jemand vorstellen konnte. Ich will aber auch dazusagen: Nach diesem Unglück sind Möglichkeiten bekannt geworden, wie man ohne die geringsten Sicherheitsanforderungen auf amerikanische Flugplätze und in amerikanische Flugzeuge gelangen konnte, die wir uns in Europa, wenn man nicht selbst einmal dort gewesen ist, so auch nicht vorstellen konnten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir uns nach einem solchen Unglück über alle Parteigrenzen hinweg – das gilt auch für heute – überlegen, wie wir unseren Flugbetrieb so sicher wie technisch möglich machen können, ist Allgemeingut und versteht sich von selbst, zumal Kosten der öffentlichen Hand so gut wie keine Rolle spielen, weil die dadurch entstehenden Kosten auf jeden einzelnen Fluggast und Flughafenbenutzer umgelegt werden.

Gleichwohl muss man dazusagen, dass man ein Spannungsverhältnis zwischen Sicherheitsanforderungen auf der einen Seite und der Bequemlichkeit der Fluggäste auf der anderen Seite hat. Je höher die Sicherheitsanforderungen sind, desto stärker sind die Einbußen an Bequemlich-



(Scheuermann)

keit und umgekehrt. Leider ist es eine menschliche Erfahrungstatsache, die man, glaube ich, durch nichts aus der Welt schaffen kann: Je länger der letzte Unglücksfall entfernt ist, desto mehr gewinnen wieder Ansprüche der menschlichen Bequemlichkeit die Oberhand, und Anforderungen der Sicherheit nehmen ab.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, noch ein paar Worte zu dem Sachverhalt, den Herr Professor Puchta hier vorgetragen hat, nämlich zu diesem schrecklichen Unglück des Absturzes zweier Flugzeuge über dem Bodensee oder unmittelbar am Bodensee. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es stimmt, was der Herr Präsident heute Morgen gesagt hat, nämlich dass nach allem, was wir bis heute wissen – die vollständige Ursachenaufklärung haben wir ja wohl noch nicht –, dieses Unglück so nicht hätte passieren müssen. Dieses Unglück ist weit davon entfernt, so etwas wie höhere Gewalt zu sein.

Verhältnisse, wie wir sie uns auch nicht vorstellen konnten, haben bei der Flugsicherheit auf dem Flughafen in Zürich geherrscht,

(Vereinzelt Beifall)

sodass zum Beispiel jemand in Karlsruhe sehenden Auges auf dem Radarschirm erkennen konnte, was passiert, und es trotz der heutigen technischen Möglichkeiten überhaupt unmöglich war, in diesem Moment bei der Züricher Flugsicherung anzurufen. Das sind unvorstellbare Dinge für jeden von uns, der sich in ein Flugzeug setzt und meint, er sei in redundanter Sicherheit.

Was dann in den beiden Flugzeugen noch für Reaktionen erfolgt sind, wissen wir noch nicht ganz genau, aber die Wahrscheinlichkeit, dass noch zusätzliches menschliches Versagen hinzugekommen ist, ist nicht von der Hand zu weisen.

Dass dann natürlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Querbeziehung zu dem Staatsvertrag zwischen Deutschland und der Schweiz über den Anflug auf den Flughafen Zürich schnell hergestellt ist, versteht sich von selbst. Nun bin ich, Herr Professor Puchta, nicht Techniker genug, um dazu etwas zu sagen. Vielleicht erklärt uns das nachher der Minister.

(Lachen bei der SPD)

– Er ist auch kein Techniker, aber er hat ein paar Techniker im Haus, die das vielleicht wissen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir können die Flugsicherung organisieren, wie wir wollen – öffentlich-rechtlich, privatrechtlich, durch beliehene Unternehmer –, es wird immer Situationen geben, in denen eine Einrichtung der Flugsicherung ein Flugzeug an eine andere übergeben muss. Da müssen wir, glaube ich, genau nachschauen, ob wir hier Konsequenzen aus dem Unglück über dem Bodensee ziehen können.

Zum Schluss: Herr Professor Puchta, dieser Staatsvertrag ist in Deutschland im Bundesrat abgelehnt worden, und

wenn ich Ihre Anforderungen an eine Verordnung von deutscher Seite zur Regelung dieser Verhältnisse richtig deute, dann ist die Ablehnung, die von Baden-Württemberg bzw. unserem Ministerpräsidenten im Bundesrat organisiert worden ist, zu Recht erfolgt; denn sonst könnten Sie nicht in der Rechtsverordnung Forderungen stellen, die weit unterhalb der Vorschriften des Staatsvertrags liegen.

Wenn nun auch die Schweiz diesen Staatsvertrag endgültig ablehnt, haben Sie sicherlich ein Stück weit Recht, dass wir dann eine Rechtsverordnung erlassen sollten. Ich weiß jetzt nur nicht, ob das dann völlig völkerrechtlichen Gepflogenheiten entspricht oder ob wir dann nicht aus guter Nachbarschaft zur Schweiz gehalten sind, vor einer Rechtsverordnung doch noch einmal zu versuchen, eine vertragliche Regelung zustande zu bringen. Allerdings muss man ganz offen zugeben, dass die Ausgangsvoraussetzungen dann schwieriger und schlechter sind als bei der Verhandlung des jetzt gescheiterten Vertrags. Denn die Schweiz will, wenn ich das richtig sehe, mehr Flugverkehr auf Deutschland abwälzen, und wir wollen weniger. Ich bin mit Ihnen völlig einer Meinung, dass die Rechtsverordnung dann die letzte Konsequenz ist.

Jetzt ganz zum Schluss: Wer soll den deutschen Flugraum im Weichbild der Grenze zur Schweiz kontrollieren? Hier haben Sie natürlich mit der Argumentation Recht, dass das möglichst der Flughafen tun sollte, in dessen Einflugbereich sich der entsprechende Raum befindet. Ich habe natürlich auch viel Verständnis für Ansichten deutscherseits, die besagen: Wenn schon ein gewisser Teil des Anflugs auf den Züricher Flughafen aufgrund geographischer Notwendigkeit über deutschem Gebiet erfolgt, dann wollen wir das aber auch selber kontrollieren. Denn das Schlimmste, was uns passieren könnte, wäre, wenn wir – bei einer gewissen Großzügigkeit der Schweiz gegenüber – auch noch erleben müssten, dass durch die Kontrolle der Flugsicherheit durch die Schweizer Seite das, was im Vertrag vereinbart wird, sehr großzügig ausgelegt oder gar aus der Sicht der Schweiz zu ihren Gunsten noch überschritten wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, abschließend: Die beiden Unglücke – das vom September und das, das unmittelbar in den letzten Tagen geschah – haben uns gezeigt, dass es eine absolute Sicherheit nicht gibt. Wir können uns bemühen und anstrengen, solange wir wollen: Wir sind nie auch vor einem menschlichen Versagen gefeit. Unser ganzes Trachten muss dahin gehen, die Sicherheit so hoch wie technisch möglich auszulegen und gegen menschliches Versagen so viele Kautelen wie nur denkbar einzubauen. Gleichwohl bin ich mir sicher, dass wir uns alle irgendwann in der nächsten Zeit auch einmal wieder auf einem Flughafen sehen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

(Zuruf: Aber kurz!)

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, vor allem aber geschätzter Herr Professor Puchta! Ihre ausführliche Rede und die Ausweitung der Thematik erklären sich ja aus der besonderen Situation, in der die Rede gehalten wurde. Ich möchte Ihnen deshalb ausdrücklich auch für die FDP/DVP-Fraktion von Herzen alles Gute für Ihre nachparlamentarische Zeit wünschen.

Aber nun zum Thema. Der eingebrachte Antrag ist ja schon ein Dreivierteljahr alt. Die Stellungnahme des Ministeriums ist informativ und, denke ich, auch ausreichend. Sie stellt ganz klar dar, wie die Zuständigkeit auf den Flughäfen geregelt ist und was zusätzlich getan wurde, nachdem man gemerkt hat, dass offensichtlich noch Handlungsbedarf besteht. Auch die Koordination zwischen Bund und Land scheint zu stimmen.

Die Frage ist, ob wir je eine Sicherheitskonzeption für Kleinflugzeuge und für die Sportfliegerei erreichen werden. Das, was man da anpacken müsste, wäre vermutlich überdimensioniert und würde der Sache nicht gerecht.

Jeder von uns, der inzwischen auf einem Flugplatz war und geflogen ist, weiß: Es gibt eine größere Präsenz des Bundesgrenzschutzes, es gibt gründlichere Kontrollen. Auch sind die objektive Sicherheit und das subjektive Sicherheitsgefühl um einiges größer geworden. Deswegen kann man wohl sagen: In diesem Punkt ist getan worden, was man tun konnte.

Ich möchte hier nicht ausführlich auf den Fluglärm und auf das Fluglärmthema eingehen, aber eines anmerken: Mir geht es genauso wie dem Kollegen Scheuermann. Wir sollten mit unseren Schweizer Nachbarn zu einer einvernehmlichen Lösung kommen. Ich hätte mir aber vor allem auch eine bessere Zusammenarbeit zwischen Berlin und Stuttgart gewünscht. Es lag nicht an Stuttgart, dass da so manches etwas schief gelaufen ist.

Zum Unglück vom 1. Juli: Unsere Betroffenheit ist groß, unsere Anteilnahme auch. Aber wir sollten jetzt keine Schnellschüsse machen. Es ist sicher, dass es Kommunikationsprobleme gegeben hat. Also muss man da ansetzen und Mängel in der Luftraumüberwachung möglichst schnell abstellen. Deswegen ist unsere Hauptforderung, die die FDP-Bundestagsfraktion auch seit Jahren erhebt, endlich daranzugehen, die nationalstaatliche Luftraumkontrolle abzuschaffen und durch eine europäische Kontrollstelle zu ersetzen, damit wir einen einheitlichen europäischen Luftraum bekommen. Unter solch einem einheitlichen Dach wäre es sicherlich auch besser möglich gewesen, dass der Fluglotse aus Karlsruhe, der offensichtlich deutlich früher auf die Problematik aufmerksam geworden ist, seinen Kollegen in Zürich auch erreicht.

Es ist jetzt dringlich geworden, dass wir das anpacken. Der Luftverkehr wird nicht abnehmen. Was sich aber verringern wird, sind die Sicherheitsabstände zwischen den Flugzeugen – sowohl in der Höhendifferenz als auch in horizontalen Weiteabständen. Deswegen müssen wir alles dafür tun, das Risiko von Kollisionen weiter zu vermindern.

Ich möchte aber vor einem warnen: Wir sollten kein zu großes Vertrauen in die Technik entwickeln. Denn es hat

sich gerade jetzt wieder gezeigt: Man hat zu sehr in die Technik vertraut. Die Menschen meinen, sie müssten nicht mehr so aufpassen, weil die Technik für sie aufpasst. Wir sind schmerzlich daran erinnert worden, dass das nicht immer stimmt. Deswegen dürfen wir auch die Systeme nicht zu perfekt machen, damit Menschen nach wie vor wissen, dass sie die letzte Verantwortung tragen, und damit sie sie auch übernehmen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser und Hofer FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

**Abg. Kretschmann** GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zu den Einzelheiten des Antrags kann ich jetzt leider nicht Stellung nehmen. Ich selbst bin da zu wenig mit den Einzelheiten vertraut. Unser verkehrspolitischer Sprecher musste zu einem dringenden Termin.

Ich möchte nur noch ein paar kurze oder auch längere Sätze zu der Frage der Konsequenzen aus dem Flugzeugabsturz über dem Bodensee sagen.

Ich möchte für uns hier feststellen: Es gibt zwischen dem tragischen Absturz der beiden Maschinen über dem Bodensee und dem Flugverkehrsstaatsvertrag keinen Zusammenhang. Die schweizerische Flugsicherung kontrolliert den Luftraum über dem Bodensee seit 40 Jahren, und es ist niemals zu solch einem tragischen Ereignis gekommen.

Wenn die Übertragung der Flugsicherung rechts- und verfassungswidrig wäre, hätte das seit langem beanstandet werden können. Mit der Kritik an der Rechtsform von Skyguide sollte man sich ein bisschen zurückhalten, denn auch die Deutsche Flugsicherung DFS ist in dieser Rechtsform organisiert.

Ich möchte auch darauf hinweisen: Eine vollständige Rückübertragung der Flugsicherung über deutschem Hoheitsgebiet auf deutsche Institutionen bringt erhebliche Probleme mit sich und ist keinesfalls geeignet, die Sicherheit zu erhöhen. Für Anflüge auf den Flughafen Zürich würde dies bedeuten, dass die Übergabe eines Flugzeugs von der Deutschen Flugsicherung an Skyguide erst drei bis vier Minuten vor der Landung erfolgen könnte.

Wir müssen mit den Schweizer Nachbarn Kompromisse suchen und tragen. Wir wissen, dass die Belastung durch Fluglärm am Hochrhein seit vielen Jahren unerträglich hoch und unfair verteilt ist. Wir wissen aber auch, dass die baden-württembergische CDU rein gar nichts dagegen unternommen hat, solange Herr Wissmann Bundesverkehrsminister war. Sozialdemokraten und Grüne haben sich auf beiden Seiten – in der Schweiz und hier – für diesen Kompromiss eingesetzt. Ich finde, Herr Kollege Scheuermann, wenn die Schweizer den Vertrag als Zumutung empfinden und ihn ablehnen, kann ja unsere Seite nicht so schlecht verhandelt haben.

In der Tat greift seit dem letztem Herbst ein verbesserter Schutz der Nachtruhe. Nach einer sehr langen Übergangszeit, die bedauerlich ist, werden die Flugbewegungen in

(Kretschmann)

niedriger Höhe bis 2005 um 40 % reduziert. Ich meine, das ist ein gutes Verhandlungsergebnis zwischen zwei demokratischen Staaten, wobei man natürlich Kompromisse eingehen muss.

Logischerweise ist aber die Voraussetzung für die weitere Abwicklung des Züricher Flugverkehrs über deutschem Gebiet das vollständige Ausräumen aller angemeldeten Bedenken über eventuelle sicherheitsrelevante Defizite bei Skyguide. Denn die von niemandem erwartete oder ernsthaft befürchtete Kollision in der Luft und das Eingeständnis von Fehlern durch die Schweiz verleihen der Forderung nach direktem Zugriff der deutschen Seite auf die Flugsicherung durchaus Nachdruck und Legitimität. Aber ich glaube, dass wir angesichts des dichten Flugverkehrs über Europa die bislang nationalstaatlich organisierten Flugsicherungssysteme mittelfristig in eine einheitliche europäische Flugsicherung überführen müssen. Das ist, glaube ich, die eigentlich wichtige Forderung aufgrund der Vorkommnisse.

Nachdem die Schweiz, Herr Kollege Scheuermann, diesen Kompromiss nun aber abgelehnt hat, fordern wir – ich finde, mit gutem Recht; dann greifen eben unsere Interessen wieder stärker – den Bundesverkehrsminister selbstverständlich dazu auf, eine Rechtsverordnung zu erlassen, die Folgendes beinhaltet: Reduzierung der Flugbewegungen über deutschem Gebiet auf deutlich unter 80 000 im Jahr, Nachtflugbeschränkung zwischen 21 und 7 Uhr, Wochenendflugbeschränkung zwischen Freitag 21 Uhr und Montag 7 Uhr, Flugbeschränkung an deutschen Feiertagen zusätzlich auch zwischen 7 und 21 Uhr, Nutzung der Warteräume über deutschem Gebiet nur in begründeten Ausnahmefällen, die Anhebung der Flughöhe über dem Warteraum RILAX über dem Schwarzwald auf deutlich über 3 000 Meter über Grund und schließlich die Offenlegung aller Messdaten und der Anzahl der Flugbewegungen.

Allerdings finden wir, dass die Kritik der Landesregierung an dem Vertrag nicht glaubwürdig war. Im Gebiet der eigenen deutschen Flughäfen verweigert das Land den Anwohnern gerade den Schutz vor Lärm und Abgasen, den sie in dem Staatsvertrag einfordert. So beschränkt sich für die Anwohner beim Flughafen Stuttgart, Herr Kollege Scheuermann, die Nachtflugbeschränkung auf ein wesentlich engeres Zeitfenster von 23:30 bis 6 Uhr, im Flugvertrag am Hochrhein dagegen an allen Wochentagen von 22 bis 6 Uhr und sogar von 20 bis 9 Uhr am Wochenende.

Die Zahl der Flugbewegungen in Stuttgart liegt bei 150 000 pro Jahr, wobei nach oben keine Grenze besteht.

Im vergangenen Jahr hat die baden-württembergische Landesregierung zusammen mit anderen Landesregierungen und Bundesressorts das vom grünen Bundesumweltminister Trittin vorgelegte neue Fluglärngesetz verhindert. Neben bundesweit einheitlichen Nachtflugbeschränkungen von 22 bis 6 Uhr sah das Gesetz unter anderem deutlich ausgeweitete Lärmschutzmaßnahmen vor. An dieser Stelle hätte sich die baden-württembergische Landesregierung für die vom Fluglärm geplagte Bevölkerung einsetzen können – nicht nur nach dem Sankt-Florians-Prinzip im Fall Zürich. Hier war von ihr jedoch nichts zu hören.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Müller.

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mit dieser Debatte etwas Schwierigkeiten, muss ich Ihnen gestehen, weil sie versucht, höchst unterschiedliche Dinge, die herzlich wenig miteinander zu tun haben, in einem Gesamtgemälde zusammenzufassen. Man muss aufpassen, dass man aus einem aktuellen und tragischen Anlass nicht die Punkte anführen will, die man schon immer einmal vorbringen wollte.

Ich will mich auf einige Aspekte konzentrieren, die hier in der Debatte angesprochen worden sind. Ich will das zunächst einmal mit einem ausdrücklichen Dank an diejenigen tun, die auf der deutschen Seite, speziell am Bodensee, hervorragende Arbeit geleistet haben. Ich meine damit die Polizeibeamten und die Helfer der Rettungsdienstorganisationen, aber auch die Bevölkerung. Sie haben Ehre für unser Land und für Deutschland eingelegt. Ich kann das aus meinen Kontakten mit der russischen Seite sagen. Ich bin froh, dass wir diese Bewährungsprobe so glänzend bestanden haben.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, wir können über dieses Unglück deswegen unbefangen sprechen, weil wir in keiner Weise berührt und beteiligt waren. Es handelte sich um zwei ausländische Luftverkehrsgesellschaften und eine ausländische Lotsenorganisation. Die Schuldfrage unter ihnen ist aufseiten des Bundes, der Bundesrepublik Deutschland, zu klären. Wir sollten uns dabei, so gut es geht, zurückhalten. Es ist wichtig, dass wir eine exakte Ursachenanalyse haben, damit dann auch wirklich verursachungsgerecht gehandelt werden kann.

Aber eines kann ich damit auch schon sagen – das ist immerhin ein Aspekt, an den man auch denken sollte –: Wenn ich von der Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland, also des Bundesstaats, spreche, dann greife ich einen Nebenasspekt auf, der für die Zukunft noch eine gewisse Bedeutung haben wird, nämlich die Haftungsfrage. Wir gehen davon aus, dass die Bundesrepublik Deutschland durch die Beauftragung von Skyguide mit in der Haftung für dieses Geschehen steht. Das gilt gegenüber der deutschen Bevölkerung, es kann aber auch gegenüber anderen Geschädigten gelten.

Ich habe unsere Rechtsauffassung in dieser Frage beim Bundesverkehrsministerium offen gelegt und für eine entsprechende Stelle plädiert, die die Schadensmeldungen entgegennehmen und die Schäden registrieren kann. Letzteres ist geschehen. Die Rechtsfrage wird vonseiten der Bundesregierung geklärt.

Was immer im Einzelnen herauskommen wird, eines ist schon klar: Bei Skyguide haben in der Tat erhebliche Mängel vorgelegen. Ich glaube, man verrät nicht zu viel, wenn man das heute schon als Prognose so feststellt. Es gab eine Fülle von Mängeln. Inwieweit sie kausal waren, inwieweit es andere Mängel gegeben hat, inwieweit sie auch persönlich vorwerfbar sind, das sind die Fragen, die im Einzelnen zu untersuchen sind. Dass es aber bei Skyguide eine Fülle



(Minister Müller)

von Änderungen geben muss, das scheint mir offenkundig zu sein. Ich glaube, das haben die entsprechende Organisation und der schweizerische Staat auch selber schon so gesehen.

Ich will auf einige generelle Aspekte der Flugsicherheit verweisen. Es geht mir nicht so sehr um die Frage: private oder öffentliche Organisationen? Es muss aber klar sein, dass in Fragen der Luftsicherheit Geld keine Rolle spielen darf, sondern dass die Qualitäts- und Sicherheitsstandards staatlicherseits formuliert und überwacht werden müssen. Dass die Organisationen, die die Luftsicherheit zu gewährleisten haben, dann von den Luftverkehrsgesellschaften durch entsprechende Gebühren das nötige Geld – in dem Maße, wie es erforderlich ist – bekommen müssen, scheint mir außer jedem Zweifel zu stehen. Auch das kann ein Grund sein, weshalb Fliegen in Zukunft möglicherweise teurer wird. Am Geld darf Sicherheit nicht scheitern.

Eine zweite Bemerkung genereller Art: Es könnte schon sein, dass im Laufe der Zeit die Verdichtung im Luftverkehr durch die Zunahme des Luftverkehrs dazu führt, dass man versucht, internationale Regeln zu schaffen, die die Abstände der Flugzeuge in der Höhe und zur Seite zusammenstauchen. Auch hier gibt es objektive Sicherheitsgrenzen, wo immer sie im Einzelnen auch liegen mögen, sodass wir im Luftverkehr möglicherweise so etwas wie Stauerscheinungen bekommen und bestimmte Flüge mangels entsprechender Sicherheitspuffer eben nicht mehr stattfinden können. So etwas würde ich à la longue, auf längere Sicht, nicht ausschließen. Auch da darf es meines Erachtens im Interesse der Sicherheit keine Kompromisse geben.

Eine dritte generelle Bemerkung: Wir brauchen mehr internationale Abstimmung. Das ist überhaupt keine Frage. Das gilt sowohl für die merkwürdigerweise ungeklärte Frage, ob ein Pilot seinem Gerät oder dem Lotsen zu folgen hat – das wird von Land zu Land und von Fluglinie zu Fluglinie unterschiedlich gehandhabt und ist natürlich ein absolut unmöglicher Zustand –, als auch für die Frage der Interoperationalität der verschiedenen technischen Systeme an den Übergabegrenzen, als auch zum Beispiel für die Mindestinterventionszeiten. Wenn es so ist, dass nach internationalen Gepflogenheiten die Frage, wann ein Fluglotse eine Anweisung gibt, offensichtlich nicht geregelt ist, dann bedarf das dringend der Regelung.

Das sind einige Konsequenzen, die sich schon heute aus diesem Unfall abzeichnen und die mit Sicherheit gezogen werden müssen. Es ist, wie gesagt, eine internationale Frage und eine Bundesfrage. Wir haben keine Einflussmöglichkeiten darauf.

Ich will zu dem zweiten Aspekt kommen – das soll auch schon der einzige weitere Aspekt meiner Ausführungen sein –, nämlich zu dem Thema: Gibt es einen Zusammenhang mit dem deutsch-schweizerischen Luftverkehrsvertrag? Um zu vermeiden, dass ein tragisches Ereignis für eine politische Auseinandersetzung instrumentalisiert wird, haben wir in großer Disziplin und mit großer Verantwortung vom ersten Tag an Wert darauf gelegt, festzustellen, dass es hier um zwei voneinander zu trennende Fragen geht, nämlich einerseits um die Gerechtigkeitsfrage – wie

viel Luftverkehr über Deutschland ist in Bezug auf Zürich abzuwickeln? – und andererseits um die Sicherheitsfrage. Beides hängt nicht von vornherein zusammen, wie wir an dem Unglück sehen, das ja nicht im Landeanflug auf Zürich stattgefunden hat, sondern sich im internationalen Luftverkehr ereignet hat. Die Ursachen sind andere. Die Abhilfemaßnahmen für beide Probleme sind völlig verschieden.

Deswegen ist es, glaube ich, notwendig, dass wir auch in der Öffentlichkeit diese Disziplin wahren, die beiden Dinge nicht miteinander zu vermischen. Die Dinge, die sicherheitsmäßig geschehen müssen, müssen im Interesse aller Menschen geschehen. Die Dinge, die im deutsch-schweizerischen Luftverkehrsvertrag geregelt werden sollten, haben im Interesse der deutschen Bevölkerung mit völlig anderen Intentionen und mit anderen Konsequenzen zu geschehen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Sehr richtig!)

Wenn nun gesagt wird, dass sich die Landesregierung etwas spät zum deutsch-schweizerischen Vertrag geäußert habe und dass die Bundesregierung, die seit 1998 im Amt ist, es nun endlich geschafft habe, das Thema überhaupt auf den Tisch zu legen und gegenüber der Schweiz streitig zu stellen, dann will ich doch einmal darauf verweisen, dass es ja jetzt vor allem deswegen eine neue Situation gegeben hat und auch deswegen eine neue Regelung erforderlich war, weil es auf der Züricher Seite entsprechende Ausbaupläne gegeben hat und insofern im Hinblick auf eine gewaltige Zunahme des Luftverkehrs für die Zukunft die Karten neu zu mischen waren. Das hätte eine anders gefärbte Bundesregierung in dieser Zeit selbstverständlich genauso gemacht.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Das ist ein Zusatzaspekt! –  
Abg. Drexler SPD: Das hätte man auch vorher machen können!)

– Ja, wenn wir es vorher gewusst hätten, hätten wir es selbstverständlich gemacht, Herr Drexler.

Das Zweite, was ich bemerken möchte, ist die Frage: Wollen wir für die Bevölkerung im Süden unseres Landes etwas anderes als das, was wir etwa der Bevölkerung im Einzugsbereich der Flughäfen Stuttgart oder Söllingen oder Friedrichshafen oder wo auch immer zumuten? Diese Situationen sind deswegen nicht miteinander zu vergleichen, weil wir im Süden unseres Landes, also in Waldshut, Donaueschingen, Konstanz usw., die Situation haben, dass dort über 90 % eines Verkehrs stattfinden, der dort nicht stattfinden muss. Das ist eine Gerechtigkeitsfrage, die sich an anderen Stellen des Landes so nicht stellt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die dritte Bemerkung bezieht sich auf das, was Herr Kretschmann gerade gesagt hat: Wir hätten dem Vorschlag des Bundesumweltministers bezüglich des Fluglärmsgesetzes folgen sollen. Das hätten wir uns vielleicht noch einmal überlegt, aber es gab eine entsprechende Intervention des Bundeswirtschaftsministers und des Bundesverkehrsministers, die dieses Fluglärmsgesetz des Bundesumweltministers



(Minister Müller)

kategorisch abgelehnt haben. Deswegen hat sich uns die Frage gar nicht gestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

Was nun den Vertrag zwischen Deutschland und der Schweiz anbelangt – jetzt komme ich einmal wirklich auf die Gerechtigkeitsfrage –, können wir feststellen: Den Vertrag wird es nicht geben. Das steht heute schon mit Sicherheit fest. Die Schweiz hat ihn abgelehnt. Der Bundesrat hat ihn abgelehnt. Der Bundestag könnte ihm zustimmen. Er wird es nicht tun, schon allein deswegen, weil acht Abgeordnete der Grünen angekündigt haben, dass sie ihm nicht mehr ihre Zustimmung geben werden. Insofern fehlt die Kanzlermehrheit.

(Zuruf von der CDU: Was?)

Das heißt: Auch auf deutscher Seite wird es diesen Vertrag nicht mehr geben.

Es ist ja auch bemerkenswert – Herr Kollege Scheuermann hat das zutreffend festgestellt –, dass Herr Kollege Puchta in seiner Rede bereits von einer einseitigen Regelung gesprochen hat, die natürlich logischerweise das Scheitern des Vertrags voraussetzt. Noch ist es aber so, dass der Bundesverkehrsminister an diesem Vertrag festhält. Ich stelle also einmal fest: Die SPD des Landes hat den Vertrag geopfert, an dem der Bundesverkehrsminister mit der von ihm vermuteten Mehrheit im Bundestag nach wie vor festhält. Herr Kollege Puchta, da sind wir uns einig: Auch wir lehnen den Vertrag ab, weil wir ihn so nicht für richtig ansehen. Jetzt ist in der Tat die Frage: Was ist die Konsequenz, wenn es den Vertrag nicht gibt? Dann soll es in der Tat – –

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Professor Puchta?

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Ja, bitte schön.

**Abg. Dr. Puchta SPD:** Herr Minister, darf ich das, was ich gesagt habe, noch klarstellen: Es ist definitiv zu erwarten – da sind wir uns völlig einig –, dass auch der Schweizer Ständerat nicht zustimmen wird. Die Bundestagsabstimmung, über die Sie mutmaßen, ist, würde ich sagen, noch offen, aber der Ständerat wird höchstwahrscheinlich nicht zustimmen, weil dort die konservativen Mehrheiten noch stärker sind als in der Nationalversammlung der Schweiz. Jetzt sage ich: Es ist richtig, wenn die Regierung jetzt im Vorfeld die Verordnung veröffentlicht, damit die Schweiz genau weiß, was auf sie zukommen würde, weil dadurch vielleicht noch die Möglichkeit bestünde, dass der Ständerat angesichts dessen, was in der Schweiz ansonsten droht, doch noch zustimmt. Das glaube ich zwar letztlich nicht, aber die Möglichkeit besteht.

(Abg. Schmiedel SPD: Jetzt, Herr Müller! – Abg. Pfister FDP/DVP: Welche Frage soll er jetzt beantworten?)

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Das war sicher keine Frage, Herr Kollege Pfister, aber das soll mich jetzt einmal nicht stören.

Sie stellen eine ziemlich komplizierte Überlegung an. Sie unterscheidet sich jedenfalls von der Strategie des Bundesverkehrsministers. Das kann man jedenfalls feststellen. Noch dazu ist die Frage, ob sie funktionieren würde. Aber: Seien wir uns einmal in der Einschätzung einig, dass das Bundesverkehrsministerium jetzt in der Tat über kurz oder lang gefordert sein wird, diese einseitige Regelung mit entsprechenden Zahlen – übrigens auch mit der Konsequenz, was die Warteräume anbelangt – auszusprechen.

Hier habe ich eine vehemente Kritik an der Position der Bundesregierung. Wir haben schon vor einiger Zeit gesagt, dass die Einrichtung von Warteräumen durch die Deutsche Flugsicherung eigentlich mit den Verfahren zu erfolgen hätte, die man auch sonst anwendet, wenn man Bürgern Lasten auferlegt, nämlich dass man ein transparentes Verfahren hat, dass man Betroffene auch entsprechend beteiligt und dass man Abwägungsprozesse durchführt. Das alles hat mittlerweile ja der Verwaltungsgerichtshof in Mannheim festgestellt. Wir haben einen entsprechenden Vorstoß beim Bund gemacht. Aber der Bund hat das abgelehnt und geht jetzt mit einer Nichtzulassungsbeschwerde gegen dieses Urteil des VGH vor, bei dem es keine Revision beim Bundesverwaltungsgericht geben soll. Ich muss sagen: Hier ist die Position der Bundesregierung nicht überzeugend und auch nicht bürgerfreundlich, meines Erachtens auch rechtsstaatlich nicht korrekt.

Nun aber zurück zu der Frage: Was hat noch in der einseitigen Verordnung zu stehen? Natürlich hat in ihr auch zu stehen, dass es zu einem Rückfall der Flugsicherung an die Deutsche Flugsicherung kommt. Wenn man jetzt unter Sicherheits Gesichtspunkten sagt, das sei zu nah an der Schweizer Grenze, dann kann man ja darüber reden. Das würde ich gar nicht von vornherein ausschließen. Es ist in der Tat eine heikle Geschichte, wenn ich relativ kurz vor einem Landeanflug oder praktisch im Landeanflug von dem einen auf das andere System umsteige. Aber es ist ein Unterschied, ob ich heute die Situation habe, dass Skyguide bei uns nach eigenem Gusto handelt, oder ob die Deutsche Flugsicherung die Kompetenz hat, sie möglicherweise mit der Schweizer Seite teilt, dies aber dann unter den Voraussetzungen geschieht, die die Deutsche Flugsicherung für die Landeanflüge in Bezug auf Zürich formuliert. Das gilt im Blick auf die Sicherheit – hier hat Skyguide etwas nachzuholen –, und es gilt im Blick auf die Handhabung, auf die Schonung des eigenen Luftraums.

Insofern müssen wir, glaube ich, in der Tat auf diese einseitige Regelung setzen, die nach dem Scheitern der Staatsvertragsverhandlungen kommt. Ich glaube erstens, dass die Position der Landesregierung in dieser Frage sehr diszipliniert war, was die letzten Tage und Wochen anbelangt, dass wir nicht den simplen und nahe liegenden Weg gegangen sind, zu sagen: „Wir haben es ja schon immer gewusst: Skyguide muss weg“ oder so ähnlich – das ist nicht unsere Argumentation –, und zweitens, dass wir die Sicherheitsfragen mit Sicherheitsmaßnahmen und die Gerechtigkeitsfragen mit Gerechtigkeitsmaßnahmen lösen müssen. Die

(Minister Müller)

Bundesregierung – welche auch immer es sein mag – wird demnächst Gelegenheit haben, die Fragen entsprechend zu lösen in dem Sinne, dass für dieses Gebiet wieder die Deutsche Flugsicherung zuständig sein wird und die Schweiz, wenn sie in irgendeiner Weise beauftragt wird, nach den Spielregeln handelt, die wir ihr vorgeben.

Ich bedanke mich vielmals.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Kann ich davon ausgehen, dass der Antrag Drucksache 13/326 geschäftsordnungsmäßig erledigt ist? – Danke schön. Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Punkt 9 der Tagesordnung ist damit abgeschlossen.

Ich rufe noch einmal **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Wahl**

- a) von Mitgliedern des Rundfunkrats des Südwestrundfunks
- b) von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrats des Südwestrundfunks

Ich darf Ihnen die Ergebnisse der Wahlen bekannt geben.

Für die Wahl von Mitgliedern des Rundfunkrats des SWR wurden insgesamt 105 Stimmzettel abgegeben. Es entfielen auf Frau Abg. Ursula Lazarus 87 Stimmen, auf Herrn Abg. Günther-Martin Pauli 83 Stimmen, auf Herrn Abg. Franz Wieser 72 Stimmen, auf Herrn Abg. Clemens Winckler 82 Stimmen, auf Herrn Abg. Dr. Horst Glück 84 Stimmen, auf Herrn Abg. Hans Georg Junginger 76 Stimmen, auf Frau Abg. Birgit Kipfer 61 Stimmen, auf Herrn Abg. Herbert Moser 94 Stimmen. Damit sind diese Damen und Herren Abgeordneten zu Mitgliedern des Rundfunkrats gewählt.

(Vereinzelt Beifall)

Für die Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrats des Südwestrundfunks wurden insgesamt 104 Stimmzettel abgegeben. Bei der Wahl der ordentlichen Mitglieder entfielen auf Frau Abg. Dr. Inge Gräßle 76 Stimmen, auf Herrn Abg. Winfried Scheuermann 91 Stimmen, auf Herrn Abg. Wolfgang Drexler 66 Stimmen. Es wurden sieben Stimmen für Herrn Abg. Kretschmann und jeweils eine Stimme für die Abg. Löscher, Moser und Walter abgegeben.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Bei der Wahl der stellvertretenden Mitglieder entfielen auf Herrn Abg. Werner Pfisterer 83 Stimmen, auf Herrn Abg. Dr. Klaus Schüle 87 Stimmen, auf Herrn Abg. Norbert Zeller 67 Stimmen und auf Herrn Abg. Kretschmann 2 Stimmen.

Damit sind die zur Wahl vorgeschlagenen Damen und Herren Abgeordneten zu Mitgliedern bzw. stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrats des SWR gewählt.

Meine Damen und Herren, in Anbetracht der Tatsache, dass wir für heute Abend zu dem Empfang des Herrn Landtagspräsidenten Gäste eingeladen haben, möchte ich vorschlagen, dass wir die Sitzung jetzt abbrechen und die Tagesordnungspunkte 6, 7 und 8 auf die morgige Sitzung verschieben. Diese würden dann auf der Tagesordnung für die 30. Sitzung nach dem Tagesordnungspunkt 7 eingefügt.

(Abg. Hauk CDU meldet sich zur Geschäftsordnung.)

Herr Abg. Hauk.

**Abg. Hauk CDU:** Frau Präsidentin, die Fraktionen sind übereingekommen, den jetzt folgenden Tagesordnungspunkt noch heute Abend zu behandeln, nachdem nicht zu erwarten ist, dass er übermäßig viel Redezeit in Anspruch nehmen wird.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Sind die Fraktionen damit einverstanden? Oder gibt es Widerspruch? – Das ist nicht der Fall.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen – Drucksache 13/1126**

Wem darf ich das Wort zur Begründung und in der Aussprache erteilen? – Herr Abg. Gaßmann.

**Abg. Gaßmann SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch mir ist es nicht recht, in dieser gedrängten Zeit und angesichts der wartenden Leute noch zu einem wichtigen Gesetzentwurf zu sprechen. Ich will meinen Beitrag deshalb auf das Notwendige begrenzen.

In vielen Teilen unserer Städte mit sozialem Wohnungsbau gibt es große Probleme im Zusammenleben. Wo früher Facharbeiter, Krankenschwestern und öffentlich Bedienstete gewohnt haben, ziehen jetzt Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, Geringverdiener und arme Ausländer ein. Dort wo nur noch Arme wohnen, nehmen aber die sozialen Probleme zu und müssen dann anschließend durch teure Sozialarbeit wieder korrigiert werden.

(Unruhe)

Dafür gibt es verschiedene Ursachen, zum Beispiel eine falsche Belegungspolitik, deren Änderung aber oft in der Macht der Kommunen liegt.

(Unruhe)

Auch der Bund mit Rot-Grün hat einen Schritt hin zu einer neuen Belegungspolitik getan, zum Beispiel durch die Schaffung der Möglichkeit, die Belegungsrechte zu übertragen.

Wir als Landtag können die Fehlbelegungsabgabe, die wir erst vor eineinhalb Jahren verändert haben, abschaffen. Dies wäre eine grundsätzliche Veränderung.

(Unruhe)

(Gaßmann)

Den wesentlichen Grund für die Abschaffung möchte ich so zusammenfassen: Statt den Facharbeitern und Angestellten, die noch in diesen Wohngebieten leben, zu sagen: „Ihr seid hier willkommen, bleibt hier!“, sagen wir ihnen: „Ihr seid Fehlbeleger, haut ab oder zahlt mehr!“ Dies führt dann auch dazu, dass sie diesen Wohngebieten den Rücken kehren.

Ich möchte hier unter der Überschrift „Vertreibungsabgabe“ kurz aus einer Veröffentlichung der Stuttgarter CDU zitieren. Da heißt es:

Was ursprünglich für Mieter von Sozialwohnungen, deren Einkommen eine bestimmte Höhe übersteigt, als soziale Ausgleichszahlung gedacht war, hat sich zwischenzeitlich als Vertreibungsabgabe mit schlimmen Folgen für die soziale Ausgewogenheit in einigen Wohngebieten herausgestellt.

Das ist Fakt. Nun hat das Parlament, dieser Landtag, angesichts dieser Probleme vor eineinhalb Jahren nach Lösungsmöglichkeiten gesucht. Zum einen wurden – was richtig war – die Einkommensgrenzen deutlich heraufgesetzt. Zum anderen wurde den Kommunen die Möglichkeit gegeben, Gebiete auszuweisen, in denen die Abgabe nicht erhoben wird.

Das ist genau der Punkt, warum wir diese Abgabe eigentlich jetzt abschaffen müssten: Es hat sich herausgestellt, dass die Möglichkeit, die den Kommunen gegeben wurde, von den Kommunen aus vielerlei Gründen nicht genutzt werden kann, vor allem aber deswegen, weil die Kommunen befürchten, dass sie ein Gebiet sozial stigmatisieren, wenn sie es so ausweisen.

Ganz kurz möchte ich noch den Stuttgarter Oberbürgermeister Schuster zitieren, der erst vor wenigen Tagen einen Antrag der Stuttgarter Gemeinderatsfraktionen auf Gebietsaussetzung für nicht möglich gehalten hat, und zwar mit folgender Begründung:

Die Stadt hat jetzt das Land aufgefordert, Schritte einzuleiten, auf die Erhebung der Fehlbelegungsabgabe ganz zu verzichten.

Diese Schritte leiten wir nun in die Wege.

Zu Herrn Hofer, den ich von vielen Reden her als jemanden kenne, der gern Bürokratie abbauen will, möchte ich noch sagen: Wer Fehlbeleger ist, muss alle zwei Jahre Einkommensnachweise erbringen, die überprüft werden. Sinkt sein Einkommen, muss er einen Herabsetzungsantrag stellen. Ändert sich etwas in der Familiensituation, gibt es eine Neuberechnung. Bei einer Mietspiegelüberschreitung gibt es eine Begrenzungsabrechnung – Bürokratie über Bürokratie. Herr Hofer, hier haben Sie eine Möglichkeit, wirklich Bürokratie abzubauen.

Zum Schluss darf ich die Bereitschaft des Wirtschaftsministers, endgültig auf die Fehlbelegungsabgabe zu verzichten, die er in einem Brief an die Stadt Stuttgart zum Ausdruck gebracht hat, begrüßen. Er hat nämlich an den dortigen Bürgermeister schreiben lassen – das ist der letzte Satz, den ich vorlesen möchte –:

Aufgrund der deutlichen Verringerung des Aufkommens und weil in den nächsten Jahren mit einer weite-

ren starken Abnahme der öffentlich geförderten Wohnungen zu rechnen ist, halte ich einen Verzicht auf die Abgabe insgesamt mittelfristig für erwägenswert.

Wir auch, und darum haben wir diesen Antrag gestellt.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Mack.

**Abg. Mack** CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer die Einlassungen der SPD zum sozialen Wohnungsbau kennt, der wundert sich über diesen Antrag. Wer für den sozialen Wohnungsbau ist, der muss auch für die Fehlbelegungsabgabe sein.

(Abg. Fischer SPD: Was bringt sie denn im Jahr? Nichts mehr! Mehr Bürokratie!)

Dieses Instrument gehört zum sozialen Wohnungsbau.

(Beifall bei der CDU)

Wer die Fehlbelegungsabgabe abschaffen will, der nimmt Fehlsubventionierungen billigend in Kauf, der nimmt in Kauf, dass es letztlich mehr sozialen Missbrauch gibt, der nimmt billigend in Kauf, dass wir weniger Mittel für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung haben. Im Gesetzentwurf steht, es handle sich immerhin um einen Betrag von 10 Millionen €. Wer das Instrument der Fehlbelegungsabgabe abschaffen will, der stellt das System des sozialen Wohnungsbaus insgesamt infrage.

Meine Damen und Herren, wir brauchen nach der nächsten Bundestagswahl ein neues Gesamtkonzept für den Wohnungsbau. Darauf kommt es an. Wir müssen dafür sorgen, dass Investitionen in Immobilien wieder attraktiver werden.

Die CDU-Fraktion will einen möglichst effektiven Einsatz der öffentlichen Mittel. Deswegen sagen wir: Derzeit kann man auf das Instrument der Fehlbelegungsabgabe nicht verzichten.

Das Gesetz über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen für Baden-Württemberg wurde erst zum 1. Januar 2001 reformiert. Wir stehen mit den betroffenen Städten in Kontakt, wir beobachten die Entwicklung und das Verhältnis von Verwaltungsaufwand zu Einnahmen aus der Fehlbelegungsabgabe. Heute kann noch niemand sagen, wie die Situation in zwei bis drei Jahren sein wird.

Wir werden den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD ablehnen. Vom Bund fordern wir aber eine neue Wohnungsbaupolitik.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

**Abg. Hofer** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht nur wegen der wartenden Bürger und der schlechten Luft, die hier herrscht, sondern auch deshalb, weil wir dieses Thema vor eineinhalb Jahren in-



(Hofer)

tensiv pro und kontra diskutiert haben, will ich nicht noch einmal alle Argumente ausbreiten.

Das Gesetz ist vor eineinhalb Jahren geschaffen worden. Deshalb muss heute gefragt werden: Ist etwas Neues eingetreten? Gibt es denn wirklich zwingende Gründe, die dafür sprechen, das erst vor eineinhalb Jahren novellierte Gesetz wieder abzuschaffen?

(Zuruf des Abg. Gaßmann SPD)

Erstens: Uns ist nicht neu, dass die SPD schon damals für eine Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe war. Das war schon damals deren Haltung.

Zweitens: Es ist auch klar, dass die baden-württembergischen Wohnungsbauverbände, auch die kommunalen Verbände die Fehlbelegungsabgabe lieber abgeschafft sehen würden. Dass die Erhebung der Fehlbelegungsabgabe mit einem gewissen Bürokratieaufwand versehen ist, haben wir vor eineinhalb Jahren auch schon gewusst.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

– Moment!

Was ist eigentlich neu? Neu ist eigentlich nur, dass Sie wieder versuchen, ein Stuttgarter Beispiel auf das ganze Land zu übertragen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Widerspruch bei der SPD)

Das ist neu.

(Zuruf des Abg. Gaßmann SPD)

Der nächste Punkt: Wir haben die kommunalen Landesverbände gefragt. Das Ergebnis ist: Die kommunalen Landesverbände wollen gegenwärtig nicht auf diese Zweckentfremdungsabgabe verzichten,

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

sondern sie hätten gern ein unbürokratischeres Verfahren und würden es begrüßen, wenn das Wirtschaftsministerium in einer Umfrage prüfen würde, ob Verbesserungen möglich sind.

Mich wundert schon, dass Sie gerade in einer Zeit, in der Sie nicht müde werden, zu sagen, der Wohnungsmarkt entspanne sich nicht, sondern würde sich gerade anspannen, die Abschaffung fordern. Sie sprechen ja übrigens nicht ganz unbegründet von einer teilweisen Wohnungsnot. Mich wundert es, dass Sie ausgerechnet jetzt mit der Forderung nach Aufgabe der Zweckentfremdungsabgabe kommen. Das beißt sich.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD:  
Das wird doch nicht angewandt!)

Alle Beteiligten wissen, dass es zwingende Gründe braucht, wenn diese Zweckentfremdungsabgabe fallen soll. Dies zeigt auch die Umfrage. Denn eines ist völlig klar: Es ist ein sozialpolitisches Steuerungsmoment, und es ist auch eine Frage von sozialpolitischer Gerechtigkeit, die Sie

doch immer im Munde führen. Deshalb wundert mich Ihre Forderung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Letzter Punkt, abschließend: Eineinhalb Jahre sind gerade vergangen. Es ist nichts Neues eingetreten, was nicht schon damals vorgetragen wurde.

(Abg. Drexler SPD: Das Gesetz wurde nicht angewandt!)

Ich muss Ihnen sagen: Ich glaube nicht, dass es für diesen demokratischen Rechtsstaat von Schaden wäre, wenn die Haltbarkeitsdauer von Gesetzen, die wir verabschiedet haben, die Haltbarkeitsdauer von Schnittkäse überschreiten würde. Das müsste deutlich überschritten werden; denn die ist auf eineinhalb Jahre beschränkt. Wir sollten Gesetze, wenn wir sie einmal geschaffen haben, nicht einfach wieder kippen. Wir sollten vielmehr dem folgen, was das Wirtschaftsministerium sagt: prüfen. Die Kommunen wollen eine Untersuchung. Danach werden wir sehen, was dabei herauskommt.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Drexler SPD: Niemand wendet das Gesetz an!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Witzel.

**Abg. Dr. Witzel** GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Diese Debatte zur Fehlbelegungsabgabe haben wir in der Tat schon im Februar 2001 geführt. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit darf ich auf die Position, die ich damals vertreten habe und die im Plenarprotokoll 12/103 nachzulesen ist, verweisen.

Ich möchte zur Begründung nur auf zwei Argumente eingehen, die von Herrn Gaßmann gebracht wurden.

Zum Ersten kam das Argument, die Kommunen würden nicht mitziehen. Herr Gaßmann, ich habe genau das Gegenteil dessen, was Sie aus Stuttgart zitierten, aus Freiburg gehört.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Es ist schlicht und einfach so: Dort wurde gesagt, und das ist auch unsere Position: Die Fehlbelegungsabgabe ist ein sozialpolitisches Instrument, ist ein Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit, und zwar insbesondere in der derzeitigen Situation, in der die Mieten anziehen und Sozialwohnungen wieder knapp werden.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Gerade in dieser Situation, in der wir wenig Sozialwohnungen haben – das liegt im Wesentlichen auch daran, dass das Land eine falsche Wohnungspolitik betreibt, weil das Land systematisch die sozialen Mietwohnungen vernachlässigt –,

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)



(Dr. Witzel)

müssen wir dafür sorgen, dass die sozialen Mietwohnungen gerecht verteilt werden.

(Abg. Hauk CDU: Falscher Adressat!)

Dafür brauchen wir dieses Instrument. Das ist Punkt eins.

Zum Zweiten: Sie sagen, das Aufkommen schrumpfe. Aus der Stadt Freiburg höre ich, dass das Aufkommen pro Jahr bei 330 000 € liegt. Wenn man die Verwaltungskosten davon abzieht, bleibt noch ein erklecklicher Betrag übrig, den die Stadt Freiburg im Haushalt braucht. Angesichts der Finanzlage der Kommunen können wir denen nicht einfach das Geld wegnehmen.

(Beifall bei den Grünen)

Die Stadt Freiburg will dieses Geld explizit haben und tritt für dieses Instrument ein.

(Unruhe)

Zum Dritten: das Argument mit der Vertreibungsabgabe. Ich habe mich auch da beim Wohnungsamt Freiburg kundig gemacht. Dort wurde mir gesagt: Dieses Argument trifft schlicht und einfach nicht zu. Die Freibeträge wurden deutlich erhöht. Das ist das Erste. Deshalb zahlen 90 % der Bewohner von Sozialwohnungen derzeit keine Fehlbelegungsabgabe. Es handelt sich also höchstens um einen Restteil von 10 %.

Jetzt schauen wir einmal, was diese Leute zahlen. Von diesen 10 % der Mieter in Sozialwohnungen zahlen etwa die Hälfte den Mindestsatz. Der Mindestsatz beträgt 25 Cent pro Quadratmeter. Bei einer 100-Quadratmeter-Wohnung sind das im Monat also 25 €. Und das wollen Sie als Argument dafür nehmen, dass die Leute eine andere Wohnung, ein anderes Quartier suchen? Das kann nicht das auslösende Moment sein. Das ist sicherlich nicht die Ursache für eine Vertreibung.

Wir sagen: Diese Leute können das zahlen, zumal ja die Kappungsgrenze gilt. Die marktübliche Miete gilt als Obergrenze. Niemand zahlt für eine Sozialwohnung – auch mit einer Fehlbelegungsabgabe – mehr als die marktübliche Miete. Deshalb sticht das Argument der Vertreibungsabgabe nicht.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, ich will es dabei in aller Kürze bewenden lassen. Wir sehen derzeit keinen Handlungsbedarf.

Die SPD hat handwerklich bei ihrer Initiative einen Schnitzer gemacht. Sie hat am 1. Februar beantragt, die Kommunen zu fragen, wie sie zur Fehlbelegungsabgabe stehen. Am 2. Februar bringt sie dann einen Gesetzentwurf ein, in dem sie behauptet, die Kommunen seien dagegen. Das ist handwerklich nicht solide.

Wir meinen, man sollte erst einmal abwarten, was die Kommunen sagen, welche Stellungnahme von ihnen kommt. Danach können wir gerne darüber reden. Aber derzeit sehen wir keinen Handlungsbedarf.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Bevor ich das Wort Herrn Minister Dr. Döring erteile, rufe ich noch einmal **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Wahl**

**a) von Mitgliedern des Rundfunkrats des Südwestrundfunks**

**b) von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrats des Südwestrundfunks**

Ich darf Ihnen die weiteren Ergebnisse der Wahl von Rundfunkratsmitgliedern bekannt geben: Auf Herrn Abg. Kretschmann entfielen 35 Stimmen, auf Frau Abg. Lösch 2, auf Herrn Abg. Oettinger entfiel eine und auf Herrn Abg. Walter ebenfalls eine Stimme.

Punkt 4 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Wir kommen zurück zu **Punkt 6:**

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen – Drucksache 13/1126**

Das Wort erteile ich nun Herrn Minister Dr. Döring.

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin den Vorrednern dankbar, dass sie sich kurz gefasst haben. Ich will mich ebenfalls kurz fassen.

Erstens, Herr Kollege Witzel: Wenn jemand eine falsche Wohnungsbaupolitik macht, dann ist das eindeutig der Bund, der überhaupt keine Anreize mehr dafür setzt, dass man sich im Wohnungsbau engagiert. Machen Sie dort endlich einmal eine andere Politik! Dann hätten wir wesentlich weniger Sorgen im Zusammenhang mit der Wohnraumversorgung in Baden-Württemberg und in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich möchte den Fraktionen gern ein Angebot machen. Wir haben im Mai/Juni 2002, also relativ aktuell, eine Umfrage bei den 90 Kommunen durchgeführt, die die Fehlbelegungsabgabe erheben. 83 davon haben bis gestern Abend geantwortet. Danach sieht es so aus, dass wir bezüglich des Aufkommens einen deutlichen Rückgang zu verzeichnen haben: im Jahr 2001 gegenüber 2000 um ein starkes Drittel. Im Jahr 2002 erwartet man beim Aufkommen einen Rückgang um nahezu 50 % gegenüber 2000. Bezüglich des Anteils der Verwaltungskosten haben wir – nach 20 % seit 1998, über 25 % 2001 – die Perspektive, dass es womöglich 35 bis 40 % werden, wenn nicht gegengesteuert wird, wie Herr Kollege Hofer zu Recht ausgeführt hat.

Meiner Meinung nach macht es Sinn, Herr Kollege Gaßmann, wenn wir uns in gut einem Jahr unter Einbeziehung der dann noch einmal aktuell zu erhebenden Daten zusammensetzen und uns über den Fortbestand der Fehlbelegungsabgabe unterhalten.

Zum jetzigen Zeitpunkt gebe ich den Kollegen von CDU und FDP/DVP, Herr Hofer, sehr Recht, die gesagt haben:

(Minister Dr. Döring)

Man kann nicht innerhalb von eineinhalb Jahren raus und wieder rein in die Kartoffeln, sondern man muss auch in einer solchen Frage eine gewisse Kontinuität zeigen. Außerdem brauchen wir belastbare Daten.

Deswegen das Angebot an Sie: Lassen Sie uns nach der parlamentarischen Sommerpause 2003 eine erneute Erhebung anschauen, wenn die Zahlen vorliegen. Ich bin da absolut offen. Unter dem Aspekt einer Entbürokratisierung und vor allem der Frage, Herr Kollege Witzel, ob sich überhaupt ein nennenswertes Aufkommen einstellt, wird man sehen und dann entscheiden. Deswegen, Herr Kollege Gaßmann, empfehle ich, dass wir den Antrag, den Sie stellen, zum jetzigen Zeitpunkt ablehnen, dass wir aber in gut einem Jahr eine weitere Erhebung durchführen, den Sachverhalt ergebnisoffen angehen und dann wohl zu einer gemeinsam zu fassenden Neuregelung kommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung. Sind

Sie einverstanden, dass wir den Gesetzentwurf an den Wirtschaftsausschuss überweisen? –

(Abg. Drexler SPD: Ja! – Abg. Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Das ist der Fall.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung abgeschlossen.

An dieser Stelle müssen wir die heutige Beratung abbrechen. Die Punkte 7 und 8 der heutigen Tagesordnung werden auf morgen verschoben

(Zuruf von den Grünen: Oh, schade!)

und im Anschluss an den morgigen Tagesordnungspunkt 7 behandelt. Als Punkte 10 bis 16 folgen dann die Beschlussempfehlungen.

Ich darf Ihnen noch einen organisatorischen Hinweis geben: Sie können Ihre Gepäckstücke im Raum belassen; er wird abgeschlossen. Schriftstücke legen Sie bitte auf die Stühle. Was auf dem Boden liegt, wird entfernt und entsorgt, weil der Saal für morgen gerichtet werden muss.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 18:48 Uhr**

**Anlage 1**

## **Wahlvorschlag**

der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

### **Wahl von Mitgliedern des Rundfunkrats des Südwestrundfunks**

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

Abg. Ursula Lazarus, Baden-Baden  
Abg. Günther-Martin Pauli, Geislingen  
Abg. Franz Wieser, Bretten-Ruit  
Abg. Clemens Winckler, Stuttgart  
Abg. Dr. Horst Glück, Münsingen  
Abg. Hans Georg Junginger, Weinheim  
Abg. Birgit Kipfer, Gärtringen-Rohrau  
Abg. Herbert Moser, Tuttlingen

17. 07. 2002

Günther H. Oettinger und Fraktion  
Wolfgang Drexler und Fraktion

---

**Anlage 2**

## **Wahlvorschlag**

der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

### **Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrats des Südwestrundfunks**

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

#### **ordentliche Mitglieder:**

Abg. Dr. Inge Gräßle  
Abg. Winfried Scheuermann  
Abg. Wolfgang Drexler

#### **stellvertretende Mitglieder:**

Abg. Werner Pfisterer  
Abg. Dr. Klaus Schüle  
Abg. Norbert Zeller

17. 07. 2002

Günther H. Oettinger und Fraktion  
Günter Fischer und Fraktion